

Gazas U-Wahn
Hamas mit Tunnelblick:
Leben im Untergrund
macht was mit einem
39

Hope macht happy
Die gute Laune hält an: Die
US-Demokrat:innen feiern Kandidatin
Harris auf ihrer Parteitagsparty
2, 8



Foto: mauritius images

Punks statt Nazis
Auf Sylt campen dieses Jahr
wieder über hundert Punks. Allein
ihre Anwesenheit ist hochpolitisch
47

4 193489 604909
€ 5,40 Ausland, € 4,90 Deutschland
Ausgabe Nr. 94
www.taz.de

wochen

taz

24. – 30. 8. 2024

Das kleinere Übel

An Sahra Wagenknechts
Partei führt nach
den Wahlen in Sachsen
und Thüringen
kein Weg vorbei.
Aber kann
man ihr trauen?
Fünf Seiten zu den
bevorstehenden
Ostwahlen
3–7



Im Spotlight:
Sahra Wagen-
knecht kommt
mit ihrem
Populismus gut
an. Es gibt
Schlimmere(s)
Foto: Doro Zinn

5 dinge, die wir gelernt haben

1 Taschen können die Diplomatie auf eine Probe stellen
Entwicklungsministerin Svenja Schulze informierte sich diese Woche in Pakistan über die Wirksamkeit des deutschen Lieferkettengesetzes. Als sie zu einem Termin mit Premier Shehbaz Sharif im Regierungspalast eintraf, forderten Sicherheitskräfte, dass sie ihre rote Handtasche abgeben solle. Das zeigt ein Video eines ZDF-Journalisten. Schulze drehte sich um und ging zurück Richtung Auto. Die Security entschuldigte sich hektisch und gewährte Schulze samt roter Tasche Einlass. Zum Inhalt des Gesprächs mit dem Premier wurde nichts bekannt.

2 Die Bahn verliert die Kontrolle
Bahn-Bashing ist der Deutschen liebste Small-Talk-Thema. Beinahe jeder hat Anekdoten und Absurdes parat. Wer noch mehr braucht: Laut SZ hat die Bahn die Kontrolle über ihre Fahrpläne verloren. „Fahrpläne werden nicht mehr gerechnet, sondern nur noch

geschätzt“, so ein Aufsichtsrat. Nun gut, wo kein Fahrplan, da keine Verspätung.

3 Deutsche kaufen günstig
Ein anderes beliebtes Gesprächsthema: Puh, alles ist so teuer geworden. Stimmt, ist in Deutschland aber ein Jammern auf hohem Niveau. Denn in keinem EU-Land wird laut einer aktuellen GfK-Studie so wenig vom Einkommen für Lebensmittel, Gesundheit und Pflege ausgegeben wie in Deutschland. Gründe dafür: hohe Einkommen und heftiger Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel. Im Vergleich sind zudem die Preise für Wohnen und Energie höher, es wird hierzulande aber auch mehr für Freizeit ausgegeben und mehr gespart.

4 Die Marine hat Humor
Neuen Proviant wollte das deutsche Marineschiff „Braunschweig“ in London holen. Als es auf der Themse einfuhr, war aus seinen Lautsprechern bis zum Ufer der „Imperial March“

aus den „Star Wars“-Filmen zu hören, der stets die Ankunft des bösen Darth Vaders begleitet. Einen tieferen Sinn soll das alles nicht gehabt haben, so die Marine. Unter einem BBC-Post („Ist es der Todesstern oder die deutsche Marine?“) amüsieren sich Nutzer und attestieren den Deutschen guten Humor.

5 Pinguine singen vor Trauer
Gar nicht lustig: Der schwule Eselspinguin Sphen ist im Aquarium in Sydney gestorben. Seit sechs Jahren waren Sphen und Pinguinmann Magic ein Paar, sie zogen als Adoptiveltern Babys auf und waren auch außerhalb der Brutzeit unzertrennlich. Die beiden wurden weltweit zum Symbol für Gleichstellung und hatten Auftritte in Serien, Dokus und Büchern. Als Magic seinen toten Partner sah, begann er zu singen, alle anderen Pinguine stimmten ein. Das Aquarium hat online ein Kondolenzbuch eingerichtet, in dem sich viele herzerreißende Abschiedsgrüße finden. (pw)

Die Baby-Odyssee

Der Weg der künstlichen Befruchtung ist in Deutschland kein Kinderspiel. Unsere Autorin Stella Brikey ist ihn gegangen
25–27



Foto: Heinrich Holtgreve

der leitartikel

Nach Kamala Harris' Krönung: Kann aus Hoffnung ein dauerhafter Zauber werden?

Von **Barbara Junge**

Wer sich festlegen will, ob Kamala Harris oder Donald Trump am 5. November die US-Wahl gewinnen wird: „Be my guest“, würden US-Amerikaner.innen sagen. Mit einem skeptischen „Wenn du meinst, nur zu“ ließe sich das sinngemäß übersetzen. Denn eine Jubelwoche macht noch keine Siegerin und eine unfallfreie Rede der Gekürten noch keine Präsidentin. Doch der Kamala-Rausch, in den sich die Demokraten in der abgelaufenen Woche auf ihrem Parteitag in Chicago hineingejubelt haben, birgt trotzdem eine gute Botschaft, eine, die über die USA hinausweist.

Die ehemalige First Lady Michelle Obama formulierte es so: „Etwas wundervoll Magisches liegt in der Luft, ein vertrautes Gefühl, das viel zu tief viel zu lang begraben war. Ihr wisst, wovon ich spreche. Es ist die ansteckende Kraft der Hoffnung, wieder einmal an der Schwelle eines helleren Tages zu stehen. Amerika, Hoffnung hat ein Comeback.“ US-Pathos, natür-

lich – nur hat diese ansteckende Hoffnung mit dem Phänomen Kamala Harris sogar den Sprung über den Atlantik geschafft. Seit US-Präsident Joe Biden nach innigem Bitten und flehentlichem Betteln seinen Rückzug von einer erneuten Kandidatur bekannt gegeben und Harris gleich noch als seine Nachfolgerin positioniert hat, scheint aller Zweifel vergessen.

Die erste Erleichterung über den Rückzug von Biden hat nicht einer Ernüchterung, sondern vielmehr einer Begeisterung Platz gemacht. Vergessen scheint, dass Harris nicht die Wunschkandidatin der gesamten Partei war, vergessen, dass die Schwächen der Vizepräsidentin zur Last gelegt werden: fehlendes politisches Gespür, dürrtiges thematisches Profil, mangelnde Bühnentauglichkeit. Sogar das Menetekel eines Trump-Siegs ist – für den Moment – in den Hintergrund gerückt. Doch warum all das?

Menschen wollen Hoffnung, nicht Unheil. Es gibt diesen großen Teil der Gesellschaft, der gerade jetzt auf Hoffnung wartet. Und wenn die Konstellation stimmt,

werden solche starken Kräfte frei. Bis vor wenigen Wochen schien kein Weg an einer zweiten Trump-Präsidentschaft vorbeizuführen. Diverse Gruppen arbeiten längst an Plänen für den Ernstfall, bereiten sich auf das vor, was unter Trump aus Zivilgesellschaft und progressivem US-Amerika werden könnte. Aber Hoff-

Menschen wollen Hoffnung, nicht Unheil. Es gibt diesen großen Teil der Gesellschaft, der gerade jetzt auf Hoffnung wartet

sung mobilisiert. Für den Moment hat Harris in der Wählerinnengunst aufgeholt, wo Joe Biden unterzugehen drohte. Frauen und junge Menschen insbesondere wenden sich Harris zu, auch Schwarze, Latinas und Latinos. Das sind Momentaufnahmen, wird dem entgegen, der Trend ist wendig, und statistische Ungenauigkeiten wiegen einen Vor-

sprung von drei oder vier Prozentpunkten locker auf. Kein Widerspruch. Aber Hoffnung mobilisiert – und kann die politische Wirklichkeit verändern. Denn, so unglaublich es scheint, eine Chance zumindest besteht jetzt, dass der nächste US-Präsident eine Präsidentin ist. Mit einer Kandidatin, die nicht der Liebling aller führenden Demokraten und Demokratinnen war und bestimmt nicht als zündend galt, kann nun tatsächlich eine Wende eingeleitet werden. Vielleicht war Kamala Harris da einfach nur zur rechten Zeit am richtigen Ort.

Nicht nur den Vereinigten Staaten dräuen noch immer weniger helle Tage. Auch unsere Gesellschaft droht von innen ausgehöhlt zu werden und zu verrohen. Auch die politischen Entwicklungen, auf die wir hier zuvörderst blicken, wecken nicht gerade das, was man als Hoffnung bezeichnen würde: der Krieg in der Ukraine, das unheimliche Drama in Gaza. Die Europawahl ist – mit mehr Zittern als Zuversicht – nicht zugunsten der rechten Kräfte ausgegangen, und was am kommenden Wochenende

bei den Wahlen in Thüringen und Sachsen recht sicher passieren wird, gibt viel Anlass, hoffnungslos zu werden. Der Klimawandel führt dabei sogar eher ein Schattendasein. Es gibt ihn aber auch hier, diesen großen Teil der Gesellschaft, der gerade jetzt auf Hoffnung wartet. Deshalb ist es vielleicht keine Überraschung, dass die Euphorie für die Kandidatur von Kamala Harris hier, in Deutschland, in Europa, ein so starkes Echo erzeugt hat. Natürlich.

Nur können die progressiven Teile der Gesellschaft daraus überhaupt irgendetwas ableiten? Konstellationen formen sich nun mal in politischen und historischen Umständen.

Man stelle sich einfach vor, Joe Biden wäre der Kandidat geblieben. Die Demokraten hätten nicht die Kraft und den Mut gehabt, ihn zum Rückzug zu bewegen. Es ist ein angsteinflößendes Szenario. Und es sagt vor allem eines: Festhalten am Bekannten, nur weil man Angst hat, das Neue könne schlechter sein, bringt ganz gewiss keine Hoffnung. Mut zur Disruption braucht es schon.

Barbara Junge ist eine der beiden Chefredakteurinnen der taz.

Illustration: Robert Samuel Hanson

politik + meinung

thema der woche

sachsen Wie bindet man die CDU-Klientel? Wann betreibt man das Geschäft der AfD? Ministerpräsident Kretschmer bewegt sich im Wahlkampf auf schmalen Grat **3**

bsw Sahra oder Katja, wer hat hier das Sagen? Unterwegs mit der BSW-Spitzenkandidatin in Thüringen **4–5**

grüne Thüringens grüner Umweltminister kämpft gegen das politische Aus seiner Partei **6**

fragen Alles, was Sie über die Wahlen in Sachsen und Thüringen wissen sollten **7**

kolumne die eine frage Peter Unfried über Ironie in der Politik **8**

usa Die Krönung der Kamala Harris **8**

bild der woche Die Computerspielmesse Gamescom in Köln **8**

belarus Seit 30 Jahren ist Lukaschenko Diktator im Land. Wer ist der Typ eigentlich? **9**

★ **klimawandel** Extremwetter, Gletscherschwund, schmelzender Permafrost: Die Alpen verlieren ihren Kitt **10**



Foto: mauritius images

interview Georg Vobruba hat das Verschwörungsweltbild untersucht, das die Komplexität der Welt auf ein paar Sündenböcke reduziert **11**

überlandschreiberinnen Manja Präkels über ehemalige Bunker und Kasernen in Brandenburg **12**

kolumne stadtgespräch Juri Konkewitsch über die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche **12**

das politische buch Volker Ullrich beschreibt in seinem neuen Buch, wie Chancen, das „Dritte Reich“ zu verhindern, ungenutzt blieben **13**

kolumne fernsicht Hagai Dagan über den Nahen Osten **14**

kommentar Katrin Gottschalk über die Lage in Sachsen vor den Wahlen **14**

kommentar Pascal Beucker über die Personalsuche bei der Linkspartei **14**

der rote faden Durch die Woche mit Jannik Grimm-bacher **14–15**

essay Robert Misik über linke Kriegsskepsis **15**

talk der woche Valérie Catil über den „Demure“-Trend **16**

kolumne geraschel Doris Akrap über chronisches Handygucken im Verkehr **16**

zukunft

die gute nachricht Immer mehr Menschen in Deutschland bewegen sich **17**

kolumne vorschlag-hammer Sophie Fichtner lernt das Wasserkochen **17**

★ **klimaanpassung** Ein Berliner Stadtpark wird zukunftsfähig gemacht. Die Organisatoren eines Volksfestes müssen dafür einpacken **18–19**



Foto: David Weyand

doppelblind Franca Parianen über die Klugheit der Pferde **20**

zurück in die zukunft Bergsteigen ist nicht mehr das, was es einmal war **20**

gesellschaft

sonnenbad Warum Chines*innen ihre nackten Rücken in die Sonne halten **23**

die kinderfrage Muss man später arbeiten? **24**

starke gefühle Müllautos schrumpfen, während SUVs unsere Straßen verstopfen – was für ein Müll! **24**

comic El Bebbe Grande **24**

kinderwunschbehandlung Mit Mitte dreißig spürt unsere Autorin, dass sie Mutter werden will. Doch der Weg zur Elternschaft ist viel schwerer, als sie und ihr Partner ahnten **25–27**

stillos Was läuft schief bei der Klamottenwahl von Höcke und Co? **28–29**

kolumne hin und weg Alina Schwermer über Overtourism in Dubrovnik und gruselige Klonstädte **28**

hausbesuch Architekt Benjamin Pfefferkorn rettet alte Häuser in Zittau vor dem Verfall **34**

press-schlag Fans der TSG Hoffenheim protestieren jetzt selbst gegen Mäzen Hopp **35**

männer-bundesligastart Wer wird Meister? **35**

medien Nicholas Potter über den Rechtsruck bei der „Schwäbischen Zeitung“ **37**

kolumne der wochenendkrimi Anne Haeming über die ZDF-Krimiserie „Nord Nord Mord“ **38**

kultur

gaza unterirdisch Was das Tunnelsystem der Hamas über den Blick der Organisation aussagt. Ein Essay von Caroline Fetscher **39–40**

berliner clubkultur Tanz den Tresor – der bald 70-jährige Dimitri Hege-mann fordert: Gebt der Jugend ihren Raum **40**

★ **carmen romero** Interview mit der Direktorin des „Teatro a Mil“ über Kultur und Demokratie in Chile **41**



Foto: Eva-Christina Meier

kolumne ost/west Andreas Fanizadeh über AfD und BSW und ein Zusammenwachsen von dem, was zusammengehört **42**

nilpferd toni Eine Sympathieträgerin muss schwimmen lernen und verückt Mensch und Medien **42**

literatur Bisher unbekanntes Notizen zeugen von der existenziellen Wichtigkeit des Schreibens für Ingeborg Bachmann **43**

die wahrheit Breaking News beim Hausbesuch: Wagenknecht und Lafontaine wohl getrennt **44**

stadtland

momentaufnahmen Ein Bayer beim Wahlkampf in Brandenburg, fit im Alter und Irritationen am Waschbecken **45**

kolumne ethikrat Friederike Gräff über Gier **46**

die ortsbegehung Nach Chemnitz reist man im Zug mit DDR-Historie **46**

sommerfrische Bereits Tradition: Punks treffen sich im Sommer auf Sylt **47**

★ **platzangst** Auf dem Hillmannplatz in der Nähe des Bremer Hauptbahnhofs kreuzen sich die Interessen: Anwohnende suchen hier ihre Ruhe, die Drogenszene die vor der Polizei **48–49**

interview Deichgraf Jan Rabeler über die Angst vor dem „Blanken Hans“ **50–51**

bildkolumne Iona Dutz über Sehnsucht nach Zukunft **52**

großraumdisco Der Spaß am gemeinschaftlichen Singen **52**

ortsgespräch Polizeigewalt bei Berliner Palästina-demos **52**

außerdem

taz panterstiftung **21**
briefe **22**
wiese **36**
touché **44**

taz* thema

kulturtausch **30–33**

KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Jama Maqsudi saß zwei Monate im Knast der Taliban. Nun ist er zurück in Stuttgart

★ Die Ressorts empfehlen

Er will mit Feuer löschen



Meint der Mann wirklich, was er sagt? Michael Kretschmer Ende Juli im sächsischen Plauen
Foto: Uwe Meinhold/imagio

Michael Kretschmer möchte in Sachsen noch einmal gegen die AfD gewinnen. Unermüdlich zieht der Christdemokrat vor der Landtagswahl von Biertisch zu Biertisch – und bewegt sich dabei auf einem sehr schmalen Grat

Aus Eibau und Berlin Sabine am Orde

Der ältere Mann, mit dem Michael Kretschmer an diesem Sonntagabend Anfang August in der Oberlausitz am Biertisch steht, hat sich Fragen aufgeschrieben. Als AfD-Wähler fühle er sich von der Regierung diskriminiert, weil er als Rechtsradikaler eingestuft werde, sagt er. „Ist das so?“

Das sei Unfug, antwortet Kretschmer. Niemand sage, alle AfD-Wähler seien rechtsradikal. „Aber ich bin der festen Überzeugung, dass Björn Höcke ein Nazi ist.“ Und wer „Volksverräter“ auf Plakate schreibe, der meine das so. „Solchen Leuten darf man keine Verantwortung geben.“

Michael Kretschmer, 49, Christdemokrat, seit 2017 Ministerpräsident von Sachsen, ist seit Monaten im Dauerkampfbetrieb. Am 1. September wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt, in den Umfragen liefert sich die CDU mit der AfD ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz eins. Seit 1990 stellt sie hier den Ministerpräsidenten; bei der Landtagswahl nicht vorn zu landen, wäre ein harter Schlag. Deshalb zieht Kretschmer scheinbar unerermüdlich durchs Land und spricht mit den Menschen, auffallend intensiv.

An diesem Abend ist er in Eibau, im Faktorenhof, einem schön restaurierten Dreiseithof, in dem es ein Restaurant, ein Heimatmuseum und ein Hochzeitszimmer gibt. Bratwürste brutzeln auf dem Grill, Bier wird gezapft, 200 Leute sind gekommen. Erst spricht der Direktkandidat vor Ort ein paar Worte, dann Kretschmer, dann ziehen die beiden von Tisch zu Tisch. Schlägt man so die AfD?

Kretschmer versucht wohl, die Landtagswahl mit Stimmen rechts von der Mitte zu gewinnen. Ständig haut er neue Forderungen raus, auch mal alte, die provozieren: eine Obergrenze für Geflüchtete, eine Beweislastumkehr für Bürgergeldempfänger, Friedensverhandlungen mit Russland. Gerne prügelt er auch auf die Ampelkoalition im Bund ein. Auf den CDU-Plakaten geht es um Bildung und Handwerk, vor allem aber um Sicherheit und Migration: „Recht und Ordnung durchsetzen“, „Kriminelle hassen die CDU“, „Grenzpolizei statt Sprachpolizei“.

Manche sagen, dass Kretschmer dem Druck der Straße nachgibt, den Leuten nach dem Mund redet. Aber so einfach ist das nicht. Wer mit ihm von Biertisch zu Biertisch zieht, hört nicht nur, dass Björn Höcke ein Nazi ist. Was eine Zusammenarbeit mit der AfD angeht, steht die Grenze für ihn auf der Landesebene. Bei dem allerdings, was sich davor abspielt, auf kommunaler Ebene, ist Kretschmer geschmeidig und scheut auch das Populistische nicht.

Man kann nun sagen: Anders geht es nicht, wenn man hier für die CDU gewinnen will. Die sächsische CDU ist traditionell rechts, viele der Wähler*innen sind es auch, denen muss man entgegenkommen. Doch es ist eben ein schmaler Grat, auf dem sich Kretschmer bewegt. Wann bindet man noch die eigenen Leute? Wann betreibt man das Geschäft der AfD? Und zahlt die Diskursverschiebung langfristig nicht unweigerlich bei den Rechtsextremen ein? So war es vielerorts, in Großbritannien, Frankreich, Italien.

„Mit Blick auf die AfD ist Kretschmer Opfer und Täter zugleich“, sagt Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder. „Im Wahlkampf kämpft er mit jeder Pore seiner Existenz gegen die AfD. Aber weil er Wähler von dort zurückgewinnen will, ist er auf der inhaltlichen Seite bereit, Zugeständnisse zu machen.“ Michael Kretschmer versuche, den AfD-Wählern zu suggerieren, sie könnten doch auch bei der CDU sein, manche Ziele seien ähnlich, aber der Weg unterschiedlich. „Das trägt zur Normalisierung der AfD bei.“

Schroeder meint, dass Kretschmer auch einen ganz anderen Wahlkampf machen könnte. Am Dienstag war dieser beim Spatenstich für die erste europäische Chipfabrik der taiwanesischen Firma TSMC, die mit Milliardenzuschüssen der Bundesregierung bei Dresden im „Silicon Saxony“ entstehen soll. Sachsen habe ein großes Investitionsvolumen, es stehe an der Schwelle zur zweiten Transformation. Man könne auch diesen Erfolg ins Zentrum stellen und wie man das Personal dafür zusammenbekommt, meint der Politikprofessor. „Aber der Mann lebt von der Defensive.“

Seit Kretschmer 2017, nach 15 Jahren im Bundestag, sein Direktmandat

in Görlitz an den heutigen AfD-Chef Tino Chrupalla verlor, setzt er auf Bürgernähe, und das exzessiv. Seine politische Karriere schien vor dem Aus, dann trat der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich zurück und empfahl ihn als Nachfolger.

Lange hat Kretschmer mit jedem geredet und denen viel Gehör verschafft, die am lautesten schrien, oft standen sie weit rechts. Ohnehin hat die Sachsen-CDU vor der rechtsextremen Entwicklung im Land ausgiebig die Augen verschlossen; legendär ist der Ausspruch des ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus. Kretschmer ging selbst auf Coronaleugner*innen zu, die ihn 2021 vor seinem Privathaus beim Schneeschippen überraschten. Er suchte den Dialog, sie wollten ihn vor allem beschimpfen.

Als jüngst Rechtsextreme beim CSD in Bautzen aufmarschierten, blieb Kretschmer still, erst auf Nachfrage

„Mit Blick auf die AfD ist Kretschmer Opfer und Täter zugleich“

Wolfgang Schroeder, Politikwissenschaftler

auf einem Wahlforum äußerte er sich dazu. „Die Verharmlosung von Klimaradikalen muss aufhören“, postete die CDU stattdessen. Kretschmer wird häufig bedroht, laut ZDF sogar mit Mord.

In der CDU hofft man, dass die Sächs*innen diesmal anders votieren als etwa bei der Europawahl, als die AfD vorne lag. Weil es ums Konkrete geht, darum, wer in Dresden künftig für Schulen, Polizei und die Gesundheit zuständig ist. Die letzten Wahlen, das seien alles Protestwahlen gewesen, sagt Kretschmer in Eibau. Protest gegen Migration, das Gebäudeenergiegesetz, den Russlandkrieg, Bürokratie und „den übergroßen Staat“. Eine Protestwahl dürfe es jetzt nicht geben.

Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, heizt Kretschmer mit seinen ewigen Attacken gegen die Bundes-

regierung doch die Proteststimmung kräftig mit an. „Wer eine bürgerlich-konservative Regierung will, wer will, dass die CDU die stärkste Kraft im Landtag ist und wir nicht in unklare Verhältnisse wie in Thüringen kommen, wo nichts mehr geht, der muss bei dieser Wahl strategisch wählen“, sagt er dann. Soll heißen: CDU.

Beim letzten Mal hat das funktioniert, da haben auch Menschen, die links von der CDU stehen, für diese gestimmt, um die AfD als stärkste Kraft zu verhindern. SPD und Grüne haben Kretschmer erneut zum Ministerpräsidenten gemacht, seitdem regieren sie gemeinsam in einer Keniakoalition. Aber kann das noch einmal so gehen? Seit Monaten tut Kretschmer alles, um fortschrittliche Wähler*innen gegen sich aufzubringen.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass der Staat nicht vorgeben soll, wie wir heizen sollen, wie wir reden sollen, welches Auto wir fahren sollen“, sagt er auch in Eibau. Sein Ziel sei eine Regierung ohne Grüne, „weil die niemand mehr will“. Da klatschen die Leute.

Scharf gegen die Grünen vorzugehen, auch wenn man mit ihnen in der Regierung sitzt, ist Strategie der sächsischen CDU. Die Grünen, heißt es, seien auf dem Land so verhasst, dass man sich von ihnen abgrenzen müsse, wolle man der AfD nicht in die Hände spielen. Manche Christdemokraten meinen sogar, eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht sei leichter zu vermitteln.

Die Attacken Richtung Berlin und Grüne haben für Kretschmer auch strategische Tücken: Sie feuern die Wut und die Protesthaltung weiter an, die sich bei der Wahl auch gegen die CDU richten könnten. Und sie könnten dazu beitragen, dass nicht nur Linke und FDP, sondern auch SPD und Grüne an der Fünfprozenthürde scheitern. Die Folge wäre ein Parlament, in dem nur noch AfD, CDU und BSW vertreten wären. Strategisch wählen heißt für die kleinen Parteien deshalb etwas ganz anderes als für die CDU. Aus Eigeninteresse, aber auch, weil der Einfluss der AfD steigt, je weniger Parteien im Landtag vertreten sind.

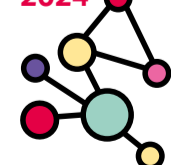
Was Michael Kretschmer bei der Wahl nützen dürfte, ist seine Haltung

zum Krieg. Waffenlieferungen an die Ukraine, die Forderung des SPD-Verteidigungsministers nach Kriegstüchtigkeit, die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen: All das wird nicht nur an den Eibauer Biertischen heftig kritisiert. Kretschmer dagegen will Verhandlungen mit Putin, eine Reparatur der Nord-Stream-Pipeline, weniger Waffenlieferungen und eine Volksbefragung zur Raketenstationierung. Manchmal drängt sich die Frage auf, ob der Mann wirklich meint, was er da sagt – und ob er das wohl bis zum Ende durchdacht hat. In der sächsischen CDU aber heißt es, dass dies alles Kretschmers tiefe Überzeugung sei.

Für viele in seiner Partei ist das schwer zu ertragen. Kretschmer ist nicht nur Ministerpräsident und Chef des sächsischen Landesverbands, er ist auch stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender. In der Berliner Zentrale heißt es, dass die CDU als Volkspartei unterschiedliche Positionen aushalte. Doch immer mehr meinen, dass Kretschmer der CDU und ihren Werten schade. Ihnen ist aber klar: In Sachsen kann nur Kretschmer die AfD schlagen. Deshalb hält man still, zumindest bis September.

In Eibau gibt etwa eine Handvoll Leute im Gespräch zu verstehen, dass sie letztlich für die AfD gestimmt haben. Einer sagt, er könne sich vorstellen, jetzt wieder sein Kreuz bei der CDU zu machen. Der Mann mit der Fragenliste wirkt nicht überzeugt. Aber eines will er dann doch noch loswerden: dass Michael Kretschmer „gegen Berlin“ unbedingt seine Position zu den Waffenlieferungen durchhalten müsse.

ost wahlen 2024



Alle Texte dazu finden Sie hier

Die Texte auf den Seiten 3 - 7 sind Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Wir zeigen, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

Im abgesperrten Bereich hinter der Bühne lehnt sich Katja Wolf an einen Transporter und schließt die Augen. „Entspannt ihr euch? Seid ihr locker?“, fragt ihr Sprecher beschwörend in die Runde. Es ist Montag in Eisenach, der Marktplatz ist voll, gleich beginnt die Wahlkampftour des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) durch Thüringen.

Das Manuskript ihrer Rede hat Katja Wolf einige Male durchgesehen. „Modul 1“, steht auf dem ersten Zettel in ihren Händen, „Katjas Geschichte. Bildung.“ Und die erste Frage, die der Moderator ihr gleich auf der Bühne stellen wird:

„Wie fühlst du dich?“

Eben war sie noch bei der Linken und Bürgermeisterin von Eisenach, jetzt könnte Katja Wolf für das BSW Ministerpräsidentin werden. Bei 18 Prozent steht das Bündnis Sahra Wagenknecht in einigen Umfragen, der Abstand zur CDU ist klein. Das BSW könnte das Parteiensystem durchschütteln und der Regierung in Berlin den finalen Stoß geben, wenn zwei bis drei Ampelparteien aus dem Landtag fliegen.

Und Katja Wolf? Will die AfD schwächen und so die Demokratie vor Björn Höcke retten, damit hat sie ihren Wechsel begründet. Für ihre Parteichefin dagegen ist Thüringen nur der erste Schritt, um das BSW als neue deutsche Protestpartei zu etablieren.

Wie soll man sich da schon fühlen?

Dass eine Partei aus dem Stand so erfolgreich ist, ist selten. Was aber ist das BSW für eine Partei? Und wer sind die Leute, die in Thüringen bald regieren könnten?

Wer das Bündnis Sahra Wagenknecht durch den Wahlkampf begleitet, erlebt eine Partei, die einen Nerv trifft. Die improvisieren muss, weil es sie erst ein paar Wochen gibt, und die gleichzeitig mit ziemlich etabliertem Personal daherkommt. Nicht zuletzt eine Partei,

Da die Populistin Wagenknecht, hier die Realpolitikerin Wolf. Kann das klappen?

die versucht, eine Balance zwischen dem Populismus ihrer Namensgeberin und einer pragmatischen Realpolitik in Thüringen zu finden.

Bevor Katja Wolf auf die Bühne tritt, spielt der Liedermacher Tino Eisbrenner ein paar seiner alten Hits. Die größten Erfolge hatte er in der DDR. Noch im Frühjahr flog er für einen Musikwettbewerb nach Moskau. Dann geht es los.

Der Marktplatz ist voll, die Eisenacher jubeln ihrer langjährigen Bürgermeisterin zu. Ab Juli 2012 regierte sie die Stadt, zur Kommunalwahl in diesem Frühjahr trat sie nicht wieder an.

Wolf spricht über Bildungspolitik und fehlende Lehrerstellen. Besonders populistisch klingt sie nicht, nur einmal, als sie über die fehlenden Deutschkenntnisse an den Schulen spricht, sagt sie, das hier sei „nicht Neukölln“. Ansonsten sagt Wolf, das BSW stehe zum Asylrecht, und dass es ein Skandal sei, dass es in Thüringen so lange dauere, bis ausländische Ärzte anerkannt seien.

Hinter der Bühne wird es hektisch. „Katja!“, ruft einer, „Sahra kommt in zwei Minuten.“ Wolf beendet ihre Rede und verlässt die Bühne, um ihre Vorsitzende vom Auto abzuholen.

Die BKA-Beamten setzen ihre Sonnenbrillen auf, die Türen der schwarzen Limousine gehen auf, Sahra Wagenknecht steigt aus – und hat ihren Mann mitgebracht. „Oh“, sagt Wolf zu Oskar Lafontaine, „ich wusste gar nicht, dass du auch kommst.“ Wolf und Wagenknecht umarmen sich. Die Konkurrenz, die es zwischen ihnen gibt, hier die Parteichefin, dort die Realpolitikerin, man spürt sie nicht auf den ersten Blick.

Vielleicht ist es jetzt, im Wahlkampf, auch weniger Konkurrenz als eine gut funktionierende Arbeitsteilung. War Wolf eben noch die pragmatische Bildungspolitiklerin, betritt nun die Populistin die Bühne. Es dauert nicht lange,

bis Wagenknecht über elitäre Großstädter mit „Hafermilch-Macchiato“ und Lastenrädern schimpft.

Hinter der Bühne tigert Oskar Lafontaine auf und ab. „Ah, meine Lieblingszeitung“, begrüßt er den Reporter der taz sarkastisch. Er selbst will keine Rede halten, wie ein Unbeteiligter wirkt er aber auch nicht. Nichts darf ihm den Blick auf die Menge von der Bühne versperren. „Ich muss sehen, wie die Leute reagieren“, sagt Lafontaine mit einem Lächeln: „Davon verstehe ich was.“

Auf der Bühne galoppiert Wagenknecht durch die Wahlkampfschlager. Von Politikern, die vorschreiben würden, welche Autos wir fahren, über das Gas, das wir vom „bösen Putin“ nicht mehr kaufen dürften, obwohl der Rest der Welt das weiter tue.

Lauten Applaus gibt es, als sie über Armut spricht. Über Rentner, die zur Tafel gehen müssten. In das Bürgergeld-Bashing der ganz großen Berliner Koalition stimmt sie nicht ein, wie überhaupt interessant ist, worüber sie im Wahlkampf kaum spricht: Migration. Das BSW hat die Wähler mit einem Onlinetool befragt, was für sie die wichtigsten Themen im Wahlkampf seien. Die Migration landete nur auf Platz vier. Das Volk bestellt, Wagenknecht liefert.

Während Sahra Wagenknecht als Marktschreierin durchs Land reist, laden Mario Voigt und Friedrich Merz von der CDU in ein Erfurter Autohaus ein, und Kevin Kühnert geht mit Genossen wandern. Vielleicht ist das nur eine andere Strategie, vielleicht aber auch die Angst mancher Bundespolitiker, auf Protest zu stoßen.

Krieg und Frieden als Thema Nummer eins

Sahra Wagenknecht kommt zum Ende ihrer Rede, dem Höhepunkt. Es geht um Krieg und Frieden, das Thema Nummer eins des BSW. In einem Satz verurteilt sie den russischen Angriff auf die Ukraine, dann schimpft sie auf die Waffenlieferungen der Ampelkoalition, auf „Strack-Rheinmetall“ von der FDP und sagt: „Ohne Frieden ist alles nichts!“

Am meisten Applaus bekommt sie, als sie darauf hinweist, dass Wiesbaden von Eisenach nicht weit ist. Dort sollen 2026 die US-Raketen stationiert werden. Ein möglicher russischer Angriff hätte auch hier katastrophale Folgen: „Natürlich ist das Landespolitik!“

Gerade erst hat Wagenknecht in einem Interview die Ablehnung der Stationierung zur Bedingung für eine Koalition gemacht. Vom BSW in Thüringen war niemand über ihren Vorstoß informiert. Spricht man die Wahlkämpfer darauf an, wird tief durchgeatmet und dann gelächelt.

War es richtig, die Ablehnung zur Bedingung zu machen, Herr Lafontaine? „Das funktioniert hervorragend“, sagt er, was keine Antwort auf die Frage ist, aber zeigt, dass es vor allem um Wahlkampfstrategie geht. Ob ein bisschen Friedenspolitik im Vorwort des Koalitionsvertrags ausreiche, um die Bedingung zu erfüllen? Oskar Lafontaine winkt ab, das werde man sehen. Nach der Wahl.

Er wendet sich an Katja Wolf, die wieder hinter der Bühne am Auto lehnt. Auch Lafontaine fragt, wie es ihr gehe. „So seh ich aus, wenn ich tiefenentspannt bin“, behauptet Wolf. Man muss ihr das nicht glauben.

Nach der Rede von Sahra Wagenknecht gibt es die Möglichkeit, Fotos zu machen. Katja Wolf nimmt ein Handy nach dem anderen und macht Bilder – von Wagenknecht und Fans. Fotos mit ihr wollen deutlich weniger Menschen machen.

Der Hype um das BSW ist groß. Dutzende Journalisten sind nach Eisenach gekommen. Die „Heute Show“ ist da, die *New York Times* habe auch schon angefragt. „Ich mein: Hallo!“, sagt Pressesprecher Steffen Quasebarth, „Wir sind doch nur das kleine Thüringen!“

Wenn aber in einer Partei selbst der Pressesprecher kaum über den Marktplatz laufen kann, ohne für ein Selfie angehalten zu werden, hat man wohl etwas richtig gemacht. „Ich dachte, Sie gibt's nur um 19 Uhr im Fernsehen“, sagt ein Passant.

Steffen Quasebarth hat 30 Jahre lang das „Thüringen Journal“ moderiert. Für



Alle wollen Sahra sehen: Marktplatz von Altenburg Anfang der Woche Foto: Leon Joshua Dreischulte

Der Bündnisfall

Das BSW trifft einen Nerv im Osten. In Thüringen könnte Spitzenkandidatin Katja Wolf sogar Ministerpräsidentin werden. Aber es gibt da ja auch noch die Parteichefin Wagenknecht

Aus Altenburg, Eisenach und Erfurt **Kersten Augustin**

ältere Thüringer ist das ein bisschen, als würde Ingo Zamperoni seine Krawatte ablegen und sich einer Partei anschließen. Quasebarth ist nicht nur BSW-Pressesprecher, er steht auch auf Listenplatz drei. Und es hat ja eine gewisse Logik: Was braucht eine Talkshow-Politikerin wie Sahra Wagenknecht, um erfolgreich zu sein? Einen Moderator.

Am Morgen nach ihrem Auftritt in Eisenach sitzt Katja Wolf in Erfurt unter einem Kreuz in einem Tagungsraum der katholischen Kirche und muss über Familienpolitik reden. Es gibt Schnittchen und Obst auf Zahnstochern. Der Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen hat eingeladen, die anderen Parteien haben ihre fachpolitischen Sprecherinnen geschickt. Da das BSW so etwas noch nicht hat, geht die Spitzenkandidatin eben selbst.

Katja Wolf schwirrt der Kopf, gestern war sie um halb eins zu Hause. „Das war okay. Aber bei der letzten Podiumsdiskussion dachte ich kurz: Wo bin ich? Wie heiß ich noch mal?“ Auf dem Podium kann sie die Finger nicht von ihrem Handy lassen.

Der Sprecher des Familienverbands hat die Wahlprogramme genau gelesen, beim BSW sind ihm Widersprüche aufgefallen. Dort heißt es, dass die „normale Familie“ im Mittelpunkt stehen solle. Was denn normal sei, will er wissen. Außerdem fordert das BSW Sprachtests für Dreijährige. Wer durchfällt, soll verpflichtend in den Kindergarten. Den besuchen aber heute schon 95 Prozent der Thüringer Kinder – wofür braucht es da eine Pflicht?

Die Familienpolitik ist eines von vielen Feldern, auf denen unklar ist, was die Partei will. Beim Wahl-O-Mat hat die Partei 33 von 38 ihrer Antworten nicht begründet. Familie sei „da, wo Verantwortung ist“, sagt Katja Wolf dann und unterscheidet sich damit nicht von SPD, Grünen und Linken. Deutlich wird aber, dass Wolf den Abgeordneten der anderen Parteien rhetorisch überlegen ist: Die Grüne Sprecherin spricht von „Care-Arbeit“ und „Zeitpolitik“, die Linke sagt den schönen Satz: „Wir kennen alle das Familienförderungsgesetz“. Katja Wolf dagegen reißt als Erste das Publikum im Saal mit, als sie sich empört, dass auf dem heutigen Podium zur Familienpolitik ausschließlich Frauen sitzen.

Antiestablishment mit vielen Etablierten

Während Katja Wolf diskutiert, betritt Frank Augsten die Geschäftsstelle des BSW. Nicht mal ein Schild hängt an der Tür, am Eingang hat jemand den Namen der Partei auf eine Postkarte geschrieben. Zwei Schreibtische, ein alter Teppichboden, ein Chihuahua und ein Drucker, der immer wieder ausfällt. Von hier aus wird die politische Landschaft durcheinandergebracht.

Frank Augsten trägt Socken in Sandalen, äußerlich könnte man ihn für einen Grünen halten, und das war er auch, bis März. Augsten hat mal die Thüringer Landesverbände von Bund und Nabu mitgegründet, war Landesvorsitzender der Grünen – und ist seit Ende März beim Bündnis Sahra Wagenknecht. Ihn stört, dass sich seine Ex-Partei in die erste Reihe derer gestellt hat, die Waffen für die Ukraine fordern. Dass er im Frühjahr bei der Listenaufstellung der Grünen nicht berücksichtigt wurde, dürfte auch eine Rolle gespielt haben. Kurz danach habe es „einen Anruf“ gegeben, mehr will Augsten nicht verraten. Nun steht er auf Platz 5 der BSW-Liste für Thüringen, damit ist er sicher im kommenden Landtag.

Mitglieder hat die Partei in Thüringen immer noch weniger als 100. Jeder Interessent soll sorgfältig geprüft werden, dafür fehlt aber die Zeit im Wahlkampf. In manchen Städten hat das BSW kein Mitglied, in manchen Landkreisen eins. Viele hatten geglaubt, dass das ein Nachteil sein würde im Wahlkampf. Gerade zeigt sich, dass das Hemdsärmelige bei den Wählern gut ankommt. Das hat das BSW mit der AfD gemein: Man spricht zwar nicht von „Altparteien“, aber will anders sein als die anderen.

Tatsächlich wird viel improvisiert: Die Wahlplakate lagern in einer Tischlerei, der Meister selbst steht auf Listenplatz 21. Mails an manche der künftigen

Abgeordneten kommen mit einer Fehlermeldung zurück, die Adressen werden gerade erst eingerichtet.

Bei all der schönen Erzählung vom Aufbruch könnte man vergessen, dass das BSW ziemlich etabliert aufgestellt ist: Sie hat die größte einzelne Parteispende der vergangenen Jahre erhalten, 5 Millionen Euro von einem Unternehmerpaar aus Mecklenburg. Sie hat Bundestagsmandate, die aus der Spaltung der Linken hervorgingen. Und in Thüringen stehen auf den vorderen Listenplätzen erfahrene Kandidaten. Neben ehemaligen Grünen kommen Kandidaten von der CDU, den Wahlkampf koordiniert eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken.

Sie alle werden nicht durch Amateurfehler auffallen, so das Kalkül. Gleichzeitig ist kaum vorstellbar, dass sich diese erfahrenen Landespolitiker aus Berlin oder dem Saarland diktieren lassen, unter welchen Bedingungen sie einer Koalition zustimmen.

Auf ihrer Wahlkampftour betont das BSW, wie viele Unternehmer, Gastwirte, „ganz normale Bürger“ auf ihrer Liste stehen. Der Staat solle mehr ermöglichen, weniger verbieten, und überhaupt klingt das oft ziemlich wirtschaftsliberal. Hätte es noch einen Beweis gebraucht, dass das Parteiensystem im Umbruch ist und sich nicht mehr klassisch von links bis rechts organisiert, das BSW liefert ihn. Im Osten mit seiner geringen Parteibindung verfährt das.

Der Ex-Grüne Frank Augsten hat nur kurz Zeit für ein Gespräch, gleich ist er mit dem Landesgeschäftsführer verabredet. Sie bereiten die Koalitionsverhandlungen mit der CDU vor, erzählt er. Beim Ökolandbau liege Thüringen ganz hinten, und wie könnte ein Kompromiss bei der Windkraft im Wald aussehen? Augsten ist dafür, viele Thüringer dagegen. Seiner Partei hat er abgerungen, dass sie im Wahlprogramm dazu uneindeutig bleibt. Er will vorbereitet sein für das, was am Wahlsonntag um 18 Uhr beginnt. Wenn es nach Augsten geht, ist er in ein paar Wochen Minister, das gibt er gern zu – bevor er sich verabschiedet.

”

„Wenn die AfD sagt, der Himmel ist blau, dann können wir doch nicht aus Prinzip sagen, das ist er nicht“

Katja Wolf, BSW-Spitzenkandidatin in Thüringen

Augstens Beispiel zeigt, dass das BSW breit aufgestellt ist. Ob die Partei inhaltlich beliebig wird oder sich so als ostdeutsche Volkspartei aufstellen will, dürfte sich nach der Wahl zeigen.

Einen Tag nach dem Marktplatz von Eisenach ist nun der von Altenburg dran, in Ostthüringen, an der Grenze zu Sachsen. Hier hat Katja Wolf keinen Heimvorteil.

Altenburg hat seit der letzten Wahl einen Direktkandidaten der AfD, auch bei den Kommunalwahlen wurde die Partei stärkste Kraft. Auf dem Marktplatz schaut der Bratwurstverkäufer skeptisch auf die Bühne von Sahra Wagenknecht, stützt sich mit den Fäusten auf den Tresen und sagt: „Mir ist die AfD noch zu links.“ Ein älterer Mann schiebt sein Fahrrad über den Platz. Er freut sich, dass Wagenknecht sich gegen die US-Raketen stark macht. „Seit der Wende haben wir die scheiß Amis hier“, sagt er.

Und wie hält man es mit der AfD?

Katja Wolf hat ihren Übertritt zum BSW damit begründet, dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen zu wollen. Und tatsächlich trifft man auf den Marktplätzen viele Menschen, die erzählen, dass sie zu Hause bleiben oder die AfD wählen wollten, aber nun überlegen, dem BSW ihre Stimme zu geben. Die wütend auf die Ampel sind, aber in der CDU und der Linken keine Alternative sehen. Wenn man diese Menschen in ihrem Antiamerikanismus bedient und mit Populismus gegen Lastenräder dafür gewinnen kann, eine populistische, aber demokratische Partei zu wählen statt Höcke – wäre das nicht ein verschmerzbarer Preis?

Einerseits. Andererseits hat das BSW es bei der Europawahl nicht geschafft, die AfD merkbar zu schwächen. Auch von der Linken dürften bei der Landtagswahl viele Wähler überlaufen. Katja Wolf erzählt, dass sie mit ihrem ehemaligen Genossen Bodo Ramelow weiter Nachrichten schreibe. „Aber keine Herzen.“

Realpolitisch könnte das BSW den Faschisten Höcke sogar stärken. Katja Wolf hat angekündigt, im Landtag „vernünftigen“ Anträgen der AfD zustimmen zu wollen. Das werde nicht oft vorkommen, verteidigt sie ihren Vorstoß, in Eisenach habe sie keinen einzigen solchen Antrag erlebt. Aber damit war der Geist aus der Flasche.

Beim BSW glaubt man, dass man nicht weiterkommt mit der bisherigen Strategie, auch harmlose Anträge zur Geschäftsordnung lieber mit Copy-and-Paste zu übernehmen und selbst zu stellen. „Das Spiel ist gescheitert“, sagt Katja Wolf, die AfD stehe bei 30 Prozent. „Wenn die AfD sagt, der Himmel ist blau, dann können wir doch nicht aus Prinzip sagen, das ist er nicht.“

Es ist ein Schritt, der die AfD weiter normalisieren wird. Katja Wolf glaubt, dass er sie entzaubert.

Die CDU hat im Landtag bereits Anträge mit Stimmen der AfD durchgebracht, sich aber nicht an deren Initiativen beteiligt. Sollte es nach den Wahlen wieder keine Mehrheitsregierung geben, könnte sich die Frage umso dringender stellen.

Eine Tolerierung durch die AfD oder eine andere Zusammenarbeit schließt das BSW aus. Auf ein Kemmerich-Szenario hat man sich aber bisher auch nicht vorbereitet, heißt es aus der Partei – also auf den Fall, dass es im Landtag keine Mehrheit für einen Kandidaten gibt und die AfD sich wieder einen Trick einfallen lässt, ähnlich wie 2020, als Thomas Kemmerich von der FDP mit ihren Stimmen zum Kurzzeitministerpräsidenten gewählt wurde.

Am Wahlsonntag um 18 Uhr wird sich zeigen, ob sich beides zusammenbringen lässt: Eine pragmatische Lösung für Thüringen und der Aufstieg einer neuen deutschen Oppositionspartei.

Kompromisslosigkeit oder Realpolitik

Sahra Wagenknecht will kompromisslos in den Bundestagswahlkampf starten, der im Herbst nach den Landtagswahlen beginnt. „Wir werden nie Teil dieses Sumpfes sein!“, ruft sie den Altenburgern von der Bühne aus zu, als sie über die anderen Parteien schimpft. Eine Koalition mit der CDU in Thüringen würde dem widersprechen.

Katja Wolf weiß, dass sie Ende nächster Woche zur ersten Machtbasis für das BSW werden könnte. Sahra Wagenknecht mag ihren Namen gegeben haben – realpolitisch ist sie eine Hinterbänklerin im Bundestag. Das föderale System der Bundesrepublik könnte helfen, den Populismus zu begrenzen: Formal entscheidet der Landesverband.

Anders als Wagenknecht redet Wolf über Friedenspolitik nur, wenn sie darauf angesprochen wird. Arbeitsteilung eben. Dann sagt sie, man werde sich nur an einer Landesregierung beteiligen, die in dieser Frage klar ist. Was das bedeutet, lässt man lieber im Unklaren.

„Wir können in Thüringen nicht beschließen, dass Putin an den Verhandlungstisch kommt“, hatte Katja Wolf hinter der Bühne in Eisenach am Vortag zu einer Traube von Journalisten gesagt. Es müsse aber ein „klares Bekenntnis für Frieden aus Thüringen geben“. Mit der Landes-CDU in scheint das durchaus realistisch. Auch ihr Spitzenkandidat Mario Voigt fordert im Wahlkampf „mehr Diplomatie“.

Ob das der großen Vorsitzenden reicht? Auf dem Marktplatz in Altenburg sagt Sahra Wagenknecht: „Wir werden alles tun, um die Stationierung dieser Waffen in Deutschland zu verhindern.“ Alles – das klingt nach mehr als ein bisschen Frieden im Vorwort des Koalitionsvertrags. Dem Spiegel hat Wagenknecht gesagt, sie werde bei möglichen Koalitionsverhandlungen „mit am Tisch sitzen“ – ungewöhnlich für eine Bundesvorsitzende.

Wagenknecht rauscht wieder ab, die nächste Bühne wartet auf sie. Sie liebe Thüringen, ihr Heimatland, den Dialekt, hatte sie dem gerührten Publikum noch gesagt. Der Thüringer Senf scheint ihr weniger zu schmecken. Den Präsentkorb, den ihr die stolzen Altenburger auf der Bühne überreicht hatten, hat sie stehen gelassen.

Katja Wolf sagt: „Es muss am Ende immer um Thüringen gehen.“



Von der Linken-Bürgermeisterin zur BSW-Spitzenkandidatin: Katja Wolf (rechts) mit einer potenziellen Wählerin in Altenburg
Foto: Leon Joshua Dreischulte

„Wenn man was davon hat, sieht ein Windrad besser aus“

Als Umweltminister und Spitzenkandidat kämpft Bernhard Stengele gegen das politische Aus der Grünen in Thüringen. Ein Besserwessi will der Theatermann aus dem Allgäu auf keinen Fall sein

Interview Tobias Schulze

taz: Herr Stengele, seit Beginn des Ukrainekriegs sind Sie acht Mal mit Hilfsgütern nach Lwiw gefahren – zuletzt Mitte August. Lastet Sie der Wahlkampf nicht aus?

Bernhard Stengele: Eigentlich hatte ich vor, erst im September wieder zu fahren. Im Moment habe ich als Minister und Spitzenkandidat im Wahlkampf genug zu tun. Aber dann habe ich den Auftritt von Sahra Wagenknecht in der Talkshow von Maybritt Illner gesehen, wo sie in Frage gestellt hat, dass Russland verantwortlich für den Angriff auf das Kinderkrankenhaus in Kyjiw ist. Das war unglaublich. Ich war selten so sauer nach einer Fernsehsendung. Da habe ich gesagt: Wir setzen ein Zeichen für uns und die Ukrainer und fahren jetzt rüber.

taz: Der Krieg in der Ukraine ist eines der bestimmenden Themen in diesem Wahlkampf. In Ostdeutschland ist die Ukrainehilfe unpopulär. Dadurch sind Ihnen in Thüringen sicher Leute verloren gegangen?

Stengele: Es gab deswegen Parteiaustritte, aber nicht viele. Bei den Wählern kann das anders sein. Das Thema ist irgendwie immer virulent. Selbst wenn ich bei einem Wahlkampfauftritt nur über Klimaschutz rede, habe ich das Gefühl: Irgendwas ist hier doch los? Bis dann wirklich wieder kommt: „Aber was ihr mit der Ukraine macht, finde ich falsch.“ Ich spreche das Thema deshalb meistens proaktiv an und setze darauf, dass es mehr als fünf Prozent in Thüringen gibt, die unsere Haltung richtig finden.

taz: Haben Sie schon jemanden von Ihrer Position überzeugt?

Stengele: Ja, neulich. Auf dem Geraer Markt war ein älterer Mann, der mir gleich zur Begrüßung gesagt hat: „Ich wähle AfD“ – wegen des Kriegsthemas. Den habe ich gefragt: Aber der Putin hat doch die Ukraine überfallen, oder? Hat er gesagt: Ja. So kamen wir ins Gespräch und am Ende meinte er, dass ich eigentlich recht habe. Man muss es auf das Grundsätzliche zurückführen: Musste Putin in die Ukraine gehen? Hat er das getan? War es falsch? Es klappt nicht immer, aber es kommt vor, dass

wir damit Nachdenklichkeit erzeugen.

taz: Im Bund diskutieren die Grünen, ob sie sich auf die Stammwähler besinnen oder neue Milieus erreichen sollten. In Thüringen stehen Sie bei vier Prozent, es droht das politische Aus. Wen wollen Sie auf den letzten Metern erreichen?

Stengele: Immerhin ist die letzte Umfrage besser als die davor. Wir kämpfen also um jede Stimme. Und wir können und wollen es nicht alleine in den Städten schaffen, im Unterschied zu Sachsen haben wir davon zu wenige. Wäre Jena doppelt so groß, wären wir drin – ist es aber nicht. Also wollen wir alle erreichen, für die die Grünen überhaupt eine Option sind. Einen Wahlkampf, der sich nur an Stammwähler richtet, können wir nicht machen.

taz: Was müssen Sie anders machen als Grüne in anderen Ländern oder im Bund?

Stengele: Nehmen wir mal das Gebäudeenergiegesetz. Thüringen ist das Bundesland mit dem zweithöchsten Altersschnitt. Gleichzeitig haben Hausbesitzer hier viermal weniger Rücklagen als im Westen. Da stellen sich beim Thema Wärmedämmung ganz andere Fragen. Nämlich nicht: „Super, da kriege ich Fördergeld, das nehme ich mit.“ Sondern: „Wie kann ich mir das leisten, und wieso soll ich überhaupt noch so viel Geld in die Hand nehmen?“ Die soziale Komponente ist hier viel wichtiger. Ähnlich ist es bei der Windkraft.

taz: Nämlich?

Stengele: In Schleswig-Holstein jubeln die Landwirte, wenn sie auf ihren Feldern Windräder bauen können. Sie verdienen damit Geld. In Thüringen haben über 70 Prozent der Bauern das Land nur gepachtet. Die finden es nicht gut, wenn dort Windkraftanlagen gebaut werden, sie haben dann vielleicht weniger Acker, weniger Einnahmen. Zudem heißt es dann: „Das verstellt mir die Aussicht, der Projektierer kommt von sonst wo, und der Strom fließt nach Bayern.“ In Thüringen haben wir deshalb jetzt ein Gesetz verabschiedet, durch das die Gemeinden im Umkreis am produzierten Strom mitverdienen. In der Sekunde, in der man was davon

hat, sieht das Windrad schon besser aus.

taz: Die Grünen sitzen seit zehn Jahren im Energieministerium. Warum kam das Gesetz erst jetzt?

Stengele: Ich kann es Ihnen nicht sagen, ich bin ja selbst erst anderthalb Jahre im Amt. Ja, das hat zu lange gedauert.

taz: Nach den Wahlen wird wieder die Diskussion aufkommen, warum die Grünen im Osten nicht richtig Fuß fassen. Was raten Sie Ihrer Partei?

Stengele: Zum einen, was ich eben beschrieben habe. Bei all den großen Rädern, die in Berlin gedreht werden, dürfen wir nicht die kleinen Schritte übersehen, die für die Akzeptanz der Energiewende nötig sind. Zum anderen muss unsere Politik pragmatischer werden. Ich kenne hier Grüne, die wissen alles übers Klima und kaufen sich trotzdem ein Hybridauto. Als ich das hörte, dachte ich mir: Wenn sich nicht mal unsere Leute E-Autos kaufen, wie komme ich dann darauf, dass es alle anderen tun sollten? Es hilft ja auch, wenn einer seinen Verbrenner behält, ihn aber seltener fährt und öfter andere Leute mitnimmt. Wir sollten das Positive verstärken, statt den Leuten nur zu sagen: Das genügt nicht.

taz: In der Klimakrise reichen kleine Schritte nicht.

Stengele: Ich komme ursprünglich vom Theater. Wenn ich da Wallenstein spielen will, aber keiner im Ensemble das darstellen kann, muss ich ein anderes Stück oder eine andere Produktion machen. Am langsamsten wird die Klimapolitik, wenn die Leute uns Grüne abwählen.

taz: Sie haben den Großteil Ihres Lebens als Schauspieler und Regisseur verbracht. 2012 kamen Sie als Theaterleiter aus dem Westen nach Thüringen. Damals gab es die AfD noch nicht, jetzt wird sie stärkste Kraft. Wie erleben Sie den Rechtsruck?

Stengele: Ich habe damals in Altenburg ein internationales Theaterprojekt mit Schauspielern aus dem Ausland gemacht. Am Anfang gab es dort eine große Neugierde auf diese Menschen. Innerhalb von fünf Jahren hat sich das ins Gegenteil verkehrt, sogar bei Kindern. Am Ende kam einer meiner schwar-



Pragmatisch, praktisch, grün: Bernhard Stengele am 19. August in der Landesgeschäftsstelle seiner Partei in Erfurt
Foto: Roger Hagmann

„

„Einen Wahlkampf, der sich nur an Stammwähler richtet, können wir nicht machen“

zen Darsteller in eine Schulklasse, und die haben den sofort beschimpft. Was ist denn das für eine krasse Verschiebung?! Am Anfang gab es in Altenburg auch noch vier, fünf Kneipen, in denen man sicher war, und höchstens zwei Straßen, durch die man lieber nicht gegangen ist. Am Ende war es egal. Du konntest überall beschimpft werden. Man war ständig alert, und das hat sich ausgebreitet.

taz: Was bedeutet das für grüne Politik?

Stengele: Als Minister werde ich meistens sehr respektvoll behandelt. Aber in vielen kleineren Kommunen verlangt es echten Heldenmut, überhaupt zu sagen, dass man Grüner ist. Viele Mitglieder denken: „Hätte ich das doch nur nie jemandem erzählt“ – weil du als Grüner

von vielen geächtet wirst. Das ist hart. Wer will denn ständig mit so einem Stigma durch die Gegend laufen?

taz: Wie können Sie politisch wirksam bleiben, wenn Sie auch noch aus dem Landtag fliegen?

Stengele: Das wollen wir verhindern. Und falls der Fall eintritt, müssen wir als Partei schauen, wie wir uns aufstellen. Ich habe schon mit der Bundespartei darüber gesprochen, wie man Strukturen aufrechterhalten könnte. Es haben alle verstanden, dass wir dafür Unterstützung bräuchten.

taz: Was würden Sie machen?

Stengele: Ich bin nicht mit 20 in die Politik gegangen, sondern erst mit Mitte 50. Das ist entlastend. Ich bin beruflich nicht in diesem System groß geworden, bin nicht von ihm abhängig und könnte auch wieder loslassen.

taz: Nach Ihrer Zeit in Thüringen sind Sie zunächst in Ihre Allgäuer Heimat gegangen. 2019 kamen Sie dann zurück, um Politiker zu werden. Was zieht Sie hierher?

Stengele: Ich habe in Altenburg Leute mit der interessantesten Biografie und dem größten Mut getroffen. Den Pfarrer zum Beispiel, der 1989 in der Stasi-zentrale stand und nicht wusste, ob man ihn totschießt. Diese Leute haben oft auch einen guten Sinn dafür, Kunst und Politik zusammenbringen. Dadurch hat das Theater hier eine gesellschaftliche Relevanz, die ich im Westen nie erlebt habe. Als ich wieder im Allgäu war, fand ich dort eine solche Ignoranz gegenüber diesen historischen gesellschaftlichen Ereignissen. Die Leute dort beschwerten sich über den Osten, der „immer nur Ärger macht, obwohl

wir ihm doch schon alles gegeben haben.“ Da habe ich gesagt: Da will ich nicht sein. Wirklich nicht. Das hat mich wieder hierhergezogen.

taz: Erleben Sie umgekehrt Anfeindungen als Westdeutscher?

Stengele: Ich persönlich höre solche Vorwürfe selten. Ich führe das darauf zurück, dass ich in einfachen Verhältnissen aufgewachsen bin. Ich war der Erste, der Abitur gemacht hat. Das Gefühl des Besserwissens, der hierher kommt und den Leuten das Leben erklärt, ist deshalb bei mir nie aufgekommen. Einen Unterschied merke ich aber in der Frage, mit der wir das Gespräch begonnen haben: der Ukraine. Ich diskutiere oft mit einer guten Freundin, einer Linken. Sie sagt, wir müssten doch die Zukunft unserer Kinder schützen, und will der Ukraine deswegen keine Waffen zur Verteidigung geben. Es sind dieselben Gründe, die mich dazu bringen, das andere zu tun. Auch wenn ich damit in Thüringen nicht alleine stehe und das Thema komplex ist, denke ich erstmals: Es gibt doch Unterschiede in der Sozialisation, die tief sitzen und für die keiner von uns etwas kann.

Bernhard Stengele

61, wuchs im Allgäu auf. 2012 wurde er Schauspieldirektor im thüringischen Altenburg, 2017 trat er in Reaktion auf den Rechtsruck den Grünen bei. 2020 wurde Stengele Co-Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes, 2023 ersetzte er Anja Siegesmund als Umwelt- und Energieminister. Mit Madeleine Henfling ist er Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 1. September.

taz die tageszeitung

Braunes Idyll Sachsen?

Der Freistaat Sachsen aus Sicht junger Autor*innen, u.a. mit Texten über Rückkehrer, Unileben in Chemnitz, Tourismus und Neonazis, Baseballschlägerjahre revisted sowie Gesprächsformate für Bürger*innen.

8 Sonderseiten in der taz am Freitag, den 30.8.2024



BILD: TIMO KRUEGENER

Thüringen

Die Lage in Thüringen ist besonders kompliziert. Die AfD wird hier vermutlich stärkste Kraft werden, in den Umfragen liegt derzeit die CDU mit 23 Prozent auf Platz 2, dicht gefolgt vom BSW, dem Bündnis Sahra Wagenknecht. Viel spricht dafür, dass CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt versuchen wird, mit dem BSW und der SPD eine Koalition zu schmieden. Dabei aber gibt es verschiedene Unwägbarkeiten: Was passiert, wenn sich das BSW doch noch vor die CDU schiebt? Oder die SPD, die in den Umfragen bei 6 Prozent liegt, den Wiedereinzug in den Landtag verpasst? Eins zumindest ist klar: Solange der Landtag keinen neuen Ministerpräsidenten wählt, bleibt Bodo Ramelow von der Linken geschäftsführend im Amt. So steht es in der Landesverfassung.

Einfach wird das nicht, aber die CDU wird vieles tun, um eine Zusammenarbeit möglich zu machen. Weil sie laut Bundesparteitagbeschluss weder mit der AfD noch mit der Linken koalieren darf, ist das BSW ihr einziger Weg an die Macht. Und an die Macht will CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt unbedingt. Inhaltliche Überschneidungen gibt es bei Themen wie Migration und innere Sicherheit, die größte Differenz bei Fragen von Krieg und Frieden. Die werden zwar nicht im Landtag beschlossen, aber Wagenknecht nutzt sie bereits, um die CDU vor sich herzutreiben. Möglicherweise sieht das die Thüringer Spitzenfrau Katja Wolf aber pragmatischer. Für die CDU birgt ein Bündnis mit „den Erzkommunisten“ parteiintern allerdings einige Sprengkraft.

Das ist extrem unwahrscheinlich, eine absolute Mehrheit wird die Thüringer AfD mit Björn Höcke an der Spitze nicht erzielen. Alle anderen Parteien haben die Bildung einer Koalition mit der AfD ausgeschlossen – und sie dürften auch aus dem Debakel rund um die Wahl des Kurzzeit-Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP im Februar 2020 gelernt haben. Viel größer ist die Gefahr, dass die AfD, deren Landesverband der Verfassungsschutz bereits vor drei Jahren als rechts-extrem eingestuft hat, ein Drittel der Landtagsmandate erzielt. Damit könnte sie wichtige Entscheidungen blockieren, für die eine Zweidrittelmehrheit im Landesparlament nötig ist, wie etwa die Berufung von RichterInnen an das Landesverfassungsgericht.

Das größte Problem für die SPD in Thüringen ist, dass der bekannteste Sozialdemokrat keiner ist. Gemeint ist Ministerpräsident Bodo Ramelow, der zwar Linke-Mitglied ist, aber sozialdemokratische Politik macht. Als kleinerer Koalitionspartner ist es für die SPD da schwer, Profil zu gewinnen. Hinzu kommt die Performance der Ampel im Bund.

Eigentlich hatte sich die Linke das so vorgestellt: Die Landtagswahl wird zum Duell zwischen AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke und dem Linken Bodo Ramelow, der Ministerpräsidentenbonus zieht und – wumms – sitzt Ramelow für weitere fünf Jahre in der Erfurter Staatskanzlei. Doch dafür stehen die Chancen schlecht, trotz hoher Beliebtheitswerte für den Amtsinhaber. Die Linke liegt in Umfragen zwischen 13 und 15 Prozent und damit auf Platz 4 – und CDU-Mann Mario Voigt hat es recht erfolgreich geschafft, sich zum Gegenspieler Höckes aufzubauen. Wichtigste Ursache für das Tief der Linken ist die Gründung des BSW, hinzu kommt der schlechte Zustand der Linkspartei insgesamt. Außerdem sind viele die rot-rot-grüne Minderheitsregierung leid.

Wenn es gut läuft, werden SPD, Grüne und FDP in Sachsen und Thüringen jeweils 15 Prozent der Stimmen bekommen – zusammengenommen. So ein Ergebnis hat es bei Landtagswahlen für die Parteien einer Bundesregierung noch nie gegeben.

Diese Niederlagen werden auch in Berlin Wellen schlagen. Dabei wirkt die Ampel sowieso gereizt und müde. Sogar die bislang äußerst disziplinierten Grünen lassen inzwischen ihrem Frust freien Lauf und haben die Ampel ein Jahr vor der Wahl zu einer „Übergangs-

regierung“ erklärt. 2025 tritt also eine Regierung an, die nicht wiedergewählt werden will. Dass die Protestwahl im Osten die Ampel vorfristig ausknipst, ist trotzdem unwahrscheinlich. Denn schuld an Neuwahlen zu sein rechnet sich für keine der drei Parteien.

Wo bleibt das Positive? Viele halten die Fünfprozenthürde für nicht mehr angebracht, wenn damit bei Wahlen im Bund relevante, aber kleine Parteien wie die Freien Wähler, die FDP oder die Linkspartei draußen bleiben müssen. Das Bundesverfassungsgericht

hatte die Fünfprozentklausel kürzlich für problematisch erklärt. Vielleicht gewinnt die Debatte bei SozialdemokratInnen, Grünen und Freien DemokratInnen nach dem 1. September aus wohlverstandenen Eigeninteresse an Schwung.

Sachsen

In Sachsen ist fast alles möglich, ein Landtag mit drei, vier, fünf oder sechs Parteien. CDU, BSW und AfD werden drin sein, SPD, Grüne und Linkspartei liegen in Umfragen knapp über und unter 5 Prozent. Das verändert die Lage für taktische WählerInnen. 2019 machten auch AnhängerInnen von Linker, Grünen und SPD ihr Kreuz bei der CDU – um zu verhindern, dass Sachsen das erste Bundesland mit der AfD als stärkster Partei geworden wäre. Ungefähr 7 Prozent eher linker WählerInnen entschlossen sich 2019 dazu, CDU zu wählen. Diesmal ist es anders: Wer eine Mitte-Regierung unter CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer will, könnte auch SPD oder Grüne wählen, damit diese als mögliche Koalitionspartner wieder in den Landtag kommen.

Es kann sein, dass CDU-Ministerpräsident Kretschmer das BSW für eine Mehrheit braucht, um eine Minderheitsregierung zu verhindern. Landespolitisch gibt es keine hohen Hürden. Bei Migration sind beide für einen härteren Kurs. Bei der Schulpolitik ist die CDU oldschool für das dreigliedrige Schulsystem, das BSW für mehr gemeinsames Lernen und – ganz wichtig – ein Handyverbot in Grundschulen. Das BSW will einen höheren Mindestlohn, die CDU hat gerade ein Gesetz versenkt, dass öffentliche Vergaben an Mindestlöhne bindet. Aber das BSW macht nicht den Eindruck, für das Thema sterben zu wollen. Dafür will es die Coronazeit aufarbeiten, auch das ist machbar. Die Frage lautet: Will Sahra Wagenknecht regieren oder wie immer nur recht haben?

Nein. Michael Kretschmer würde eher auf dem CSD in Bautzen mittanzen, als mit der AfD zu regieren. Na ja, tanzen wäre vielleicht zu viel verlangt. Aber eine Zusammenarbeit mit der AfD trotz aller gegenteiligen Schwüre wäre politischer Selbstmord.

Wer mit wem? Wie und warum?

1. In einer Woche wird in Sachsen und Thüringen gewählt. Werden diese Länder danach unregierbar?

2. Die CDU und das Wagenknecht-Bündnis, wie soll das denn funktionieren?

3. Ist auch ein Trump-Moment möglich? Droht ein AfD-Ministerpräsident?

Von Sabine am Orde und Stefan Reinecke

4. Die SPD liegt in Sachsen und Thüringen aktuell bei 5 bis 7 Prozent, sie könnte den Einzug ins Parlament verpassen. Wie konnte das denn passieren?

5. Und was ist mit der Linkspartei?

6. Was heißt das alles für die Ampelregierung in Berlin?



Erfurt



Dresden

Foto: Marco Limberg/X-Press



Peter Unfried
Die eine Frage

Ist Harald Schmidt an allem schuld?

Harald Schmidt war mein Gott, Ironie war mein Lebensstil. Nach dem Ende der großen Religionen (Christentum, Sozialismus) wäre sonst um den Beginn des 21. Jahrhunderts herum nur noch Fußball geblieben, und das war selbst mir zu popelig. Außerdem war der ironische Widerstand ziemlich komfortabel. Ein weiteres Incentive mag gewesen sein, dass um mich herum Classic-Linke total humorlos gegen unsere Ironie kämpften, die sie – völlig zu Recht – für affirmativ gegenüber den bundesrepublikanischen „Verhältnissen“ (Freiheit und Wohlstand) erklärten.

Letzteres war ein eindeutiges Indiz, dass wir Ironiker richtiglagen. Allerdings kein Beweis, denn das ironische und selbstironische Sprechen und Lachen meint ja den dauerhaften Zweifel und die ständige Suche, sein Denken zu erweitern. Was Classic-Linke nicht brauchen, schließlich sie sind im Besitz der ganzen Wahrheit. Deshalb fürchten sie das Lachen wie der etwas verbissene Klosterbibliothekar Jorge von Burgos in „Der Name der Rose“. Weil lachen antiautoritär ist, weil es zumindest für einen kurzen Moment Angstfreiheit schenkt und Autonomie gegenüber dem Dogma der einen Wahrheit.

Jedenfalls taucht unter den veränderten politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen im Westen in diesen Tagen wieder die Frage auf, ob der große Nürtinger Ironiker Schmidt nicht doch der falsche Held war und was Ironie

Was bringt Ironie, wenn es ernst wird?

nie bringt, wenn es ernst wird. Der in Kalifornien lebende Schriftsteller Jonathan Franzen hat sich gerade in einem Gespräch mit dem *Stern* gegen Ironie als Mittel zur gesellschaftlichen Aufklärung und Veränderung ausgesprochen. Er dachte das mal und sagt heute: „Das war eine dumme Idee.“ Ich fragte ihn, warum.

Franzen sieht den großen Nutzen, den Ironie für manch Einzelnen hat, um mit der Welt klarzukommen, und für Mitglieder einer kleinen Gemeinschaft, um sich gegen eine lieblose Welt zu verteidigen. Gleichzeitig attestiert er Ironie eine „soziale Nutzlosigkeit“. Mit ihr erreichte man letztlich nur die, die es eh schon wissen.

Vielleicht kann man das am besten mit Joseph Ratzinger belegen. Bei seiner Wahl zum Pontifex maximus titelte *Bild*: „Wir sind Papst“. Wir, die taz, titelten: „Oh, mein Gott“. Das eine war lustig-affirmativ und populistisch, das andere ironisch-kritisch und subtil. Unser Titel war tausendmal brillanter, aber der von Kai Diekmann verantwortete Spruch war ungleich erfolgreicher, erreichte Millionen und ging ins kollektive Gedächtnis ein.

Die Schriftstellerin Jagoda Marinić schreibt in der kommenden Ausgabe von taz Futurzwei: „Manchmal denke ich, das Land wird sich von Harald Schmidt nie mehr erholen.“ Sie reduziert zumindest seine Ironie darauf, einfach alles andere von oben herab abzuwerten, sich selbst aber nicht zu bewegen.

So ein Alle-schlimm-außer-ich-Höhen wäre wirklich nicht hilfreich, Gleiches gilt für eine ausschließlich distanzierende und selbstverliebte Verwendung von hochmoralischem Sprechen. Ich weiß nicht, ob Marinić damit Schmidts Wirken zu hoch oder zu negativ einschätzt; dem Glücks- und Aufklärungspotenzial gelingender Ironie für einen Menschen, gerade in ernsten Zeiten, wird sie damit jedenfalls nicht gerecht.

Grundsätzlich denke ich aber (im Moment), dass Jonathan Franzen richtigliegt. Ironie kann ein privates Leben positiv bewegen, aber keine Gesellschaft. Mehr noch: Je tiefer, subtiler und im Sinne Richard Rortys utopischer die Ironie, desto weniger Leute erreicht sie. Nach außen gilt daher: Klartext.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die nächste Bundesregierung die sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend voranbringen muss.

Irony is over.

Irony is over. Was natürlich ironisch war, aber das konnten sie nicht verstehen.

Blick nach vorn. In Chicago wurde oft Joe Biden gedankt, jetzt soll aber Kamala Harris ins Oval Office einziehen
Foto: Paul Sancya/ap/dpa



Eine, die für alle da sein will

Mit einer Rede von Kamala Harris endet der Nominierungsparteitag der Demokraten. Sie warnt vor Trump und gibt sich siegesgewiss

Aus Chicago **Hansjürgen Mai**

Es war der Höhepunkt einer viertägigen Inszenierung, die minutiös durchgetaktet war. Zum Abschluss des Parteitags der Demokraten in Chicago sprach Kamala Harris und nahm offiziell die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin ihrer Partei an.

Als Staatsanwältin habe sie früher vor Gericht immer fünf Worte gesagt: „Kamala Harris for the people“ – auch als Präsidentin wolle sie eine Kämpferin für das Volk sein, versprach sie. Als erste Schwarze Frau indischer Abstammung hat Harris mit der Nominierung als Präsidentschaftskandidatin schon jetzt US-Geschichte geschrieben. Und auch wenn es dann doch keine Auftritte der Megastars Beyoncé oder Taylor Swift gab, hat der Parteitag gezeigt, dass das Hoch, in dem die Demokraten sich seit über einem Monat befinden, anhält.

Im United Center in Chicago wurde viel gebubelt, viel gelacht,

und es gab Liebesbekenntnisse der Redner:innen für die eigenen Partner:innen und Kinder – aber auch für Joe Biden. Der amtierende Präsident, der sich erst im vergangenen Monat dazu durchgerungen hatte, nicht erneut zu kandidieren, wurde für sein politisches Lebenswerk gefeiert. „Thank you, Joe!“-Rufe hallten immer wieder durch das Rund der Mehrzweckhalle.

Der Fokus lag jedoch auf dem neuen Spitzenduo, Kamala Harris und Minnesotas Gouverneur Tim Walz, dem Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten. Die Redner:innen hatten zwei Aufgaben: Harris und Walz einem landesweiten Publikum näherzubringen – und deren Vision von Amerika zu verkaufen.

Harris, die frühere kalifornische Staatsanwältin und US-Senatorin, wurde bei ihrer Rede von einem Meer an rot-weiß-blauen Flaggen und „Kamala“-Plakaten empfangen. Sie beschrieb die Vision eines Amerikas, in dem jeder eine faire Chance haben solle. In dem persönlichen Freiheiten und Menschenrechte verteidigt würden –

und in dem die Regierung für die Menschen arbeitet.

Sie wolle eine Präsidentin sein, die „realistisch ist, praktisch, und die gesunden Menschenverstand hat“, sagte sie. Und machte keinen Hehl daraus, dass ihre Nominierung als Präsidentschaftskandidatin vor einem Monat noch als sehr unwahrscheinlich galt. Doch unerwartete Wege seien nichts Neues für sie.

Harris argumentierte auch mit ihrer eigenen Biografie. Als Tochter zweier Migrant:innen zeige ihr eigener Aufstieg, dass in den USA alles möglich sei. Nach der Trennung ihrer Eltern wuchs Harris bei ihrer alleinerziehenden Mutter auf, die viel arbeitete. Umso wichtiger seien Menschen aus der Nachbarschaft gewesen, die sich um sie und ihre Schwester kümmerten, erzählte sie in ihrer Rede. Menschen, die für andere da sind, ohne einen eigenen Vorteil zu suchen.

Das war die Folie, vor der Harris vor einer weiteren Trump-Präsidentschaft warnte. „Die Konsequenzen, sollte Donald

Trump wieder ins Weiße Haus zurückkehren, wären äußerst schwerwiegend“. Vor allem nach der Supreme-Court-Entscheidung, die einem Präsidenten weitgehende Immunität gewährt.

Sie werde – anders als Trump – den Rechtsstaat verteidigen. Und sie wolle eine Präsidentin für alle Amerikaner sein. Sie werde versuchen die „Bitterkeit, den Zynismus und die Spaltungskämpfe der Vergangenheit zu überwinden“. Gemeint ist damit auch der Wahlkampf von Trump und dessen Mitstreiter US-Senator J. D. Vance. Das republikanische Spitzenduo führe seine Kampagne vor allem basierend auf Angst, Spaltung und Dunkelheit, hieß es immer wieder in Chicago.

Harris versicherte, dass sie als Präsidentin fest an der Seite der Ukraine und der Nato-Partner stehen werde, während Trump sich durch Schmeicheleien von Diktatoren beeinflussen lasse. „Im anhaltenden Kampf zwischen Demokratien und Autokratien weiß ich, wo ich stehe – und wo die USA hingehören.“

Mit Blick auf den Gaza-Krieg und Israel betonte Harris: „Präsident Biden und ich arbeiten rund um die Uhr, um einen Waffenstillstand und die Freilassung der israelischen Geiseln zu erzielen“. Die USA als wichtigster Partner Israels unterstützten das israelische Militär, dessen Vorgehen im Gazastreifen laut der dortigen Gesundheitsbehörde bereits mehr als 40.000 Todesopfer gefordert hat. Für viele aus dem linken politischen Lager sind die anhaltenden US-amerikanischen Waffenlieferungen an Israel daher nicht nachvollziehbar. Während des Parteitags gab es in Chicago täglich propalästinensische Demonstrationen. Trotzdem warteten die Demokraten bis zum letzten Abend, um die Situation in Gaza direkt anzusprechen.

Und der Tenor war bekannt: Israel unterstützen und das Leid der Menschen in Gaza lindern. Für einige Wähler:innen ist der Spagat, den die Regierung hier versucht, nicht glaubwürdig. Die Gefahr ist, dass sie im November zu Hause bleiben. Ihre Stimmen könnten über den Ausgang der Wahl mitentscheiden.

Schauen, spielen, sparen



Keine Gamescom ohne Kostüme: Der Monitor, mit dem dieser Cosplayer über die Computerspielmesse in Köln spaziert, erinnert Ältere an Pac-Man-Zeiten. Damals steckte die Branche in den Kinderschuhen, heute in der Krise. Sinkender Umsatz, verlorengegangene Jobs – der Ruf nach Fördergeldern wird lauter. Doch auch bei der Games-Politik findet die Ampel nicht das richtige Power-up. Foto: Jana Rodenbusch

Peter Unfried ist Chefreporter der taz.

Lukaschenko bis zur Bahre

Staatsterrorismus, politische Gefangene, gefälschte Wahlen – seit 30 Jahren ist Alexander Lukaschenko Machthaber in Belarus. Auch mit 70 will er sein Volk „nicht im Stich lassen“



The revolution will not be televised: „Batka“ 2006 in einem Minsker Wohnzimmer Foto: David Monteleone/laif

Von **Barbara Oertel**

Schon bei der Moskauer Siegesparade in Mai 2023 wird es offensichtlich: Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko schwächtelt. Mit versteinertem Gesicht auf der Besuchertribüne, die kurze Distanz zwischen dem Roten Platz und dem Grab des unbekanntesten Soldaten muss er in einem Elektromobil überwinden. Lukaschenko reist vorzeitig aus Russland ab und verschwindet für einige Tage von der Bildfläche. Die Gerüchteküche brodelt. Sollte der Herrscher sterben, sei der Sekt in Belarus wohl sofort ausverkauft, lautet eine Spöttelei in den sozialen Netzwerken. Auch Anfang Juli dieses Jahres, beim Gipfeltreffen der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit in der kasachischen Hauptstadt Astana, erinnert Lukaschenko an ein Exponat aus dem Wachstumsfigurenkabinett. Vorbei die Zeit der Bilder, auf denen sich „Batka“ (Väterchen) publikumswirksam mit Sense oder Mistgabel auf einem Acker verausgabte oder in einem Eisstadion vor herbeizitierten jubelnden Zuschauer*innen den Puck im Tor platzierte. „Die Ära der 70-jährigen Führungskräfte geht zu Ende“, so hatte Lukaschenko in seinem ersten Präsidentenwahlkampf 1994 für sich geworben. Jetzt ist er seit 30 Jahren im Amt – und wird Ende August selbst 70 Jahre alt.

An seine Kindheit in dem Dorf Kopy in dem Gebiet Witebsk dürfte sich der Langzeitherrscher eher ungern erinnern. Es ist ein ärmliches Leben. Über seinen Vater ist nichts bekannt. Seine Mutter, eine Melkerin, zieht ihn allein groß, was als gesellschaftlicher Makel gilt.

Am pädagogischen Institut Mogilow studiert Lukaschenko Mitte der 1970er-Jahre Geschichte und Gesellschaftskunde auf Lehramt, ab 1985 Landwirtschaft. Stallgeruch hatte er da schon, ob einer einjährigen Tätigkeit als stellvertretender Leiter einer Kolchose (1982/83). Fünf Jahre später avanciert er zum Direktor der Kolchose „Gorodez“.

Dort herrschen raue Sitten. Lukaschenko habe Arbeiter, die etwas zu viel dem Wodka zugesprochen hätten, wegen Trunkenheit geschlagen, schreibt der belarussische Politiker und Politikwissenschaftler Aleksander Feduta in seiner Lukaschenko-Biografie aus dem Jahr 2005. Derzeit sitzt Feduta eine zehnjährige Haftstrafe wegen versuchten Staatsumsturzes ab. Er teilt das Schicksal vieler Kritiker*innen während Lukaschenkos politischer Karriere.

Trauer um die Sowjetunion

Anfang der 1990er Jahre wird Lukaschenko zum Abgeordneten des Obersten Sowjets der belarussischen Sowjetrepublik gewählt. Dieser wird nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 zum Parlament des unabhängigen Staates Belarus. Als das Plenum 1991 über das Ende der Sowjetunion abstimmt, fehlt nur ein Abgeordneter: Alexander Lukaschenko. Wie Russlands Präsident Wladimir Putin bezeichnet auch er einmal den Zusammenbruch der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

1993 wird Lukaschenko zum Vorsitzenden einer parlamentarischen Kommission zur Korruptionsbekämpfung. Dieser Kampf ist auch das Alleinstellungsmerkmal, mit dem er bei den Präsidentenwahlen im Sommer 1994 antritt – den letzten, die das Attribut demokra-

tisch verdienen. Lukaschenko wirbt damals mit dem Slogan: „Die junge Generation wählt Lukaschenko“. Sein Populismus kommt bei den Wähler*innen gut an. Die Stichwahl 1994 entschied Lukaschenko mit 80,1 Prozent für sich. Werte um diese Marke herum erreicht er auch bei allen weiteren – durchwegs manipulierten – Abstimmungen, zuletzt 2020.

„Die Diagnose, die ihm vor diesem Präsidentschaftswahlkampf niemand zu stellen wagte, ist seine krankhafte Machtversessenheit“, zitiert die BBC Anatoli Lebedko, einen früheren Unterstützer Lukaschenkos und heutigen Berater im Team der Exil-Oppositionellen Swetlana Tichanowskaja. „Das war die Wurzel aller zukünftigen Probleme für Belarus.“

Die beginnen schon knapp ein Jahr später. Die Medien werden unter Druck gesetzt. Historische belarussische Symbole werden abgeschafft, das Russische dem Belarussischen gleichgestellt. Wieder ein Jahr später knöpft Lukaschenko sich die Gewaltenteilung vor und lässt das von seinen Untertanen absegnen. Die Vollmachten des Präsidenten werden ausgeweitet, das Parlament in seinen Kompetenzen beschnitten – und kurz darauf aufgelöst.

„Ende 1996 hatte Lukaschenko ein personalistisches autoritäres Regime installiert, in dem nur eine einzige staatliche Institution tatsächlich Einfluss hat: Alexander Lukaschenko“, schreibt der mittlerweile aufgrund politischer Verfolgung im Exil lebende belarussische Politologe und Historiker Waleri Karbalewitsch. Lukaschenkos dominanter Charakterzug sei ein grenzenloser Machthaber und dieser der Grund dafür, dass in Belarus immer noch die Todesstrafe vollstreckt werde.

Um die Jahrtausendwende macht Belarus wieder negative Schlagzeilen. Vier namhafte Oppositionelle, darunter der Ex-Chef der Zentralen Wahlkommission Viktor Gontschar, verschwinden spurlos, ihre Leichen werden nie gefunden. Der Europarat macht Todesschwadronen des belarussischen Innenministeriums für die Entführungen verantwortlich.

Hassliebe zu Putin

Schließlich kippen die Belaruss*innen in einem sogenannten Volksentscheid 2004 die Beschränkung des Präsidenten auf zwei Amtszeiten. Jetzt ist der Weg endgültig frei – Lukaschenko bis zur Bahre. In den folgenden Jahren zieht Ruhe in Belarus ein. Der Tauschhandel des Diktators mit seinem Volk – staatliche Versorgung, Absicherung und Stabilität gegen Anpassung und Unterwerfung – funktioniert. Zwar wagen sich Kritiker*innen immer mal wieder aus der Deckung, so bei den Präsidentenwahlen 2010, bei denen auch alternative Kandidaten antreten dürfen. Doch die finden sich bald im Gefängnis wieder, Proteste der Bevölkerung lässt Lukaschenko brutal niederschlagen. Ganz im Sinne von Wladimir Putin.

Beide verbindet eine Hassliebe, sie sind aufeinander angewiesen. Lukaschenko jedoch mehr auf Putin als der auf ihn. Belarus hängt wirtschaftlich am Tropf Russlands. Dennoch lässt Lukaschenko sich hin und wieder auf einen Flirt mit dem Westen ein oder versucht, wie bei den Minsker Abkommen 2014/15, sich als Makler in Szene zu setzen. Mit Russlands Großangriff auf die Ukraine 2022 haben sich diese Versuche erledigt. Lukaschenko steht heute stramm an der Seite Putins.

Der Politologe Waleri Karbalewitsch nennt Alexander Lukaschenkos politischen Instinkt als einen Grund für dessen lange Herrschaft. Er ahnt früh, welche Leute ihm gefährlich werden könnten. Wo dieser Instinkt versagt, greift Lukaschenko zum Staatsterrorismus.

Etwa, als sich 2020 eine neue Generation anschickt, die Politik in Belarus gestalten zu wollen. Unabhängige Kandidaten werden damals zu den Präsidentschaftswahlen nicht zugelassen beziehungsweise inhaftiert. So der Blogger Sergei Tichanowski. Die Bekanntgabe der Ergebnisse – Lukaschenko erreicht angeblich mal wieder knapp über 80 Prozent der Stimmen – wird zum Fanal für wochenlange Massenproteste. Das Regime reagiert mit einer beispiellosen Repressionswelle: landesweite Razzien, Festnahmen, Folter und Strafverfahren. Die belarussische Menschenrechtsorganisation Viasna (Frühling) beziffert die Zahl politischer Gefangener auf 1.358 (Stand: 22. August).

Die nächsten Präsidentschaftswahlen finden 2025 statt. Alexander Lukaschenko will trotz Altersschwäche wieder kandidieren. „Kein einziger Mensch, ein verantwortungsbewusster Präsident, wird sein Volk im Stich lassen, das ihm in die Schlacht gefolgt ist“, zitiert ihn die staatliche Nachrichtenagentur Belta.



Illustration: Julia Molin

Seitenwende Kommen Sie nach Berlin!

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung der taz, die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Samstag, den 14. September 2024

Formaler Teil 9.15 bis 13.00 Uhr

- 9.00 Uhr Einloggen und Einfinden
- 9.15 Uhr Offizielle Eröffnung der Versammlung durch den Aufsichtsrat
- 9.25 Uhr Begrüßung der taz-Genoss*innen
- 9.35 Uhr Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2023
- 9.45 Uhr Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit
- 9.55 Uhr Aussprache
- 10.25 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr Erläuterung und Beschlussfassung zur Rechnungslegung und Bilanz für das Geschäftsjahr 2023
- 11.35 Uhr Wahl eines neuen Aufsichtsratsmitglieds
- 12.25 Uhr Wahl eines neuen Kuratoriumsmitglieds auf Lebenszeit für die taz Panter Stiftung
- 12.45 Uhr Stimmungsbild zu Flugreisen bei taz Reisen
- 13.00 Uhr Mittagspause

Inhaltlicher Teil 13.45 bis 18.15 Uhr (öffentlich)

- 13.45 Uhr Aktuelles aus der Genossenschaft
- 14.00 Uhr **Eigentum verpflichtet – Wir sanieren das Rudi-Dutschke-Haus**
- 14.15 Uhr Aussprache
- 14.25 Uhr **Die Wochenzeitung der taz und die wochentaz der Zukunft – Barbara Junge im Gespräch mit Luise Strothmann und Matthias Kalle**
- 14.45 Uhr **Die digitalen Produkte der taz** Wir blicken auf den Relaunch der Website, die Entwicklung einer Newsapp und unsere digitale Tageszeitung
- 15.05 Uhr **taz bleibt – Wie wir gemeinsam die Seitenwende schaffen. Mit Aline Lüllmann und Katrin Gottschalk**
- 15.25 Uhr Aussprache/Stimmungsbild
- 16.25 Uhr Kaffeepause
- 16.45 Uhr **Krise der Demokratie – was tun? Populismus, Rechte Parolen und Fake News in Wahlkämpfen und darüber hinaus. Moderation: Ebru Taşdemir**
- 17.30 Uhr **Die Jugend kann auch politisch und links: Die taz Panter Stiftung fördert Projekte mit jungen Menschen, die sich politisch engagieren. Moderation: Gemma Terés Arilla**
- 18.15 Uhr Ende der Generalversammlung
- 18.30 Uhr Liveband **Agnamana Duo**, danach Party mit DJ Silke Super

Alle Genoss*innen sind herzlich eingeladen, an der hybriden Versammlung vor Ort oder digital teilzunehmen.

Für den Vorstand:

Aline Lüllmann und Andreas Marggraf

Ort der Generalversammlung:

Festsaal Kreuzberg

Am Flutgraben 2, 12435 Berlin

Weitere Informationen unter taz.de/geno





Sind die Alpen in 30 Jahren eisfrei?
Foto: Daniel Reiter/mauritius images

Die Alpen verlieren ihren Kitt

Extremwetter, Gletscherschwund, schmelzender Permafrost: Europas zentrales Gebirge erwärmt sich doppelt so stark, wie der Rest der Welt. Das macht auch den Tourismus immer unsicherer

Von der Zugspitze **Nick Reimer**

Es ist der höchste Schacht in Deutschland: Vor fast einhundert Jahren errichtet, führen hier auf etwa 2.800 Höhenmetern einst Skifahrer von der Österreichischen Zugspitzbahn unter einem Felssattel hindurch auf die deutsche Seite. Knapp 800 Meter ist die Röhre lang, an ihrem Eingang warnt heute ein Schild: „Stollen wegen Frostschäden teilweise schlecht begehbar.“ Aber der Schacht wird ohnehin nur noch zu Forschungszwecken betreten: Wissenschaftler der Technischen Universität (TU) München untersuchen hier den Permafrost.

Wenn die Erde wegen Temperaturen, die nicht über null Grad steigen, niemals auftaut, spricht man von Permafrost. Auf rund 23 Millionen Quadratkilometern, vor allem in Alaska, Nordkanada und Sibirien, aber auch in den Hochgebirgen gibt es ihn. „Alle Spalten und Risse in diesem Tunnel sind mit gefrorenem Wasser gefüllt“, erklärt Michael Krautblatter, Geologieprofessor an der TU München. „Wie Kitt hält dieser Permafrost den Berg zusammen.“ Eiszapfen sieht man im Stollen nirgends, denn die bilden sich ja aus gefrorenem Schmelzwasser. Noch aber ist hier nichts geschmolzen, das Wasser sieht aus wie eingelagertes Eis im Massiv der Zugspitze.

Nur noch minus 0,7 Grad

Allerdings zeigen die Messungen, dass auch dieses Eis immer wärmer wird. Im Jahr 2007 registrierten die Forscher im Kammstollen an der Zugspitze noch maximal minus 1,2 Grad Celsius, mittlerweile sind es nur noch maximal minus 0,7 Grad. „Wir nähern uns dem kritischen Punkt“, sagt Krautblatter. „In 10, spätestens 20 Jahren wird man hier voraussichtlich keinen Permafrost mehr besichtigen können.“ Das kann die Gebäude auf Deutschlands höchstem Berg gefährden: Wenn die dauergefrorenen, mit Wasser gefüllten Hohlräume

auftauen, kann der Unterboden in Bewegung geraten, was schnell die Statik gefährdet. Risse wären die Folge, schlimmstenfalls die Zerstörung ganzer Häuser.

Bauwerke gibt es viele an der Zugspitze, heutzutage ist der Vorgipfel vollends zugebaut: An die Seilbahnstation auf der österreichischen Seite schließt sich das Panoramarestaurant an, dann folgt das alte Grenzhäusel zwischen Österreich und Deutschland und die höchste meteorologische Station Deutschlands. Danach thront das Münchner Haus, die 1897 eingeweihte Wanderhütte des Deutschen Alpenvereins, bevor sich ein Kolossalbau der deutschen Seilbahnstation anschließt: Restaurants, ein Museum, modernste sanitäre Anlagen gibt es hier. Bis zum etwas höher gelegenen goldenen Gipfelkreuz der Zugspitze sollte man allerdings schon „bergfest“ ausgerüstet sein: Auf die Höhe von 2.962 Metern geht es über einen Klettersteig, der bei schlechtem Wetter herausfordernd sein kann.

Markant in diesem Gesamtensemble ist der Turm der meteorologischen Station: Hier und im 300 Meter tiefer gelegenen Schneefernerhaus forscht der Atmosphärenphysiker Ralf Sussmann. „Wir untersuchen etwa die Konzentration von Methan in der Erdhülle“, sagt er. „Bis Mitte der 2000er Jahre war die relativ stabil.“ Methan ist 28-mal so treibhausintensiv wie Kohlendioxid, „in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre stiegen die Messdaten plötzlich sehr stark an“, sagt Sussmann. Das hänge vor allem mit dem Run auf Frackinggas in den USA zusammen. Methan tritt bei der Förderung als unerwünschtes Begleitgas aus, das von dort binnen zwei Wochen von Winden zu uns transportiert wird.

Frackingerdgas: Das ist das, was die Bundesregierung gerade in großem Maße als Lösung für den Erdgasstopp aus Russland auserkoren hat, angeliefert in Flüssiggastankern in regierungseigenen Häfen an Nord- und Ostsee. Atmosphärenphysiker Sussmann sagt: „Derzeit hält die Menschheit durch ihre Treibhausfracht zusätzlich so viel

Energie pro Sekunde auf der Erde wie 14 Atombomben der Hiroshimagröße verursacht haben.“ Logisch, dass dies nicht ohne Folgen bleibt, auch nicht für die Alpen.

Wenige hundert Meter unter Sussmanns Forschungshaus liegt der Schneeferner, Deutschlands größter Gletscher. Als kurz die Sonne durchbricht, sind große Schneehaufen zu sehen, die von Pistenraupen aufgetürmt wurden. Sie sollen dafür sorgen, dass die Sonnenenergie gar nicht erst bis zum gefrorenen Wasser vordringen kann. „Gletscherpflaster“ nennt die Wissenschaft solche Vorkehrungen. Eine

„Der Klimawandel reißt Wunden in die Berge, die mit Pflastern nicht mehr zu lindern sind“

Andrea Fischer, Glaziologin

andere Variante: riesige weiße Lastwagenplanen werden über das Eis gelegt, um es vor der Sonne zu schützen.

„Mit dieser Technologie sind wir am Ende“, sagt die österreichische Glaziologin Andrea Fischer. Der Klimawandel reiße Wunden in die Berge, die mit Pflastern nicht mehr zu lindern seien. „Das Tempo der Gletscherschmelze hat enorm zugenommen, wir stehen unmittelbar vor dem Kipppunkt“, sagt Fischer. Zuletzt seien binnen zweier Jahre 10 Prozent der Eismasse geschmolzen, „die Alpenregion erwärmt sich doppelt so schnell wie im globalen Durchschnitt“. Tatsächlich gibt es wissenschaftliche Studien, die belegen, dass die Alpen in etwa 30 Jahren größtenteils eisfrei sein werden.

Das lässt sich auch auf Deutschlands höchstem Berg beobachten: Im Jahr 2018 betrug die Eisdicke am Schnee-

ferner an der tiefsten Stelle noch etwa 10 Meter. Heute sind es keine 6 Meter mehr. Früher war der Schneeferner so groß wie 500 Fußballfelder, aber der Klimawandel hat diesen Eispanzer in kleine Einzelteile schrumpfen lassen. Weil zu wenig Eis übrig war, erkannte die Bayrische Akademie der Wissenschaften dem Südlichen Schneeferner 2022 den Gletscherstatus ab. Übrig geblieben ist der nördliche Teil, elf Fußballfelder groß und mit diesen „Pflastern“ versehen. „Spätestens 2030 wird die Zugspitze eisfrei sein“, sagt Glaziologin Fischer. Auch eisfreie Ostalpen seien nicht mehr allzu fern.

Es klingt lapidar: „eisfrei“. Bereits heute führt der fehlende Frost zu neuen Gefahren. „Am Montblanc-Massiv gibt es in Höhen um 3.000 Meter bereits Hunderte Felsstürze“, sagt Geologieprofessor Krautblatter. Mittlerweile verändern sich die hochalpine Landschaft so massiv, dass Bergführer bei gewissen Routen nicht mehr sicher sagen könnten, ob sie gefahrlos sind. Krautblatter: „Der Kitt der Berge löst sich auf, und das macht es so unberechenbar.“ Im Aletsch-Gebiet zum Beispiel sind bereits Wanderwege verlegt worden, weil Fels plötzlich instabil ist.

Tatsächlich häufen sich die Todesfälle unter den Bergsteigern. Herabstürzendes Gletschereis tötete in dieser Woche zwei Alpinisten am Mont Blanc in 4.100 Meter Höhe, Ende Juli begrub ein herabstürzender Felsen bei Oberstdorf einen Wanderer. Im Jahr 2022 sorgten sehr warme Temperaturen dafür, dass am Berg Marmolata ein Eisblock vom Gletscher abriss und elf Bergsteiger in den Tod riss. 2023 sind mindestens 100.000 Kubikmeter Gestein vom Südgipfel des Fluchthorn-Massivs bei Galtür ins Tal gestürzt, was so viel ist, wie etwa 120.000 Lkw transportieren können. Wie durch ein Wunder kam niemand zu Schaden.

„Die Eigernordwand zu besteigen, endet heute tödlich“, sagt Tobias Hipp vom Deutschen Alpenverein DAV. Der Steinschlag sei wegen des tauenden Permafrostes derart unberechenbar

geworden, dass kein Bergsteiger mehr das Risiko eingehen sollte. „Wo Gletscher abschmelzen, bleibt instabiles Moränengelände zurück“, sagt Hipp, angrenzende Flanken und Wände können durch den fehlenden Gegendruck des Gletschers kollabieren. Kurzfristiger führe die Gletscherschmelze zusammen mit der geringeren Schneebedeckung häufig zu einer erhöhten Spaltensturzgefahr. Der DAV-Experte prognostiziert: „Hochtouren, wie wir sie bisher kannten, sterben aus.“

Der Hochvogel droht auseinanderzubrechen

Doch auch weiter unten steigen die Gefahren. „Es ist nicht die Frage ob, die Frage ist: Wann wird der Hochvogel auseinanderbrechen“, sagt Forscher Michael Krautblatter. Mit 2.592 Höhenmetern ist er einer der markantesten Gipfel der Allgäuer Alpen. Zumindest noch, der Hochvogel droht auseinanderzubrechen, bis zu 260.000 Kubikmeter Fels könnten ins Tal stürzen. „Von dem Haupttriss, der 3 bis 10 Zentimeter im Jahr aufgeht und schon 10 Meter tief ist, gehen inzwischen mehrere Seitenrisse ab“, erklärt der Geologieprofessor. Zunehmende Extremwetter vergrößern das Risiko. „Nach jedem Starkniederschlag verstärkt sich die Felsbewegung zwei, drei Tage lang“, so Krautblatter.

Vermutlich würde der Hochvogel auch ohne den Klimawandel irgendwann auseinanderbrechen. Aber die zunehmenden Starkregen beschleunigen diesen Prozess. Krautblatter: „In den vergangenen Jahren sind Anzahl und Intensität um den Faktor zwei bis drei gestiegen.“

Das setzt auch immer stärker der Infrastruktur zu: In Graubünden, Ostschweiz, hatte schwerer Starkregen Ende Juni drei Häuser und einen Teil der Autobahn A 13 weggerissen. Zuvor hatte die Schweizer Akademie der Wissenschaften mitgeteilt: Die Zeitspanne von Oktober 2022 bis September 2023 war die wärmste Zwölfmonatsperiode seit Beginn der Messungen im Jahr 1864 in der Schweiz.

Wann wird Kritik zum Verschwörungsdenken?

Bill Gates, die Reichen, die Regierung oder die Grünen – der Leipziger Soziologe Georg Vobruba hat das Verschwörungsweltbild untersucht, das die Komplexität der Welt auf ein paar Sündenböcke reduziert

Interview **Peter Unfried**



Foto: privat

Georg Vobruba

Der Mann: Emeritierter Professor für Soziologie an der Uni Leipzig. Jahrgang 1948. Geboren und aufgewachsen in Wien. Lebt in Leipzig und Wien.

Das Buch: „Das Verschwörungsweltbild. Denken gegen die Moderne“. Verlag Beltz Juventa, 2024.

taz: Herr Vobruba, mit der Pandemie, dem zarten Versuch von Klimapolitik und dem Aufstieg des Rechtspopulismus ist auch Verschwörungsdenken in Deutschland sichtbarer geworden. Sie haben dafür die Texte „alternativer“ Medien untersucht. Was ist Ihre zentrale These?

Georg Vobruba: Verschwörungsdenken richtet sich gegen den Grundgedanken der Moderne, dass die Gesellschaft sowohl in ihrer Organisation als auch in ihrer Deutung keine Spitze hat und damit nicht von oben gelenkt und geleitet werden kann. Moderne Gesellschaften entwickeln sich nicht geplant, sondern als unbeabsichtigtes Ergebnis einer großen Menge nicht koordinierten Handelns. Im Verschwörungsweltbild dagegen wird alles, was ökonomisch an Missliebigem passiert, auf den Willen und die Interessen einer kleinen Minderheit oder Elite zurückgeführt.

taz: Ähnlich wie im vormodernen Denken?

Vobruba: Ja, aber anders als bei Gott, Natur, Schicksal ist diese herrschende Spitze – sind die Verschwörer – immer böse. So kann eine Neuerung immer nur eine Verschlechterung sein.

taz: Ist Verschwörungsdenken ein rechtes Weltbild?

Vobruba: Man muss mit der Zuordnung rechts und links ja grundsätzlich sehr vorsichtig sein, bei Verschwörungsweltbildern erst recht. Es lässt sich aber sehr gut zeigen, dass Eckpunkte des Verschwörungsweltbilds sehr kompatibel mit rechtem Denken sind und auch mit Antisemitismus.

taz: Wie funktioniert das?

Vobruba: Wenn alles, was passiert, auf eine kleine Minderheit zurückgeführt wird, ist es nur noch ein kleiner Schritt, um auf bekannte Namen und Stereotype zurückzugreifen und man hat Rothschild, George Soros, die Ostküste. Es gibt nackten Antisemitismus, der ist aber in den Quellen, die ich kenne, selten offen ausgeführt.

taz: Bei Linken gibt es eine Tendenz, die „Reichen“ als Gruppe und Identität zusammenzufassen, die zum Fa-

schismus neige. Das ist nahe an Verschwörungsdenken, oder?

Vobruba: Die Rede von „den Reichen“ erinnert stark an verschwörungstechnisches Wording, muss es aber deswegen noch nicht sein. Sicher gibt es unter Reichen auch Nichtsnutze jeden Geschlechts, denen man das zutrauen kann. Aber natürlich nicht allen. Generell geht es im Verschwörungsden-

ken um „die Reichen“ als Chiffre für Kapitalismus oder für das Kapital, was auch immer das sein mag. In manchen Fällen scheint es mir eher moralische Entrüstung zu sein über Leute, die über sich die Kontrolle verloren haben.

taz: Bringen solche Entrüstungen etwas oder entsteht der Eindruck, dass wir überall von Nazis umgeben sind?

Vobruba: Wenn es einen solchen Eindruck verfestigen sollte, dass wir überall von Nazis umgeben sind, wäre es grob schädlich. Das sind wir nämlich nicht. Genau das wäre Verschwörungsdenken. Aufregen kann man sich aber schon darüber. Es folgt halt nur nicht viel daraus.

taz: Warum brauchen Leute in dieser Zeit ein Verschwörungsweltbild, etwa von einem freiheitsraubenden Staat, der sie mit erfundener Erderhitzung und Pandemiepolitik unterjochen, krank machen oder gar durch Impfen töten will?

Vobruba: Menschen, die im Verschwörungsweltbild gefangen sind, halten Ambivalenzen nicht aus. Es wird immer das Schlimmste angenommen. Mittlerweile weiß man, dass manche Freiheits Einschränkungen während der Pandemie übertrieben waren. Aber man weiß nicht, wie es gewesen wäre und wie viele gestorben wären ohne Freiheitseinschränkungen wie Distanzregeln. Präventionspolitik ist aber genau der Punkt, den die Verschwörungsdenkenden nicht verstehen können oder wollen.

taz: Welche sind das?

Vobruba: Die, die von diesem Verschwörungsweltbild angegriffen werden. Zweitens gehört es zur Selbstaufklärung, dass es in der Denktradition der Linken zumindest Strömungen gegeben hat, die dem Verschwörungsdenken verwandt sind. Der stalinistische und auch der sogenannte strukturalistische Marxismus etwa. Drittens gibt es auch Schnittmengen zwischen der Soziologie und dem Verschwörungsdenken, das hat erheblichen Aufklärungs-

wert für das Fach. Und zwar überall dort, wo sie Handeln a priori festlegt, also deterministisch denkt.

taz: Freiheit beziehungsweise Freiheitsberaubung spielt eine große Rolle in diesen Weltbildern.

Vobruba: Ja, dem Verschwörungsdenken liegt meist ein rechts-anarchistischer Freiheitsbegriff zugrunde, der sich in erster Linie durch Staatsfeindschaft auszeichnet und sich reduzieren lässt auf den Satz: Freiheit ist das Recht, in Ruhe gelassen zu werden. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung eines amerikanischen Farmers, der Haus und Felder mit dem Gewehr verteidigt. Soziale Sicherheit, die Freiheiten ermöglicht, gibt es in diesem Weltbild nicht.

taz: Wer sind die Sündenböcke, die man als böse Elite fantasiert, die alles für sich und gegen das brave Volk bestimmen?

Vobruba: Der prominenteste Sündenbock ist Bill Gates – und die Leute des World Economic Forum, interpretiert als Clique. Generell kann man sagen: Die Sündenböcke müssen einigermaßen bekannt sein, müssen reich sein und in den Mainstreammedien, wie die Verschwörungsliteratur sie nennt, vorkommen.

taz: Wie werden die Informationen aus Massenmedien zu Verschwörung verarbeitet?

Vobruba: Die Fakten werden einfach umgedreht. Der Direktor von Frontex sagt, es sei unmöglich, Grenzen absolut dicht zu machen. Daraus wird die Nachricht gemacht, er habe gesagt, er habe die Absicht, Grenzen zu öffnen. Oder die Weltgesundheitsorganisation WHO macht eine Kampagne für gesünderes Essen. Verbreitet wird die Nachricht, die WHO habe zugegeben, dass sie die Menschheit ausrotten will.

taz: Wie haben es die Grünen geschafft, in populistischen Erzählungen auch zu Superschurken des Verschwörungsweltbildes aufzusteigen?

Vobruba: Sie sind nicht aufgestiegen, aber sie werden eingebaut. Das absolutistische Weltbild mit einer Spitze hat verschiedene Ebenen. In den wenig-

sten Fällen manipulieren Bill Gates persönlich oder Rockefeller oder die Rothschilds die ganze Welt. Die haben ihre Marionetten auf mehreren Etagen. Und auf einer unteren Etage kommen die Grünen relativ prominent vor und übrigens auch die Klimakleber, von denen das Verschwörungsdenken herausgefunden haben will, dass sie Agenten des Staates sind.

taz: Um das Volk zu unterdrücken? **Vobruba:** Ja, letztlich läuft alles darauf hinaus: Angst verbreiten, leichter regierbar machen, unterdrücken.

taz: Es gibt Teile des liberaldemokratischen Spektrums, die sich daran anhängen und erzählen, die Grünen wollten die Wirtschaft zerstören. Ist das auch Verschwörungsdenken?

Vobruba: Na ja, Populismus – egal, von wem er kommt – ist nicht unbedingt Verschwörungsdenken, aber es gibt eine Verwandtschaft. Richtiges Verschwörungsdenken ist, dass zahlreiche Grünen-Politiker, die beim Young Leaders Program des World Economic Forum waren, von dieser zentralen Spitze geschult wurden, im Interesse der USA die europäischen Wirtschaften und Gesellschaften kaputtzumachen. Das wird in der Verschwörungsliteratur häufig so dargestellt. Von diesem Punkt führt leider ein relativ kurzer Weg zu Gewaltdispositionen. Dafür gibt es zwei Zutaten. Zum einen wird im Verschwörungsdenken immer wieder beschworen, dass es fünf vor zwölf ist und jetzt schnell gehandelt werden muss. Zweitens aber sind die obersten Drahtzieher unerreichbar. Also hält man sich an die untere Ebene, an die man rankommt, etwa im Wahlkampf.

taz: Was ist der Plan im Verschwörungsweltbild, um das Volk zu retten?

Vobruba: Die positive Utopie? Gibt es fast nicht. Aus dem Verschwörungsweltbild ergibt sich Widerstand, Widerstand. Die herrschenden Verhältnisse sind in diesem Denken nicht reformierbar. Wenn positive Veränderung gedacht wird, geht es um ein Neuaufstellen der Gesellschaft von Grund auf. Die parlamentarische Demokratie und das Repräsentationsdenken werden abgelehnt, das wird es da nicht mehr geben. Wie die neue Gesellschaft aussehen soll, wird aber selten ausbuchstabiert, und wenn, sind das meistens merkwürdig schlichte Hippie-Fantasien. Irgendwas Dezentrales, basierend auf Handwerk und Landwirtschaft, mit Basisdemokratie und einem Rat der Weisen, von denen angenommen wird, dass sie altruistisch sind.

taz: Das klingt ja wie eine ökosozialistische antiglobalistische Schrumpfungsfantasie.

Vobruba: Ja, die saugen von überall ein bisschen auf. Der Hauptgedanke ist, dass das Neue eine einfache Gemeinschaft sein muss – das Gegenprogramm zur komplexen Moderne.

taz: Wie kommt man dahin? **Vobruba:** Man hat keinerlei Probleme, sich eine Erziehungsdiktatur vorzustellen. Die Menschen müssen erzogen werden, bis man ihnen den Egoismus ausgetrieben hat und sie bereit sind, für die Gemeinschaft tätig zu werden.



Ein Mann protestiert im April 2021 vor dem Berliner Reichstag gegen Corona-Maßnahmen. Foto: Jochen Eckel/SZ Photo/laif

Ruinen als Vergessmaschinen

Brandenburg steht voll mit ehemaligen Bunkern und Kasernen. Da waren die Preußen, die Nazis, die Rote Armee. Die zivile Umnutzung ist eng mit der Frage verbunden: Wie erinnern?



Schützenfest in Luckenwalde Fotos: Manja Präkels

Aus Luckenwalde, Jüterbog und Wünsdorf **Manja Präkels**

Turbulenter Dorf-morgen in Ostprignitz-Ruppin. Ortsfremde mit Messgeräten werkeln, begleitet von Hundegebell. Einer brüllt: „Keen Empfang!“ Alle Nachbarn lachen. Von hier ins südliche Brandenburg zu gelangen, wird an diesem Tag ebenfalls erschwert. Zugverbindungen sind gesperrt. Also Auto fahren. Über Berlin. Das liegt immer im Weg, egal, wo man hinwill im Land.

Heute geht es in den Landkreis Teltow-Fläming: Weite Felder mit verblühten Sonnenblumen, Mais, ein riesiger Windpark. Die Getreideernte ist fast vorüber. Traktoren, umkreist von Rabenvögeln, ziehen schweres Gerät Richtung Horizont. Es riecht nach Erde. Der Abstand zwischen den Ortschaften wird

größer. Mit der Entfernung von der Metropole wachsen Leerstand und Verfall. Heruntergelassene Rollläden begleiten die Fahrt, als verschlossen die Dörfer ihre Augen. Es gibt auch nichts zu sehen.

In den vergangenen Jahren geriet die Gegend wegen verheerender Waldbrände in die Schlagzeilen. Kiefermonokulturen brannten wie Streichhölzer. Munitionsreste im Boden erschwerten die Löscharbeiten. Die liegen hier überall. Die lange Tradition der heute verlassenen Truppenübungsplätze reicht vom Kaiserreich über die faschistische Wehrmacht bis hin zur Roten Armee. Schlachtfelder unter Sand, Gras und Kieferbewuchs – Explosionsgefahr. Aus der Asche bricht Mischwald hervor. Als wäre keine Zeit vergangen.

Die zivile Umnutzung der riesigen Areale ehemaliger Militärliegenschaften ist eine Mammutaufgabe für das Land Brandenburg. In Teltow-Fläming ist fast die Hälfte der nicht landwirtschaftlich genutzten Bodenflächen betroffen. Seit bald 35 Jahren versucht man sich an immer neuen Konversionsideen. Kurz nach der Jahrtausendwende etwa wurde hier die längste zusammenhängende Rollstrecke Europas geschaffen – ein Skaterparadies. Die weit verstreuten Kasernenruinen und Bunkeranlagen locken Militärfreaks und Fotografen, waren und sind Kulisse illegaler Partys und Autorennen. Aber für all das gibt es inzwischen auch legale Varianten: Kartbahn, Technoklub im Bunker oder teure Führungen zu den „Lost Places“.



Der „Shelter Albrecht“ in Niedergörsdorf

Verlorene Orte. Verrammelte Dorfkrüge, trübe Löschwasserteiche, kein Laden weit und breit. Auffällig die Schönheit der roten Ziegel, die mal hinter herabfallendem Rauputz hervorleuchten, mal ganze Ensembles aus teils intakten, teils brüchigen Gebäuden bilden. An Ortseingängen hängen Gummistiefel als Zeichen des Protests, warnen bemalte Laken: „Stirbt der Bauer, stirbt das Land.“ Es sind auch frisch renovierte Häuser zu sehen, vor denen parken große Autos mit Kennzeichen aus Braunschweig, Frankfurt am Main und Berlin. Die wilden Alleeäpfel wecken schöne Erinnerungen. Wir pflücken. Sauer macht lustig.

Vor Luckenwalde weht es die ersten Herbstblätter von den Alleebäumen. Der so typische Anblick einer leeren Innenstadt wandelt sich in einer Nebenstraße. Das Schützenfest hat viele Leute angezogen, die haben sich feingemacht. Seidenkleider neben grünen Uniformen. Bier und Bratwurst für Ergraute, eine Hüpfburg für die Enkel. Die Generation dazwischen ist kaum vertreten.

„Angetreten!“ Menschen erheben sich von den Bierbänken. Streben zur Bühne. Schweiß fließt „Marscherleichterung ist befohlen!“ Die Uniformjacken dürfen liegen bleiben. „Schützen, rührt euch!“ Meine Sitznachbarin wirkt angefasst. „Ich hab richtig Gänsehaut.“ Sie schnieft und schaut zur Siegerehrung. „Der Adler ist gefallen!“ Der Gewinner des Bürger-

schießens trägt unter großem Applaus seine Zielscheibe davon, ein zerschossenes Pappbild. Raubvogel kaputt. Es folgen Ehrungen: Apfelprinz, Prinzessinnen, Kronprinz und viele Medaillen. Ein 95-Jähriger wird bejubelt: „Er schießt noch Wettkämpfe.“ Die Prozedur neigt sich dem Ende zu. Am Nachbartisch kommt Unruhe auf. Sie gilt einem Tisch am Rande.

„Dit sind keene Deutschen.“ „Sitzten aba janz still.“ „Sind nur noch Ausländer aufm Boulevard.“ „Du traust dich doch als Weib nicht mehr raus.“ „Bin gespannt, wer bei mir gegenüber einzieht.“ „Na, Schwatte. Zieht eener in, komm' 20.“

„Legt an!“ Die Stimme des Zeremonienmeisters erlöst. Salutsschüsse lassen die Luft vibrieren. „Kanone kommt!“ Zeit zu gehen.

Das benachbarte Jüterbog ist die zweitälteste Stadt Brandenburgs, davon kündeten Stadtmauerreste, Kirchen und Klosterbauten. In der Halle der gotischen Nikolaikirche predigte einst Thomas Müntzer gegen die Pfaffen, bevor er die Bauern in die Schlacht führen sollte. Den Aufstand. Das Blutbad. Ihre Niederlage.

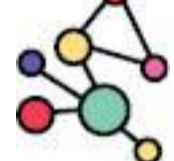
„850 Jahre Jüterbog!“ Die Stadt hat Geburtstag. Bürgermeister Arne Raue wird als parteiloser Kandidat zur Landtagswahl antreten. Die evangelische Kirche stellte sich vor Kurzem in einem offenen Brief gegen ihn – wegen Raues AfD-Nähe. Sein Tun und Lassen spaltet die 12.000-Einwohner-Stadt.

Am alten „Russenbahnhof“ war kürzlich ein ICE-Halt geplant. Zur Probe. Was für ein Hoffnungsstrahl! Doch daraus wurde nichts. Das Gebäude vor den Gleisen mit dem dazugehörigen Bunker gehört dem „Frontvogt“, einem Düsseldorfer Militariaf fetischisten und Online-Händler. Vor Jahren hatte er sich mal in die Luft gesprengt. Hausdurchsuchungen folgten. Verstoß gegen Waffengesetze, in einer Gegend voller Munition im Boden.

Über breite Heerstraßen aus preußischem Kopfsteinpflaster fahren wir zum Alten Lager, das 1870 gegründet worden war, um französische Kriegsgefangene unterzubringen. Die Wehrmacht schulte hier später Piloten in Theorie und Praxis. Bis zum Jahr 1992 Sowjetgarnison und Militärflugplatz, ist der Ortsteil der Gemeinde Niedergörsdorf heute halb Museum, halb Panoptikum der Zeiten. Rote Sterne, Kampfflugzeuge, rostiger Stacheldraht. An der nächsten Tankstelle wanken langhaarige Partygänger barfuß an gut trainierten Glatzköpfen vorbei. Zwischen Karl-Liebke- und Lenin-Straße gibt es „Mischka-Eis“, daneben schaut Sahra Wagenknecht mit ihrer Luxemburg-Maske von einem Wahlplakat. Unweit brüllt es von einem Transparent: „Wie lange müssen wir uns eigentlich noch von den Amis und dieser Bundesregierung verarschen lassen? Sofortige Friedensverhandlungen!“ Die Ukraine gibt es für sie nicht.

Der anarchistische Pazifist Ernst Friedrich nannte uns Menschen Vergessmaschinen. Auch in der schönen Bücherstadt Wünsdorf vor den Toren Berlins – einst Sitz des Oberkommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland – erinnert man sich eher selektiv. Ein Vortrag stellt die Frage: „30 Jahre Truppenabzug – ein strategischer Fehler?“

ost wahlen 2024



Manja Präkels ist Schriftstellerin und lebt in Berlin. Als eine von drei „Überland-schreiberinnen“ dokumentiert sie bis Ende

August an dieser Stelle im Wechsel mit Barbara Thériault und Tina Pruschmann ihre Reisen durch Ostdeutschland – ein Projekt der Universität Leipzig, finanziert von der VW Stiftung. Die Texte sind Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Stadtgespräch

Juri Konkewitsch aus Luzk



Der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche droht ein Verbot aufgrund ihrer vermeintlichen Nähe zu Russland. Doch noch bleiben viele Gläubige ihr treu

Die Menschen in der Ukraine sprechen in diesen Tagen nicht nur über den Vormarsch ukrainischer Truppen auf das russische Gebiet Kursk und die Kämpfe im Donbass. Viele reden auch über ein Gesetz, das Aktivitäten einer bestimmten orthodoxen Kirche in der Ukraine verbietet. Das Parlament hat es in dieser Woche verabschiedet.

Zwar ist in der Bezeichnung des Gesetzes kein Wort über ein Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (UPZ, bis 2022 zum Moskauer Patriarchat gehörig) zu finden. Diese lautet: „Über die Regulierung der Aktivitäten religiöser Organisationen, die ein Führungszentrum in Russland haben.“ Doch schon während der Diskussion der neuen Vorschrift zeigten alle mit dem Finger auf die UPZ.

In Luzk, im Westen des Landes, haben sich an diesem brütend heißen Morgen nur wenige Personen an der Fürbittekirche eingefunden, dem größten Kirchengebäude der UPZ. Sie warten im Schatten einer ausladenden Linde auf den Beginn des

Gottesdienstes. Einzelne Wortfetzen sind zu vernehmen wie „Verbot“ und „Fest des Satans im Parlament“.

Eine Frau ist mit ihrer Tochter gekommen, die beiden wollen am Abendmahl teilnehmen. Auf die Frage, ob sie wisse, wie das Verbot umgesetzt werden solle, wirkt die Frau zunächst verlegen, fixiert dann aber ihr Gegenüber aufmerksam und sagt: „Wenn du kein Provokateur bist, werde ich antworten.“ Sie habe das Gesetz zu Hause gelesen, aber darin werde lediglich die Kirche des Moskauer Patriarchen Kyrill verboten. „Wenn unsere Kirche bestätigt, dass sie nichts mit Kyrill zu tun hat, werde ich auch noch in fünf Jahren mit meiner Tochter zu unseren Priestern kommen“, sagt sie.

Der Gottesdienst beginnt. Die altkirchenslawische Sprache, in der das Ritual durchgeführt wird, ist dem Russischen sehr ähnlich und verursacht Ohrschmerzen – bei denjenigen, die sich der Orthodoxen Kirche der Ukraine (PZU) zugehörig fühlen. Die wurde 2019 vom Oberhaupt der Orthodoxie als eigenständig an-

erkannt. Dort wird jetzt auf Ukrainisch gebetet.

In der Region um Luzk herum sind seit 2019 130 Gemeinden zur PZU übergetreten, davon 70 während des Kriegs. Das ist nicht viel. Die Leute zögern. Einige sind überzeugt, dass die neue Kirche nicht vom Heiligen Geist erfüllt sei. Andere wollen sich nicht von „ihren“ Priestern trennen und haben es daher nicht eilig zu wechseln.

Nicht eilig hatte es zunächst auch der Staat, wenn es um die UPZ ging. Und das, obwohl Priester zu hören waren, die den Patriarchen Kyrill verherrlichten. Doch dann eröffnete der Inlandsgeheimdienst der Ukraine (SBU) 100 Strafverfahren gegen Vertreter der UPZ. 26 Priester wurden wegen Verbreitung russischer Narrative, Unterstützung des Kriegs oder Spionage verurteilt.

Vor der Kirche in Luzk steht ein junger Mann Mitte 20. Er studiert am Polytechnikum und engagiert sich manchmal in der UPZ. Bis Kirchen geschlossen würden, dauere es wohl noch, sagt er. Bestehe der Verdacht

einer Zusammenarbeit mit der Russisch-Orthodoxen Kirche, müsse das eine Expertenkommission in jeder einzelnen Gemeinde prüfen. Wenn etwas entdeckt werde, gebe es Zeit, das zu korrigieren, meint er und wird plötzlich rot.

„Nach dem Beginn des Kriegs ist meine Tante aus Odessa zu uns gezogen. Sie geht seit 2014 nicht mehr in die Kirche, seit sie gesehen hat, wie aggressive Unterstützer Russlands Waffen aus der zentralen Kirche der Stadt herausgetragen haben“, sagt er. „Meine Tante sagt, dass sie der UPZ nie verzeihen werde, dass Einwohner von Odessa mit diesen Waffen getötet wurden.“ Bei Straßenkämpfen waren damals fünf Menschen ums Leben gekommen.

Der Mann verabschiedet sich, aus der Ferne ist ein Trauerzug zu hören – das letzte Geleit für einen weiteren getöteten Soldaten. Ziel ist die größte Kirche der PZU im Zentrum der Stadt. Es sind ihre Priester, die die Gefallenen am häufigsten bestatten.

Aus dem Russischen von Barbara Oertel



Da hätte man noch vieles verhindern können: Goebbels mit dem Hochverräter Wilhelm Frick, der 1930 zum ersten Naziminister ernannt wurde Foto: Paul Mai/ullstein bild

Der Feind steht rechts

Volker Ullrich beschreibt in seinem neuen Buch, wie Chancen, das „Dritte Reich“ zu verhindern, ungenutzt blieben. Es zeigt sich: Die Gewalt von rechts außen hat Analogien im Heute

Von Klaus Hillenbrand

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Weimarer Republik war bis vor wenigen Jahren eine Angelegenheit, bei der man sich fern der Gegenwart wähen konnte. Gewiss, auf Weimar folgte der Nationalsozialismus, aber dennoch schien es sich um eine abgeschlossene Geschichte zu handeln, weit weg von der Gegenwart.

Heute ertappt man sich selbst bei der Lektüre von Volker Ullrichs „Schicksalsstunden einer Demokratie“ ein ums andere Mal bei Vergleichen mit der Gegenwart. Obwohl Ullrich keinerlei Gleichsetzungen zwischen NSDAP und der neuen Rechten in der Bundesrepublik vornimmt, gerät dem Leser geradezu zwangsläufig ein Björn Höcke in den Sinn, wenn in dem Kapitel „Modell Thüringen“ von der ersten Koalition unter Einschluss der Nazipartei die Rede ist.

Wilhelm Frick hieß der Mann, der 1930 zum ersten Naziminister ernannt wurde, ein verurteilter Hochverräter. Von „Brandmauern“ gegenüber den Rechtsradikalen war damals nicht die Rede, im Gegenteil. So behauptete die bürgerliche DVP, man stünde „weltanschaulich und politisch näher“ an der NSDAP als an der Sozialdemokratie, schreibt Ullrich. So etwas hat 90 Jahre später nicht einmal FDP-Mann Thomas Kemmerich behauptet, als er sich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ.

Die Thüringer Koalition von 1930 ist nur ein Beispiel für das Thema,

das sich zwangsläufig durch Ullrichs Buch über die Weimarer Republik zieht: die Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen, genauer gesagt mit der Tatsache, dass die Demokraten in dieser Republik immer wieder den Schwanz vor Antisemiten, Rassisten, Monarchisten und Verächtern des neuen Staats einzogen. Das begann schon kurz nach der Geburt der ersten deutschen Republik, als sich die Sozialdemokraten in ihrer Furcht vor einem kommunistischen Umsturz auf die Reichs-

Immer dann, wenn der Autor konkrete Ereignisse anhand von Zeitzeugenberichten beschreibt, wird seine Argumentation besonders stark

wehr stützten und zugleich durchgreifende Reformen wie eine Sozialisierung von Schlüsselindustrien oder eine Agrarreform liegen ließen.

Das setzte sich fort mit dem Kapp-Putsch und dem Mord an Walther Rathenau, als Rechtsradikale darum bemüht waren, die Macht zu erobern, und von der Reichsregierung, namentlich aber vom Militär und der Justiz nur eine lahme bis nicht vorhandene Gegenwehr erfolgte. Das kulminierte 1925 mit der Wahl von Paul von Hindenburg, eines Monarchisten, zum Reichspräsidenten. „Der Feind steht rechts“ rief Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) nach

dem Mord an Rathenau aus. Die Konsequenzen blieben aus. Die Demokraten – trotz der wachsenden Beliebtheit von rechts- wie linksradikalen Parteien lange mit deutlicher Mehrheit ausgestattet – zeichnete ein allzu langmütiges Verhältnis gegenüber ihren Gegnern aus, die wiederum jede Schwäche gnadenlos ausnutzten.

Der ehemalige *Zeit*-Redakteur Volker Ullrich hat keine Gesamtgeschichte der Weimarer Republik geschrieben, er nimmt klugerweise die Brechpunkte einer 15-jährigen Geschichte in den Fokus, jene Entwicklungsschritte also, die dafür sorgten, dass der Staat und die Gesellschaft immer weiter nach rechts gezogen wurden.

Eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung, wie von manchen Linken gerne bemüht, sieht Ullrich dabei nicht. „Alternativlos war diese Entwicklung nicht“, schreibt Ullrich. „Im Kampf um die Weimarer Demokratie hing es bei allen strukturellen Belastungen immer wieder von einzelnen Entscheidungen in konkreten Situationen ab, wie sich die Geschichte entwickeln würde.“ Im Untertitel des Buchs ist treffend vom „aufhaltsamen Scheitern der Weimarer Republik“ die Rede. Ja, was wäre gewesen, wenn die SPD 1918/19 die Großagrarien enteignet und die Reichswehr entmachtet hätte? Welche Folge hätte es gehabt, wenn Heinrich Brüning als Reichskanzler nicht hätte abdanken müssen, mit Neuwahlen zum Reichstag 1934? Ullrich spekuliert nicht groß über solche Fragen. Sie kommen ganz von selbst.

Immer dann, wenn der Autor konkrete Ereignisse anhand von Zeitzeugenberichten beschreibt, wird seine Argumentation besonders stark. Dabei stützt er sich auf Tagebücher und Erinnerungen bekannter Zeitgenossen wie des Publizisten Harry Graf Kessler oder Theodor Wolff, der Kreisauerin Dorothy von Moltke oder des Romanisten Victor Klemperer. Bisweilen geraten Personen zu Zeugen der Geschichte, die man nicht erwartet hätte. Franz Kafka darf sich zum Mord an Rathenau äußern und Klaus Mann, dessen autobiografische Erinnerungen nicht immer als authentisch gelten, zu seiner angeblichen Begegnung mit Hitler im Jahr 1932.

Im Vergleich zur rechtsradikalen Bedrohung kommen die Versuche von Seiten der KPD, den Staat in ihrem Sinne zu revolutionieren (sprich zu einer Diktatur umzuwandeln), relativ kurz. Aber angesichts der vereinten Kräfte der Antidemokraten, die Republik abzuschaffen, wirken die Versuche der Linken, mittels miserabel geplanter kurzfristiger Aufstände die Macht zu erringen, geradezu lächerlich – wiewohl die KPD mit ihrer Sozialfaschismusthese, die nicht die NSDAP, sondern die SPD als Hauptgegner ausmachte, am Untergang der Republik kräftig mitgewirkt hat.

Auch wenn das Ende von Weimar damals nicht mit dem Aufstieg rechtsradikaler Populisten heute gleichgesetzt werden kann: Bei den Mechanismen von Grenzüberschreitungen und Gewalt von rechts außen ergeben sich Analogien. Und deshalb ist Volker Ullrichs Werk eben doch nicht nur ein Geschichtsbuch.



Volker Ullrich: „Schicksalsstunden einer Demokratie“. Beck Verlag, München 2024. 383 Seiten, 26 Euro



Hannes Bajohr/Rieke Trimçev: „ad Judith N. Shklar“. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2024. 284 Seiten, 22 Euro

Anders liberal sein

Fehlt dem Liberalismus der Sinn für soziale Gerechtigkeit? Judith N. Shklars Werk zeigt, dass das nicht so sein muss. Ein kleines Buch führt konzise in ihr Werk ein

Von Till Schmidt

liberale Ideen stehen überall unter Druck. Für die meisten Autoritären ist der Antiliberalismus nicht nur Ausdruck eigener Ressentiments oder rhetorische Strategie. Die Verachtung des demokratischen Rechtsstaats steht vielmehr im Zentrum ihrer politischen Vision. Dort, wo der Liberalismus vor allem ein Zerrbild ist, geraten in der Regel nur seine besonders schrillen Varianten in den Blick: Liberalismus wird dann meist mit Libertarismus in eins gesetzt.

Vielen Strängen liberaler Theorie fehlt tatsächlich ein Sinn für Fragen sozialer Gerechtigkeit sowie für die Gewalt, die Menschen einander antun können. Das Werk von Judith N. Shklar zeigt jedoch, dass ein Blick für genau diese Themen die Grundlage für eine eigenständige Form des Liberalismus bilden kann. „Liberalismus der Furcht“, hat die US-amerikanische Politologin ihr Konzept genannt.

Obwohl hierzulande weitgehend unbekannt, gilt Judith N. Shklar (1928–1992) als eine der wichtigsten liberalen TheoretikerInnen des 20. Jahrhunderts. Auf Deutsch sind ihre Schriften bei Matthes & Seitz erschienen. Mit „ad Judith N. Shklar“ haben Hannes Bajohr und Rieke Trimçev nun eine Einführung in das Werk von Shklar veröffentlicht. Darüber hinaus erzählt das Buch die Fluchtgeschichte der jüdisch-lettischen Emigrantin und von ihrem steinigen Weg in der US-amerikanischen Academia.

Shklars Liberalismus geht es weniger um positive Hoffnungen, als um die Vermeidung eines höchsten Übels: „Dieses Übel ist die Grausamkeit und die Furcht, die sie hervorruft, und schließlich die Furcht vor der Furcht selbst“, schreibt die Theoretikerin 1989. Für Bajohr und Trimçev steht Shklars Denken weniger für eindeutige politische Handlungsanweisungen als eher für eine „Methode, politische Urteilskraft zu entwickeln“.

Zentral sei dabei ein Bewusstsein für die Verletzlichkeit von Personen und die Fragilität von Institutionen. Der Liberalismus der Furcht ist daher hellhörig für die Stimmen von Marginalisierten, hält am Individuum als Ausgangspunkt politischer Erfahrungen fest und misstraut Gemeinschaften.

In diesem Sinn versuchen Bajohr und Trimçev Shklars Denken auch für aktuelle Debatten über Identitätspolitik, Klimawandel und Staatsbürgerschaft in Einwanderungsgesellschaften fruchtbar zu machen. Das überzeugt im Detail nicht immer. Insgesamt aber ist „ad Judith N. Shklar“ ein unbedingt lesenswertes Buch.



Hagai Dagan
Fernsicht – Israel

Verantwortungsbewusster Erwachsener gesucht

Dan Perry war früher Chefredakteur der Nachrichtenagentur AP für Europa, Afrika und den Nahen Osten. Kürzlich hat er in der Zeitung *Haaretz* einen Artikel veröffentlicht, der in der allgemeinen Aufregung um den Krieg in Nahost etwas untergegangen ist, aber meiner Meinung nach Aufmerksamkeit verdient.

Perry führt aus, dass die Situation im Nahen Osten außer Kontrolle geraten sei und dass die Länder der Region nicht mehr in der Lage seien, sie unter Kontrolle zu halten. Wenn wir zum Beispiel über den Zermürbungskrieg mit der Hisbollah an der Nordgrenze Israels sprechen, sei der dysfunktionale Libanon überhaupt keine Adresse.

Perry ist der Ansicht, dass die Region einen verantwortungsbewussten Erwachsenen brauche, bevor sie in Flammen aufgeht und sich das Feuer auf die ganze Welt ausbreitet, denn Russland und China nutzten das Chaos in der Region aus, um die USA und Europa zu schwächen. Dieser verantwortungsvolle Erwachsene müsse die Nato sein. Er verweist auf Präzedenzfälle für Nato-Interventionen in Konfliktgebieten wie dem ehemaligen Jugoslawien.

Er ist sich bewusst, dass es im Westen nach dem Fiasko im Irak und in Afghanistan keine Bereitschaft für weitere Abenteuer gibt, warnt

Perry schlägt vor, die libanesische Armee als Gegenmacht zur Hisbollah aufzubauen

aber davor, dass die Alternativen viel schlimmer sein dürften. Der Westen müsse also akute diplomatische Anstrengungen unternehmen und, wenn diese nicht funktionierten, auf militärisches Engagement zurückgreifen, zunächst als Drohung, dann als Aktion.

Perry schlägt unter anderem vor, dass die Nato die libanesische Armee als Gegenmacht zur Hisbollah aufbaut und bewaffnet. Er hofft, dass eine solche Intervention auch zu einer politischen Mäßigung Israels führen werde.

Aber er übersieht einige Dinge, die dieser Perspektive im Wege stehen: Erstens ist die Türkei Nato-Mitglied. Die Türkei unterstützt die Hamas und ist Israel gegenüber feindlich eingestellt. Obwohl die Türkei ein sunnitische Land ist und die Hisbollah eine schiitische Organisation, dürfte sie sich höchstwahrscheinlich gegen ein Engagement der Nato zur Eindämmung der Hisbollah und zur Beruhigung der Nordgrenze Israels aussprechen.

Zweitens existiert bis heute ein internationales militärisches Engagement im Libanon: nicht von der Nato, sondern von den Vereinten Nationen. Das Problem ist nur, dass es kaum in der Lage ist, die Hisbollah einzudämmen. Eine Nato-Truppe wird nicht unbedingt so machtlos sein wie eine UN-Truppe, aber dieser Präzedenzfall verheißt nichts Gutes.

Drittens: Die libanesische Armee basiert traditionell auf den Machtverhältnissen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in der libanesischen Gesellschaft. Es ist daher schwer vorstellbar, dass sie sich offen gegen die Hisbollah richtet.

Viertens dürfte es nötig sein, diese Entscheidung Israel notfalls aufzuzwingen. Wären die USA und Europa dazu in der Lage? Bisher zeigten sie sich angesichts des zynischen politischen Amoklaufs der Netanjahu-Regierung ziemlich schwach.

Trotz allem ist die Richtung, die Perry einschlägt, zu begrüßen. Die Region braucht dringend einen verantwortlichen Erwachsenen. Deutschland wird keine andere Wahl haben, als dabei eine zentrale Rolle zu spielen. Dazu aber muss Deutschland sich von dem sich selbst auferlegten Komplex befreien, der lautet: Wir stellen uns zwanghaft hinter jede Laune der israelischen Regierung. Deutschland muss eine verantwortungsvolle, unabhängige und kritische Rolle spielen und zur Stabilität der Region beitragen. Das ist in der Tat die wichtigste Hilfe, die es dem Staat Israel leisten kann: Israel von sich selbst zu befreien.

Hagai Dagan lehrt Jüdisches Denken am Sapir College in Sderot und ist Autor vieler Sachbücher und Romane. Auf Englisch erschien sein Spionagethriller „The Marsh Angel“.

Kommentar von **Katrin Gottschalk** zu den bevorstehenden Landtagswahlen im Osten

Glitzern statt Hitlergruß

Lachen, Jubel, Zuversicht – beim Blick auf den Nominierungsparteitag der Demokraten in den USA glitzert und blinkert es, und man muss schon eine sehr freudlose Zeitgenossin sein, um sich davon nicht mitreißen zu lassen. Also schaut man noch ein bisschen länger in diese strahlenden Gesichter. Denn: Rund um die direkt bevorstehenden Wahlen in Sachsen und Thüringen glänzt nicht mehr viel.

Die Bundespolitik ist noch in der Sommerpause, die Politiker*innen vor Ort wirken vom Wahlkampf müde, nehmen sie doch trotz enormer Anfeindungen jedes noch so kleine Event mit, um Wähler*innen zu gewinnen. Schließlich wird immer gesagt, man müsse den Leuten mehr zuhören. Leute wollen aber nicht einfach nur akustisch wahrgenommen werden, sondern inhaltlich, mit ihren Anliegen. Und wenn sie diese vorbringen, etwa gegenüber dem Oberzuhörer, Ministerpräsident Michael

Kretschmer von der CDU, und dann wird nichts aus den Anliegen der Vortragenden – dann ist weniger zuhören vielleicht mehr.

In einem seiner Wahlvideos greift Kretschmer den Satz über sich auf, dass er allen Sachsen schon einmal die Hand geschüttelt habe. Das mache ihm gar nichts. Und dann folgt Musik, die auch zu einem Trailer für eine dämonische Mysteryserie taugt und glasklar vermitteln soll, es gehe jetzt um alles. Und retten kann nur er das Land. Dazu braucht er ein paar Gefährten.

SPD und Grüne müssen aber um den Einzug in den Landtag bangen. Vielleicht wegen ihrer Ampelbeteiligung im Bund, vielleicht aber auch, weil ihr Ministerpräsident sie und ihre Themen konsequent kleingedredet hat und nun zum taktischen Wählen aufruft und die CDU als einzige Rettung vor der AfD inszeniert. Das Problem ist nur: Fliegen Linke, SPD oder Grüne aus dem sächsischen Landtag, könnte die AfD eine Sperr-

minorität und damit mehr Macht erlangen. Mit mehr als einem Drittel der Sitze könnte die AfD etwa die Ernennung von Richter*innen verhindern. Es geht bei dieser Landtagswahl längst nicht mehr darum, ob CDU oder AfD stärkste Kraft werden, um ein Entweder-oder. Eine Regierung wird nur in einer Koalition entstehen. Wir sind eben nicht in den USA.

Wer auf der Suche nach etwas Lachen, Jubel und Zuversicht ist dieser Tage, kann aber in die Zivilgesellschaft schauen, die an diesem Wochenende wieder zahlreich auf die Straße geht. Natürlich ist sie auch müde und abgekämpft. Aber sie tanzt, auch auf den vielen von Rechtsradikalen bedrohten Christopher Street Days in den Kleinstädten. Wir müssen uns alle darin üben, das Glitzern zu feiern, statt nur auf den Hitlergruß zu starren. Nicht, um Letzteren für irrelevant zu erklären. Sondern, um die Hoffnung zu behalten. So wie in den USA.



Kommentar von **Pascal Beucker** zum bevorstehenden Wechsel an der Spitze der Linkspartei

Mehr Zuversicht wird allein nicht reichen

Nun wollen es also Ines Schwerdtner und Jan van Aken richten. Dass die 35-jährige Berlinerin und der 63-jährige Hamburger die Nachfolge der glücklosen Linke-Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan antreten wollen, zeugt nicht von mangelndem Selbstbewusstsein. „Mehr Zuversicht wagen!“, hat van Aken als Losung ausgegeben. Wer auch immer auf dem Parteitag im Oktober das Rennen macht, wird sehr viel davon brauchen. Der Abtritt von Wissler und Schirdewan ist nach dem Desaster bei der Europawahl nur konsequent. Aber es wäre ein Irrglaube, mit dem Wechsel an der Spitze hätte die Linkspartei auch nur ein einziges ihrer Probleme gelöst.

Schon einmal stand die Partei vor dem Abgrund. Nach der Bundestagswahl 2002, bei der die damalige PDS mit 4 Prozent aus dem Parlament flog, gab kaum jemand mehr einen Pfifferling auf sie. Seinerzeit retteten sie die Hartz-IV-Proteste, die Grün-

dung der WASG und der durch Gerhard Schröders überraschende Neuwahlankündigung 2005 ausgelöste Einigungsdruck, aus dem Die Linke entstand. Dass eine Rettung möglich war, lag aber auch daran, dass es mit Landtagswahlergebnissen zwischen 16,4 und 28 Prozent noch ein Fundament im Osten gab. Das ist über die Jahre verloren gegangen. Inzwischen muss die Partei auch in den ostdeutschen Bundesländern um ihre parlamentarische Zukunft fürchten. Nur in Thüringen sieht es dank Bodo Ramelow noch anders aus. Dieser Niedergang lässt sich jedoch nicht einfach mit schlechter Performance auf Bundesebene erklären. Die Partei hat ein grundsätzliches strukturelles Problem, das die Wähler:innenwanderung hin zum BSW nur auf dramatische Weise sichtbar gemacht hat.

Eine Rückbesinnung auf ostdeutsche Identitätspolitik, wie sie manche in der Partei propagieren, wird die Linkspartei nicht

retten. Sie steckt in einem Dilemma: In der Ex-DDR unerreichbar weit von einstigen PDS-Ergebnissen entfernt, ist sie in der alten BRD wieder genau bei diesen angekommen. In der jüngsten Umfrage für Nordrhein-Westfalen kommt die Linke noch auf 1 Prozent. Abgesehen von den Stadtstaaten und einigen Großstädten ist im Westen nicht viel mehr als Trostlosigkeit geblieben. Da fällt es schwer, noch an eine Zukunft für die Partei zu glauben – ganz egal, wie sie bei den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg nun abschneidet.

Bisher ist es der Linken nicht einmal gelungen, sich auf eine gemeinsame Erklärung für ihre Krise zu verständigen. Schwerdtner, van Aken oder wer auch immer die Partei künftig anführen wird – zu beneiden sind sie um ihre Aufgabe nicht. Das Beschwören, dass es in Deutschland eine wahrnehmbare Linke braucht, wird nicht zum Überleben reichen. Obwohl es so ist.

Der rote Faden

Marlene



Durch die Woche mit **Jannik Grimmacher**

Friedhöfe können schön sein, aber nur im Frieden

Ich streife gern über Friedhöfe. Das ist kein Ausdruck morbider Züge. Vielmehr haben Friedhöfe etwas Hoffnungsvolles, Tröstendes an sich. Zu sehen, wie etwas aus dieser vermeintlichen Endstation wächst und blüht und wie sich Angehörige dieser weltlichen Ersatzkörperschaften annehmen, sie pflegen und gießen, all das nährt eine Art Urvertrauen in die Menschen um mich herum. Außerdem entdecke ich hier oft Unverhofftes. In dieser Woche zum Beispiel in Berlin-Friedenau das Grab von Marlene Dietrich („Hier stehe ich an den Marken meiner Tage“), oder zwei Parzellen weiter das des Fotogra-

fen Helmut Newton (kein Text, nur ein schwarzer Stein mit einem Loch in der Mitte – eine Lockkamera).

Dass Friedhöfe Hoffnung geben können, ist sicher auch ein Privileg. Es gibt Orte, da würde ich gerade lieber keinen Streifzug um die Totengräber machen. In der Ukraine zum Beispiel, auch in Russland, Sudan, Myanmar, Israel und im Gazastreifen sowieso. Dem Sterben in Letzterem ein Ende setzen zu wollen, ist aus unerfindlichen Gründen unpopulär; westliche Regierungen wie Deutschland bemühen sich zwar um diplomatische Lösungen, scheuen sich aber, die Regierung Netanjahus wir-

Links im Krieg

Gewalt ist immer eine Herausforderung für das linke Weltbild. Kriegsbegeisterung und blinder Pazifismus werden zu Fliehkräften. Ein demokratischer Sozialismus könnte helfen

Von Robert Misik

Seit über zwei Jahren befindet sich die Ukraine im Krieg mit den russischen Invasoren und sehr bald waren in verschiedenen Teilen der Linken fragwürdige Zungenschläge zu hören. Von Putinversteherei über suspekten Anti-Kriegshaltungen bis zu überzogener Kriegsgeilheit.

Über die moralischen Absurditäten linker „Friedens“-Phrasendrescherei ist viel gesagt. Etwa, dass regelrecht so getan werde, als hätte die Ukraine mit Hilfe des ruchlosen Westens Russland angegriffen, als wäre die kleine Ukraine ins arme Russland einmarschiert. Dass dem Angegriffenen, der sich bloß wehrt, vom hohen Ross herunter geraten wird, er möge sich ergeben, vergewaltigen, massakrieren lassen. Die autokratische Natur des Moskauer Regimes wird verleugnet, dessen faschistoide Rhetorik ignoriert, und mitunter wird sie relativiert, indem irgendwelche Defizite der ukrainischen Demokratie so behandelt werden, als bewege sich das auf dem gleichen Niveau wie Putins Gulag-Konterrevolution.

Thematiken, die etwa auch in den ostdeutschen Landtagswahlen der kommenden Wochen mehr als nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Manchmal hat man den Verdacht, es gibt hier sogar eine nur schlecht verborgene Sympathie für autokratische Herrschaft, eine klammheimliche Identifikation. Gerade Putins Ruchlosigkeit führt zu einer Bewunderung, da sie als Entschlossenheit erscheint, die man selbst gerne hätte. Auch eine scheinbar nur pazifistische Haltung kann äußerst fragwürdige Motivationen nicht verbergen, wie schon George Orwell vor vielen Jahrzehnten hellsichtig beschrieb: Neben echten Humanisten gebe es die Grüppchen „intellektueller Pazifisten, deren reales, doch uneingeständenes Motiv der Hass auf die westliche Demokratie und die Bewunderung des Totalitarismus ist. Pazifistische Propaganda wird üblicherweise auf die simple Behauptung verdünnt, dass die eine Seite genauso schlecht wie die andere sei, aber wenn man die Schriften jüngerer Pazifisten genauer betrachtet, dann stellt man fest, dass sie keineswegs beide Seiten auf die gleiche Weise anklagen, sondern beinahe ausschließlich Großbritannien und die USA.“

Nicht ganz unähnliche Kontroversen tun sich seit dem 7. Oktober und dem Gazakrieg auf. Die einen sammeln sich in der Fankurve einer „Befreiungsbewegung“ gegen die Besatzung und rechtfertigen das Massaker der Hamas, die anderen in der Fankurve einer israelischen Regierung und verniedlichen rücksichtslose Gewalt, Zigtausende tote Zivilisten, ethnische Säuberung, Landnahme. Beide Seiten schlagen die Wirklichkeit so zu, dass sie den Eindeutigkeitsanforderungen ihres hyperideologisierten Bildes genügt.

Vielleicht ist es angebracht, wieder einmal die Prinzipien eines demokratischen Sozialismus anzufordern und auf diesen zu beharren.

Ein demokratischer Sozialismus, der den Versuchungen des Autoritären widersteht, wird nie Werte von Freiheit, Grund- und Menschenrechten

und die politischen Freiheitsrechte für Vorstellungen einer formierten Gesellschaft opfern – egal, wie sehr sich diese mit antiimperialistischem oder sozialem Wortgekrangel aufzuhübschen versucht. Die sogenannten bürgerlichen Freiheitsrechte sind zu kritisieren, weil sie nicht weit genug gehen, aber sie sind nicht als Nebensachen oder Täuschungen abzutun. Sie gehen nicht weit genug, weil sie die Bedingungen der Freiheit ignorieren, die nötigen Voraussetzungen, diese Freiheit auch zu leben, etwa eine soziale Gleichheit, ohne die die Freiheitschancen sehr ungleich verteilt wären.

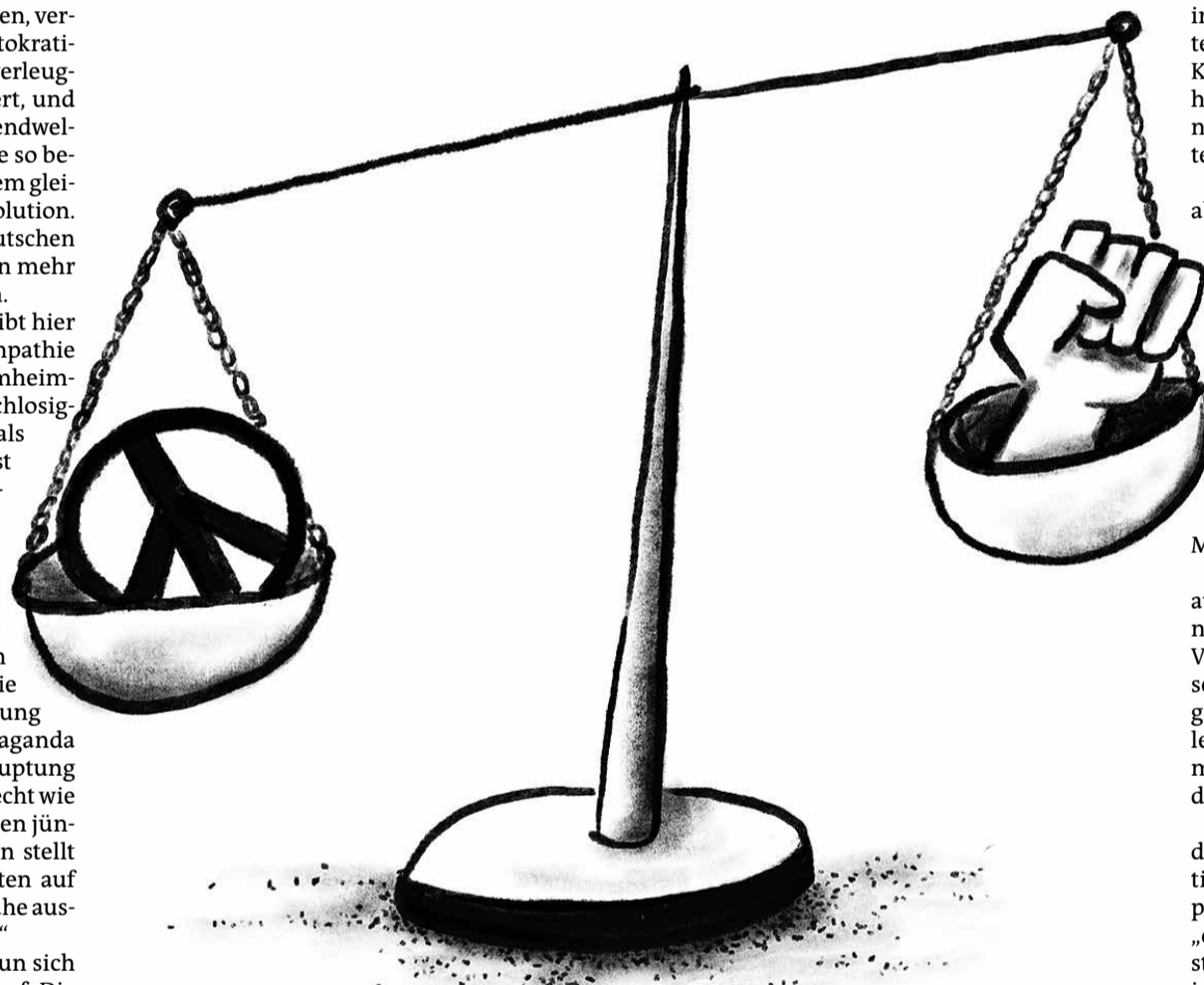


Illustration: Katja Gendikova

Zum tragenden Umfeld der Freiheitsrechte gehören Autonomie, die Achtung vor anderen und ihren Ansichten, aber auch die Freiheit jedermanns und jederfrau, sein oder ihr Ding zu machen, weshalb die Existenz von Freiräumen entscheidend ist, in denen diese Freiheit sich verwirklichen kann. Diese Brutplätze der Autonomie sind nicht nur von autoritärer Herrschaft, sondern auch von Konformismus, klebriger Traditionshuberei und auch von Totalökonomisierung bedroht.

Gesellschaft gegen Russlands Invasion hat viele Elemente dieser geschichtlichen Kämpfe, also des Widerstandes gegen faschistische, expansionistische Regimes. Entweder stehst du auf der Seite der Freiheit oder auf der Seite der Reaktion.

Da ein demokratischer Sozialismus einerseits von seinen grundlegenden Prinzipien nie abweichen darf, andererseits nicht im Wolkenkuckucksheim, sondern in der wirklichen Wirklichkeit operiert, darf er auch den Realismus nicht aus den Augen verlieren. Der verlangt häufig kom-

plex verwickelte Abwägungsfragen und Balanceakte. So wird man, wenn immer möglich, Kriege zu vermeiden suchen, gelegentlich auch um den Preis von Kompromissen mit schlimmen Fingern. Wenn man gegen alle Feinde der Freiheit Krieg führen würde, ginge die Welt in Gewalt unter und käme die Freiheit keinen Millimeter voran. Gerade eine humanistische Idee, die dem zynischen „Wo gehobelt wird, da fliegen Späne“ nichts abgewinnen kann, muss jedes Menschenleben retten, das gerettet werden kann.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“, formulierte Willy Brandt. Der

Unterdrückten zu raten, sie mögen sich des lieben Friedens Willen nicht wehren, bedeutet, sich auf die Seite der Henkersknechte zu stellen

Befreite hat nichts von der Befreiung, wenn er nach der Befreiung tot ist. Der Realismus lehrt, dass man im Notfall natürlich auch mit dem Teufel zu verhandeln hat, aber ebenso, dass sich mit bewaffneten Gangstern besser verhandelt, wenn man selbst bewaffnet ist.

Moralische Klarheit und Besonnenheit widersprechen sich nicht. Ja, praktisch alle Kriege enden mit Verhandlungen. Nur: Ob diese Verhandlungen gerechter oder weniger gerecht ausgehen, darüber entscheidet leider auch das Geschehen in dem, was die Amerikaner so lapidar das „Theater of Operation“ nennen. Ebenso wahr ist: Wenn Kriege in zermürbende Stellungskriege übergehen, kann es ja durchaus sein, dass man um das nicht herumkommt, was man einen „ungerechten Frieden“ nennen kann.

Echte Linke können schwerlich Pazifisten sein, aber sie hassen den Krieg. Übrigens auch aus folgendem Grund: Krieg ist niemals eine Schule der Zärtlichkeit. Gewalt verroht und zwar auch die Gegner der Rohheit. Auch Befreiungskriege werden eher häufig eine unerfreuliche Nebenfolge haben, nämlich die Stärkung des Autoritären, des Kommandohaften der Militärs, die Brutalisierung. Vom Bolschewismus bis zu irgendwelchen Caudillos, mit Macht gepamperten Militärs, ist die Welt voller Beispiele für diesen Sachverhalt. Deshalb ist die Romantisierung der Gewalt, wie sie in linken Milieus auch nicht gar selten ist, eine Verirrung.

Der Krieg, der der ukrainischen Demokratie aufgezwungen wurde, schwächt diese Demokratie natürlich, das ist ja überhaupt keine Frage: Auch Verteidigungskriege stärken die Zensur, haben die selbstverständliche Eigenschaft, dass die Reihen geschlossen werden und die Gegenwehr überfallener Gesellschaften zu unschönem Nationalismus führt. Oft zu noch Schlimmeren. Weil man das weiß, sollte man es immer berücksichtigen.

„Auch der Hass auf die Niedrigkeit / Verzerrt die Züge“, formulierte bereits Brecht. Opposition wird zum Schweigen gebracht, ja, die Opposition erlegt sich selbst ein Schweigen auf, um „dem Feind keine Munition zu liefern“. Der „Leitstern“, schrieb Timothy Garton Ash, über „Ukraine in Our Future“ müsse jener sein, den George Orwell stets verfolgte: „Kämpfe für die richtige Seite, aber bleibe unbestechlich kritisch gegenüber deren Fehlern.“

Robert Misik
Jahrgang 1966, lebt und arbeitet in Wien. Journalist, Sachbuchautor, Theatermacher und taz-Kolumnist. Jüngste Veröffentlichung: „Das große Beginnergefühl. Moderne, Zeitgeist, Revolution“, Suhrkamp Verlag, 2022



Foto: privat

Loyalitätsverweigerung

kungsvoll unter Druck zu setzen. Diesem Umstand wollten Aktivist*innen in den USA ein Ende setzen, indem sie vor dem Parteitag der Demokraten protestierten und „ihrer“ Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris die Loyalität verweigern. Sicherlich gibt es vieles am US-Ableger zu kritisieren, aber die Pro-Palästina-Bewegung ist die einzige Bewegung außerhalb Israels, die sich für ein Ende des allzu einseitigen Sterbens im Nahen Osten einsetzt. Ihr Druck auf die Demokraten ist wichtig. Gleichzeitig muss allen klar sein, dass ein Präsident Donald Trump das Schlimmste ist, was der Region passieren könnte.

Harris ritt auf dem Parteitag ihre erste Euphorie-Welle und machte damit allen Zweifler*innen, die nach Hillary Clintons Niederlage vor wenigen Jahren noch meinten, der Grund dafür sei das Aufstellen einer Frau als Kandidatin gewesen, klar, dass sie falsch lagen.

Grabesstimmung herrscht dagegen in der deutschen Politik, genauer, in der Regierungskoalition. In der irischen Mythologie gibt es die Figur der Banshee, eine Todesfee, die den baldigen Tod einer Person ankündigt. Die Banshee selbst trifft dabei keine Schuld, sie ist lediglich die Überbringerin der Nachricht. Mehr noch: Dank ihrer rechtzei-

tigen Warnung haben die Angehörigen genug Zeit, sich zu verabschieden und Vorbereitungen zu treffen.

Als Banshee der Ampelkoalition trat diese Woche Grünen-Vorsitzender Omid Nouripour im ZDF-Sommerinterview auf. Er zeichnete ein hoffnungsloses Bild der Ampel-Regierung, die er „Übergangsregierung“ nannte. Übergang in den Untergang? So nah am Koalitionsbruch wie in dieser Woche schien die Ampel noch nie; die ewige Pfennigfuchserie des Finanzministeriums im Haushaltsstreit trieb sie dorthin. Und nicht nur das: Kurz vor der Wahl in Thüringen muss sogar die

SPD um den Einzug in den Landtag bangen – ganz zu schweigen von ihren beiden Juniorpartnern. Wie die Banshee trifft auch Nouripour und die Grünen nicht die Schuld. Zumindest nicht die Hauptschuld. Es ist die FDP, an der die meisten Klima-, sozial- und wirtschaftspolitischen Vorhaben der Regierung scheitern. Aber gerade diese „harten“ Themen sind es, in denen die Politik die entscheidenden Weichen stellen muss.

Als die Ampel einst antrat, vermittelte sie den Eindruck, die Differenzen könnten überbrückt werden, indem man sich auf „weiche“ Themen konzentriert. Die vergleichsweise progres-

siven Positionen in gesellschaftlichen Themen sollten der Kleister der Koalitionäre werden. Knapp drei Jahre später ist davon nicht viel übrig. Der Paragraph 218 steht noch immer im Strafgesetzbuch. In dieser Woche ging die FDP dann doch noch eines dieser vielversprechenden Ampelthemen an: die Kriminalisierung der Eizellspende endlich abzuschaffen. Vielleicht hat die Koalition ja doch noch nicht fertig. Und vielleicht findet sich dann sogar die ein oder andere Person, die am Ende ihre Blumen gießt.

Nächste Woche: Silke Mertins

Banshee of Sommerinterview

Kleister





Demure is dead

Weil die Welt Sommerpause macht, analysieren Journalist_innen jetzt Internettrends: So wie den Begriff „demure“, der gerade Wellen schlägt. Dabei ist nichts daran neu

Von Valérie Catil

Dazu müssen wir unbedingt was machen!“ Im Sommer, wo alle im Urlaub sind und in der Welt nicht viel passiert, hört man diesen Satz in Redaktionen regelmäßig. Und dann wird jedes noch so kleine Thema auf Verwertbarkeit überprüft und aufgebläht. So auch das Wort *demure*, das Journalist_innen unbedingt verstehen wollen. Dabei gibt's an dem Wort nichts Neues; und überhaupt haben *demure* jetzt schon alle satt. Dennoch gibt uns das Wort einen Einblick in Gen-Z-Memes.

Was heißt also dieses *demure* und warum benutzen alle das Wort auf einmal? Am 5. August postet die Tiktokerin Jools Lebron ein, wie sich herausstellen wird, lebensveränderndes Video auf ihrem Kanal. Sie sitzt im Auto, auf dem Weg zur Arbeit und sagt: „You see how I do my make up for work? Very demure. Very mindful.“ Also

„Siehst du, wie ich mich für die Arbeit schminke? Sehr sittsam. Sehr achtsam.“

Jools Lebrons Clip hat mittlerweile 37 Millionen Ansichten und schlägt Wellen. Kim Kardashian filmt sich beim Schminken und zitiert dabei Lebron. Penn Badgely, der Schauspieler aus der Netflix-Serie „You“, zeigt sich am Set und beschreibt sich als „demure“ und „mindful“. Dito die weltberühmte Dragqueen RuPaul. Sie interviewte Jools Lebron zuletzt bei Jimmy Kimmel, einer US-Late-Night-Show. RuPaul fragt, wie Lebron auf das Wort gekommen sei. „Anscheinend traumatisieren Jobs im Einzelhandel derart, dass man anfängt, Worte wie ‚demure‘ zu sagen“, antwortet die Tiktokerin.

Einige Artikel interpretieren *demure* falsch als Aufruf zur Make-Up-Mäßigung. Oder als Gegenentwurf zum lauten und ungezogenen *brat*-Trend der vergangenen Wochen. Wer den Humor der Zoomer, also Gen Z,

when lemon



verstehen, weiß aber, dass Lebrons Satz nicht ernst gemeint ist. Sich selbst als *demure*, also als sittsam oder zurückhaltend zu beschreiben, so selbstsicher und bissig wie es Lebron tut, ist das Gegenteil von *demure*.

In einem CBS-Interview erklärt sie, dass sie damit gegen stereotype Hausfrau-Ästhetik stacheln wollte. Lebron ist Beauty-Influencerin aus Chicago, eine Transfrau und

Wenn Boomer oder Marken versuchen, Teil eines Internetphänomens zu sein, ist das sein Todesurteil

kann sich Dank ihres viralen Clips und den daraus folgenden Werbedeals die weitere Geschlechtsangleichung leisten. Gut für sie. Schlecht für uns, denn wir werden uns noch eine Weile mit dem Wort beschäftigen müssen, auch weil sämtliche Marken direkt auf den Trend aufgesprungen sind: Sie kommentieren unter dem Originalvideo und schreiben die Buzzwords in Werbeposts, um zu suggerieren, wie hip sie sind. Die ironische Distanz geht dabei natürlich verloren.

Wenn Boomer oder Marken versuchen, Teil eines Internetphänomens zu sein, ist das ohnehin mit großer Wahrscheinlichkeit sein Todesurteil. Bei *brat* mag das vielleicht noch geklappt haben, sogar für Kamala Harris, die mit dem Begriff für sich Wahlkampf machte. Aber gerade, weil es diese Trend-Word-Übersättigung gibt, ist *demure* eigentlich bereits beendet. „Ich kann es nicht mehr hören“, kommentieren User_innen auf Tiktok und Instagram jetzt schon. Also, lasst es ruhen!

Hinzu kommt, dass es absolut kein neues Phänomen ist, sich ironisch als zurückhaltend

oder reserviert zu beschreiben. Vor wenigen Wochen noch trendete das Wort „nonchalant“ unter hauptsächlich US-Zoomern. Dann „Aura“, die durch ein Punktesystem beschrieben wird. Etwa wenn jemand stolpert, könnte ein Zoomer den peinlichen Vorfall mit „Minus 300 AURAPUNKTE“ kommentieren.

Der Linguist Adam Aleksic findet ein Beispiel für diesen idealisierten Zustand, reserviert zu sein, sogar schon 1529 im Werk „Il Cortegiano“ vom italienischen Grafen Baldassare Castiglione. Er führt das Konzept *sprezzatura* ein, das – wie *demure* – bedeutet, den Anschein von Mühelosigkeit zu erwecken. In Sekundärliteratur zu dem Werk wird *sprezzatura* – genau wie *demure*! – ironisch gedeutet. Aleksic erklärt weiter, dass das daran liege, wie absurd das soziale Konstrukt der Nonchalance überhaupt sei. Genau das merke man unvermeidbar, wenn man es dazu nutzt, sich oder andere zu beschreiben.

Was sagt uns „Il Cortegiano“ also? Alles wiederholt sich. Opfer wird zu NPC, Zicke zu *brat*, lässig zu *demure* und so weiter. Bis der nächste Trend um die Ecke kommt, den Boomer und andere Digital Immigrants (das Gegenteil von Natives) nicht verstehen. Ist doch normal, dass sich der Humor derer, die chronisch online sind, von dem der Älteren unterscheidet und in seiner Schnellebigkeit kryptisch wird. Jeder Witz ist ein Code und oft gibt es gar keinen Witz. Teil derjenigen zu sein, die das verstehen, ist Witz genug. Deswegen können sich Memes wie ein einziger, surrealer Inside-Joke anfühlen. Wer mitmacht, sagt: Ich verstehe, was du meinst. Ich gehöre dazu. Und weil *demure* zugänglich ist, gelingt dem Trend der Durchbruch in die Außenwelt.

So wird es auch beim nächsten Wort sein. Etwa wenn überall „sprezz“, abgeleitet von *sprezzatura*, zu lesen sein wird. Zum Beispiel: „Der taz-Artikel über *demure* war gar nicht sprezz.“



Doris Akrap Geraschel

Verbote gehören in den Verkehrsbereich

Seit es das Deutschlandticket gibt, gehe ich mehr zu Fuß. Früher fuhr ich Fahrrad, heute muss ich erst mal zu den Bahnhöfen laufen.

Kürzlich trotte ich hinter einer jungen Frau her, als mein Blick von ihrer rechten Hand angezogen wird: Sie trägt ein Handy. Sie trägt es wirklich, also nicht vor dem Gesicht, um darin zu lesen oder zu schreiben. Sie trägt es wie ein Accessoire, wie eine Aktentasche, als wäre es das normalste von der Welt.

Schon sonderbar diese Zeiten, denke ich und merke plötzlich ein Gewicht in meiner rechten Hand. Mein Handy. Shit, stimmt. Auch ich nehme mein Handy mittlerweile an die Hand wie sonst nur Eltern ihre Kinder oder Verliebte ihre Liebe. Meine vier Finger umarmen es von hinten, mein Daumen schmiegt sich von der anderen Seite um die sanft abgerundete Kante. Eng ineinandergeschlungen schlendern wir gemeinsam zur U-Bahn, ins Büro, in die Bar, den Park.

Wir verstecken unsere Beziehung schon lange nicht mehr, zeigen uns als unzertrennliches Paar in aller Öffentlichkeit. In der Anfangsphase hatten wir uns bemüht, das Verlangen zu verstecken, uns heimlich aufs Klo verzogen. Inzwischen sind wir zu einer symbiotischen Einheit verschmolzen. Manchmal aber stecke ich das Handy mitten im Gehen in meine Tasche. Ein erstes Anzeichen für das unausweichliche Ende?

Noch bevor ich mir die Frage ernsthaft stellen kann, hab ich das Handy schon wieder in der Hand. Kribbeln im Bauch, Wiedersehensfreude, hach, es ist doch schön mit dir. Sicher, diese Beziehung ist toxisch, meine emotionale Abhängigkeit längst plus 1000. Doch anstatt einen klaren Trennungstrich zu ziehen, suche ich nach Mitmenschen, denen es genauso geht und werde natürlich fündig.

Ich rede mir ein, dass ich das Handy ständig in meiner Hand spüren müsse, weil ich unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leide: Ich bin Mehrfachopfer von Handtaschen- und Handyräubern.

Aber klar ist das Quatsch. Ich will einfach nur ständig in dieses Ding starren.

Ich will einfach nur ständig auf mein Handy starren

Vor ein paar Tagen will ich mit dem umschlungenen Handy in die U-Bahn steigen. Doch eine junge Frau vor mir bleibt an der Bahnsteigkante stehen, um noch irgendwas in ihr Handy zu tippen, bevor sie den Waggon betritt. Tssssss, denke ich, diese rücksichtslose junge Generation. Am nächsten Tag laufe ich wieder zur U-Bahn und höre plötzlich laut: „Guten Moooooooorgen!“ Ich muss stehen bleiben, weil ein Mann in orangener Kluft einen großen Mülleimer hinter sich herziehend mir den Weg abschneidet. Er hatte Recht, mich freundlich zu ermahnen. Ich hatte ihn nicht gesehen, weil ich im Laufen in mein ...

Ich halte wenig bis nichts von Verboten im politischen Bereich, glaube mit Ausnahmen nicht an ihre Effektivität. Verbote gehören in den Verkehrsbereich. Da sind sie richtig aufgehoben, machen Sinn und verhindern schmerzhaft bis tödliche Zusammenstöße. Sich an die Regel zu halten, dass man bei Rot nicht über die Ampel geht, ist eine zivilisatorische Errungenschaft. In den vergangenen Jahren verzeichnet die Unfallstatistik einen eklatanten Anstieg an Verkehrsunfällen mit Fußgängerbeteiligung. Der Grund: „Unaufmerksamkeit“.

Aufmerksamkeit lässt sich im intellektuellen Bereich schwer erzwingen, in der Straßenverkehrsordnung aber locker: Analog zum „Rotlichtverstoß“ könnte folgender Paragraph eingeführt werden: Wer im Gehen auf öffentlichen Wegen länger als 10 Sekunden auf sein Handy guckt, zahlt mindestens 90 Euro. Statt eines Punktes in Flensburg, wird der Fußabdruck in der individuellen CO₂-Bilanz um eine Schuhgröße erhöht – in schweren Fällen droht ein Handyverbot.

Ich fänd's super, allein um wenigstens mal eine Verbotdebatte zu führen, die nichts mit Meinungsfreiheit, essen oder rechts zu tun hat.

Sehen scheiße aus und versteht man nicht: surreale Gen Z Memes Abbildungen: Gen Z

taz shop

Sparduschkopf

Enorme Energie- und Wassereinsparung durch eine spezielle Wirbeltechnik: Die Wassertropfen sind von innen mit Luft gefüllt. Ergebnis: Zwei Drittel weniger Wasserverbrauch. Aus antibakteriellem Kupfer, Chrom und Messing. Von Bubble Rain, zwei Größen. € 109,00 und € 119,00.

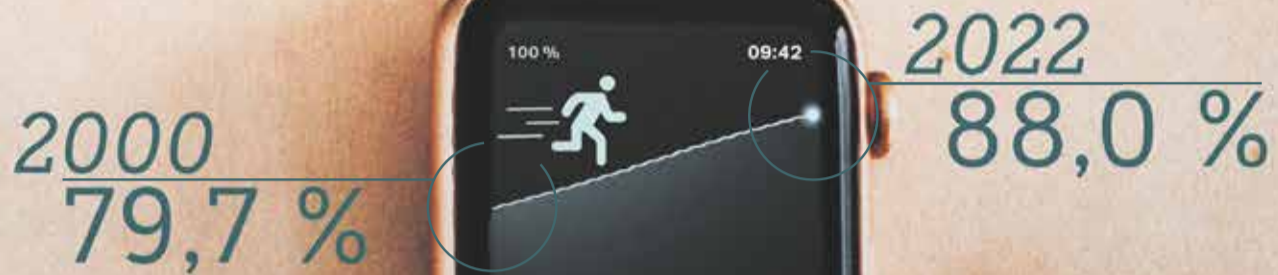


10 % Rabatt für taz-Abonent*innen & taz-Genoss*innen

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

Hier erscheinen zwei Kolumnen im Wechsel. Nächste Woche: „Grauzone“ von Erica Zingher

Anteil der körperlich aktiven Menschen in Deutschland



Grafik: Anna Eschenbacher, Johanna Hartmann, Francesca Morini. Quelle: Weltgesundheitsorganisation. Fotos: stock.adobe.com, thenounproject.com

die gute nachricht

Immer mehr Menschen in Deutschland bewegen sich

Wer sich zu wenig bewegt, belastet seine Gesundheit. Diesem Risiko setzen sich in Deutschland immer weniger Menschen aus. Waren im Jahr 2000 79,67 Prozent der Bevölkerung im Alter von über 18 Jahren körperlich aktiv, sind es 2022 bereits 88,02 Prozent. Seit mehr als 20 Jahren steigt die Zahl laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) kontinuierlich an. Um als körperlich aktiv zu gelten, muss man laut WHO mindestens 75 Minuten pro Woche mit hoher Intensität Sport betreiben. Das bedeutet, dass der Sauerstoffverbrauch

mindestens sechsmal so hoch ist wie im Ruhezustand. Basketballspielen oder Joggen sind Beispiele dafür. Alternativ reicht es auch, sich 150 Minuten pro Woche moderat-aktiv zu betätigen, den Sauerstoffverbrauch also auf das Drei- bis Sechsfache zu heben. Beim langsamen Tanzen zum Beispiel. Die Auswertung der WHO basiert auf repräsentativen Bevölkerungsumfragen aus 193 Ländern. Ungefähr 5,7 Millionen Menschen haben dabei Eigenangaben zu ihrem Bewegungsverhalten gemacht. *Jerrit Schlosser*



Sophie Fichtner
Vorschlaghammer

Wasser kochen ist unpolitisch. Das dachte ich, bis mich letztes eine Freundin besuchte. Ich stand am Waschbecken und füllte den Kocher bis zur Maximallinie, drückte auf die 100-Grad-Taste, im blauen Licht begann das Wasser zu sprudeln und meine Freundin bekam ein nervöses Zucken. Als ich das Wasser in zwei Tassen goss, platzte es aus ihr heraus: „Das ist so ineffizient!“

Hä? Was hatte ich denn jetzt schon wieder falsch gemacht? Sie deutete auf den Liter kochendes Wasser, der gerade wieder abkühlte. „Das ist jedes Mal fast eine Waschmaschine, die du da aufkochst.“ Sie ist Ingenieurin, also halb Mensch halb Taschenrechner. Im Kopf überschlägt sie Kilowattstunden, Kochzeiten und die Jahresrechnung, während ich unbekümmert Teebeutel aufreißte. Ein Wasserkocher verbraucht bei einem vollen Kochgang ungefähr 0,17 Kilowattstunden. Das ist kaum etwas. Lass mich doch sinnlos Wasser heiß machen! Deutschlands größ-

ter Klimakiller RWE schießt allein aus seinem Kohlekraftwerk Neurath jedes Jahr über 20 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft. Was sind das schon meine Heißwassersünden? Lächerlich!

So hätte ich kontern können. Und es stimmt, in der Klimakrise wird zu oft das Individuum verantwortlich gemacht. Der Mineralölkonzern BP hat den persönlichen CO₂-Fußabdruck überhaupt erst groß gemacht, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Seitdem können die größten Emittenten im Schatten der Debatte über die Wurst auf dem Grill kräftig Treibhausgase ausstoßen.

All das habe ich meiner Freundin aber nicht schnaubend entgegen. Weil ich nicht unbedingt schlag-

fertig bin – und weil sie weder gesagt hat, wie verschwenderisch ich bin, noch was für ein Klimaschwein in mir steckt. Stattdessen sollte ich lieber rechnen: Wenn ich statt anderthalb Litern nur einen halben Liter aufkoche, sind das bei 400 Kochgängen im Jahr rund 45 Kilowattstunden Strom, die ich weniger verbrauchen würde. Gleichzeitig gäbe es keinen „Nutzenverlust“, weil heißes Wasser sinnlos abkühlt.

Sie argumentiert wie eine App, die einem hilft, mit dem Rauchen aufzuhören: Wenn du jetzt noch sechs Tage durchhältst, sind deine Hände besser durchblutet, du schmeckst mehr und du hast 15 Euro gespart. Diese Rechnerei hat mich schon mal motiviert.

Diese Wasserkocherrechnung ergibt bei einem aktuellen Preis von 25 Cent pro Kilowattstunde Strom um die 11,25 Euro, die ich im Jahr weniger für Strom ausgeben müsste. Keine große Summe. Und trotzdem ist aus mir eine sehr akkurate Wasserkocherin geworden: Den Kocher bis zum dritten Strich aufzufüllen reicht für

eine Portion Pasta. 220 Milliliter passen in meine Lieblingstasse.

Mein frisch gewonnener Ehrgeiz die Stromrechnung zu drücken, ergibt sogar wissenschaftlich Sinn. Lange dachte die Forschung, dass nur intrinsische Motivation unser Handeln effektiv beeinflussen kann und externe Anreize sogar schaden. Ich müsste also aus eigener Überzeugung die richtige Menge Wasser kochen, sonst ändere ich mich nicht. Aber heute wissen wir: Die Aussicht auf eine Belohnung motiviert uns eben doch. In Form von Keksen, einem Dopaminrausch, einer kleineren Stromrechnung oder auch Lob.

Wenn ich jetzt Tee aufgieße, stelle ich mir vor, wie mir meine Freundin über die Schulter guckt und keine Schnappatmung mehr bekommen muss. Vielleicht grinst sie stattdessen ein bisschen.

Sophie Fichtner, 28, ist Redakteurin der wochentaz. Jeden Monat erhält sie einen Rat fürs bessere Leben und fragt: Ist das Fortschritt oder Bullshit?

Ich war eine verschwenderische Wasserkocherin. Aber jetzt werden die Milliliter gezählt

Meine Freundin argumentiert wie eine App, die einem hilft, mit dem Rauchen aufzuhören

Die Wüste lebt

Lange war die Berliner Hasenheide als Ort für Partys und Volksfeste bekannt. Nun soll ein ehrgeiziges Projekt den Volkspark widerstandsfähiger gegen Trockenheit und Hitze machen. Intakte Natur und Spielwiese für Großstädter, geht das zusammen?

Von **David Krenz** (Text) und **David Weyand** (Fotos)

Als wilder Flecken galt die Hasenheide lange Zeit höchstens wegen der Raves, des Drecks und der Drogen. Doch neuerdings zeigt sich auch manche Wiese des Berlin-Neuköllner Volksparks ungezähmt. Zwischen wuchernden, windzerzausten Halmen schießen Königskerzen, Stachelblumen, Wilde Möhren und feuerfarbene Fackellilien empor. Auf den Färberkamillen hocken so viele Hummeln, dass sich die Blüten biegen, und um die Gräser flattern Ameisenbläulinge und Schwalbenschwänze.

Schmetterlinge in der Hasenheide. Von ihnen hatten Fachleute bei einer Begehung im Sommer 2022 nicht einen einzigen Tagfalter gezählt. Lange Zeit sah man nur kahlgelatschten Rasen und nackte Stümpfe, fast jeder zehnte Baum musste infolge der letzten Hitzesommer gefällt werden.

Nun, im Sommer 2024, erinnert der Anblick an unberührte Natur – was sie derzeit auch ist. Bauzäune schützen viele der Wiesen, kein Besucher darf rauf. Die Zäune sind die sichtbarsten Zeichen des Projekts „Klimaresiliente Hasenheide“: 5,5 Millionen Euro zahlen der Bund und der Bezirk Neukölln für das Ziel, das Baumsterben zu stoppen und den Park an steigende Temperaturen und zunehmende Dürreperioden anzupassen. Forschende begleiten die Maßnahmen und messen deren Erfolg. Vielleicht lässt sich etwas ableiten für andere Grünanlagen im Land, von denen laut einer Studie der Technischen Universität Berlin etliche in „alarmierendem“ Zustand sind.

In der Lokalpresse kommentierten Leser das Projekt von Beginn an skeptisch: „Ausgerechnet die Hasenheide, die von den Anwohnern ohne Gemein Sinn vermüllt und verwüstet wird“, schreibt jemand, „Prognose: Das alles ist innerhalb eines Sommers kaputt“, ein anderer. Die Hasenheide, deren Grün und Ruf gleichermaßen ramponiert sind, soll vormachen, wie sich unsere Stadtnatur retten lässt. Ein kühner Plan, der im Mai 2022 Fahrt aufnahm.

Frühling 2022

Im Park balzen die Amseln, doch statt ihres Gesangs schallt der Ruf „Gewinne, Gewinne, Gewinne“ über die Wiesen und das Kreischen von Teenagern, die im „Freefall Tower“ in die Tiefe stürzen. In der Hasenheide steigen die „Maientage“. Das Volksfest findet zum 55. Mal statt. Es ist das letzte Mal.

Maientage-Chef Thilo-Harry Wollenschläger zapft gerade Bier – dann schäumt er selbst los: Vor wenigen Monaten erst habe man ihn über das „Klimaresilient“-Projekt und das damit verbundene Aus für die Maientage informiert. „Als seien wir Schausteller schuld am Klimawandel!“ Er radelte extra durch den Park und schoss Fotos. „Der Boden sieht nirgends anders aus, der ist überall tot. Das sind nicht wir – das ist die Erd erwärmung.“

Sein Vater gründete einst die Maientage. „Wir sind eine kulturelle Begegnungsstätte, schau dich um!“ Großfamilien, Mädchengruppen mit Kopf-

tüchern, Menschen jeder Hautfarbe strömen vorbei. Dieses Jahr kämen so viele Besucher wie nie, sagt er, „Sie wollen sich die Maientage nicht verbieten lassen, haben mit den Füßen abgestimmt.“

Die vielen Füße sind das Problem, sie zertrampeln die Wiesen. Und zum Auf- und Abbau des 300-Tonnen-Riesenrads rollen 15 Sattelschlepper übers Gras. Derart verdichtete Böden heizen sich im Sommer auf, was Organismen sterben lässt, vor allem sickert kaum Regen zu den Wurzeln. Stattdessen bilden sich Pfützen, in denen halbe Hunde versinken.

Ende Mai feiert die Hasenheide Projektauf-takt. Neuköllns Bezirksbürgermeister spricht vom „schönsten Park der Stadt“, sein Umweltschutzrat sagt, der Umbau sei „ein Generationenprojekt, aber so viel Zeit haben wir nicht“. Neben der Klimakrise drängelt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, das als Förderer vorschreibt, die Millionen bis 2025 zu verbuddeln und verbauen.

Auf Pinnwänden lesen die Bürger erste Ideen: Böden sollen gelockert, Klimawiesen gesät, dürrefeste Bäume gepflanzt werden. Manche pinnen eigene Vorschläge an, „Ökotoiletten“, „Humusaufbau“. Ein Mann fragt skeptisch, wie viel Geld in den Taschen der Planer lande, eine Frau gibt zu bedenken: „Wenn man mehr pflanzt, kostet hinterher auch die Pflege mehr. Ist das mit abgesichert?“ Tatsächlich wird das Gärtnerteam nicht aufgestockt.

Eine junge Frau mit knallroter Frisur wünscht sich im Park eine andere Feierkultur. „Ich liebe

Techno, aber nicht, wenn er alles vermüllt.“ Als Corona die Clubs lahmlegte, tanzten in mancher Nacht 3.000 Leute vor provisorischen DJ-Pulten und stampften zu den Beats das Unterholz kaputt. Am Morgen glitzerten die Parkwiesen vor Scherben und Kronkorken.

Bevor er hier anfing, sagt später der Gärtner, der im Park die Müllrunden dreht, „habe ich nicht gewusst, wie viel Zeug in einer einzigen Anlage rumliegen kann“. Matratzen, Couchteile, Einkaufswagen, pralle Abfallsäcke und ein Traktorreifen landen auf der Ladefläche seines Lasters. Nicht nur Hitze setzt der Hasenheide zu.

Sommer 2022

Während das Grün des Parks verdorrt, sprießen drum herum Neubauten. Im Norden drängeln frische Townhouse-Türme um den Park, ihre idyllischen Gärtchen mit Blumen und Buddelkästen grenzen scharfzackige Metallzäune zum Park ab, damit kein Fremder das teure Wohnglück stört.

Yusuf Duran, 55, lebt in keinem Haus mit Garten. Er und seine Kumpels lassen ihre Tulpen in der Hasenheide blühen. Vor 20 Jahren haben sie, ohne die Parkverwaltung zu fragen, am Rand einer Wiese einfach losgelegt. Inzwischen gedeihen auch Quitten, Paprika, Nüsse. Ihr „osmanischer Garten“, sagt Duran, versetze ihn in seine Kindheit in Yozgat, Anatolien, „Ich bin Bauernsohn.“ Seine Mitstreiter stammen aus anderen Ecken der Türkei, sind Kurde, Türke, Alevit. „Wir haben uns im Park kennengelernt.“

August 2022: Die Wüste bebzt. Hobbymusiker läuten einen Sommerabend auf trockenem Rasen ein



Neben dem verdichteten Boden ist der Müll ein Problem des Parks

Im Projektplan heißt die Wiese im Parksüden „Steppe“, das trockene Stoppelgras kitzelt und knistert beim Drüberlaufen. Doch die Steppe lebt. Es klimpern Bierflaschen und Gitarren, eine Crossfit-Gruppe folgt schwitzend ihrer Anleiterin, die „Stay strong!“ ins Headset ruft. Eine ältere Dame sammelt Ginkgoblätter, um daraus Tee zu brauen, „gut fürs Gedächtnis“, sagt sie. Muslimische Mütter sporteln in langen Gewändern, während sich im Nacktneck die Swinger räkel. Als an einem Augustabend eine türkische Hochzeit steigt und Girlanden in den Zweigen hängen, rücken junge Leute auf ihren Decken immer dichter an die Feier heran, bis man ihnen Glitzerketten umhängt und sie beim Bauchtanz mitmachen, der sei, erzählt ein Hochzeitsgast, in der Türkei ein Gesellschaftstanz.

Der „Nutzungsdruck“ gilt als mitverantwortlich für den miesen Parkzustand. Zugleich zeigt der Zulauf, dass der Stadtpark, als Ort für alle, ein Erfolgsmodell ist. „Wichtig ist, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Stellung im Alltag begegnen“, schreibt der US-amerikanische Philosoph Michael Sandel zum Wert öffentlicher Plätze. „So lernen wir, mit unseren Unterschieden umzugehen.“ Mag das Volk vereinzeln und sich spalten, im Volkspark trifft es sich.

Zubetonierte Innenstadtplätze dürften dagegen zusehends verweisen – weil die Klimakrise sie zu Backöfen macht. In dicht bebauten Vierteln herrschen während Hitzewellen bis zu zehn Grad höhere Temperaturen als drum herum, was gerade ältere Einwohner gefährdet. Mit einer Verdopplung der Stadtbäume, heißt es im Medizin-Fachjournal *The Lancet*, ließe sich die Zahl urbaner Hitzetode um fast 40 Prozent verringern. Auch in der Hasenheide konnten die Projektplaner mit Drohnenflügen messen, dass der Park die angrenzenden Straßenzüge merklich kühlt.

Das Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung berechnete den gesellschaftlichen Nutzen von Parks, auch der Hasenheide. Die erbringt demnach jährlich Leistungen für 3,4 Millionen Euro, weil sie Starkregen aufnimmt und die Kanalisation entlastet, weil ihre Bäume Treibhausgas und Schadstoffe filtern. Vor allem aber, weil sie „Erholungsraum und sozialer Treffpunkt“ sei.

Was im Park auffällt: die vielen eingeschleppten Stühle und Tische, die auf den Wiesen stehen und an Bäumen lehnen. Manche sind mit Schloss gesichert, die Violinistin, der Trommler und der Saxofonist haben ihre Sessel mit Edding markiert, „Hasenheide-Band am Ahornbaum 24“. Man kann die verstreuten Sitzmöbel als freche Aneignung des Parks sehen. Oder als Symbol. Wer hier seinen Platz gefunden hat, gibt ihn nicht mehr her.

Herbst 2022

Michael Lüdicke passt auf, dass keinem die Klimakrise auf den Kopf kracht. Der 53-jährige Parkgärtner mit Zusatzschein als Baumkontrolleur inspiert das Jahr über alle 4.384 Bäume der Hasenheide auf Schäden. Nach dem letzten fängt er von vorne an. Im Trockenstress werfen Bäume Äste ab, halten Herbststürmen, Parasiten, Pilzen nicht mehr stand. Sterben Bäume, sterben manchmal Menschen, wie 2018 im Berliner Grunewald, als ein kranker Spitzahorn eine Frau erschlug.

Lüdicke stochert in Astlöchern und klopft gegen die Stämme, um zu prüfen, wie stark der Pilz sie ausgehöhlt hat. Oft klickt er auf das Blitz-Symbol seiner Tablet-App, das für „Neue Befunde“ steht. „Totholz und offene Astungswunden“, notiert er für die „0345“, eine 74-jährige Stieleiche. „Es gibt kaum einen Baum, der nichts mehr hat“, sagt Lüdicke. Zwei Drittel des Bestands gelten als geschädigt. Mancher Baum lässt sich durch Einknippen der Krone retten. Hilft das nicht, wird ein weiterer Schattenspendler zum Stumpf.

Johann Senner, Mitte 60, passionierter Barfußgänger, soll den Schwund stoppen. Der für das Projekt beauftragte Landschaftsarchitekt hat extra auf einer Parkbank genächtigt, um zu erleben, „wie die Hasenheide schlafen geht und erwacht“, sagt er. Auf den Nachbarbänken lagen zwei Wohnungslose, gegen 6 Uhr weckte ihn das Krächzen der Krähen, sie zankten um Reste in Pizzakartons.

Möglicherweise erinnerte ihn die Szene an das Gezerre mit seinem Bauherrn, dem Neuköllner Grünflächenamt. In der heißen Planungsphase ringen beide Seiten um das Konzept: Senners Leute wollen den Park auch ästhetisch gestalten, während das Amt alle Maßnahmen darauf abklopft, ob sie der Klimaresilienz helfen und sich vor allem im Förderzeitraum umsetzen lassen. So fliegen einige Tischtennisplatten aus dem Plan und die Amtsleute rollen mit den Augen, wenn Senner wieder von seiner Vision anfängt, das Badewasser des benachbarten Freibads in den Park zu leiten. Als Verwaltungsprofis sehen sie sofort die hohen rechtlichen Hürden und die zähe Bürokratie. „Schöne Idee, aber hilft uns jetzt nicht weiter“, heißt es in den Runden oft.

Mit der Klimakrise drohen Verteilungskämpfe ums Trinkwasser, Parks lassen sich damit nicht mehr ewig gießen, sie müssen besser allein klar kommen. Deshalb sollen in der Hasenheide bald dürrerobuste Arten wie Zerreiche und Krimlinde wachsen. Zudem werden Lupine und Klee gesät, sie wurzeln tief und schnell, was die verdichteten Böden aufbricht, den Bäumen mehr Feuchte und Sauerstoff beschert und sie somit kräftigt.

Nicht gegen jedes Problem wächst ein Kraut. Amt und Architekten grubeln, wie sie ihre Maßnahmen „vandalensicher“ machen. Die knapp 400 neuen Bäumchen brauchen viel Wasser, sollen sie Regner installieren? „Die werden rausgerissen!“, ruft jemand in der Runde. Was ist mit Gießsäcken? „Die Leute schlitzten sie auf.“ Wollen sie Infoschilder aufstellen? „Die werden zerkratzt, beschmiert.“ Zum Schutz der Flächen sei nachhaltiger Naturzaun gut, allerdings ist der aus Holz – „Der wird als Brennmaterial geklaut!“

Die Hasenheide sei schon ein hartes Pflaster, sagt einmal eine Planerin. Als sie in einer Anhöhe des Parks etliche Löcher entdeckte, dachte sie an Fuchsbaue. Dabei verstecken Dealer ihre Ware darin.

Winter 2022

Das Rekordhitzejahr endet mit einem Haufen Arbeit: Rund fünf Meter hoch ragt das Laub und Holz der dahingerafftten Bäume und Sträucher auf dem Bauhof des Parks. Früher, erzählt ein älterer Gärtner, haben sie das Zeug verbrannt. Heute lernen die jungen Kollegen in der Ausbildung: von der Pflanze für die Pflanze. Der Berg landet schau-



Projektplanerin Friederike Weber und Chefgärtnerin Michaela Hecht brüten über neuen Entwürfen

weise im Häcksler, um nachher als Mulch den Parkboden mit Nährstoffen zu düngen und Feuchte länger in der Erde zu halten, als Teil des „Humus-Intensiv-Programms“ des Projekts.

Das Netz an Trampelpfaden sollen künftig Weißdorn und ähnlich stachlige Sträucher eindämmen, das läuft unter „Besucherlenkung“. Die allerkahlsten Flächen sparen die Planer beim Begrünen eher aus, weil sowieso nichts wüchse. Tag und Nacht stehen und sitzen dort Dutzende Männer und alle warten auf Kundschaft. Die Polizei zählt die Hasenheide zu den wichtigsten Drogenverkaufsplätzen der Stadt.

„Bei den ganzen Dealern? Ist doch gefährlich!“, bekommt Michaela Hecht, die Chefgärtnerin der Hasenheide, immer wieder zu hören. Die 50-jährige spricht öfters mit den Drogenhändlern. „Es nervt sie, nicht richtig arbeiten zu dürfen“, berichtet sie. Die Männer passen auf ihr Dienstauto auf, wenn sie es kurz abstellt, manchmal drückt sie ihnen Müllgreifer in die Hand. Hecht sagt: „Es ist auch ihr Park, sie sind jeden Tag hier.“

Frühling 2023

Arbeiter baggern Gruben für die ersten neuen Bäume und werden ihrerseits von Passanten gelächert. „Entschuldigung, was passiert hier?“, „Das wird aber nicht zubetoniert, oder?“, „Neue Bäume, gut, die alten kommen aber nicht weg?“ Manche klingen besorgt, als fragten sie nach einem erkrankten Freund.

Nach dem Einpflanzen werden die Gruben nicht mit dem alten Sand aufgefüllt, sondern wie eine Lasagne Schicht für Schicht gestaltet: mit wasserstauer Tonschicht, Pflanzkohle-substraten und nährstoffreicher Muttererde. Spezielle Splittzylinder sollen die Wurzeln in tiefere und damit feuchtere Bodenzonen locken. Angelegt werden verschiedene Varianten der Baumgruben, um später zu ermitteln, bei welcher Baum- und Boden am besten harmonieren.

Sommer 2024

Gesunde Bäume, die einander Schatten spenden. Eine üppige, artenreiche Vegetation, die sich ihr eigenes, feucht-mildes Klima schafft und benachbarte Wohnquartiere kühlt. Vereine, die sich zum Schutz der Falter im Park gründen. Eichen, die sich allein vermehren. So malt sich Johann Senner, der Parkgestalter, die Zukunft der Hasenheide aus.

Er findet, die Weichen sind gestellt. Bei einer Begehung schreitet er barfuß über den gesäten Kräuterrasen, Schafgarbe und Klee sollen ihn trittfest machen. „Sensationell“, sagt Senner über die Schmetterlingsschwärme zwischen den brusthohen Wilden Möhren. In der Steppe, die wohl bald einen neuen Namen braucht, wachsen auch viele der Klimabäumchen. Jedes trotz auf seine Art der Dürre, die Silberlinde etwa kann mit ihren silbrigen Blättern Sonnenstrahlen reflektieren.

Auf Drängen des Grünflächenamts wurden die Wegränder abgesenkt. So fließt Regen von den Wegen und Senken besser in die Vegetation. Dagegen lässt sich der angedachte Brunnenbau wegen Schadstoffen im Grundwasser in der Projektzeit nicht umsetzen. Gleiches gilt für den Wunsch, das Freibadwasser und Regenwasser von Nachbargrundstücken in den Park zu leiten. Immerhin sind Machbarkeitsstudien in Gang.

Der Trinkwasserbedarf, der langfristig sinken soll, steigt somit zunächst. Junge Bäume im Anwuchs sind durstig. Obwohl der Park keine Springbrunnen hat, sieht man derzeit viele Fontänen: Das Gärtnerteam wässert mit Feuerwehrgerät, das 2.000 Liter pro Minute verschießt. Das Amt braucht nach Projektende mehr Geld als bisher, um den erhöhten Aufwand durch die vielen Neupflanzungen zu stemmen.

Die Natur zurückkehren zu lassen, damit diese sich selber hilft und versorgt, ist eher kein Ziel, das sich in ein paar Projektjahren schaffen lässt, das zeigt das Neuköllner Experiment. Stattdessen sind Ämterbudgets und Gärtnerpersonal dauerhaft aufzustocken, um Stadtparks durch die Klimakrise zu führen.

Der größte Etappenerfolg für die Hasenheide-Planer: was bisher alles nicht geschah. Kein Jungbaum wurde entwurzelt, kein Stützpfahl verfeuert, auch die Zäune blieben heil. Die Parkgäste scheinen zu akzeptieren, dass man sie von manchen Flächen aussperrt. Nächstes Jahr verschwinden die Zäune und alle Schwärme zurück auf die Wiesen, die sich gerade prächtig erholen. Halten sie dem Ansturm stand?

Im finalen Bauabschnitt ab Herbst steht unter anderem die Gestaltung der Eingänge an, mit neuen Bänken, Stauden, Schattenplätzen. Der Park, der unter den vielen Menschen leidet, soll künftig noch einladender wirken. Das dies kein Widerspruch sein muss, auch dies lehrt die Hasenheide. Ihren alten Rosengarten zieren weiße Pergolen und gehegte Beete – und niemand vergreift sich daran.

Je hübscher der Park, desto mehr achten ihn die Leute, hoffen die Planer. „Wenn das, was in der Hasenheide entsteht, niemandem gefällt, geht sie kaputt“, sagt Johann Senner. Neben Wilden Möhren und Klimabäumen muss Rücksicht wachsen, damit das Projekt Parkwende glückt.



Mit der Klimakrise drohen Verteilungskämpfe ums Trinkwasser. Parks lassen sich damit nicht ewig gießen, sie müssen allein klarkommen



Mai 2023: Die Neuen sind da! Die jungen Bäume sollen den geplagten Bestand der Hasenheide ergänzen

doppelblind

Warum das Pferd manchmal schlauer ist als der Mensch



Worum geht's?

Dafür, dass Menschen ziemlich oft blöde Dinge tun, sind wir sehr überzeugt von unserem Status als intelligenteste aller Spezies. Dass Ziegen abstrakte Symbole verstehen, Delfine sich mit Namen ansprechen oder Schimpansen sich Zahlenreihen schneller merken als Student*innen – bevor wir es wussten, hielten wir es für unmöglich. Dieses Mal betrifft es Pferde. Eine Spezies, von der sich selbst die Wissenschaft lange sicher war, dass ihr beim Im-Kreis-Traben nicht viel mehr durch den Kopf geht als Karotten.

Die Studie

Die britische Studie stellte 20 Pferde vor die Herausforderung, die Regeln eines Futterautomaten zu verstehen. Diese lautet: Leuchtet neben dem Automaten ein Licht auf, kommt kein Futter raus. Erst wenn das Licht erlischt, rieseln die Leckerlis auf Knopfdruck. Die Pferde schienen für diesen Mechanismus nicht sehr empfänglich zu sein. Völlig unbeeindruckt von dem Licht drückten sie weiter auf den Futterknopf. Ha! Könnte man jetzt sagen. Pferde sind offenbar zu doof für Ampeln.

Das wäre allerdings voreilig. Die Forschenden führten noch eine Bedingung ein: negative Konsequenzen. Wenn die Pferde auf den Futterknopf drückten, während das Licht leuchtete, verloren sie über einen kurzen Zeitraum jede Chance, mit dem Futterspender zu spielen. Sofort hörten die Vierbeiner mit dem unnützen Drücken auf. Offenbar sind Pferde durchaus in der Lage, komplexe Zusammenhänge zwischen ihrem eigenen Verhalten, Ampelschaltungen und einer Futterklappe zu verstehen. Nur: Solange ihnen daraus kein Nachteil entsteht, lassen sie es gerne darauf ankommen.

Was bringt's?

Erst mal einen Sieg für die Pferde: Sie verstehen menschliche Vorgaben, sie ignorieren sie nur, wenn sie vernachlässigbar sind. Was vielleicht eine ganz eigene Form von Intelligenz ist. Denn im Gegensatz zu Pferden befolgen Menschen Regeln, auch wenn sie nicht zielführend sind. Das zeigt sich schon bei Kleinkindern, wenn sie neue Spielgeräte ausprobieren – und dabei jeden Vorführschritt der Erwachsenen genau nachmachen: einschließlich des Händeklatschens, das es zum Funktionieren des Marmeladenautomaten streng genommen gar nicht braucht. Pferden würde so etwas wohl nicht einfallen. Die Ergebnisse sind also auch eine gute Mahnung, menschliches Verhalten nicht zum Maßstab aller Beobachtung zu machen.

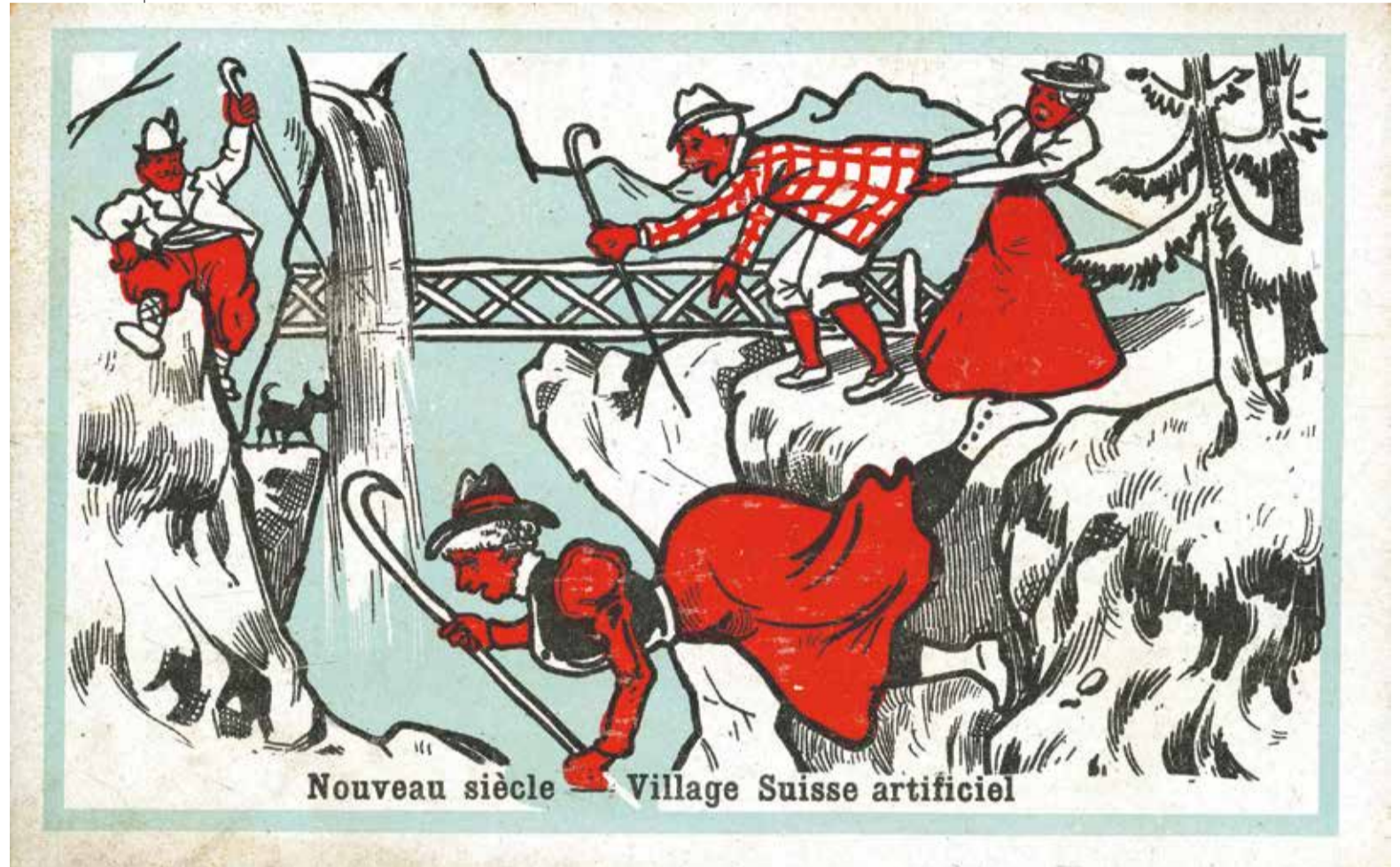
Dabei treffen Menschen, wie Pferde, natürlich auch Kosten-Abwägungen. Manchmal gehen sie mit sozialen Abwägungen Hand in Hand. Das zeigt sich schon daran, dass auch wir uns eher an rote Ampeln halten, wenn uns mit dem Auto ein höheres Bußgeld und ein Punkt in Flensburg drohen. Oder aber, wenn zwei Omas auf der anderen Straßenseite zuschauen. Das Parken auf dem Gehweg ist dagegen oft sozial akzeptiert und so selten mit Bußgeld belegt, dass sich keine Verhaltensänderung einstellt.

Franca Parianen

Neue wissenschaftliche Studien stellen wir jede Woche an dieser Stelle vor – und erklären, welchen Fortschritt sie bringen. Sie wollen die Studie finden? Jede hat einen Code, hier lautet er: 10.1016/j.applanim.2024.106339

zurück in die zukunft

Hoffnungsvoll blickt diese Postkarte im Jahr 1900 auf das kommende Jahrhundert und die Zukunft der Berge. Zu jener Zeit erschließen sich die Menschen in Europa gerade die Alpen für den Tourismus. Mit dem Beginn der Aufklärung



Diese Schweizer:innen haben trotz unpassender Kleidung eine gute Zeit auf dem Berg
Foto: Kharbine Tapabor/imagio

hatten sie begonnen, die Felsmassive zu erkunden und zu kartografieren und sie damit zugänglich zu machen. Wer genug Geld hatte, konnte jetzt zum Urlaub in die Berge reisen. Leitern zum Überqueren von Schluchten, wie man sie auf dem Bild sieht, setzen Bergsteiger:innen auch heute noch ein. Dagegen ist die Kleidung der Leute nicht wirklich bergfest. Besonders Frauen hatten es schwer. Als Lucy Walker 1871 als erste Frau das Matterhorn erklimmte, tat sie das in einem langen Rock, der sich für die Damen jener Zeit ziemte, jedoch kaum für Höhenexpeditionen taugte. Auch heute gilt der Berg noch als Männerdomäne, die Fortschritte mussten hart erkämpft werden: So nahm die Sektion Berggeist des Deutschen Alpenvereins erst ab 1997 Frauen als vollwertige Mitglieder auf.

Leon Holly

Zukunftsbilder aus der Vergangenheit und was man aus ihnen lernen kann, erkunden wir hier in jeder Ausgabe.

taz kurzreisen
in Deutschland



Im August-Horsch-Museum in Zwickau wird Auto-Geschichte präsentiert: von Oldtimern bis zu modernen Ehemaligen wie diesem Camping-Trabi

Sachsen wählt am 1. September - wie sieht die Zivilgesellschaft vor Ort das Ergebnis?

DEUTSCHLAND GEMEINSAM ENTDECKEN

Was der zu erwartende Wahlerfolg der AfD für die Zivilgesellschaft bedeutet, können Sie bei zwei taz-Reisen vor Ort erfahren: in beiden treffen Sie u. a. Initiativen, die sich gegen rechte Gruppen engagieren.

24. bis 28. September 2024

CHEMNITZ UND ERZGEBIRGE

Sächsische Industriekultur und Kampf gegen Rechts, mit Ausflügen nach Zwickau und Annaberg-Buchholz

In Begleitung von Michael Bartsch

Bei der neuen taz-Reise mit dem ehem. Sachsen-Korrespondenten der taz können Sie 500 Jahre sächsische Industriekultur entdecken (wir besuchen mehrere Museen in ehem. Fabriken und Bergwerken) und lernen vor Ort die Auseinandersetzungen der Zivilgesellschaft mit der rechten Szene kennen.

4 Übernachtungen im B&B Hotel Chemnitz, ab **890 €** (DZ/HP/ohne Anreise)

9. bis 13. September 2024

HERRNHUT (OBERLAUSITZ)

Sorbische Gemeinden und Ökologie, mit Ausflügen nach Görlitz/Zgorzelec und Bautzen

In Begleitung von taz-Redakteur Thomas Gerlach

Sie lernen eine Region zwischen Böhmen und Polen kennen, die oft Rückzugsgebiet für utopische Ideen war: für Herrnhuter Pietisten wie für DDR-Oppositionelle, treffen den Ex-Bürgermeister von Nebelschütz, einem Dorf, in dem noch sorbisch gesprochen wird, und einen sorbischen Schriftsteller.

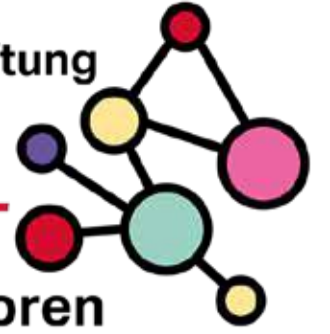
4 Übernachtungen im Gästehaus der Herrnhuter Brüdergemeine, ab **870 €** (DZ/HP/ohne Anreise)

Reiseveranstalter beider Kurzreisen: Ventus Reisen, Berlin

Nähere Informationen zu diesen Reisen im Internet: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (030) 2 59 02-117



Die Uckermark in Brandenburg im Sommer Foto: © Rene Zieger/Ostkreuz – Agentur der Fotografe



Cottbus, Bunter Bahnhof,
Samstag, 7. September ab 10 Uhr

Brandenburg, mon amour

Unser Autor lädt seine Berliner Freunde zu einer Geburtstagswanderung in seine neue Heimat Brandenburg ein. Die Sorge eines Clashes der Milieus mit den Leuten vor Ort stellt sich als unbegründet heraus. Eine Liebeserklärung an Brandenburg

Von Uwe Rada

Meinen sechzigsten Geburtstag habe ich nicht in Berlin gefeiert, sondern in Brandenburg. Es war ein Herzenswunsch. Ein bisschen nervös war ich dennoch. Ich hatte zu einer Geburtstagswanderung ins Schlaubetal eingeladen, Brandenburgs schönstes Bachtal. Wie würden meine Freundinnen und Freunde aus Berlin auf die aus der Brandenburger Heimat reagieren und umgekehrt? Würden an diesem Tag die gängigen Klischees bekräftigt oder entkräftet werden?

Seit meine Frau 2018 die Leitung des Naturparks Schlaubetal im Osten des Landes übernommen hat, verbringe ich mehr Zeit in unserem Brandenburger Wohnsitz in Grunow als in Berlin. Auch meine Themen finde ich inzwischen öfter in der Mark als in der Metropole. Es sind andere Themen als die, die die Ber-

liner beschäftigen, wenn sie über das Nachbarland sprechen und schreiben.

Als mir gleich nach unserer Ankunft ein Nachbar vom Torfabbau in Grunow erzählte, habe ich angefangen, mich mit dem Verhältnis von Geschichte und Landschaft zu beschäftigen. Später kam das Thema Wald dazu. Es waren Vorarbeiten für mein Buch „Siehdichum. Annäherungen an eine brandenburgische Landschaft“. Seitdem werde ich immer wieder zu Lesungen in den Dörfern eingeladen. Die für mich berührendste Rückmeldung war die, dass ich mit diesem Porträt der Region die Menschen literarisch beheimate – und das als Fremder.

Die AfD interessiert mich weniger. Vielleicht deshalb, weil es Themen gibt, die wichtiger sind. Warum wird die neue Busverbindung so wenig genutzt? Ist das Totholz, das in den Kiefernforsten liegen bleibt, Brandbeschleuniger oder hilft es bei der Naturverjüngung? War es wirklich ein Wolf,

der dem Weidehalter ein Schaf gerissen hat? Geredet wird über diese Themen beim Osterfeuer, nach dem Konzert in der Kirche oder im Bauwagen, dem provisorischen Sitz eines Landvereins im Nachbardorf. Es sind Themen, die die Menschen bewegen. Strittige Themen, denen keiner aus dem Weg geht. Ich bin mir sicher, dass bei diesen Gesprächen auch Wählerinnen und Wähler der Grünen mit denen der AfD sprechen.

Ja, es gibt den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Und so herablassend wie viele Städter aufs Land schauen, gucken die vom Land zurück. Aber es gibt auch die, die Brücken schlagen. Die Raumpioniere, die alte Gebäude nicht nur mit neuem Leben füllen, sondern auch Arbeit mit aufs Land bringen. Die Menschen, die neue Wege in der Landwirtschaft gehen. Das „Netzwerk Zukunftsorte“ ist auch ein Atlas, der zeigt, wie selbstbewusst der „ländliche Raum“ inzwischen ist und wie zukunftsorientiert.

Wird die Zukunft auf dem Land gemacht? Seit Corona spricht einiges dafür. Noch aber macht das Morgen vielen Angst. Doch das Gernste kommt nicht wieder. Nicht nur große Umwälzungen wie der Strukturwandel in der Lausitz sind deshalb beispielgebend, sondern auch kleine wie die solidarische Landwirtschaft, von der wir das Gemüse beziehen.

Was viele Menschen übrigens am Populismus stört: Er sucht nicht nach Lösungen, sondern macht nur schlecht. Die Menschen, die ich kennengelernt habe, wollen Lösungen, keine Ideologie. Zu diesen Lösungen gehört auch die Frage, wie die Kommunen die wachsende Zuwanderung bewältigen sollen. Für mich, als ehemaligen Autonomen und Verfechter offener Grenzen, war dieser Lernprozess nicht einfach.

Meine Geburtstagswanderung führte die Gäste aus Berlin und meine Nachbarn entlang der Schlaube nach Müllrose. Dort, am Campingplatz, wur-

den wir mit Sekt empfangen. Ich kenne die Dauercamper. Sie kommen aus Eisenhüttenstadt oder Frankfurt (Oder) und lieben das Schlaubetal wie ich. Immer wieder werde ich dort zu Lesungen eingeladen. Nun gab es als Dankeschön den Sekt Empfang. Gleichzeitig fand auf dem Platz das Sommerfest als Pyjama-party statt.

Zum Clash der Milieus kam es übrigens nicht. Meine Freunde aus Berlin amüsierten sich köstlich mit den Dauercampfern. Fast hatte ich den Eindruck, als würden sie es genießen, für einen Tag aus der Berliner Blase rauszukommen und in eine andere Realität einzutauchen.

Uwe Rada, taz-Redakteur und Autor zahlreicher Bücher, veröffentlichte u. a. voriges Jahr „Morgenland Brandenburg“. Er ist auf dem taz Panter Ost Forum in Cottbus gegen 17.30 Uhr am „Küchentisch“ zu Gast – und liest aus seinen Geschichten vor.

wer, was, wo

Wann: Samstag, den 7. September, von 10 Uhr bis spät. Einlass ab 9.30 Uhr.

Wo: Cottbus, im Bunter Bahnhof, Güterzufuhrstraße 8, direkt am Cottbuser Hauptbahnhof.

Thema: Was im Wahljahr 2024 auf dem Spiel steht. Mit Spitzenkandidat*innen der demokratischen Parteien, Aktivist*innen, Menschen aus Wissenschaft und Kultur, sozialen Initiativen und Ihnen!

Das Programm finden Sie online auf taz.de/panterforen

Vor Ort: Die Teilnahme vor Ort ist kostenlos! Aus Platzgründen aber bitte vorher anmelden unter taz.de/panterforen

... und im Stream: Jedes taz Panter Forum wird live auf Youtube gestreamt

Panter Preis Verleihung: An den Abenden der drei Panter Foren wird je ein taz Panter Preis mit einem Preisgeld von 5.000 Euro an eine zivilgesellschaftliche Initiative verliehen.

Fragen? Schreiben Sie uns: panterforen@taz.de
Das Panter Forum in Cottbus ist die letzte Station der Veranstaltungsreihe der taz in Ostdeutschland. Die Panter Foren sind ein Projekt der taz Panter Stiftung und taz Redaktion. Die taz Panter Preise werden von der taz Panter Stiftung organisiert.

Diskutieren vor Ort: am 7. September im Bunter Bahnhof in Cottbus

Wir stellen unsere Gäste vor, mit denen wir in Cottbus über die anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg reden wollen



Foto: Stadt Cottbus/Chlösebus

Tobias Schick

Oberbürgermeister von Cottbus (SPD), war in seiner Jugend Leistungssportler im Hürdenlauf.



Foto: privat

Silke Butzlaff ist Geräteführerin beim Tagebau Welzow-Süd. Sie kam 1967 in der Lausitz zur Welt, im Bergbau arbeitet sie seit 40 Jahren.

Wird Brandenburg bald unregierbar sein? Ist es besser zu gehen oder zu bleiben? Wer ist die Brandmauer? Und was steht eigentlich alles auf dem Spiel bei den Landtagswahlen am 22. September in Brandenburg? Darüber wollen wir am Samstag, den 7. September in Cottbus mit Ihnen und folgenden Gästen diskutieren:

Mit dabei ist der Spitzenkandidat für die SPD Brandenburg **Ludwig Scheetz**, seit 2019 Abgeordneter im Brandenburger Landtag, zuletzt als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Ebenfalls Mitglied im Brandenburger Landtag sind unsere Gäste und Spitzenkandidaten **Clemens Rostock** für die Grünen, **Michael Schierack** für die CDU und **Sebastian Walter** für Die Linke. **Tobias Schick** von der SPD ist Oberbürgermeister der Stadt Cottbus. In einer Stichwahl setzte er sich im Oktober 2022 deutlich gegen einen AfD-Kandidaten für dieses Amt durch. Der gebürtige Ostberliner und Sozialwissenschaftler **Daniel Kubiak** forscht zu Nachwendekindern, ostdeutscher Migrationsgesellschaft und Erinnerung, und ist zudem Co-Host des Podcasts Berlin.Ost.Migrantisch. **Joschka Fröschner** ist Berater für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bei der Opferperspektive Brandenburg. **Alexandra Walter** ist Geschäftsführerin der umetec GmbH, einem Stahlbau-Unternehmen aus Eberswalde, das seit 20 Jahren für die Windkraft- und Solarindustrie produziert. Für eine arbeitnehmerfreundliche Klimatransformation in ihrer Heimatregion, der Lausitz, setzt sich seit Jahren **Silke**

Butzlaff ein. Sie arbeitet seit 40 Jahren im Bergbau im Tagebau Welzow-Süd, seit 22 Jahren als Geräteführerin. Der Musiker und LEAG-Betriebsrat **Lars Katzmarek** ist im Engagement für die Lausitz, die Energiewende und einen gerechten Strukturwandel unterwegs. **Robert Amat Kraft** ist seit 2014 Mitglied der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung für die Wählergruppe Sozialer Umbruch (SUB). **Clara Mühlheim** vom Verband Sozialistische Jugend Deutschland – Die Falken engagiert sich als Antifaschistin im ländlichen Raum Brandenburgs und arbeitet als Sozialpädagogin in einem Jugendzentrum. **Karoline Schneider** engagiert sich beim sorbischen Kultur- und Kunstkollektiv Kolektiv Wakuum für eine lebendige, feministische und inklusive Kulturszene in der Lausitz. Die Sozialarbeiterin und Systemische Beraterin **Claudia Arndt** ist akademische Mitarbeiterin im Fachgebiet „Soziale Dienstleistungen in strukturschwachen Regionen“ an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Die Sprecherin der Omas gegen rechts, **Ursula Löbel**, setzt sich gegen Demokratiefeinde aus dem rechten und rechtsextremen politischen Spektrum ein. **Arnold Bischinger** leitet seit 2018 das Kultur- und Sportamt des Landkreises Oder-Spree und der Burg Beeskow. **Lukas Pello** ist evangelischer Studierendenpfarrer in Cottbus und engagiert sich im Bündnis Unteilbar Südbrandenburg und im Bereich Kirchenasyl und Gefängnisseelsorge. Autor und taz-Redakteur **Uwe Rada** hat vor Kurzem ein neues Buch veröffentlicht: „Morgenland Brandenburg. Zukunft zwischen Spree und Oder“.

brandenburg vor der landtagswahl

Geld ersetzt nicht gleich Liebe

Wer aus dem Westen stammt und den Osten sich vorstellen soll, sagt oft: undankbar, renitent und eng. Gerade die Leute in der Lausitz kennen diese Zuschreibungen. Wissen nichts von Klimatransformation und mochten auch die „Ende Gelände“-Demonstrierenden nicht, die vor einigen Jahren, aus aller Welt angereist, in den Welten der ausgegrabenen Braunkohlelandschaften tollten.

Sehr zum Ärger einiger Lausitzerinnen auf Fahrradtour, wie wir auf einer taz-Veranstaltung vor sieben Jahren in der Kirche von Schleife erfuhren, die die Klimaschützer wenigstens mal gern gesprochen hätten – aber diese trugen nur Masken, wollten sie nicht absetzen und sprachen außerdem kein Deutsch.

Jetzt ist die Lausitz in Transformation, viele Milliarden aus Brüssel und Berlin fließen in diese Gegend, jetzt müssen nur noch Investoren her, die in dieser Gegend ihre Firmensitze ansiedeln wollen. Immerhin: In Cottbus, gut sichtbar, wenn man dort in den Bahnhof einfährt, entsteht ein ICE-Ausbesserungswerk. Das bedeutet: Jobs, und zwar facharbeiterisch bezahlte, keine nur mit Mindestlöhnen.

So wird die Hauptstadt der brandenburgischen Lausitz zum immer schöneren Quartier. Und wenn jetzt noch viele, denen es in Berlin zu teuer und zu laut geworden ist, hierhin zögen – und das wünschen sich alle, die wir sprechen konnten! –, dann wäre es um die Zukunft dieser durch viel zu viel Braunkohleaus-hub geschundene Landschaft mit ihren Menschen nicht schlecht bestellt.

Das Subventionsgeld aus den Schaltzentralen des Politischen nützt aber nichts, wenn weiterhin nur davon die Rede ist, dort, am Rande Polens und ganz weit weg vom coolen Berlin oder ebenso attraktiven Leipzig, sei es ärmlich und eng. Alles Quatsch. In Cottbus gibt es feine Netze des Alternativkulturellen – man muss es nur entdecken wollen. *Jan Feddersen*



Jan Feddersen, Jahrgang 1957, ist Redakteur für besondere Aufgaben und Kurator des taz lab und taz Talk sowie der taz Panter Foren.

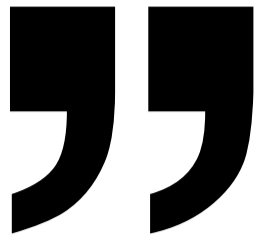


taz  **shop**

taz-Rucksack Vaude. Jeder hat sein Päckchen zu tragen. Wie schön, wenn dabei alles so sauber verstaut ist wie in unserem neu designten taz-Rucksack von Vaude. Der minimalistische Alltagsbegleiter ist nicht nur PVC-frei, umweltfreundlich und fair hergestellt, dank der robusten Plane bleibt der Inhalt auch bei Regen zuverlässig trocken.
Volumen: 15 Liter. **€ 90,00**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



„Kriege auf der Ebene großer Industriestaaten werden nicht von bewaffneten Individuen geführt – es sei denn als symbolisches Kanonenfutter“

Florian Suittenpointner, taz-Leser

wortwechsel

Wie verteidigst du dein Land, KameradIn?

Postmoderne Kriege sind High-Tech-Schlachten, in denen Menschen schlicht als Material dienen. Absurde Idee, Flüge zu kontingentieren: Es gibt kein Recht auf Klimabelastung



Soldaten der ukrainischen Streitkräfte laden eine Granate in eine Panzerhaubitze
Foto: Ukrainian Armed Forces/Handout via reuters

Narben. Solange die Schwellung andauert, hat man also den Eindruck einer glatteren Haut. Nachhaltig wird dieser Effekt nicht sein. *Uwe Kröger, Münster*

Postmoderne Kriege

„Zu den Waffen, Genossen!“
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Ich halte das Ganze für eine Scheindebatte, für Desinformation oder bestenfalls für naives Geplapper, denn postmoderne Kriege auf der Ebene großer Industriestaaten werden nicht von bewaffneten Individuen geführt – es sei denn als symbolisches Kanonenfutter.

Solche Kriege sind eher eine Hightech-Schlacht mit Mittelstreckenraketen und entsprechenden Abwehrsystemen, auch mit gezielter Sabotage, vor allem aber mit der Abschreckungskapazität von Angriffsmöglichkeiten aller Art; außerdem mit Kontrolle von Einflusszonen und von Infrastruktur. Der Krieg in der Ukraine ist insofern ein altmodischer Krieg (viel altmodischer als lange Zeit der im Nahen Osten) – aber dort ist man halt gelandet, nachdem alle eleganteren Möglichkeiten gescheitert sind an den existenziellen Interessen der militärisch-industriellen Komplexe hüben wie drüben.
Florian Suittenpointner, Köln

Was wollen wir?

„Zu den Waffen, Genossen!“
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Ich war entsetzt, als ich diesen Artikel in eurer Zeitung las. Was ist nur aus der taz geworden? Schade, dass auch ihr mitmacht bei der Kriegspropaganda. Ich glaube, das ist nicht im Sinne von Rudi Dutschke und entspricht auch nicht dem Gedankengut der taz-Gründer. Aber vielleicht ist das mal ein Anlass zu überlegen: Was wollen wir? Wofür soll die taz stehen? Waren wir nicht mal als Alternative gedacht? *Petra Fachinger, Augsburg*

Verteidigung

„Zu den Waffen, Genossen!“
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
„Wenn es dazu kommen sollte, dass Russland eine Invasion startet, kämpft man nicht für etwas, sondern gegen etwas.“ So ist es. Wir haben zwar einen früheren Bundeskanzler, der russische Verhältnisse wunderbar findet, ich würde aber sagen, in den Wahlergebnissen seiner Partei ist etwas anderes eingepreist.
Hans Friedrich Bär auf taz.de

Ultimatum

„Zu den Waffen, Genossen!“
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Ein russischer Angriff? Ich würde mich auch melden und das obwohl mich die Bundeswehr wohl noch eher übel in Erinnerung hat, als ich Totalverweigerer 2002 in der Kaserne aufgetaucht bin. Frieden ist eine wichtige Sache, die man mit der Waffe verteidigen muss. Ich bin inzwischen so weit, dass ich mir von Scholz, Macron und Co ein Ultimatum an Putin erwarte: Entweder er stellt sich dem internationalen Haftbefehl oder wir eröffnen eine weitere Front. Selbst bei diesem Gegenangriff wäre ich dabei.
Thomas Koll auf taz.de

Falsches Signal

„Unter den Wolken“,
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
„Wer öfter fliegen will, könnte Wenigfliegern den Flug abkaufen.“ Das ist bei aller Ungleichheit „Armut/Reichtum“ zwischen den Menschen ein falsches Signal. Und auch kein Lösungsansatz für einen Ausgleich mit Wirkung in dieser Hinsicht. Er konterkariert aber das wichtige Ziel, möglichst wenig zu fliegen. Und klingt ein bisschen nach „Aufgabe von Sektorzielen“. Wie in der Politik/Regierung.
Klaus Ross, Haale

Kontingentierung

„Über den Wolken“,
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Die Auffassung, dass Gerechtigkeit bedeutet, dass jedem ein Kontingent an der Beteiligung der Klimabelastung zugeschlagen wird, kann ich nicht nachvollziehen. Es gibt kein Recht auf Klimabelastung, schon gar nicht aus sozialen Gründen und für einen Urlaub. *Rudolf Fissner auf taz.de*

Für die Schönheit?

„Eine Behandlung mit Piks“,
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Ich freue mich immer, wenn die taz sich auch mit Themen abseits von Politik und Sozialem beschäftigt. So kleine Texte wie der auf Seite 38, können ja mal ganz unterhaltsam sein. Als Arzt finde ich allerdings solche Artikel ohne Hintergrundinformationen fragwürdig.
Es fehlt der Hinweis, was dort eigentlich passiert: Eine Verletzung der Haut durch Nadelstiche induziert eine Entzündungsreaktion. Verletztes Gewebe wird durch Entzündungszellen abgeräumt. Damit diese an den Ort des Geschehens wandern können, werden Blutgefäße durchlässig, ein Ödem, eine Schwellung entsteht. Diese hält an, bis der Defekt repariert ist, im besten Falle bei kleinen Verletzungen ohne

Deutsche Geschichte

„88 Meter Vergangenheitsbewältigung“,
wochentaz vom 10.–16. 8. 24
Die Ablehnung des Wiederaufbaus der Garnisonkirche in Potsdam, weil sie von den Nazis missbraucht worden ist, greift zu kurz. Die passende Antwort hat Frau Akrap in derselben Ausgabe auf S. 16 („Geraschel“) gegeben.
Die Garnisonkirche ist ein Gebäude, das über 200 Jahre vor dem inkriminierten Ereignis eingeweiht worden ist. Muss jetzt auch die Kaiserpfalz in Aachen abgerissen werden, weil Karl der Große das Blutbad in Verden/Aller angeordnet hat, oder ist das lang genug her und wir dürfen die Kaiserpfalz weiterhin besuchen? Ganz zu schweigen vom Karlspreis.
Michael Kaupisch, Stuhr

Festhalten

„Darfs ein bisschen weinger sein?“,
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Nach über 40 Jahren beruflicher Erfahrung im medizinischen Bereich meine Beobachtung: Das Erkennen und Weglassen von belastenden Faktoren könnte in sehr vielen Fällen von leichten und schweren Erkrankungen sofort Besserung bringen und Heilung begünstigen.
Populärer ist jedoch, möglichst alles zu lassen, wie es ist, und noch etwas hinzuzufügen: Nahrungsergänzung, Medikamente, Fitnessstudio, Arzt- und Therapeutengänge, Ratgeber, Gesundheitsapps, andere Gesundheitsprodukte. Hilfreicher könnte sein: Pausen machen, bestimmte Dinge „einfach“ weglassen oder reduzieren. Es gibt genügend Wissen dazu, allein die Transformation ins alltägliche Leben scheint so schwer. Genießende Spaziergänge, in Ruhe mit Freunden sein, einfach mal still sitzen oder gehen – das wär's. Die meisten Menschen (das gilt natürlich auch für mich) halten fest an dem, was sie haben, auch wenn sie total unglücklich oder krank sind.
Wilhelm K. Kraus, Erbsdorfergrund

meinungsstark

Vorteil Globaler Süden

„Soll die taz noch abheben?“,
wochentaz vom 3.–9. 8. 24
Vielen Dank für dieses wertvolle Streitgespräch! Zunächst möchte ich betonen, dass Herr Müller vollkommen recht hat, wenn er sagt, dass die Durchführung von Flugreisen seitens der taz das Fliegen legitimiert und somit im Gegensatz zu Ihrer an sich kritischen Klimaberichterstattung steht. Wie sonst sollten Ihre Leser:innen denn das Angebot von Flugreisen interpretieren, wenn nicht als implizite Rechtfertigung des Fliegens? Um konsistent zu sein, müsste die taz von Flugreisen Abstand nehmen und das den Leser:innen auch erklären, um die Vorbildwirkung zu verstärken.

Ebenfalls möchte ich auf eine gewisse Überheblichkeit hinweisen, die sich hinter der Aussage verbirgt, dass unsere Reisen in den Globalen Süden – in diesem Fall Togo – eine Austauschfunktion hätten, die zu einem besseren Verständnis führen und daher unsere Flüge rechtfertigen würde. Wenn es überhaupt noch ein CO₂-Budget für Flüge zu „Austauschzwecken“ geben soll, dann würde ich aus Gründen der Klimagerechtigkeit dafür plädieren, dass endlich der Globale Süden zum Zug kommt und wir den Togoern einfach ermöglichen, uns zu besuchen!

Manya Ghahremani, Klosterneuburg

Speziesismus

„Wir unperfekten Menschen“,
wochentaz vom 3.–9. 8. 24
Da ich im Urlaub war, las ich erst jetzt die wochentaz 91 fertig und fand auf der briefe-Seite nochmals das speziesistische Zitat aus Bernhard Pötters Artikel im Fettdruck ganz oben auf der Seite. Das hat mich nun doch nochmals getroffen, dass Sie das auch noch so hervorheben. Schweine sind empfindsame und empathische Lebewesen.

Wir sollten als Menschen endlich aufhören, uns über andere Lebensformen zu stellen, deren Leistung wir noch nicht mal vollbringen können. Genauso wenig wie Rassismus, Sexismus, Ableismus, Adultismus, Ageismus noch angebracht sind, ist Speziesismus weder angemessen noch faktisch richtig. Hören wir einfach mal auf, selbstherrlich um uns selbst zu kreisen. Und es stünde der taz supergut (wenn nicht die taz, wer dann?), damit anzufangen.
Anke Hofmann, Sasbach

Ein Tischler-Zimmerer-Herz

„Zarte Füßchen, weicher Bauch“,
wochentaz vom 17.–23. 8. 24
Der Text über den Steg am Rixdorfer Teich der Autorin Luciana Ferrando hat mich sehr gefreut und ich finde ihre Beschreibung der Stimmung sehr passend! Nach gut fünf Jahren denke ich auch immer noch an die Herstellung der 125 Meter langen Steganlage.
Meine Kolleginnen und Kollegen und ich haben damals im Sommer 2019 mit reichlich Schweiß die handwerkliche Konstruktion hergestellt. Die Stimmung auf dem Steg begeistert mich, denn es ist ein schönes Bauwerk mit hohem Freizeitwert. Und gleichzeitig schlägt mir mein Tischler-Zimmerer-Herz etwas aufgeregter, wenn ich die Spuren der letzten fünf Jahre betrachte. Weiterhin viel Freude am Steg, liebe Frau Ferrando!
Bernhard Scharnick, Berlin



taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Ein Teil unserer Auflage enthält Beilagen von Plan International e.V.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Journalist |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.
Abonnement: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abonnement nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €





In einem Park im ostchinesischen Huaibei hofft man auf die heilsame Wirkung des Rücken-sonnens
Foto: a3f

Die wärmende Sonne im Rücken zu haben ist eines der besten Gefühle der Welt. Ausgerechnet in China, wo man sich sonst mit allen denkbaren Mitteln vor der Sonne schützt, ist das gerade der Sommertrend des Jahres

Zu den schönsten Wörtern und Begriffen zählen oft jene, für die es in anderen Sprachen keine exakte Entsprechung gibt. Das deutsche *Fernweh* zum Beispiel, oder das japanische *komorebi*, das etwa so viel heißt wie „Lichtstrahlen, die durch die Blätter eines Baumes fallen“. Oder das chinesische Wort 晒 *shài*.

Das Schriftzeichen für *shài* setzt sich zusammen aus einer kleinen Sonne, die dem Zeichen für Westen vorangestellt ist, und es ließe sich wohl relativ simpel mit „Sonnenbaden“ übersetzen. Allerdings badet man in China äußerst selten in der Sonne, es sei denn, man ist Rentner*in mit Knochen- und Gelenkbeschwerden. Stattdessen schaukeln, sobald der Himmel ein paar wolkenlose Stunden verspricht, vielerorts Daunendecken und gesteppte Überwürfe auf Wäscbeleinen und Bambusstan-

gen. Das Sonnenbad sorgt dafür, dass die Bettwäsche am Abend wunderbarlich frisch duftet – selbst dann, wenn es auf irgendeinem Parkplatz in irgendeiner Millionenstadt stattgefunden hat.

Die eigenen Körper hingegen schützen die meisten Chines*innen lieber vor UV-Strahlung. Insbesondere unter Frauen geht der Hype um die möglichst makellose schneeweiße Haut so weit, dass beim Strandurlaub riesige Hüte, oder gleich *facekinis*, also gewissermaßen Badesturmhauben, getragen werden. Mindestens aber hat man im Sommer zum Schutz vor der Sonne einen Schirm dabei.

Umso bemerkenswerter, dass derzeit der Trend zum Rücken-sonnen die Runde macht. Auf der Social-Media-Plattform *xiaohongshu* (wörtlich: kleines rotes Buch) erklären User*innen, warum es laut Traditioneller Chinesischer Medizin (TCM) gut sei, den nackten Rücken morgens oder nachmittags für

10 bis 30 Minuten in die Sonne zu halten. Alte Menschen berichten von Schmerzlinderung, andere sagen, sie schliefen besser oder fühlten sich einfach gut gelaunt. Auch Mediziner und TCM-Expert*innen argumentieren, dass sich die Praxis positiv auf die Gesundheit auswirken und unter anderem die Zirkulation des Qi, also der Lebensenergie, fördern soll. Aus schulmedizinischer Sicht ist das Ganze zumindest unbedenklich, solange man sich eincremt, extreme Hitze meidet und nicht länger in der Sonne bleibt.

Hunderte Millionen hochgeladener Fotos zeigen mittlerweile Menschen, die an allen möglichen Orten stehend, sitzend oder liegend mit hochgekrepelten Oberteilen ihre nackten Rücken der Sonne entgegenstrecken. *shài bèi* 晒背 heißt das und wird zufälligerweise genau so ausgesprochen, wie das Sonnen der Bettdecken.
Lin Hierse

晒背

die kinderfrage

Muss man später arbeiten?

Wir wollen von Kindern wissen, welche Fragen sie beschäftigen. Jede Woche beantworten wir eine. Diese Frage kommt von Ella, 7 Jahre alt.

Wie Ella, bestimmt hörst du Erwachsene ständig sagen: Ich muss jetzt zur Arbeit. „Müssen“ ist ein Wort, das dir sicherlich schon oft begegnet ist, vielleicht beim Basteln: Schau mal, Ella, du musst die Schere so und so halten. Oder als Bedingung, um etwas machen zu dürfen: Wenn du rauswillst, musst du dich erst mit Sonnencreme eincremen. Oder Gummistiefel anziehen.

Mit dem Arbeiten-Müssen ist das so eine Sache. Es lebte einmal ein Mann mit Rauschbart. Er hieß Karl Marx und hat dicke Bücher über die Lohnarbeit geschrieben. Das ist Arbeit, die Erwachsene machen und dafür einen Lohn bekommen, meistens Geld. Das kriegen sie von ihrem Arbeit- oder Auftraggeber, oft sind das Firmen. Die stellen ihren Arbeiter:innen alles zum Arbeiten zur Verfügung – Stifte, Papier, Computer, Werkzeuge. Damit stellen die Arbeiter:innen etwas her, das ihre Arbeitgeber verkaufen können. All das Werkzeug oder auch die Werkstatt oder das Büro, in dem die Arbeiter:innen produzieren, gehört den Firmen. Man nennt es auch Kapital. Daher kommt auch der Name des Systems, in dem wir leben – Kapitalismus.

Nun gibt es einen Trick, mit dem die Unternehmen ihr Kapital – also alles, was ihnen gehört – vermehren. Sie bezahlen ihren Arbeiter:innen nicht mehr Lohn als unbedingt nötig. Dann verkaufen sie das, was die Arbeiter:innen hergestellt haben, zu einem höheren Preis und behalten das Geld, das übrig bleibt. So gibt es leider einige wenige Menschen, Eigentümer von Unternehmen etwa, die sehr viel Geld haben, und auf der anderen Seite sehr viele Menschen, die zwar viel arbeiten müssen, aber oft nur sehr wenig haben.

Ob man bei so einem unfairen Spiel mitmachen muss? Ich fürchte, ein bisschen schon. Denn wenn man nicht arbeitet, bekommt man kein Geld, und ohne Geld kann man keine Wohnung mieten und kein Essen oder Spielzeug kaufen. Man steht dann ziemlich nackt da, muss andere Leute um etwas zu essen oder einen Schlafplatz bitten, und das ist sehr anstrengend.

Natürlich könnte man im Garten selbst Gemüse anbauen. Das kostet weniger, als es im Supermarkt einzukaufen. Oder man flickt Klamotten, wenn sie Löcher haben, anstatt neue zu kaufen. So braucht man weniger Geld zum Leben und müsste vielleicht auch weniger arbeiten. Oder man sucht sich eine Arbeit, die man mag. Dann geht man wenigstens gern hin.

Nora Belghaus

Hast du auch eine Frage? Dann schreib sie uns an kinderfragen@taz.de

das ding der woche

Was ist das?

Eine britische 1-Pfund-Münze. Von vorne und von hinten.

Was soll das?

Fast zwei Jahre nach dem Tod von Queen Elizabeth II. und dem Amtsantritt ihres Sohnes wurden in Großbritannien nun etwa drei Millionen Münzen mit dem Konterfei des Königs in Umlauf gebracht. Geldscheine mit Charles' Gesicht gibt es bereits seit Juni. Auf der Vorderseite der 1-Pfund-Münze sind zudem zwei Bienen abgebildet – sie sollen Charles' Leidenschaft für Natur und Umweltschutz symbolisieren. Na dann: God save the bees!



Foto: reuters

der comic



starke gefühle

Müllfahrzeuge sollen schrumpfen, weil immer dickere SUVs die Straßen verstopfen. Das ist Müll!

Endlich hat auch die Autoindustrie begriffen, dass es so nicht weitergeht. Im Wortsinne. Weil es in den Innenstädten zu eng geworden ist, bietet sie ihre dicksten Brummer jetzt auch in schmal an. Genauer gesagt: in etwas weniger überbreit. Hört sich toll an? Ja. Ist aber Müll. Auf allen Ebenen.

Denn natürlich geht es nicht um die überdimensionierten SUVs, die sämtliche Städte verstopfen. Nein, die Autoindustrie setzt jetzt auf abgespeckte Müllfahrzeuge. Mercedes hat jetzt eine Slimversion auf den Markt gebracht. Die ist nur 2,40 Meter breit, 10 Zentimeter weniger als die herkömmliche Version – die kommt nämlich immer seltener durch die Straßen, weil rechts und links die dicken SUVs parken. Statt das Problem an der Wurzel zu packen, müssen andere sich jetzt also dünn machen.

Angeblich steht SUV ja für „Sport Utility Vehicle“, also in etwa „sportlich nutzbare Karre“. Wenn es denn so wäre. Dann könnten die wie ihre Fahrzeuge aufgeblasenen Insassen auf einem zur Buckelpiste umgebauten Nürburgring rumrumpeln und alle anderen in Ruhe lassen. Fußball oder Fangen darf heute ja auch keiner mehr auf der Straße spielen. Warum also soll dort ausgerechnet Platz für egomanen „Autosport“ sein?

Wenn die Super Unpraktischen Vehikel denn wenigstens gefahren würden. Aber meistens stehen sie einfach nur rum. Wo-

ran man das sieht? Früher gab es in Berlin alljährlich eine Art Weihnachtswunder: Vom 23. bis 27. Dezember blieben in Wohnkiezen massenhaft Parkplätze leer. Weil: *driving home for christmas* mit Sack und Pack und Tonnen von Geschenken. Da nutzen halt alle ihre Autos. Mittlerweile tritt dieser Effekt an jedem langen Wochenende ein. Da parken die Stadtautobesitzer im grünen

Wenn die Super Unpraktischen Vehikel denn wenigstens gefahren würden. Aber meistens stehen sie einfach nur rum

Umland und ärgern sich, dass es dort nicht mehr so schön ist. An normalen Werktagen aber, wenn man nur in der Innenstadt unterwegs ist, setzen sich allenfalls notorische U-Bahn- oder Fahrradhaser hinter Lenker. Denn auch Autobesitzer sind ja nicht blöd und ruckeln stundenlang durch verstopfte Straßen. Viele zumindest nicht.

Fast ist es schon wie in New York. Da müssen die begehrten kostenlosen Parkplätze in den Seitenstraßen zweimal die Woche geräumt werden, weil dann die Straßenreinigung kommt. Autoinhaber:innen fahren

dann so lange um den Block – oder lassen irgendeinen schlecht bezahlten Menschen cruisen – bis die Reinigungsfahrzeuge durch sind. Dann eilen sie zurück zur Parklücke. Das Auto wird nur noch gebraucht, um den Parkplatz zu blockieren, den man ohne Auto gar nicht bräuchte.

Umso irrer, dass die Parkplatzzustellkisten immer fetter werden. Und das trifft selbst das vielleicht deutscheste aller Autos. Auch der Golf ist längst ein Schwerst Uebergriffiger Volkswagen geworden. Die aktuell angebotene Variante ist 17 Zentimeter breiter und 58 Zentimeter länger als der Ur-Golf von 1974. Und sie frisst fast 30 Prozent mehr Stadtraum. Kein Wunder, dass da kein Müllauto mehr vorbeikommt.

Unter der Fettleibigkeit ihrer Kisten leiden übrigens auch die Fahrer. Dummerweise merken es die meisten nicht einmal. Wenn sie in ihren pupswarm geheizten Wechledersesseln durch die engen Straßen eilen, immer in Angst mit dem teuren Blech irgendwo anzuecken, hupen sie erst mal die dort ebenfalls strampelnden Radler:innen aus dem Weg. Ohne zu erkennen, wer hier das Problem ist. Und wo die gemeinwohlorientierte Lösung liegt.

Neulich wurde in Berlin übrigens eine Isetta gesichtet. Freundlich knatternd und nicht mal 1,40 Meter breit. Da passt der dickste Müllwagen vorbei. Und selbst ein Schrottabschlepper mit einem SUV am Haken.

Gereon Asmuth

Drei Versuche

Als unsere Autorin eine Familie gründen will, ist sie 35. Doch von alleine klappt es nicht. Es beginnt eine Zeit zwischen Spritzen und Hormoncocktails, Krankenkassenanträgen und Beziehungstress, Hoffen und Bangen

Von **Stella Brikey** (Text) und **Heinrich Holtgreve** (Fotos)



Das Bild der Autorin als Mutter: Stella Brikey in ihrer Hamburger Wohnung

An einem Freitagmittag im Sommer 2022 liege ich mit gespreizten Beinen auf einem Gynäkologiestuhl in einem OP-Saal. Michel, mein Mann, streichelt meinen Kopf. Der Arzt führt mir ein Spekulum ein, dann einen Katheter. Von nebenan bringt eine Labormitarbeiterin ein kleines Gefäß mit einer Flüssigkeit darin – unser Embryo. Mir kommen die Tränen. Ich bin total ergriffen und fühle sofort eine innige Liebe zu dem kleinen Wesen. Unser Kind!? Nach etwa einer Minute ist es in mir. Sofort bekomme ich ein Ultraschallbild ausgehändigt, auf dem ein winziger Punkt zu sehen ist. Ein Punkt, von dem wir noch nicht wissen, ob er bleiben wird. Irgendwie komisch, denke ich, schürt das nicht zu viele Hoffnungen? Dennoch ist dieser Punkt jetzt schon mein ganzer Stolz, immer wieder schaue ich mir das Bild an. Beseelt schwebe ich nach Hause, kann gar nicht aufhören, meinen Bauch zu streicheln. Michel ermahnt mich sanft: „Steigere dich bitte nicht zu sehr hinein.“ Aber wie soll das gehen?

Es ist eine Frage, die ich mir zu diesem Zeitpunkt seit beinahe einem Jahr fast täglich stelle und die mich noch zwei weitere Jahre beschäftigen wird. Hinter uns liegen Monate des Blindflugs. Sex auf gut Glück, ein bisschen Zyklus-Tracking – irgendwann wird das schon, dachten wir, das mit dem

Schwangerwerden, das mit dem Kinderkriegen. Bis zur Erkenntnis, dass wir wohl ein wenig Hilfe brauchen. Damals starten wir relativ unbedarft in eine Zeit, von der wir nicht ahnten, wie viel sie uns abverlangen wird, an psychischer und finanzieller Belastung, an emotionalem Stress, für Michel, für mich und für uns als Paar.

Wir durchlaufen eine Kinderwunschbehandlung, in einer der mindestens 142 Kinderwunschpraxen in Deutschland. Ihre Zahl wächst und wächst, denn wie wir wird jedes sechste Paar in Deutschland nicht auf natürlichem Weg schwanger und braucht die Hilfe von Reproduktionsmediziner:innen. Tendenz auch hier: steigend.

Wie funktioniert eine künstliche Befruchtung? Was macht das mit einem, mental, körperlich und finanziell? Wie stehen überhaupt die Chancen, dass es klappt? Mit diesen Fragen habe ich mich nicht wirklich beschäftigt, bis ich es musste.

Michel und ich kennen uns, seit wir 19 sind. Dass es Liebe ist, haben wir aber erst mit 35 gemerkt, in einer heißen Sommernacht 2020, in einem aufblasbaren Kanu. Sofort war klar, dass wir zusammen *all in* gehen und eine Familie gründen wollen. Das war für uns beide neu. Lange wusste ich nicht mal, ob ich überhaupt Kinder will, reiste lieber um die Welt, ging auf Partys, verwirklichte mich als Autorin. Ich dachte, ich hätte noch ewig Zeit. Michel, der als

Mechatroniker arbeitet und viel unterwegs ist, ging es lange ähnlich.

Etwa ein Jahr nach der Nacht im Kanu ziehen wir zusammen in eine Zweizimmerwohnung in Hamburg-Ottensen und lassen es einfach mal „darauf ankommen“. Ich messe jeden Morgen meine Temperatur, mache hin und wieder Ovulationstests, um die fruchtbaren Tage zu bestimmen. Doch nach zehn Monaten und einigen negativen Schwangerschaftstests werde ich ungeduldig und mache im Herbst 2021 einen Termin bei meinem Gynäkologen.

Wir sind jetzt also eins von diesen Paaren, bei denen etwas nicht stimmt

Ich jammere ein wenig, von wegen „Ich werde doch schon 36“ und so. Mein Arzt sagt nur „Probieren Sie es ruhig noch mal drei Monate“, schiebt mir aber schon mal die Visitenkarte einer Kinderwunschklinik über den Tisch. „Danach können Sie sich Hilfe holen.“ Ich bin etwas entsetzt darüber, dass ihm nichts anderes dazu einfällt, denke, okay, krass, jetzt sind wir also eins von *diesen* Paaren. Die, bei denen irgendwas nicht stimmt. Die sich so einer super-

komplizierten, strapaziösen, arschteuren Behandlung unterziehen müssen. Die am Ende ihr letztes Hemd für Behandlungen im Ausland geben, die bei uns illegal sind. Die, von denen so viele verzweifeln, wenn es doch nie klappt.

Und doch bin ich auch ein wenig erleichtert. Wir haben nun etwas in Aussicht, Profis, die uns helfen können. Nur will ich nicht weiter warten, bloß nicht noch mehr Zeit vergeuden – ich will wissen, wo der Fehler liegt. Michel ist von meiner Eile irritiert. „Lass es uns doch einfach noch ein paar Jahre so probieren“, sagt er. „Wir sind doch noch voll in der Verliebtheitsphase.“ Aber was soll das bringen? Je älter wir werden, desto schwerer wird es, schwanger zu werden. Während Frauen mit 25 noch eine Chance von durchschnittlich 25 Prozent pro Zyklus haben, schwanger zu werden, sind es mit Ende dreißig nur noch 10 bis 12 Prozent.

Es dauert, bis ich einen Termin in der Kinderwunschklinik bekomme. Das Telefon ist ständig besetzt. Nach fünf Wochen stehe ich morgens vor dem Kleiderschrank und überlege, was ich anziehen soll. Irgendwas, das nach Geld aussieht und mütterlich-seriös wirkt. Nicht, dass die Ärzt:innen denken: „Die können sich das eh nicht leisten“, oder uns als Eltern für ungeeignet halten und deshalb nur halbherzig beraten.

Ich finde meine eigenen Gedanken absurd und betrete dennoch im schwarzen Blazer das Wartezimmer,

das aussieht wie die Lobby eines Fünf-Sterne-Boutiquehotels. Mein extrafröhliches „Moin“ wird von den anderen kaum erwidert, die Stimmung wirkt angespannt. Eine Frau, die aussieht, als müsste sie gleich ins Büro, starrt ins Leere. Ein Paar, Mitte dreißig, hält stumm Händchen. Ich bin allein, Michel muss arbeiten. Ansonsten wissen nicht mal meine Eltern oder meine beste Freundin, dass ich heute hier bin. Ich will nicht, dass ständig alle nachbohren: „Und? Hat’s geklappt?“

Das Erstgespräch mit dem Leiter der Klinik dauert zehn Minuten. Nachdem ich ihm erzählt habe, wie lange wir es schon probieren, reißt er routiniert an, welche Behandlungen es gibt und was sie in etwa kosten würden.

Im Jahr 1982 ist in Deutschland das erste Baby zur Welt gekommen, das durch künstliche Befruchtung gezeugt wurde. Die öffentlichen Krankenkassen bezuschussen Kinderwunschbehandlungen seit 1990. Bis zur Gesundheitsreform 2004 wurden verheirateten Paaren vier Versuche sogenannter In-vitro-Fertilisation (IVF) – also einer künstlichen Befruchtung im Laborglas – komplett bezahlt. Danach wurde die Kostenübernahme von der rot-grünen Regierung gekürzt.

Seither bezahlen die gesetzlichen Krankenkassen nur noch drei Versuche zur Hälfte – und weiterhin nur dann,

Fortsetzung auf Seite 26

47 von hundert Paaren sind nach dem dritten In-vitro-Fertilisations-Zyklus Eltern

Quelle: familienplanung.de

127.920

Kinderwunschbehandlungen wurden 2022 in Deutschland dokumentiert. Die Geburtenrate pro Embryotransfer lag bei 22,6 Prozent

Quelle: Ärzteblatt

Fortsetzung von Seite 25

wenn das Paar heterosexuell und verheiratet ist, die Frau zwischen 25 und 40 Jahre und der Mann zwischen 25 und 50 Jahre alt ist. Die Kosten für eine IVF belaufen sich in Deutschland durchschnittlich auf 2.400 bis 3.800 Euro pro Zyklus, zuzüglich 500 bis 1.500 Euro Kosten für Medikamente. Bei drei Versuchen können es also knapp 16.000 Euro sein.

Aber an dem Punkt sind wir noch nicht. Um zu entscheiden, welche Behandlung für uns geeignet sein könnte, müssen wir erst mal herausfinden, was das Problem ist. Also soll ich die Durchlässigkeit meiner Eileiter überprüfen lassen. Von Michel braucht der Arzt ein Spermogramm.

Die Tests ergeben wenige Wochen später: Ein Eileiter ist verstopft, die Spermienqualität ist so lala. Ein kleiner Schock. Aber „gut“, dass es an uns beiden liegt. So werden wir uns nicht gegenseitig Vorwürfe machen können, falls uns der unerfüllte Kinderwunsch in den Wahnsinn und finanziellen Ruin treiben sollte. Wir nehmen es sportlich – noch. „Andere haben es mit der Bandscheibe, bei uns ist es eben das“, sagt Michel, und dafür liebe ich ihn in diesem Moment.

So entspannt sehen das nicht alle. Wir kennen ein Paar, das die künstliche Zeugung ihres Kindes weitestgehend für sich behielt, weil es sich vor Stigmatisierung fürchtete, etwa vor Fragen wie: „Sind Laborbabys anders?“ Und obwohl immer mehr Menschen davon betroffen sind, empfinden nicht wenige

Scham und Selbstzweifel, wenn sie nicht fähig sind, ein Kind zu zeugen.

„Ich würde Ihnen eine ICSI empfehlen“, sagt der Kinderwunscharzt bei unserem zweiten Termin. Ich bin etwas entsetzt. Muss es denn gleich der Porsche unter den künstlichen Befruchtungen sein? Eine ICSI findet auch in der Petrischale statt, aber mit der Besonderheit, dass ein speziell aufbereitetes Spermium an einer bestimmten Stelle mit einer feinen Glaspipette in die Eizelle eingesetzt wird. Dieses Vorgehen wird angewendet, wenn die Spermienqualität zu schlecht ist, die Samenzellen etwa zu träge sind oder auffällig aussehen. Weil sie dann ihren Weg in die Eizelle nicht selbst finden, wird ihnen mit der „intrazytoplasmatischen Spermieninjektion“, kurz ICSI, nachgeholfen.

Vorher muss die Frau etwa zwei Wochen Hormone zu sich nehmen, um die körpereigene Hormonproduktion zu unterbinden und einen natürlichen Eisprung zu verhindern. Danach wird die Eizellenreifung künstlich stimuliert, wieder mit Hormonen, hoch dosiert, oft gespritzt, etwa elf Tage lang täglich, damit mindestens eine, bestenfalls aber möglichst viele Eizellen heranreifen. Wenn diese so weit sind, wird der Eisprung mit einer Hormon-Injektion ausgelöst.

Etwa 36 Stunden später werden die Eizellen entnommen, manchmal auch unter Vollnarkose. Dann folgt die Befruchtung im Laborglas, und die befruchteten Eizellen wachsen zwei bis sechs Tage in einer Nährlösung. Im Idealfall hat sich bis dahin mindes-



Zutaten für ein Leben als junge Familie

tens ein guter Embryo entwickelt, der anschließend mit einem Katheter in die Gebärmutter eingesetzt wird. Ein Versuch dieser Methode kostet um die 5.000 Euro.

Dabei gibt es deutlich softere Methoden. VZO zum Beispiel, das steht für „Verkehr zum Optimum“. Dabei wird der Zyklus bei Bedarf hormonell reguliert, sodass der Zeitpunkt des Eisprungs besser bestimmt werden kann und man dann Sex *on time* hat. Bei der Insemination hingegen wird Sperma abgegeben, aufbereitet und mithilfe eines dünnen Schlauchs am Tag des Eisprungs in die Gebärmutter eingespült. Der Eingriff – eine Sache von fünf Minuten.

Aber unser Arzt schüttelt den Kopf. Unsere Ausgangslage sei zu schlecht. Es muss wohl wirklich eine ICSI sein.

Eine Garantie, dass es klappt, gibt es nicht. Dafür gibt es Risiken, die uns der

Arzt nun aufzählt: In seltenen Fällen kommt es zu einer Überstimulation der Eierstöcke. Das führt zu Übelkeit, Flüssigkeit im Bauch und Schmerzen. Auch Atemnot und Störungen der Blutgerinnung sind möglich. Das kann lebensgefährlich sein. Manchmal muss der Embryo-Transfer dann abgesagt werden. Außerdem ist das Risiko für niedriges Geburtsgewicht, eine Frühgeburt oder Schwangerschaftsvergiftung etwas erhöht. Werden gleich zwei oder gar drei Embryonen eingesetzt, um die Erfolgchancen zu erhöhen, besteht schließlich auch die Gefahr, dass sich nicht nur, wie erwünscht, ein Embryo, sondern zwei oder alle drei einnisten und Zwillinge oder Drillinge geboren werden. Das wiederum birgt weitere medizinische Risiken, wobei mit der immer weiter verbesserten Technik immer seltener mehr als ein Embryo eingesetzt wird.

Ich höre dem Arzt nicht richtig zu. Ich höre nur, was ich hören will. „Sechs von zehn Frauen sind nach dem dritten Versuch schwanger. Nach mehr als vier Embryo-Transfers sind es schon 70 Prozent.“ Die Rede ist hier von der sogenannten aufaddierten Schwangerschaftsrate, also der Wahrscheinlichkeit, schwanger zu werden, wenn man mehrere Behandlungen durch-

Damit es losgehen kann, müssen wir schnell heiraten und googeln „Blitzhochzeit in Dänemark“

läuft. Das klingt super im „Verkaufsgespräch“. Fakt ist aber: Pro Versuch bleibt es bei einer Chance von etwa 30 Prozent, je nach Alter und Ausgangslage. Laut Deutschem IVF-Register gehen aktuell nur 23 Prozent der Frauen, die eine künstliche Befruchtung durchlaufen, mit einem Baby im Arm nach Hause. Fast 80 Prozent der Behandlungen scheitern oder enden mit einer Fehlgeburt. Trotzdem wurden 123.332 Kinderwunschbehandlungs-Zyklen im Jahr 2022 dokumentiert, knapp 40.000 mehr als vor zehn Jahren.

Unser Arzt lobt, dass wir „so schön früh“ gekommen sind. Mit seinem Kugelschreiber zeichnet er eine Kurve in einem Diagramm auf seinem PC nach. Sie geht steil bergab. „Ab 33 sinkt die Fruchtbarkeit der Frau rapide ...“ Michel wirkt skeptisch. Unruhig rutscht er auf seinem Stuhl herum. Ich merke, wie ihn all das überfordert. Die hohen Kosten, die Risiken, die Strapazen, die geringen Erfolgchancen – durch unsere Köpfe wirbeln lauter Fragen: Wollen wir uns das wirklich antun? Muss es wirklich direkt eine ICSI sein? Was, wenn es trotzdem nicht klappt? Überstürzen wir hier etwas? Oder ist das hier das neue Normal?

Laut einer großen Analyse, veröffentlicht im November 2022 im Fachjournal *Human Reproduction Update*, ist die durchschnittliche Spermienkonzentration im Zeitraum von 1973 bis 2018 um mehr als 51 Prozent gesunken. Als mögliche Gründe dafür nennen die

Wissenschaftler:innen schädliche Umwelteinflüsse und eine ungesunde Lebensweise, wobei Kritiker:innen anmerken, dass die wachsenden Zahlen eher auf eine sich stetig verbessernde Zähltechnik zurückzuführen seien.

Die Universität Genf in Kooperation mit dem Swiss Tropical and Public Health Institute sah nach einer Studie ein Jahr später zudem einen Zusammenhang zwischen intensiver Handy-Nutzung und der Abnahme der Spermienkonzentration. Heraus kam, dass die Spermienkonzentration in der Gruppe der Männer, die ihr Handy nicht mehr als einmal pro Woche benutzten, signifikant höher ausfiel als in der Gruppe jener, die ihr Handy mehr als 20 Mal pro Tag benutzten. Daraus ergibt sich ein Rückgang der Spermienkonzentration um 21 Prozent bei häufiger Handy-Nutzung.

Ein WHO-Bericht von 2023 resümiert: Jeder sechste Mensch sei zeitweise unfruchtbar. „Die schiere Zahl der Betroffenen zeigt, dass der Zugang zu Fertilitätsbehandlungen ausgeweitet werden muss und dass dieses Thema in der Gesundheitsforschung und -politik nicht länger verdrängt werden darf“, wird WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus in dem Bericht zitiert.

In Deutschland wird dieser Forderung nicht wirklich ernsthaft nachgegangen. Die Ampelregierung versprach in ihrem Koalitionsvertrag zwar, künstliche Befruchtungen „diskriminierungsfrei (...), unabhängig von medizinischer Indikation, Wohnort, Familienstand und sexueller Identität förderfähig zu gestalten“. Auch die Altersgrenze von 40 Jahren für Frauen und die Anzahl der Behandlungszyklen, also drei, wolle man überprüfen. Doch bisher ist nichts passiert. Noch immer werden nur heterosexuelle, verheiratete Paare von den Krankenkassen oder durch Zuschüsse der Länder gefördert. Gleichgeschlechtliche Paare werden nur in sechs von zwölf Bundesländern, die künstliche Befruchtungen überhaupt fördern, unterstützt. Eine Sprecherin des Familienministeriums führt auf Nachfrage aus, dass es aktuell an „dauerhaft ausreichenden Finanzmitteln“ mangle. Immerhin erklärte die FDP gerade erst im Bundestag, eine fraktionsübergreifende Initiative zur Legalisierung von bisher in Deutschland verbotenen Eizellspenden starten zu wollen – auch das könnte ungewollt Kinderlosen weiterhelfen.

Das Selbstbewusstsein, mit dem unser Arzt an unsere Behandlung herangeht, finde ich bemerkenswert. Sein Ziel sei es, dass ich gleich beim ersten Versuch schwanger werde, schließlich seien wir jung und gesund. „Auch, damit es für Sie nicht zu teuer wird“, fügt er mit einem mitfühlenden Lächeln hinzu und händigt uns eine daumen dicke Mappe mit dem Kostenvorschlag – rund 5.000 Euro pro Behandlung – aus.

Augen zu und durch, wir wollen es wagen. Das bedeutet aber auch: Wir müssen zügig heiraten, denn ohne die Zuschüsse der Krankenkasse können wir uns die Behandlung nicht leisten, vor allem, wenn mehrere Versuche erforderlich sind. Eine Freundin hat es zwölf Mal probiert, leider vergeblich.

So sitzen Michel und ich im April 2022 auf dem Fußboden unserer Zweizimmerwohnung, trinken Sekt und basteln uns gegenseitig Verlobungsringe aus Alufolie. Weil man in Hamburg ungefähr sechs Monate auf einen Termin beim Standesamt warten muss, googelt Michel, „Blitzhochzeit in Dänemark“, ein Tipp von Freunden. Hinter der Grenze könne man fast so schnell und unkompliziert heiraten wie in Vegas, heißt es.

Letztlich finden wir heraus, dass wir in meiner Heimatstadt Cuxhaven sogar noch schneller an einen Termin kommen. Sechs Wochen später feiern wir ein rauschendes Fest mit Engtanz, Schokoladenkuchen und vielen Glücks-



Erste Erkundungen als Kleinfamilie

142

Kinderwunschzentren in Deutschland sind aktuell als Mitglied im Deutschen IVF-Register gelistet

Quelle: Deutsches IVF-Register

3888.716

Kinder wurden insgesamt in Deutschland mit Hilfe der In-vitro-Fertilisation geboren

Quelle: Deutsches IVF-Register

Lang ersehnt, wohlbehütet: der Sohn unserer Autorin



tränen. Am nächsten Morgen scanne ich unsere Eheurkunde ein und schicke sie an meine Krankenkasse. Ihr „Go!“ kommt nach wenigen Tagen.

Zwei Wochen später bekomme ich meine Tage und werde in der Klinik zum gefühlten hundertsten Mal durchgecheckt. Alles sieht gut aus. Ich überweise die Anzahlung und kaufe Medikamente für 2.000 Euro. Später sitzen wir an unserem Küchentisch und arbeiten uns durch die Unterlagen. Wir brauchen ewig, bis wir all die Fachbegriffe verstehen, die auf den Verträgen für Behandlungsmethoden notiert sind, die wir dazubuchen können. Zum Beispiel Assisted Hatching – mithilfe eines Lasers wird dem Embryo das Abstreifen der Eihaut erleichtert und die Wahrscheinlichkeit für ein erfolgreiches Einnisten gesteigert; Kryokonservierung – Embryos einfrieren; oder Time-Lapse – die Überwachung der Embryos im Labor. Woher sollen wir wissen, was wirklich sinnvoll ist? Wir fühlen uns überfordert und buchen letztlich alle Extras, in der Hoffnung, damit unsere Chancen zu erhöhen.

In diesen Tagen fällt mir auf, wie sehr mein Instagram-Feed auf unseren Kinderwunsch aufgesprungen ist. Er zeigt mir Werbeanzeigen ohne Ende: Zinkkapseln für 16,95 Euro die Dose, eine Haarmineralanalyse für 150 Euro, einen Online-Männerkurs „um gezielt Deine Spermien zu pimpen“, Yoga, Moorkuren. Gefühlt wird überall einfach nur der Begriff „Kinderwunsch“ davor gesetzt und das Produkt als unverzichtbar angepriesen – oft mit „Schwangerschaftsgarantie“. Im Ausland werben einige Kinderwunschkliniken sogar mit einer Geld-zurück-Garantie, wenn es nach zehn Versuchen nicht klappt. „Seriosität merkt man an sehr zurückhalten-

den Heilversprechen“, erklärt die Kinderwunschspsychologin Sally Schulze am Telefon. „Wenn jemand verspricht: Drei von fünf Frauen, die das gemacht haben, sind schwanger geworden, sind das Red Flags. Nicht darauf reinfallen!“

Jeden Morgen schaue ich auf mein Stimulationsprotokoll, auf dem steht, was ich mir wann spritzen muss, um die Reifung mehrerer Eizellen herbeizuführen. Es sind täglich eine Fertigspritze und ein Hormoncocktail, den ich selbst anrühren muss. Ich ziehe ein Lösungsmittel mit der Nadel auf, spritze es in Ampullen mit Pulver, ziehe die Kanüle wieder auf und fühle mich wie in einer Crystal-Meth-Küche. Haut desinfizieren, Luftblasen-Check, bis drei zählen, zustechen. Meistens in den Bauch. Eine Riesenüberwindung. Ich habe jedes Mal Angst, etwas falsch zu machen und damit die gesamte Behandlung zu gefährden. Einmal fängt Michel währenddessen an etwas zu kochen und ich raste komplett aus. „Raus! Sofort! Ich muss mich hier konzentrieren!“

Ich bin schnell gereizt und durch die Hormone ständig müde. Zweimal die Woche muss ich zur Kontrolle in die Klinik. Dadurch schaffe ich viel weniger journalistische Aufträge als früher und kann an den Wochenenden nicht mehr mit meiner Band auf Tour gehen. Also verdiene ich auch weniger Geld.

In dieser Zeit streiten Michel und ich häufiger, weil ich von ihm verlange, dass er bis zur Spermienabgabe nicht mehr raucht oder trinkt. Er findet das übergriffig, ich finde ihn unsolidarisch. „Von den Millionen Spermien, die ich habe, werden sie ja wohl eins finden, das gut genug ist“, sagt er. Während er häufiger in den Verdrängungsmodus wechselt und am liebsten so wenig wie möglich über die ganze Sache re-

den will, um nicht so stark enttäuscht zu werden, falls es nicht klappt, fühle ich mich manchmal allein gelassen.

Nach zwei Wochen muss ich mir zu einer bestimmten Uhrzeit eine eiprungaushlösende Spritze setzen. Ich stelle mir drei Wecker, um nicht zu verpennen – sonst wäre alles umsonst gewesen. Tags drauf werden mir die herangereiften Follikel entnommen. Je mehr, desto höher die Chance, dass am Ende ein guter Embryo entsteht. Michel musste schon frühmorgens sein Sperma abgeben. Sessel mit Papierbe-

zug, TV-Gerät mit Erotikfilmen in Endschleife, in Plastik eingeschweißte Fernbedienung. Maximal unangenehm, aber wenigstens schmerzfrei. Meine OP dauert 15 Minuten.

Im Aufwachraum baumeln drei Störche über meinem Bett. Man ruft mir zu, dass zwölf reife Eizellen entnommen werden konnten. Jackpot! Manchmal sind Follikel nämlich auch leer, ohne Eizellen darin. Michel bringt mich nach Hause. Als die Betäubung nachlässt, habe ich Unterleibsschmerzen und mein Bauch schwillt an. Ab ins Bett.

Tags drauf ruft die Klinik an, um uns mitzuteilen, dass sechs Eizellen befruchtet werden konnten. Wenn sich in der Nährlösung im Labor ein guter Embryo entwickelt, könne mir dieser

in fünf Tagen eingesetzt werden. Und so kommt es dann auch, wie zu Beginn dieses Textes beschrieben.

Danach müssen wir warten, quälend lange 14 Tage, bis der Bluttest gemacht werden kann. Ich versuche mich abzulenken, so gut es geht, besuche Lesungen, treffe Freundinnen. An Tag 13, ich sitze gerade mit meinem Laptop im Café, muss ich auf die Toilette. Da ist Blut am Klopapier. Alles um mich herum verschwimmt. Nein, bitte, nein.

Das war's, ich weiß es. Trotzdem will die Klinik noch einen Schwangerschaftstest machen. Blutungen kämen häufig vor. Dann kommt der Anruf: „Schwanger! Aber ...“ Das Schwangerschaftshormon sei kaum noch nachweisbar. Für ein bis zwei Stunden erlaube ich mir, mich zaghaft zu freuen. Dann holt mich die Realität ein. Da ist einfach zu viel Blut. Biochemische Schwangerschaft nennt sich das. Der Embryo hat sich kurz eingenistet, ist dann aber abgegangen. Viele Frauen sind kurz schwanger, ohne es zu merken. Jedes Mal eine winzige Fehlgeburt.

Michel und ich sind sehr traurig, aber auch hoffnungsvoll. Immerhin wissen wir jetzt, dass wir es können. Zwei Monate später, einen Tag vor meinem 37. Geburtstag im Oktober 2022, wird mir erneut ein Embryo eingesetzt. Ich verbringe den Abend mit Wolldecke auf dem Sofa, klappe den Laptop auf und google „Anzeichen Schwangerschaft ICSI“, schaue Dokus, lese Erfahrungsberichte und Horrorstories von anderen #icsimoms, recherchiere, was es für Behandlungsmethoden im Ausland gibt und wie eigentlich eine Adoption so abläuft. Ich will vorbereitet sein, falls alle Stricke reißen, um nicht so tief zu fallen.

Nach außen hin lassen wir uns weiterhin nichts anmerken, nur unsere Familien wissen Bescheid. Ich gehe weiter auf Feiern, trinke heimlich alkoholfreien Sekt, um mich niemandem erklären zu müssen.

Als 14 Tage vergangen sind, lasse ich mir in der Klinik Blut abnehmen und warte zu Hause mit Michel auf den Anruf. Die Klinikmitarbeiterin knallt uns die Info wenig empathisch um die Ohren: „Das war leider nichts.“ Michel und ich weinen, Arm in Arm. Es ist härter als beim ersten Mal, und wir wissen plötzlich nicht mehr, ob wir noch eine Enttäuschung verkraften können und wollen. Unsere Angst davor, dass auch der dritte teilfinanzierte Versuch scheitert und es uns niemals vergönnt sein wird, wird immer erdrückender.

Aus rationaler Sicht wäre es Quatsch gewesen, an diesem Punkt aufzugeben. Bei vielen ICSI-Paaren klappt es erst beim vierten oder fünften Versuch.

ten Gedanken. Familie oder Freundinnen hätte ich das nicht zumuten wollen. Für die Coachin ist das Tagesgeschäft. Ich muss nichts erklären, nichts beschönigen. Tränen gestatte ich mir nicht. Ich will jetzt nach vorne schauen und brauche Lösungen: raus aus dieser erdrückenden Hoffnungslosigkeit.

Alexandra geht ein Gedankenpiel mit mir durch: „Was wäre, wenn du wüsstest, dass du im nächsten Jahr schwanger wirst?“ Ich antworte, dass mich das unfassbar beruhigen und ich wieder alles genießen würde, was mir Spaß macht. Sie rät mir, genau das jetzt schon zu tun – Spaß haben, leben.

Im Februar 2023 fliegen Michel und ich nach Indien. Durchatmen, Kraft tanken, leicht sein. Wir erkunden einsame Strände, düsen mit dem Moped durch den Dschungel. Ich mache eine Ayurveda-Kur, Michel hört mit dem Rauchen auf. Es ist romantisch, witzig und unbeschwert. Nach unserer Rückkehr fühlen wir uns wieder wie wir selbst und schwören uns, dass wir einen dritten Versuch – wenn überhaupt – nur wagen, wenn dieses Gefühl eine Zeit lang angehalten hat, wir uns langfristig stabil und glücklich fühlen.

Im April 2023, fünf Monate nach dem letzten Versuch, trauen wir uns. Wieder ist da Hoffnung, aber sie ist gedämpft. Wir ziehen die Prozedur so durch wie bei den letzten Versuchen. Diesmal entstehen sogar zwei lebensfähige Embryos. Einer kann eingefroren werden. Ein gutes Zeichen. Doch wenige Tage nach dem Transfer geht es mir plötzlich sehr schlecht. Mein Bauch ist stark geschwollen, ich habe Wassereinlagerungen. Offenbar eine Überstimulation. „Was muss ich denn noch alles ertragen?“, frage ich mich.

Mein Arzt will mich sofort sehen. Es ist heiß, und jeder Schritt ist eine Qual. Ächzend erreiche ich die Klinik. Während des Ultraschalls schmunzelt mein Arzt plötzlich so komisch. Er habe einen Verdacht, wolle aber noch den Bluttest abwarten und mich später anrufen. Ich verziehe keine Miene. Was soll das heißen, ein Verdacht? Meine Kehle ist wie zugeschnürt. Ich versuche, an nichts zu denken.

Nachmittags stehe ich in der Küche, als das Telefon klingelt. Michel ist auf der Arbeit. „Mein Verdacht hat sich bestätigt“, sagt mein Arzt ohne Umschweife, und ich höre, wie er lacht. „Sie sind schwanger!“ Ich stotterte irgendwas, von dem ich glaube, dass er es jetzt hören will. Erst, als ich aufgelegt habe, dringt die Info zu mir durch. Wir haben es geschafft.

Ich erreiche Michel auf der Arbeit, er steht gerade mit Kolleg:innen zusammen, kann nicht offen sprechen: „Ja! Toll!“, stammelt er. Das war's. Abends kommt er ewig nicht nach Hause. Gegen 22 Uhr höre ich Geräusche im Garten und sehe Michel, wie er ein Bäumchen pflanzt. „Was machst du denn da?“ Michel hat Erde an den Händen und feuchte Augen. „Der ist für unser Kind.“ Dann fallen wir uns in die Arme.

Richtig loslassen können wir erst, nachdem die ersten zwölf Wochen überstanden sind. Da ist das Risiko für eine Fehlgeburt besonders hoch – 25 Prozent, bei #icsimoms sogar noch höher. Bis dahin kauften wir keinen Strampler, kein Bettchen.

Spätestens nach der zweiten großen Ultraschalluntersuchung im fünften Monat weicht die Anspannung dann einer unbändigen Vorfreude. Am 12. Dezember dürfen wir unseren Sohn endlich in den Armen halten.

Während der Frühschwangerschaft kehre ich noch einmal für einen 3-D-Ultraschall in die Kinderwunschklinik zurück. Der ist freiwillig und kostet 120 Euro. Mein Arzt möchte gucken, ob alles gut ist. Michel schimpft, aber es ist mir ein Bedürfnis, meinen Arzt noch einmal zu sehen. Er freut sich wahnsinnig für mich. Und bestimmt auch für die Statistik der Klinik. Für die bin ich reines Gold.

Ein Newsletter mit Zukunft

Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien taz.de/teamzukunft

30 Prozent beträgt die Wahrscheinlichkeit, mit dem Verfahren einer Intrazytoplasmatischen Spermieninjektion (ICSI) schwanger zu werden

Quelle: Deutsches IVF-Register

60 Prozent der Kinderwunschpatient:innen sind nach drei Transfers nach dem ICSI-Verfahren schwanger

Quelle: Deutsches IVF-Register



Alina Schwermer
Hin und weg

In der Hauptstadt des Overtourism

Ja, die berühmten Einbahnstraßen für Massentourismus gibt es wirklich. Wie am Flughafen lenken sie den nicht abreißen lassen Menschenstrom am Tor zur Altstadt von Dubrovnik mit Sperrband in zwei Richtungen. Ein paar Rollkoffer klockern trotz des Verbots durch die Gassen. Fotos mache ich im Gehen, Stehenbleiben ist hier nicht drin.

Ich bin im Hochsommer in Dubrovnik, der Kapitale des Overtourism. Der offensichtlichste Grund für meinen Aufenthalt ist, dass meine Fährverbindung über Dubrovnik geht. Aber wenn ich ehrlich bin, habe ich noch ein anderes Motiv: Ich will den Irrsinn sehen.

Ich war nie in Machu Picchu, nie am Taj Mahal und nie in Venedig. Einmal will ich krasen Overtourism erleben. Tourismus, um Tourismus zu sehen – ein Voyeurismus, der schon so manchen an den Ballermann geführt hat. Vorab rechne ich aus, wie viele Tage als prekäre Freiberuflerin bei den Mieten hier überhaupt drin sind. Schmerzgrenze: zwei.

Wir machen eine „Game of Thrones“-Tour durch die Altstadt, was nach meiner subjektiven Beobachtung der Anreisegrund von 80 Prozent aller Besucher:innen zu sein scheint. Dubrovnik wollte so den touristischen Erfolg Neuseelands mit „Herr der Ringe“ reproduzieren – Mission geglückt. Unser Guide Boris, der mies bezahlter Statist bei „Game of Thrones“ war, erzählt, was seither alles um wie viel teurer wurde. „Ihr fragt euch wohl, wer in diesen Häusern wohnt? Die Antwort ist: Zu 95 Prozent Leute wie ihr.“ Ob all das nicht schlimm sei für die Leute in Dubrovnik, frage ich ihn in einem stillen Moment. Er lacht: „Ach was, die jammern immer. Im Sommer jammern sie, dass die Touristen da sind, und im Winter jammern sie, wann sie endlich wiederkommen.“

Ich verstehe seinen Vibe. Gemessen an den Horrormeldungen aus Deutschland finde ich Dubrovnik vage antyklimatech. Was soll jetzt so krass sein? Die Altstadt mit Touri-Restaurants und Krimskrams-buden, die vollgestopften Gassen und ein Zentrum, das von wohlhabenden Vermieter:innen und Tourist:innen enteignet wurde? Altstädte am Mittelmeer sehen allerorten so aus, in Spanien, Italien, Kroatien, Marokko, Tunesien. Sie müssen dafür nicht mal besonders berühmt sein. Sie sind polierte kleine Klone, gentrifizierte Freiluftmuseen. Sie sind tot. Diese Landnahme wird auch dadurch normalisiert, dass Medien Hotspots wie Dubrovnik als Gruselorte markieren und den touristischen Rest als „Normalität“.

Ich hatte mir hier einen wohligen Schauer erhofft. Aber ein bisschen ist es so, wie im Kino festzustellen, dass die Zombies auf der Leinwand auch in der eigenen Nachbarschaft leben. Der Schauerspaß fällt aus. Das Unwohlsein hält an.

herzensort

Zwischen Ficus und Holzpaneelen

Man wird oft gefragt, ob man eine Kundenkarte hat, im Supermarkt, beim Bäcker, bei Obi. Ich sage stets nein, mit dem Zusatz, dass ich nur Punkte bei der Deutschen Bahn sammle. Ich erwarte dafür kein Mitleid – Sie Ärmster, Sie fahren Bahn? –, ich sehe es eher als Distinktionsgewinn, weil ich das fossile Zeitalter hinter mir gelassen habe und das gern kundtue. Außerdem lohnt es sich, weil ich wegen Vielfahrerei den Bahnbonus-Goldstatus habe und deshalb die DB-Lounges betreten darf.

Noch im abgeranztesten Bahnhof – looking at you, Hannover Hbf – verströmen sie Heimeeligkeit. Immer steht da ein Ficus, der Teppich schluckt Geräusche, Holzpaneel zaubert Gediegenheit. Manchmal gehe ich hin, nur um einen Espresso zu ziehen oder eine Gemüsebouillon, mmmh, lecker!

Herrlich ist auch die Überversorgung mit Personal. Während sich im Reisezentrum die Wartenden stauen, hängen in der Lounge drei Bahn-Leute rum und machen irgendwas, und wenn sie nur die benutzten Teebecher einen Meter weiter räumen. Wenigstens dort funktioniert unsere DB. I'm loving it!

Felix Zimmermann

Alina Schwermer schreibt alle vier Wochen übers Gehen, Bleiben und Reisebegegnungen.



Die Grenzen des Tragbaren

Zu eng, zu kurz, zu durcheinander: Rechten Ideologen fehlt es nicht nur innerlich an Stil. Ein Experte für Männermode erklärt, was bei der Kleiderwahl von Höcke und Co falsch läuft – und was das mit ihrem Denken zu tun hat



Rechtsextrem und geschmacklos: AfD-Politiker Björn Höcke
Foto: Jacob Schröter/Imago

Selbstverständlich ist es naiv zu behaupten, in der Politik würde Kleidung keine Rolle spielen – Politiker:innen wissen das schon seit Jahren. Claudia Roth, Annalena Baerbock, Angela Merkel, Saskia Esken, sie alle mussten sich schon dummes Zeug über ihre Kleiderwahl anhören; meistens von rechten bis rechtsradikalen Männern, meistens ohne Sinn und Verstand, immer ohne Kenntnis von Mode.

Männliche Politiker kommen meist um einen Style-Check herum. Doch mit dieser Ungerechtigkeit ist jetzt Schluss. Seit einigen Monaten sezziert Derek Guy auf X (ehemals Twitter) die Kleidung rechter US-Politiker, um die Widersprüche zwischen ihrem Weltbild und ihrem Stil offenzulegen. Über J.D. Vance schrieb er beispielsweise, dass sich sein Kleidungsstil in den vergangenen Monaten immer mehr dem von Donald Trump angeglichen (rote Krawatten!), und bei Trump stellte er fest, dass seine Anzüge den Eindruck einer V-förmigen Silhouette erwecken, weshalb sie massive Schulterpolster haben müssen.

Guy, ein Kenner der Männermode, der Codes und der Histo-

rie von Kleidung, hat sich für die wochentaz drei Fotos von AfD-Politikern genauer angeschaut. Was er gesehen hat, hat ihm nicht sehr gefallen. Wir haben seine Eindrücke protokolliert.

„Eine Sache vorweg, um Missverständnisse zu vermeiden: Björn Höcke, Tino Chrupalla und Torben Braga tragen auf diesen Fotos keine traditionell männliche Kleidung. Und das wäre auch vollkommen in Ordnung und nicht der Rede wert, wenn sie nicht Politiker wären, die ein sehr traditionelles Weltbild haben und für die Männlichkeit eine große Rolle spielt.“

Das gleiche Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt es übrigens in den USA, wo rechte Politiker Kleidung anziehen, die vor 20 Jahren zu einer Art ‚Geschlechterpanik‘ geführt haben. Damals haben Designer wie Raf Simons oder Hedi Slimane die männliche Silhouette geschrumpft. Kleidung für Männer war plötzlich eng geschnitten, eine Reaktion auf die Oversized-Mode der 1980er und 90er Jahre.

Diese neue, schmale Silhouette löste unter Konservativen eine gewisse Panik aus, denn auf einmal gab es keinen ersichtlichen Unterschied zwischen

„

„Ein klassischer Trenchcoat reicht bis zum Knie. Der hier reicht gerade mal über den Hintern und wirkt wie ein Kindermantel“

‚männlicher‘ und ‚weiblicher‘ Mode. Männer trugen plötzlich figurbetonte Kleidung, was zuvor eher eine Sache in der Frauenmode war. Sehr konservative Männer (und Frauen) schüttelten die Köpfe und fragten sich, ob jetzt die Männer ‚verweiblichen‘ und warum alle ‚so schwul‘ aussehen würden. Das war die Zeit, als der Begriff ‚metrosexuell‘ aufkam – was ja nichts anderes war als ein Marketingwort, mit dem man diese neue Männermode verkaufen wollte. Schließlich ging es nicht nur um Kleidung, sondern auch um Kosmetikprodukte, denn nun cremten auch Männer sich das Gesicht ein. All das galt natürlich als unmännlich und erschütterte die westliche Zivilisation.

Aber wie das so ist mit Trends: Sie sickern langsam, aber sicher durch, und heute sind sie der Mainstream. Überall gibt es Kleidung für Männer, die eher diesem Trend folgen als dem traditionellen Verständnis von männlicher Kleidung. Das muss man vorab wissen. Weiß man es nicht – weil man sich für so etwas Unmännliches wie Mode eben nicht interessiert – geht man halt in irgendein Geschäft, kauft irgendwas und zieht das dann an.

Björn Höcke

Was dabei rauskommt, sehen wir auf dem Foto von Björn Höcke. Gehen wir es einmal durch: Der Trenchcoat ist viel zu eng. Denken Sie mal an Fotos von Humphrey Bogart im Trenchcoat! Wie voluminös der war! Aber noch interessanter ist, wie kurz Höckes Trenchcoat ist. Ein klassischer Trench reicht bis zum Knie. Der hier reicht gerade mal über den Hintern und wirkt wie ein Kindermantel. Auch die Jeans sitzt doch sehr, sehr eng und auch sehr tief – das war ein Schnitt für Frauenjeans am Anfang des Jahrtausends. Dass heute Männer so etwas anziehen, die voller Sorge um traditionelle Männlichkeit sind, ist nicht ohne Ironie. Na ja, und der Rest: Der Schal ist zu kurz, und mir gefällt das Design nicht. Das Hemd verstehe ich nicht. Warum hat das schwarze Knöpfe und im Inneren des Kragens einen andersfarbigen Stoff?

Wir kommen auch nicht umhin, in diesem Fall Pierre Bourdieu zu Rate zu ziehen, der über Mode und Geschmack in ‚Die feinen Unterschiede‘ alles geschrieben hat, was man wissen muss. Demzufolge gibt es einen guten und einen schlechten Geschmack, und was in diesem Fall ‚gut‘ und was ‚schlecht‘ ist, bestimmt die herrschende Klasse. So gesehen kann ‚schlechter Geschmack‘ großartig aussehen, denken wir nur an Marlon Brando in einer schwarzen Lederjacke, weißem T-Shirt und Jeans – ein Stil, den die herrschende Klasse damals nicht mit ‚gutem Geschmack‘ assoziiert hätte.

Aber mit Höcke ist das natürlich etwas anderes, da greifen diese Kategorien nicht. Das, was auf diesem Foto zu sehen ist, müssten wir aus meiner Sicht als ‚geringen Geschmack‘ bezeichnen. Ein weißes Hemd mit schwarzen Knöpfen und andersfarbigen Kragens! Warum kein rein weißes Hemd (obwohl ich Höcke bei diesem Outfit zu einem grauen Pullover geraten hätte)? Ich glaube, Männer – selbst sehr traditionell denkende Männer – haben in Wirklichkeit Angst davor, zu traditionell auszusehen. Ein schlichtes weißes Hemd wäre Höcke vielleicht zu langweilig. Also trägt er lieber Sachen, von denen er glaubt, dass sie interessanter aussehen.

Tino Chrupalla

Ähnlich kauft wahrscheinlich auch Tino Chrupalla ein. Der trägt auf diesem Foto einen sehr, sehr blauen Anzug. Kann man machen. Die Farbe ergibt im Sommer durchaus Sinn, für meinen Geschmack ist sie aber etwas zu intensiv. Keine Krawatte – ist bei so einem Anzug in Ordnung, allerdings sollte man zum Anzug in der Regel eine Krawatte tragen, weil sonst das Gesamterscheinungsbild unvollständig wirkt. Das Hemd hat kontrastreiche Knopflöcher, da würde ich sagen: besser nicht. Aber was ganz offensichtlich nicht richtig ist, ist die Hose. Die sitzt viel zu eng, was man daran erkennt, dass sich die Umrisse seiner Waden deutlich abzeich-



AfD-Vorsitzender Tino Chrupalla
Foto: Carsten Koall/dpa



„Sie wollen traditionell aussehen, sie wollen aussehen wie respektable Männer. Gleichzeitig wollen sie aber auch nicht aussehen wie die ‚herrschende Klasse‘, denn die wollen sie ja abschaffen“



Sitzt für die AfD im Thüringer Landtag: Torben Braga
Foto: Sascha Fromm/Funke Foto Services/imago

nen. Wenn man so eine enge Anzughose trägt, dann wird sie nicht zum Anzugsjackett passen, ganz egal, wie eng das geschnitten ist. Da haben wir nämlich ein Missverhältnis zwischen oben und unten, und die Silhouette passt nicht.

Auch hier geht es wieder darum, dass diese Mode vor über 20 Jahren als Reaktion auf weit geschnittene Anzüge aufkam. Noch mal: Solch enge Hosen haben vorher ausschließlich Frauen getragen. Wenn man also ein Vertreter sogenannter traditioneller Männlichkeit ist, dann sollte man so einen Anzug eher nicht tragen. Chrupalla wirkt darin wie ein Dandy, und ich denke nicht, dass das seine Intention ist. Alles in allem sieht es aus wie ein Outfit von 2004. Wenn sich jemand unbedingt sehr metrosexuell und dandyhaft anziehen möchte, dann kann man das so machen.

Torben Braga

Bei Torben Braga ist es anders. Der ist angezogen wie ein Mann, dem es nun wirklich vollkommen egal ist, was er anhat. Graues Anzugjackett, hellblaues Hemd, Krawatte, Jeans, dazu ein schwarzer Gürtel. Nur sollte man, wenn man ein starker Befürworter traditioneller Männlichkeit ist, kein Anzugjackett zur Jeans tragen, sondern ein Sakko. Das ist weniger formal, und man kann es auch mit anderen Hosen kombinieren. Der Mann braucht also ein Sakko, aus Tweed vielleicht, oder er findet zu diesem Jackett die passende Hose.

Aber das ist ja genau das Problem dieser Männer: Sie wollen konservativ und traditionell aussehen, sie wollen aussehen wie respektable Männer. Gleichzeitig wollen sie aber auch nicht aussehen wie die ‚herrschende Klasse‘, denn die wollen sie ja abschaffen. Was machen sie also? Sie ziehen eine Jeans an. Oder weiße Hemden mit schwarzen Knöpfen.

Jetzt muss man sich natürlich generell fragen, warum Männer, die von sich behaupten, sie seien rechts und Verfechter von Tradition und Männlichkeit so rumlaufen, wie sie rumlaufen. Die Antwort ist recht einfach – sie finden nichts anderes. In den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts konnte ein Mann, der keine Ahnung von Kleidung hatte, in ein Geschäft gehen und sagen, wo er arbeitet oder für welche Gelegenheit er Klamotten braucht, und dann wurde ihm etwas rausgesucht, das passte. Heute gibt es so viele verschiedene Möglichkeiten, so viele Läden, so viele Stile.

Und jetzt kommt die Pointe: Wenn man sich gerne traditionell-männlich kleiden möchte, muss man sich sehr intensiv mit Mode beschäftigen. Aber wenn man einen sehr konservativen Blick auf Männlichkeit hat, ist genau das ein Problem, denn natürlich gilt es in dem Milieu, in dem sich Höcke, Chrupalla und Braga bewegen, als unmännlich, sich mit Mode zu beschäftigen. Deshalb passt hier nichts zusammen. Gar nichts.“

Protokoll: Matthias Kalle

Eigentlich ist Benjamin Pfefferkorn Architekt. „Hausarzt“ trifft es seiner Meinung nach aber sehr viel besser.

Draußen: Am Ufer der Mandau, nur ein paar hundert Meter entfernt von der Stelle, wo der kleine Fluss in die Neiße mündet, steht ein umzäunter Jugendstil-Bau, der aussieht, als hätte er eine schwere Hautkrankheit. Die Fassade ist großflächig abgebröckelt und legt roten Backstein frei, aus der Dachrinne wächst Grün wie Haare aus den Ohren. Man erkennt noch, dass das Haus mal sehr hübsch war und vor Kraft strotzte. Jetzt könnte es jederzeit kollabieren. Das sagt zumindest die Bauaufsicht, aber Benjamin Pfefferkorn sieht das anders. Altersschwach ist es vielleicht, aber einstürzen wird es nicht, dafür kennt der 65-Jährige es viel zu gut.

Dinnen: Pfefferkorn, großgewachsen, wellige braune Haare, ist der Besitzer des Bauwerks im Zittauer Süden, würde sich selbst aber eher als dessen „Hausarzt“ bezeichnen. Weil er das Wortspiel süß findet und weil es sich für ihn wirklich so anfühlt. Jeden Tag ist er hier und begutachtet die akutesten Wunden: Wo muss er abdichten, ausräumen, abstützen? „Wo ist wieder was eitrig?“, sagt er und meint das fast ernst. Tatsächlich steht es nicht gut um den Patienten: Ganze Etagen lassen sich nicht betreten, weil der Untergrund fehlt, Türen hängen in der Luft, man guckt bis hoch unter das Dach.

Zucker: Pfefferkorn führt raus in den Garten, der ein Berg aufgeschüttete Erde ist, darauf zwei Holzstühle und ein Tisch, es gibt Kekse und Kaffee aus der provisorischen Küche. Das Nachbarskind will Zuckerstückchen abgreifen und mit den Holzpfählen spielen, die aufeinander gestapelt auf dem Grundstück liegen. „Sie weiß, dass sie rüberkommen darf, wenn ich gerade nichts mache“, sagt er. „Bemnalin, bitte?“, fragt sie, wenn sie noch ein Zuckerstückchen will.

Riesenrad: Benjamin „Bemnalin“ Pfefferkorn ist Architekt und aufgewachsen in West-Berlin, in einer Villa am Nikolassee. „Bunt dekadent“ ist das erste Wort, das ihm zu seiner Kindheit einfällt. Der Vater war Justiziar bei Schering, der Firma, die in Deutschland die erste Antibabypille auf den Markt brachte und später von Bayer gekauft wurde. Die Mutter, Elisabeth Niggemeyer, ist Fotografin und Autorin verschiedener Bücher zum Thema Städtebau und Pädagogik. Sonntags traf man sich bei Pfefferkorns zum Kaffeetrinken und Boulespielen. Künstler und Kulturschaffende, Architekten und Unternehmer tummelten sich im Wohnzimmer, wo statt einer Couchgarnitur eine Tischtennisplatte stand und daneben ein Flipperautomat. Als Kind träumte Benjamin Pfefferkorn davon, dass noch ein Riesenrad dazukommt.



„Ein bisschen was Unmögliches“ hat er sich vorgenommen, sagt Benjamin Pfefferkorn Foto: Micheline Richau

Vorschule: In einer Schublade versteckt die Mutter damals Bargeld für den Fall, dass „der Russe kommt“ und Soldaten bestochen werden müssen. Immer, wenn der Kalte Krieg heißer wird, bemerkt Benjamin Pfefferkorn das auf seinem Schulweg: Im Bus sitzen dann bewaffnete GIs. Mit deren Kindern und denen der Diplomaten geht er auf die John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf, die damals nach amerikanischem Vorbild auch Vorschulklassen hat. Seine Mutter fotografiert die lernenden Kinder und bringt mit zwei Erziehungswissenschaftler:innen, ein Buch heraus, das die Vorschulpädagogik prägen wird.

Gemordete Stadt: Ein weiteres ihrer Bücher wird den Lebensweg ihres Sohnes mitbestimmen. Es heißt „Die gemordete Stadt“ und ist ein von ihr bebildeter Essay, der die Monotonie der Nachkriegsmoderne beklagt und den Abriss wilhelminischer Quartiere. Pfefferkorn lernt früh, dass es in der Architektur nicht nur um Neubau und Selbstverewigung gehen sollte, sondern auch ums Reparieren und Erhalten.

Grüne Wurzeln: Wegen dieses Buchs sitzt er jetzt hier, in ei-

ner Ruine im östlichsten Osten Deutschlands, und bewahrt sie vorm endgültigen Verfall. Anders kann er sich nicht erklären, was er da eigentlich tut. Vor zehn Jahren zog Pfefferkorn nach Zittau, der Liebe wegen. Die Liebe schwand, Pfefferkorn blieb – und machte sich nützlich. Denn in der Stadt sei es jeden Abend „beängstigend leer“ gewesen, „das einzige Leben, das ich hier gesehen habe, war in einem vollen NPD-Laden in der Äußeren Weberstraße“. Und so habe er sich seiner „grünen Wurzeln“ entsonnen, das leerstehende Erdgeschoss seines Wohnhauses in der Inneren Weberstraße umgebaut und den Grünen als Quartier angeboten. Deren Parteimitglieder hatten sich in Zittau bisher in Privatwohnungen oder Kneipen getroffen.

Raumwohlstand: Mittlerweile gehören Pfefferkorn auch noch das alte Fischhaus, das Zweikronenhaus und eben die Immobilien am Ufer der Mandau. Alle für wenig Geld erworben. Er hat nicht die Mittel, sie vollends zu sanieren, aber sie am Leben halten, vor dem Abriss bewahren, das kann er. Vor der Wende sei in Zittau jede Dachkammer belegt gewesen, erzählt Pfefferkorn. 50.000 Menschen wohnten da-

mals in der Stadt, jetzt ist es nur noch knapp die Hälfte. „Betrachtet man es positiv, könnte man sagen, es herrscht Raumwohlstand“, sagt er. Doch nach Jahren des Erhaltens wünscht er sich, dass die alten Gebäude wieder irgendeinen Nutzen bekommen.

Toleranz: Das Fischhaus würde er am liebsten dem Verein „Augen Auf“ vermachen, der sich für Zivilcourage einsetzt und Mitorganisator der montäglich stattfindenden Demos gegen die rechtsextremen „Spaziergänger“ auf dem Rathausplatz ist. Aktuell finden in den Fischhaus-Räumlichkeiten Kunstaktionen zum Thema Toleranz statt, die Pfefferkorns Freundin Micheline Richau organisiert. Das ebenfalls in der Innenstadt gelegene Zweikronenhaus war früher mal Sitz einer Kleiderfabrik, die Anfang der Neunziger schloss. Mit Schüler:innen vom Zittauer Gymnasium erarbeiteten Pfefferkorn und Richau eine Chronik der Unternehmensgeschichte, sprachen mit Zeitzeug:innen und richteten Räume originalgetreu her.

Dreiländerpunkt: Aus den Gebäuden am Mandau-Ufer würde Pfefferkorn am liebsten ein Ho-

Ein Hausarzt für alle Fälle

Vor zehn Jahren zog Benjamin Pfefferkorn in den östlichsten Osten Deutschlands. Dort rettet er Jugendstil-Villen, die niemand mehr haben will, vor dem Abriss

Von Leonie Gubela



Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.



Alle Texte dazu finden sie hier auf taz.de und hier:

Italienisch: Für seine Gebäude wünscht er sich, dass er sie irgendwann an Menschen abgeben kann, die sie zu schätzen wissen und für Dinge nutzen, die Zittau guttun. Damit er irgendwann nicht mehr das Bedürfnis hat, vor jeder Wahl die Flucht zu ergreifen. „Zittau ist so schön, finde ich“, sagt er. „Es hat was Italienisches“. Der Sudetenblick: „Irre! Wie die Toskana!“

Glück: Die Menschen im Ort mit ihren ausgebauten Häusern und schicken Autos hätten teilweise ein „merkwürdig schlechtes Selbstbewusstsein, eine Verslossenheit an sich“, sagt Pfefferkorn. Erst neulich

tel machen. Der Dreiländerpunkt mit Tschechien und Polen ist um die Ecke, Radtourist:innen fahren täglich dort vorbei, aber dann leider durch Zittau hindurch, weiter nach Görlitz. Man müsse die in der Stadt behalten, findet Pfefferkorn, am besten über Nacht, durch eine attraktive Unterkunft mit Lademöglichkeit fürs E-Bike. Und auch der Dreiländerpunkt könnte noch mehr Leute anlocken. Zu sehen sind da bloß drei große Flaggen mit drei großen Heiligen Kreuzen davor, dazwischen plätschert die Neiße, südlich am Horizont ragt das Zittauer Gebirge auf. Wenn es nach Benjamin Pfefferkorn ginge, würde man auf der riesengroßen freien Wiese neben den drei Flaggenmasten ein Fußballfeld einzeichnen. Aber nicht irgendeines. Sondern eines, auf dem drei Mannschaften gleichzeitig gegeneinander spielen können. Dreikick nennt sich das.

Kicken: Das ist keine Träumerei, sondern hat sogar schon stattgefunden. Mehrere Mannschaften à sechs Personen aus Deutschland, Tschechien und Polen traten in Sommerturnieren gegeneinander an. Was es jetzt noch brauche, sei ein Dreikick-Stadion als fester Ort der Begegnung – denn die Nationen lebten viel zu sehr aneinander vorbei. Das wäre mal ein sinnvolles Bauprojekt, findet Pfefferkorn.



Überbleibsel Foto: Leonie Gubela

sei er wieder mit den Nachbarn in Streit geraten, die bis spät in die Nacht „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ gesungen hätten. Trotzdem will er bleiben, denn mit den Häusern komme eben auch Verantwortung. Er habe sich damit „ein bisschen was Unmögliches“ zugemutet, etwas, „das schon auch mit Größenwahn zu tun hat“. Aber wenn er alleine oben auf dem Dach sitze, irgendeine Stelle abdichte und sich dabei vielleicht noch einen Sonnenstich hole, trete er in den Dialog mit den Häusern. „Und dann bin ich total glücklich.“



Vielen historischen Altbauten in Zittau droht der Verfall Foto: Leonie Gubela

kulturrausch

www.taz.de | anzeigen@taz.de | fon 030 - 25 90 23 14

24. - 30. august 2024

Knapp über der Gürtellinie

Ausstellungen von Miriam Cahn, Alison Knowles und Carol Rama brechen die lange Dominanz der Männer im Kunstbetrieb auf

Von **Jana Janika Bach**

Der „brat summer“ („Gören-Sommer“), in dem ein Video viral ging, das Kamala Harris beim Kauf cooler Schallplatten zeigt, liegt in seinen letzten Zügen. Seither scheint die Welt wieder ein bisschen in Ordnung – selbstbewusste Frauen, die wie die US-Vizepräsidentin in der Öffentlichkeit tanzen oder lautstark lachen, gelten als angesagt, Männer wie Trump, die sie dafür verspotteten, als „weird“.

Ob die Meme-Begeisterung für Harris anhalten wird, bleibt abzuwarten. Der Kunstherbst jedenfalls, programmatisch bunt, hat das Zeug zu entusiasmieren. In Weil am Rhein beleuchtet das **Vitra Design Museum** mit „**Nike. Form Follows Motion**“ die popkulturelle Bedeutung der Sportmarke. Im Schweizer **Kunstmuseum Thun** lässt sich in „**Textile Universen**“ von Gunta Stözl und Johannes Itten eintauchen, während in der Hauptstadt **Berlin Art Week** sicher wieder der Teufel los sein wird – allein 70 Ausstellungen eröffnen in der Festivalwoche. Vor allem aber scheint vieles auffällig anschlussfähig zu eingangs Erwähntem.

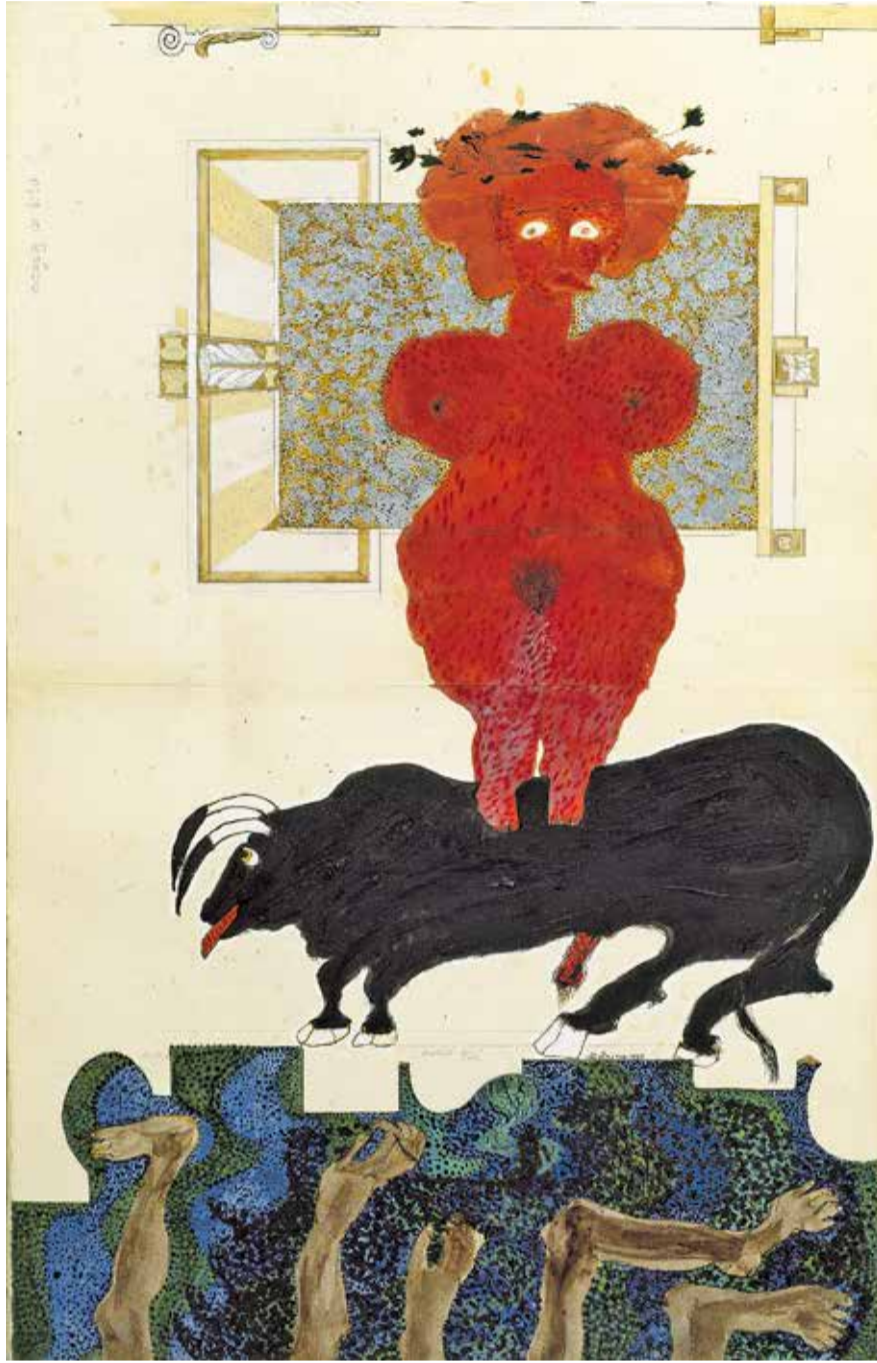
Die Beine gespreizt, die Zähne blitzend, unverhohlen schaut die Frau zurück, eine andere schlägt einem Mann mit erigiertem Penis ins Gesicht. In der Ausstellung „Lachen müssen“ von 2018 provozierte **Miriam Cahn** mit explizit dargestellter Nacktheit, Gewalt und Sexualität. Treffsicher zielt die streitbare Schweizer Künstlerin, eine exzessive Zeitungsläserin, mit ihrer zorngetriebenen Kunst, die in ihrer dezidiert feministischen Haltung wurzelt, knapp über die Gürtellinie. Vermehrt wird sie jedoch missver-

standen. Wie 2023, als ihr im Pariser Palais de Tokyo ausgestellt Gemälde „Fuck Abstraction!“ eine Debatte um die Grenzen der Kunstfreiheit in Frankreich entfachte. Rechtspopulisten aus dem Dunstkreis um Marine Le Pen hatten unermüdlich gegen das Ölbild gehetzt, das drei Figuren und eine erzwungene Fellatio abbildet. Entstanden war es nach den verübten Gräueltaten in Butscha. Eine Klage wegen „Verherrlichung von Kinderpornografie“ wurde vom Pariser Verwaltungsgericht zurückgewiesen.

In der Kunstwelt indes wird die sich in ihrer Kompromisslosigkeit treu gebliebene Cahn mit Preisen bedacht. Das war nicht immer so. Jüngst sagte sie ihre Teilnahme an der Verleihung des Goslarer Kaiserring ab. Nach der Preisvergabe – 2024 ohne Künstlerin – wird traditionsgemäß im **Mönchehaus Museum** die dazugehörige Ausstellung präsentiert. Dass sie die Schau „**Reading Dust**“ im **Amsterdamer Stedelijk** für die bedeutendere halte, ließ Cahn durchblicken, diese habe sie schließlich selbst installiert.

Von einer Empore in der rappellvollen Turbinenhalle der Tate Modern aus schüttete **Alison Knowles** 2008 ihre Soße auf einen „Giant“-Salat, angerichtet in einem von Helfern gehaltenen Sprungtuch. Im Anschluss wurde er in der Kunstkathedrale verteilt und verspeist – ein Mega-Happening in bester ephemerer Fluxus-Manier.

1962 schnippelte die US-Amerikanerin, einzige weibliche Mitbegründerin der Fluxus-Bewegung, erstmals Gemüse öffentlich, seither hat sie ihre wohl berühmteste Performance „**Make a Salad**“ dutzende Male aufgeführt. Zum Repertoire von



Carol Ramas „Lo specchio di Huguette“ (Huguettes Spiegel), 1983, Mischtechnik auf bereits beschriebenen Papier (Architekturzeichnung), 49,5 × 32 cm, Privatsammlung
Foto: Pino dell'Aquila © Archivio Carol Rama, Torino

Knowles gehören zudem Publikationen und Kollaborationen, wie das „begehbare“ Buch „**Big Book**“ oder die mit dem Komponisten John Cage erstellte Sammlung „**Notations**“, in der sich Faksimiles, Partituren und die Lyrics zum Beatle-Song „**The World**“ finden. Ausgerechnet in **Wiesbaden**, wo Knowles 29-jährig in den Sechzigern mit Dick Higgins, Nam June Paik, George Maciunas und anderen Kollegen die Einheimischen mit einer Konzertreihe verstörte, kommentiert mit „die Irren sind los“,

ehrt eine Retrospektive ab September die Fluxus-Pionierin.

Sie gelangte erst spät zu Ruhm, ein harmlos klingender Satz, der es aber in sich hat. Dass dieser auf die Autodidaktin **Carol Rama**, 1918 in Turin geboren, zutrifft, ist ein weiterer Beleg für die viel zu lange währende Dominanz der Männer im Kunstbetrieb.

85 Jahre war die „Grande Dame der italienischen Avantgarde“ alt, als sie 2003 einen Goldenen Löwen für ihr Lebenswerk auf der Biennale von Ve-

nedig erhielt, den sie beinahe im Müll entsorgt hätte. Mitte der 1930er begann die 2015 verstorbene Künstlerin, heute bekannt für ihre frühen aberwitzig-erotischen Aquarelle, zu malen – mit einer Fokussierung auf Zungen, Phalli, Brustwarzen, Vaginen und Münder. Mit elegantem Strich fasste sie etwa fragmentierte, verdrehte Frauenkörper. Abscheulich obszön sei das, befand ein Publikum im faschistischen Italien. 1945 beschlagnahmte die Polizei ihre Werke noch vor Eröffnung ihrer Aus-

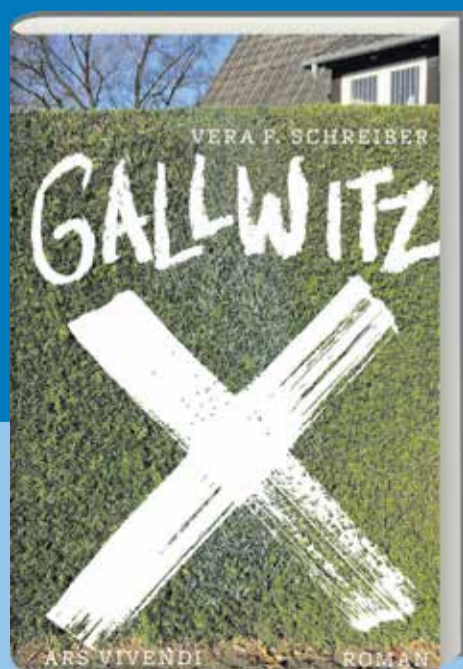
stellung in der Galerie Faber. In späteren Arbeiten, den Gummiassemblagen und -Collagen, wird Biografisches sichtbar, die psychische Erkrankung und Klinikaufenthalte der Mutter und der Vater, ein Entrepreneur, der nach dem Bankrott Suizid beging. Mit einer Überblicksausstellung würdigt die **Frankfurter Schirn** Carol Rama nun als Wegbereiterin feministischer Kunst.

Im Gegensatz dazu feiert das **Wuppertaler Von der Heydt-Museum** den italienisch-argentinischen Avantgardenkünstler **Lucio Fontana** als genialen Visionär neuer Formen und Konzepte. Kaum einer, der seine monochromen Leinwände, mit einem Messer durchstochen und geschlitzt, nicht kennt. Ein befreiender Akt der Zerstörung, mehr Bedeutung wurde den „**Concetti spaziali**“ vorläufig nicht beigemessen, nichtsdestotrotz machte sich Fontana als Erneuerer der europäischen Nachkriegskunst über Italien hinaus einen Namen. Seine Praxis Licht, Raum und Material zusammenzubringen, unterfütterte er theoretisch mit seinem „**Manifesto Blanco**“, in dem er eine völlig neue Kunstgattung – Malerei, Bildhauerei und Architektur in einem – entwarf.

Im Alter von 69 Jahren, zwei Jahre, nachdem seine Malerei bei der Biennale von Venedig mit dem Großen Preis prämiert worden war, starb Fontana in Varese. Wenig Beachtung fand zeit seines Lebens, dass er auch ein Meister der Keramikkunst war. Er fertigte perforierte Gefäße oder glasierte Teller und Medusa-Büsten. Mit allein 100 Leihgaben wird in Wuppertal jetzt Fontanas Facettenreichtum erlebbar sowie sein Einfluss auf folgende Generationen, freundschaftlich verbunden war er der Zerogruppe um Yves Klein, Otto Piene und Günther Uecker.

Ebenfalls in **Wuppertal** wird ein Schlaglicht auf **Maurice de Vlaminck** geworfen, den exzentrischen Vertreter des **Fauvismus**, während es in der **Fondation Beyeler** nahe **Basel** die erste **Henri-Matisse-Retrospektive** im deutschsprachigen Raum seit fast 20 Jahren zu bestaunen gibt – darunter auch einige fauvistische Werke von Matisse.

Impressum Redaktion und Foto-Red.:Ole Schulz | Anzeigen: Söntke Tümler



NIE WIEDER IST JETZT!

Ein hochaktueller Roman über die Radikalisierung eines Mannes, das Ende einer Ehe und das Streben nach Glück

Vera F. Schreiber
Gallwitz
Roman, Hardcover
256 Seiten, € 22,00
Auch als eBook erhältlich

ars vivendi 



Q&A beim
Filmfestival
Cottbus, das
auf osteuro-
päisches Kino
setzt
Foto: Peter100

Abseits des Rummels

Es muss nicht immer gleich Cannes, Berlin oder Venedig sein: In Deutschland gibt es eine Vielzahl kleiner und charmanter Filmfestivals. Oft wird das Hauptprogramm hier durch Hommagen und Retrospektiven ergänzt. Ein Überblick

Von **Fabian Tietke**

Wenn Ende des Monats der fliegende Zirkus der Filmfestivals auf dem Lido in Venedig landet, neigt sich das Filmjahr langsam zu Ende – zumindest aus Sicht des europäischen Films. Mit den Internationalen Filmfestspielen von Venedig schließt sich die Trias Berlinale – Cannes – Venedig, also jener Filmfestivals, die größere Relevanz für den europäischen und in Teilen auch nordamerikanischen Markt haben.

Insgesamt nur 15 Filmfestivals listet die internationale Vereinigung der Filmproduzenten (FIAPF) als sogenannte A-Festivals – gegründet wurde die FIAPF 1933, zwei Jahre vor den Filmfestspielen in Venedig, dem ältesten Festival der Welt. Das primäre Kriterium für die A-Kategorisierung ist ein internationaler Wettbewerb. Inoffizielle Währung sind Weltpremiere und Star-Besuche. Entsprechend sind Festivals nicht das Ende, sondern der Anfang des Lebens eines Films.

Gerade aus Sicht normaler Zuschauer*innen gibt es hierzulande eine ganze Reihe Festivals, die die Gelegenheit bieten, Filme und ihre Crews zu erleben. Und so sichten landauf, landab das Jahr über Sichtungskomitees Filme, um eine Auswahl zu treffen.

Eine klassische Kategorie ist dabei das Festival der Festivals, also jene Art Filmfestival, die eine Auslese des Festivaljahrs präsentieren, jeweils ergänzt um einige eigene Premieren. Ende September präsentiert das Filmfest Hamburg Höhepunkte des Festivaljahrs, Anfang Oktober beginnt das Filmfest Osnabrück und ab Mitte Oktober folgt das Film Festival Cologne. Alle diese Festivals unternehmen in ihrem Hauptprogramm einen Rückblick auf das bisherige Festivaljahr ergänzt um eigene Entdeckungen, bieten eine Plattform für die jeweilige regionale Filmbranche und setzen daneben sehr eigene Themen- und Schwerpunkte.

Hamburg etwa hat eigene Sektionen für asiatisches, für politisches und für spanisch- oder portugiesischsprachiges Kino. Das **Festival in Köln** präsentiert in Nebenreihen ein Best

of Serien und zahlreiche Veranstaltungen zur aktuellen Medienlandschaft, oft eher jenseits des Films.

Das **Filmfest Osnabrück** ist ein Hybrid zwischen Festival der Festivals und Menschenrechtsfilmfestival – einem Schwerpunkt, der sich unterdessen zu einem eigenen Festivalgenre entwickelt hat. In Osnabrück hat es schon seit 1986 Tradition, dass einerseits auch hier eine Auslese des Festivaljahrs präsentiert wird, doch berücksichtigt die Auswahl vor allem engagiertes Kino. Die Preise des Festivals honorieren denn auch Filme, die „sich durch ein humanistisches Menschenbild und soziales Engagement“ auszeichnen bzw. einen Spiel- oder Dokumentarfilm, „der sich überzeugend mit der Situation der Kinder und ihrer Rechte in der Welt auseinandersetzt“ (Filmpreis für Kinderrechte).

Auch das **Oldenburg Filmfestival** hat zwar ein internationales Programm, zugleich jedoch

Festivals bieten die Gelegenheit, Seitenwege der Filmgeschichte zu entdecken

einen Schwerpunkt auf unabhängigen Film aus Deutschland und den USA. Das Festival nimmt die Verzahnung von aktuellem Film und der Geschichte des unabhängigen Films sehr ernst und flankiert das Hauptprogramm traditionell mit gleich zwei Filmprogrammen, die ältere Filme wieder auf die Leinwand bringen. Gleich eine gute Handvoll Preise zeichnen bemerkenswerte deutsche Filme aus. Durch den Schwerpunkt auf unabhängigen Film entzieht sich das Oldenburg Filmfestival zumindest teilweise den Zwängen und Erwartungen, die die deutsche Filmindustrie an Branchenplattformen richtet.

Das lässt sich am Programm der beiden anderen Festivals für deutschen Film erkennen, die bis zum Jahresende noch stattfinden. Das **Festival des deutschen Films in Ludwigshafen am Rhein** markiert als Plattform für deutschen Film eher

das gegenüberliegende Spektrum zu Oldenburg und setzt in der Auswahl durchaus zentral auf populäre Spielfilme, ergänzt um Fernseharbeiten.

Das älteste Filmfestival für den deutschen Film, die **Internationalen Hofer Filmtage**, wiederum widmet sich Ende Oktober dem deutschsprachigen Film jenseits des Mainstream in seiner ganzen formalen Bandbreite: Spielfilme stehen neben Dokumentarfilmen, Langfilme neben Kurzfilmen. Besondere Aufmerksamkeit erfährt in Hof der filmische Nachwuchs in Form jener Filme, die an den Filmhochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz entstehen.

Die **Provinziales**, die Mitte Oktober in **Eberswalde** stattfindet, hat zwar keinen Wettbewerb präsentiert aber jedes Jahr wieder eine liebevoll zusammengestellte Auswahl internationaler Filme von großer formaler Bandbreite ergänzt um Sonderprogramme und einzelne historische Filme.

Im Kalender Dokumentarfilmbegeisterter stehen in jedem Herbst seit Jahrzehnten gleich zwei Einträge fest: das **Internationale Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm** und die **Duisburger Filmwoche**. Dok Leipzig, das wohl wichtigste Festival für Dokumentarfilm im deutschsprachigen Raum, findet in diesem Jahr Ende Oktober statt. Das umfangreiche Programm des Festivals, das im nächsten Jahr seinen 70. Geburtstag feiern kann, wartet mit gleich drei Wettbewerben auf (internationaler Dokumentarfilm, deutscher Dokumentarfilm und internationaler Animationsfilm) und stellt diesen dann noch eine ganze Anzahl von Nebenreihen und eine Retrospektive an die Seite. Ebenso wichtig ist das Leipziger Festival auch als Markt für den deutschsprachigen und zunehmend auch den osteuropäischen Raum.

Kurz nach Dok Leipzig folgt die **Duisburger Filmwoche**, ein quickelebendiger Anachronismus unter den Festivals und die ideale Wahl für alle, denen es schwerfällt, sich zwischen Filmen zu entscheiden. Das muss man in Duisburg nämlich nicht tun. Es läuft immer nur ein Film, der anschließend

ausführlich und kenntnisreich, wenn auch längst nicht mehr so kontrovers wie in früheren Jahren diskutiert wird. Die Anzahl der Filmfestivals, die sich auf die Filmkultur bestimmter Regionen spezialisiert haben, ist

Filmfestivals – von Cottbus bis Ludwigshafen

Filmfest Osnabrück, 1.–6. Oktober 2024, filmfest-osnabrueck.de
Film Festival Cologne, 17.–24. Oktober 2024, filmfestival.cologne
Filmfest Hamburg, 26.9.–5.10.2024, www.filmfesthamburg.de
Internationales Filmfestival Oldenburg, 11.–15. September 2024, www.filmfest-oldenburg.de
Festival des deutschen Films, Ludwigshafen am Rhein, 21. August – 8. September 2024, www.festival-des-deutschen-films.de
Internationale Hofer Filmtage, 22.–27. Oktober 2024, www.hofer-filmtage.com
Provinziales Eberswalde, 10.–19. Oktober 2024, filmfest-eberswalde.de/wordpress
Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm (DOK Leipzig), 28. Oktober – 3. November 2024, www.dok-leipzig.de
FilmFestival Cottbus, 5.–10. November 2024, www.filmfestivalcottbus.de

groß und unterdessen ziemlich unübersichtlich. Nichtsdestotrotz: Das **FilmFestival Cottbus** ist seit Jahren ein fester Termin für alle, die sich für osteuropäisches Kino interessieren. Anfang November lädt das Festival erneut ein zu einer Entdeckungsreise durch eine Region voller Filmkulturen mit großer Tradition und noch größerer Gegenwart und das seit 1991.

Es ist längst nahezu unmöglich geworden, einen vollständigen Überblick über die Vielzahl von Filmfestivals in Deutschland und erst recht in Europa zu behalten.

Gemeinsam ist den allermeisten Filmfestivals neben dem Drang zu unübersichtlichen Websites eines: Fast alle ergänzen ihr aktuelles Programm durch Hommagen und Retrospektiven. Und gerade hier ver-

dienen auch kleinere Festivals die Aufmerksamkeit. Während diese bei den A-Festivals mal mit mehr, mal mit weniger Aufwand und Engagement zusammengestellt werden, sind die historischen Programme für kleinere Festivals eine Möglichkeit zu glänzen und für das Publikum eine Gelegenheit, Seitenwege der Filmgeschichte zu entdecken, die sonst oft unsichtbar bleibt.

Auch sonst sind Filmfestivals unverzichtbar, um aktuelle Entwicklungen einer globalen Filmkultur sichtbar zu halten. Filmfestivals, und gerade die kleineren unter ihnen, sind eine wichtige Ergänzung des normalen Kinoprogramms, gerade auch in Zeiten des Kinosterbens, das vor allem jenseits der Großstädte nach wie vor akut ist.



Berliner
Philharmoniker

Hören Sie doch, was Sie wollen!

Mit unseren Flex-Paketen.

Informationen unter:
berliner-philharmoniker.de/flex



Zeiten, die Mut brauchen

War das deutschsprachige Theater in der auslaufenden Saison vielfach politisch-revolutionäres Terrain, gibt es zur neuen Spielzeit eine Rückbesinnung auf Klassiker in Zeiten der Krise – mit Werken von Molière, Shakespeare und Bertolt Brecht

Von René Hamann

Das Theater ist tot. Nein, stimmt nicht, es lebt noch, es riecht nur etwas faul inzwischen. Vielleicht ist es so, dass sich das Theater erneut rückbesinnen muss, in Zeiten der Krise, rückbesinnen auf seine Stärken. Auf sein Repertoire. Schaut man sich jedenfalls die Programme und angehenden Premieren der großen Häuser an, bleibt der Eindruck: vieles vom Üblichen, vieles von dem, was in den vergangenen Jahren so ging, kaum mal ein Risiko, dafür eine Bewegung zurück zu den Ursprüngen des Theaters, zurück zur Klassik.

Der Held der vorigen Spielzeit, der Saison 2023/24, war allerdings ohne Zweifel Milo Rau, der neue Intendant und Macher der Wiener Festwochen. Ja, die Wiener Festwochen im Mai hatten es tatsächlich in sich: „Die Corporate Identity des Festivals als politisch-revolutionäres Terrain hat sich bezahlt gemacht“, schrieb etwa der *Standard*. Zuschauerlastung von über 95 Prozent!

Bloß, die Festwochen sind ein Festival, ihre Zeit ist begrenzt, das Programm für das nächste Jahr steht noch in den Sternen. Und Milo Rau, der vorher im belgischen Exil zugange

war, hat sich in den paar Wochen im Grunde auch nur als Spitzenkoch bewährt: Er hat die nötigen Ingredienzien gefunden, angemessen auf die gewichtigen Probleme der Gegenwart reagiert, hat die österreichischen und speziell Wienerischen Besonderheiten berücksichtigt und zur Debatte gestellt, er hat die Leute im Negativen und Positiven da abgeholt, wo sie vor allem politisch stehen.

Geht es auf den deutschsprachigen Bühnen in der Theater-Spielzeit 2024/25 also so aktivistisch weiter? Leider weniger. Die Burg zum Beispiel, also das Wiener Burgtheater, das wesentlich zum Erfolg der Wiener Festwochen beitrug und von Elfriede Jelinek schon vorher mit einem Stück bedacht wurde, das den Namen des Theaters trägt (vielleicht kontert Regisseur und Ex-Volksbühnen-Intendant Frank Castorf ja einmal mit „Volksbühne“?), wartet lieber mit Molière oder Shakespeare („Hamlet“, Regie Karin Henkel, 5. September) auf und trägt ansonsten zum Theatercomeback des Autors Rainald Goetz bei, dessen Roman „Johann Holtrop“ hier unter der Regie von Stefan Bachmann für die Bühne dramatisiert wird (Premiere am 7. September).



In der heiligen „Burg“, Wiener Nationaltheater und eine der ältesten Bühnen Europas – im Mai war sie Ort der Festwochen unter dem neuen Intendanten Milo Rau
Foto: Georg Sulek

Goetz' neues Stück „Lapidarium“ findet hingegen noch keinen Platz auf den Bühnen der deutschsprachigen Welt, im Gegensatz zum guten alten Bertolt Brecht, der am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg von Intendantin Karin Beier persönlich inszeniert wird. „Herr Puntilla und sein Knecht Matti“ feiert am 22. September Premiere, mit dabei sind Joachim Meyerhoff und Lilith Stangenberg. Freuen darf man sich auch auf eine weitere Dramatisierung, nämlich des Lokalmatadoren Heinz Strunk: „Ein Sommer in Niendorf“ dann im März 2025. Ebenso gespannt sein darf man auf „Eine Inszenierung von Karin Henkel“ unter der Regie von Karin Henkel am 1. März 2025. Tja, vielleicht steht da auch nur noch nicht der Titel fest. Es wird schon nicht Shakespeare sein!

Von Hamburg nach München, wo es genau diesen Shakes-

Der im Februar dieses Jahres verstorbene Dramatiker René Pollesch feiert seine Auferstehung vom Theaterhimmel aus

peare gibt (Premiere „Ein Sommernachtstraum“ im Residenz Theater am 27. September, Regie Stephan Kimmig, und „Was ihr wollt“ von Shakespeare unter der Regie von Lies Pauwels am 30. April 2025 in den Kammerspielen). Letztere, also die Kammerspiele, haben immerhin auch Sybille Berg („RCE“, nach dem Roman, 8. März 25) oder Aischylos unter der Regie von Thomas Köck („proteus 2481“, 13. Dezember) im Programm. Den ursprünglichen Münchner

Goetz kann man indes noch in Berlin sehen, wo sein Stück „Baracke“ von Claudia Bossard noch einmal am 15. Oktober ins Deutsche Theater gebracht wird.

René Pollesch, der größte Verlust, den das Theater in diesem Jahr zu beklagen hat, feiert eine Art Wiederauferstehung, wenn am 24. Oktober in der Berliner Volksbühne das Stück „Ich weiß nicht, was ein Ort ist, ich kenne nur seinen Preis (Manzini-Studien)“ Premiere feiert. Regie angeblich: René Pollesch. Wie diese Wiederbelebung konkret aussehen soll, bleibt allerdings schleierhaft.

Aber ja, es ist eine Übernahme aus Zürich, wo das Stück bereits 2018 aufgeführt wurde. Dort, also am Schauspielhaus Zürich, erscheint Pollesch bereits am 21. September mit „Liebe, einfach außerirdisch“, ebenso als „Regisseur“. Leitet er vom Theaterhimmel aus? Auch der gute alte

William Shakespeare gastiert an diesem Ort, diesmal mit „König Lear“ unter der Regie von Anne Lenk. Immerhin: Thomas Melle hat das Stück neu bearbeitet.

Doch warum immer dasselbe spielen? In Salzburg hat kürzlich eine Lesung von „vergessenen Theaterstücken“ unter der Leitung des Schweizer Regisseurs Zino Wey stattgefunden. Gute Idee! Darunter waren Theodor Herzls „Das Neue Ghetto“ (1898) oder auch „Der blinde Passagier“ (1938/39) von Maria Lazar. Vielleicht zeigt ja eines der großen Häuser mal Mut und nimmt ein solches „vergessenes“ Stück in sein Programm auf.

Aber das wird nicht alles sein; es sei einmal darauf gewettet, dass da draußen noch zahlreiche neue Stücke noch nicht so bekannter Autorinnen und Autoren auf ihre große Stunde warten. Man muss nur Mut haben. Die Zeiten wären danach.

MUSEUM DER ARBEIT

DEIN PAKET IST DA!

SHOPPEN AUF BESTELLUNG
04.09.2024 – 28.04.2025

shmh.de

DIE NEUE SAISON 2024–2025 MIT UNSEREN ABOS EIN JAHR EXZELLENTER CHORKUNST ERLEBEN!

- ① GROSSES ABONNEMENT / 6 VON 6
- ② WAHL-ABONNEMENT / 3 AUS 6
- ③ FORUM-ABONNEMENT / 4 VON 4

Weitere Infos unter:
+49 (0)30 20 29 87 25
tickets@rias-kammerchor.de
www.rias-kammerchor.de

RIAS KAMMERCHOR BERLIN

Publikum flügge geworden

Unter 20.000 Euro Jahreseinkommen: Junge darstellende Freiberufler*innen müssen flexibel sein, verdienen aber nicht allzu gut. Die Gastspielbranche hat ohnehin noch mit Pandemiefolgen zu kämpfen

Theater, Zirkusse, Varietés, Kabarettisten, Tanztruppen – sie alle leben überwiegend von Gastspielen. „Der Anteil unserer Gastspiele liegt je nach Stück zwischen 10 und 25 Prozent“, sagt Martin Opelt, Geschäftsführer der Delattre Dance Company. Das freie Tanz-Ensemble ist in den Mainzer Kammerspielen zu Hause.

Durch die Pandemie hat sich laut Opelt einiges verändert: „Vor Corona lag unsere Auslastung bei 97 Prozent, jetzt sind es noch 70 Prozent.“ Die Preise hat man trotz steigender Kosten nicht angehoben, aus Angst vor weiterem Publikumsverlust. „Wir haben dadurch alle weniger Geld in der Tasche“, sagt Opelt und fügt hinzu: „Außerdem ist das Publikum jünger und spontaner geworden, Karten werden zunehmend kurzfristig gekauft.“ An den Inhalten und der Choreografie hat man deswegen aber nichts geändert – die Zuschauer seien weiterhin für zeitkritische Stoffe offen.

Das bestätigt Hilde Hoferichter von der Agentur Lachland, die den Kabarettisten Lars Reichow betreut. „Gute Unterhaltung und Zeitkritik schlie-

ßen sich nicht aus. Reichow ist in den vergangenen Jahren politischer geworden, dafür gibt es nach wie vor ein Publikum“, sagt Hoferichter. Sie muss einräumen, dass durch Corona die Besucherzahlen geringer und Ver-

Anzeige



anstalter vorsichtiger geworden seien. Bei der Bezahlung gibt es laut Hoferichter unterschiedliche Modelle: Neben festen Gagen sind auch anteilmäßige Gagen abhängig von den Einnahmen sowie eine Mischung aus beiden Modellen verbreitet.

Laut der Agentur für Arbeit gab es im vergangenen Jahr in

Deutschland rund 5.800 hauptberufliche Schauspielerinnen und Schauspieler, davon waren 2.000 fest an öffentlichen Bühnen angestellt. Nach Berechnungen der Künstlersozialkasse, die nur hauptberufliche Künstler versichert, liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen von darstellenden Freiberuflern unter 30 Jahren bei 18.698 Euro, im Alter zwischen 30 und 40 Jahren verdienen sie nur etwa 500 Euro mehr im Jahr.

Die Landesbühne Rheinland-Pfalz zeigt ihre Stücke nicht nur an ihrem festen Spielort im Schlosstheater Neuwied: „Die Hälfte unserer Auftritte sind Gastspiele“, sagt Verwaltungsmitarbeiterin Ute Schulz. „Wir fahren bis nach Cuxhaven und sind mit unseren Aufführungen bis zu einem Monat unterwegs.“ Das ist nach der Pandemie nicht einfacher geworden – das Publikum übe sich weiter in Zurückhaltung. Die Landesbühne setzt nun verstärkt auf Unterhaltungsstoffe und bekannte Gesichter.

Frank Serr aus Rieschweiler-Mühlbach in der Pfalz, der Musicals und Revuen produziert, sagt, er mache kaum mehr tra-

gische Geschichten. „Die Leute wollen Spaß haben und den Alltagsvergessen, in dem es angesichts der Weltlage schon genug Probleme gibt.“ Auch er sieht negative Folgen der Pandemie – unter anderem sei das ältere Publikum weggebrochen. „Wir wollen verstärkt junge Leute ansprechen und zeigen zum Beispiel die Revue ‚Nashville‘ über große Stars der Country Music, die durch die Popularität von Taylor Swift sehr angesagt ist“, betont Serr.

18 feste Mitarbeiter stellen unter anderem die Kostüme und Bühnenbilder her. Pro Saison hat Serr drei größere Produktionen mit bis zu 30 Künstlerinnen und Künstlern sowie drei kleinere Produktionen mit einigen wenigen Schauspielern im Angebot. In einem ehemaligen Hotel in Rieschweiler-Mühlbach wird vier Wochen geprobt, danach sind die Stücke rund drei Monate in Deutschland und angrenzenden Ländern von Stadthalle zu Stadthalle unterwegs. Serr arbeitet viel mit jungen Leuten. Die seien nach dem Studiums meist froh über ein Engagement auf Honorarbasis.

Joachim Göres

Jazz is not Jazz



Rap-Philosoph meets Afrojazz-Basser: der Retrogott und Perfektomat
Foto: Thomas Schäkel

Jazz ist bestenfalls ein Ort der Freiheit – bei Festivals wird heute allerdings oft Popmusik als Jazz verkauft. Doch wo sind die authentischen Orte des Jazz? Welche sind die Festivals und Labels, die Jazz abseits des Mainstreams spielen?

Von **Katrin Wilke**

Um die „**Ticks des Jazzers**“ dreht sich ein gleichnamiges, knapp zwei Minuten kurzes, launiges Liedchen von **Kevin Johansen**. Der Argentinier ist auch im Heimatland des Jazz geboren und hat diverse musikalische Gefilde durchwandert, er ist aber mehr Singer/Songwriter als im Jazz zu Hause.

Immerhin war an diesem Track von 2012 auch ein Jazzler beteiligt: Enrique Roizner „El Zurdo“ aus Buenos Aires, der im Januar 84-jährig verstarb. Der bis zuletzt aktive Schlagzeuger spielte in den 1970ern und 80ern mit Landsleuten wie Gato Barbieri oder Astor Piazzolla, die aus unterschiedlichen Richtungen dem Jazz zu Leibe rückten und ihn revolutionierten. Als die zwei beim damals noch jungen Montreux Jazz Festival auftraten, war dort am Genfersee schon das zu bemerken, was offenerherzige Fans ohne „Jazz-Polizei“-Allüren zunehmend reklamieren: dass etliche weltweit renommierte Festivals zu Unrecht das Etikett „Jazz“ für sich vereinnahmten.

Der sich stets erweiternde Jazz-Kosmos sprengt mit seinen unzähligen Erscheinungsformen und Spielweisen ja ohnehin schon alle Einordnungsversuche und damit auch Festivalformate. Trotzdem versuchen Jazz-Veranstalter zunehmend mit Popstars als Headliner ihre Hallen und Open Airs zu füllen.

Festivals & Clubs

Doch gibt es noch genügend Jazzfestivals, die nicht absichtlich ihr Thema verfehlen: „**Sparks & Visions**“ in Regensburg, das im Januar zum zweiten Mal über die dortige Theaterbühne ging, wird geschmackssicher und mit einem gewissen Wagemut kuratiert und geleitet von **Anastasia Wolkenstein**.

Die jazz-gewiefte, als Konzertagentin mit genug Erfahrung ausgestattete Wahl-Regensburgerin übernahm mittlerweile auch die künstlerische Leitung vom durchaus artverwandten, auch zuvor von einer Frau gestalteten **Salzburger „Jazz & the City“**. Die beiden Regensburg-Editionen zelebrierten den Jazz mit seinen global- und kammermusikalischen Neigungen und Ausprägungen, dabei deutlich Platz für die weiblichen Kreativkräfte, für ein entsprechend neugieriges,

offenbar nicht nur auf Vertrautes vertrauendes Publikum.

Während man in Bayern auf eine geradezu luxuriöse und gut funktionierende Spielstätte (bald wohl auch als Staatstheater) setzen kann, ziehen anderswo Jazzveranstalter als obdachlose Nomaden durch mal mehr, mal weniger blühende Landschaften. Der **Berliner „Jazzkeller 69“**, der Geburtsjahr und -ort im Namen trägt, repräsentiert mit seiner vielgestaltigen und abenteuerlich teils gar schildbürgerlichen Vita ein gehöriges Stück DDR- und Wenderfahrung.

Ursprünglicher Dreh- und Angelpunkt war der Keller einer alten, letztlich wie die DDR selber runtergewirtschafteten

.....

The real shit

Kevin Johansen: „Los Tics del Jazzero“ (Ticks of the Jazz Man), 2012

Jazzfestival Sparks & Visions, 24. - 26. 1. 2025, sparks-and-visions.com

Musikfestival **Jazz & the City Salzburg**, 17. - 20. Oktober 2024

Jazzkeller 69 e. V. & Jazz am Kaisersteg, www.jazzkeller69.de

Perfektomat (Joscha Oetz) und **Der Retrogott** (Kurt Tallert): „**Zeit Hat Uns**“, 2022

Thomas Schindowskis **Plattenlabel Youkali**, www.youkalinmusic.com

.....

Treptower Villa, die auch Sitz eines offiziellen Kulturhauses war. Dort begannen Musikschaffende und veranstaltungsfreudige Gaststättenangestellte Konzerte – „Jazz zum Hören und zum Tanzen“ – zu organisieren. 1975 war laut dem heutigen Vereinschef und seit 1984 Konzertplaner **Wolf-P. „Assi“ Glöde** der DDR-weite Jazzboom in ihrer Lokalität angelangt. Und so konzertierte dort die wichtigen nationalen und zunehmend auch internationalen Figuren der Jazz- und freien Impro-Szene.

Immerhin nicht postwendend nach 1989, sondern erst seit Ende 2002, mit der Schließung des Kulturhauses, ist der so kleine wie tatkräftige (seit 1991 bestehende) Verein buchstäblich heimatlos. Unter den echt fix ausgemachten In- und Outdoor-Locations wurde in den folgenden Jahren die Wagenburg Lohmühle, nicht allzu weit vom Ursprungsort, allsommerlich zu einem reizvollen Freiluft-Jazzvergnügen, bei dem man – auf Spendenbasis oder gratis – an mehreren Wochenenden in den luxuriösen Genuss der spannendsten Acts von Berlin und anderswo kam.

Seit 2017 muss man sich dafür an einen weniger zentralen, nicht minder charmanten, noch dazu weitläufigeren Ort begeben: das Areal eines ehemaligen DDR-Kindergartens in Berlin-Schöneeweide, wo mittlerweile sogar schon zweimal das eher selten, weil aufwendig auf Tourtrab zu bringende Riesenensemble The Dorf aus dem Ruhrgebiet auftrat. Und wie schon am Vorgängerort finden sich neben den jeweils Musizierenden auch stets neugierige, begegnungsfreudige Kolleg*innen zu einem Konzertbesuch ein.

Bands & Musiker

Ein offenes, unhierarchisches und unpräzises Miteinander, wie es auch dem Bassisten **Joscha Oetz** absolut behagen dürfte. Der umtriebige, auf kollektive Kreativität setzende Kölner, der vor vier Jahren die Leitung der 1980 gegründeten „Offene Jazz Haus Schule“ übernahm, verbrachte ein Drittel seiner gut dreißig Musikerjahre fernab Deutschlands: in den USA, wo er auf den Geschmack der Allianz zwischen Jazz, spoken word und HipHop kam.

Daran knüpft der 53-Jährige nun, zurück in seiner Heimatstadt, vorneweg mit **Perfektomat** an, einer eher fluiden Band, im Verbund mit dem Rap-Philosophen **Retrogott** alias Kurt Tallert. Dass in Oetz' weitschweifigen, an Kooperationen reichen Experimental- und Improvisationswelten auch immer wieder Musiktraditionen Perus Eingang finden, hat natürlich eine Vorgeschichte.

Vom Aufbaustudium in San Diego ging es nämlich weiter nach Lima und dort insbesondere tief in die teils auch durchaus Jazz-verbandelte afroperuanische Musikszene. Es ist schon bemerkenswert und

sucht seinesgleichen, wie all diese scheinbar disparaten Einflüsse und Beschäftigungen im vielseitigen Tun von Joscha Oetz zusammenfinden – noch dazu auf einfallreiche und zugleich organische Weise.

Label & Releases

Ein Deutscher, der ebenfalls das Weiße gesucht hat – allerdings

innerhalb Europas – und vorläufig nicht zurückgekehrt ist, ist **Thomas Schindowski**. Der langjährige Wahl-Madrilene aus Fürth widmete sich nach eigener Aussage von jeher dem Singen und Gitarrespielen, schlug sich in seinen ersten Jahren in Spanien vordergründig als Straßenmusiker durch. Dass er im Jahr 2000 sein **Plattenlabel**

„**Youkali**“ gründete, war eine Art Verlegenheit, um zunächst einmal seine eigene Musik zu veröffentlichen.

Heute, fast 25 Jahre und 250 Releases später, gehört das Label zu den wichtigsten, auch international beachteten in Sachen Jazz und Flamenco. Und allem nur Denkbaren dazwischen und drumherum, die Grenzen sind ja ohnehin fließend und Schindowskis Geschmack und Interesse auch keineswegs auf bestimmte Bahnen begrenzt. Ein Limit haben jedoch die Arbeitskapazitäten in diesem weitestgehend als Ein-Mann-Betrieb funktionierenden Unternehmen: So liegt lediglich ein kleiner Teil des bisherigen Katalogs auch produktionstechnisch in den Händen des Labelchefs.

Das Gros der Veröffentlichungen liefern die Musiker*innen, die zumeist von sich aus den Kontakt zum Label suchen, nahezu fix und fertig ab. Große, weltweit renommierte Leute sind darunter, wie der US-Gitarrist John Abercrombie und sein Landsmann, der Latinjazzler Jerry González, der seine letzten Lebensjahre in Spanien verbrachte und gemeinsame Sache mit den Schlüsselfiguren des Flamenco-Jazz machte.

Die instrumentale Tango-Habanera von Kurt Weill, der der Labelname entlehnt ist, wurde später mit einem Text über eine imaginäre Insel versehen, auf der die Menschen glücklich und frei leben. Eine gute Metapher, befand Thomas Schindowski, und zum Geist des Labels passend. Keine Insel, dafür aber ein Ort der Freiheitsliebe ist ja auch bestenfalls der Jazz.

Berlin Ausstellung im Humboldt Forum
Berlin Exhibition at the Humboldt Forum

Bayer oder Bayern?

Leverkusen will mit der Titelverteidigung in der Männer-Bundesliga Geschichte schreiben. Die Konkurrenten stehen eigentlich schon fest

Von **Dietrich Schulze-Marmeling**

An diesem Wochenende geht die Bundesliga in ihre 62. Saison. Das letzte Mal, dass es einem anderen Verein als dem FC Bayern gelang, die Liga zweimal in Folge zu gewinnen, war in den Spielzeiten 2010/11 und 2011/12 gewesen, als Jürgen Klopp Borussia Dortmund den Rekordmeister auf Platz zwei verwies. 1995–97 war dies dem BVB ebenfalls gelungen, 1981–83 dem Hamburger SV.

Die letzten beiden Spielzeiten riefen Erinnerungen an die Jahre 2010–12 wach. Denn eigentlich hätten die Bayern schon 2022/23 nicht Meister werden dürfen. Schon damals schwächelte der Rekord- und Abonnementmeister mächtig. Aber der BVB vergab am letzten Spieltag kläglich den Matchball. Bayerns 33. Meistertitel fühlte sich nicht wirklich echt an.

2023/24 waren sie nun fällig. Fast in Stein gemeißelt gilt: Die Bayern werden immer Meister – es sei denn, der Klub begeht zu viele Fehler und befindet sich gerade in einer Krise. Und ein anderer Klub ist stark genug, diese für sich zu nutzen.

Exakt dies war der Fall: Thomas Tuchel, für den der für eine hohe Ablöse geholt Julian Nagelsmann gehen musste, war nicht der erhoffte Heilsbringer. Diejenigen, die die Operation Tuchel zu verantworten hatten, waren nicht mehr an Bord. Die Kaderplanung war nicht gut, der Trainer befand sich auf Abruf, die Suche nach seinem Nachfolger laut, peinlich und erfolglos. Bayer Leverkusen war in so ziemlich jedem Bereich besser aufgestellt.

Gelingt es Bayer in der neuen Saison als drittem Verein nach dem HSV und dem BVB den Titel wenigstens einmal zu verteidigen? Oder geht die Schale zurück nach München?

Durchaus möglich, dass Alonso und Co. das Meisterstück wiederholen. Denn gut erholt und richtig sortiert wirken die Bayern immer noch nicht. Funktioniert Vincent Kompany, nicht Bayerns erste Wahl bei der Trainersuche, ähnlich gut wie Xabi Alonso nach seiner Verpflichtung durch Bayer? Aber auch der BVB, der mit Nuri Şahin als Trainer ins Rennen geht, ebenfalls ein Liganovize, könnte den Bayern wieder gefährlich werden. Anders als Kompany war Şahin beim BVB tatsächlich dessen erste Wahl und von langer Hand vorbereitet.

Es ist viel von einer Zementierung der Machtverhältnisse in der Liga die Rede. Dazu zählt nicht nur, dass die Bayern in der Regel Meister werden. Total ist diese Zementierung aber nicht.

In der Saison 2023/24 besetzten die sechs Vereine mit dem höchsten Kaderwert auch in der Liga die Plätze eins

bis sechs. Allerdings nicht in der Reihenfolge ihrer Kaderwerte. Diesen folgend hätte der Zieleinlauf Bayern vor Bayer, RB Leipzig, Dortmund, Stuttgart und Frankfurt lauten müssen. Meister wurde aber Bayer und dies mit einem Vorsprung von 17 Punkten. Dabei lag Bayerns Kaderwert um gut 300 Millionen Euro unter dem der Bayern. Gemeinsam mit dem Aufsteiger 1. FC Heidenheim verbuchten die Bayern die größte Diskrepanz zwischen Kaderwert und sportlichem Ertrag.

Am unteren Ende der Tabelle hätten Kaderwerten folgend die direkten Absteiger Darmstadt 98 und VfL Bochum heißen müssen. Der Relegationsplatz wäre an Aufsteiger 1. FC Heidenheim gegangen, der 1. FC Köln hätte den Abstieg vermieden. In der Realität stiegen Köln und Darmstadt ab. Wobei die Differenz zwischen den Kaderwerten von Köln und Heidenheim zu vernachlässigen ist. Der VfL Bochum überstand die Relegation nur dank eines kleinen Fußballwunders. Und Heidenheim? Landete in der Ligatabelle auf Platz acht. Der Aufsteiger war der Überperformer schlechthin.

Eine Etablierung in der Bundesliga unter den Top 4 hat zur Voraussetzung einen kontinuierlichen Aufenthalt in der Champions League. Denn es sind Gelder aus diesem Wettbewerb, die den Unterschied ausmachen.

Eine einmalige Teilnahme reicht nicht. Im Gegenteil, sie kann im Absturz ins Mittelfeld der Liga münden. Oder, wie das Beispiel Union zeigt, noch tiefer. Ein Klub qualifiziert sich überr-

schend für die Champions League und gestaltet nun seinen Kader für die zusätzliche Belastung neu. Die Neugestaltung erfordert erhebliche Investitionen, aber der erhoffte sportliche Erfolg bleibt aus. In der Champions League ist nach der Gruppenphase Schluss, und in der Bundesliga gelingt der Mannschaft nicht die erneute Qualifikation für die „Königsklasse“. Auch für die Uefa Europa League reicht es nicht. Nun muss sich der Klub mit einem teuren, aber dysfunktionalen Kader herumschlagen. Zwischen Kaderwert und Tabellenplatz klafft eine Lücke. Ein klassischer Fall von Überinvestition.

Das Problem der Liga ist ganz einfach: Jeder Platz in der Tabelle wird nur einmal vergeben. Bei vielen Vereinen überwiegt deshalb am Ende der Saison die Enttäuschung.

In der neuen Saison ist Holstein Kiel der Verein mit dem kleinsten Etat und geringsten Kaderwert. Holstein gehört in die Kategorie der Vereine, die auf ein organisches Wachstum setzen. Was einfacher ist, wenn niemand von der Mannschaft einen Kampf um die Plätze an den europäischen Fleischtöpfen erwartet. Oder gar die Meisterschaft.

Interessant ist Holsteins Trainerhistorie: Markus Anfang, Tim Walter, Ole Werner, seit Oktober Marcel Rapp. Zwischen Walter und Werner mit André Schubert ein kurzer Fehlgriff. Anfang, Walter und Werner profilierten sich in Kiel und wechselten zu größeren und/oder höherklassigen Klubs. 2020/21 verfehlte der Klub den Aufstieg vielleicht nur auf Grund von Co-

rona und eines höchst unglücklichen Spielplans. Binnen viereinhalb Wochen waren acht Punktspiele sowie das Pokalhalbfinale gegen den BVB zu bestreiten. Diesen neun Spielen folgten dann noch die beiden Relegationsspiele gegen den 1. FC Köln.

Holstein ließ sich dadurch aber nicht zurückwerfen. Als der Klub Marcel Rapp als Trainer verpflichtete, war dieser weithin unbekannt. Rapp kam aus dem Nachwuchsbereich von 1899 Hoffenheim. Tim Walter und Ole Werner hatten eine ähnliche Biografie. Holstein legt offensichtlich Wert auf harte Arbeiter, Ausbilder und Bessermacher. Holstein ist ein Klub mit einer klaren Philosophie und entwickelt sich innerhalb von Leitplanken, die bei einigen anderen (und größeren) Traditionsvereinen fehlen. Oder gleich beim ersten Rückschlag wieder demontiert werden.

Was organisches Wachstum bedeutet, hat kein Verein besser vorgemacht als der SC Freiburg. Auch die Personalpolitik betreffend. Bevor Christian Streich im Januar 2012 die Profis übernahm, trainierte er die U19 des Klubs. Außerdem war er Co-Trainer bei den Profis. Sein Nachfolger ist nun Julian Schuster, zuvor Verbindungstrainer zwischen der U19, der U23 und Bundesligaprofis, aber auch Co-Trainer bei Letzteren. Freiburgs Wachstums erfolgte sukzessive und fast im Stillen. 2024/25 belegt man beim Kaderwert Platz 8. Der Sportclub ist heute ein Verein, den man in die obere Hälfte der Tabelle einordnet.

Für den Mittelstand in der Liga gilt: Stimmen Philosophie, Ausbildung,

Scouting und Kaderpolitik, dann kann man schon mal überperformen und die Tabelle aufmischen. Für einen Platz in der Gruppe der Top 6 wird es allerdings nur reichen, wenn mindestens einer der Etablierten stark unter den Erwartungen bleibt.

Nach dem Scheitern des schlecht kommunizierten und wenig attraktiven Investorendeals werden Bayern, der BVB und Co. auch in der kommenden Saison beklagen, dass die Bundesliga gegenüber der Premier League chancenlos sei. Für eine angeblich hoffnungslos abgehängte Liga schnitt die Bundesliga in den europäischen Wettbewerben ziemlich gut ab. In der Champions League und der Europa League stellte sie jeweils einen Finalisten.

Wodurch kann sich die Bundesliga von den Eliteklassen der anderen Länder abheben?

Und die Zuschauerzahlen zeigen: Die meisten Fans scheinen ohnehin nicht die Sorgen ihrer Klubbosse zu teilen. Mit der Premier League wird man finanziell nie auf Augenhöhe gelangen. In Sachen internationaler Vermarktung hat die englische Liga, bedingt durch die Geschichte des Empires und die Sprache, einen Vorsprung, den man bestenfalls verringern kann. Umso sinnvoller wäre es, verschärft darüber nachzudenken, wodurch sich die Bundesliga von den Eliteklassen der anderen Länder abheben könnte. Beispielsweise durch eine andere Verteilung ihrer Einnahmen, Fannähe und Nachhaltigkeit.

Die Attraktivität der Bundesliga ist ungebrochen. In der letzten Saison kamen im Schnitt 39.500 Zuschauer pro Spiel. Das war Platz eins in Europa – trotz Leverkusen, Hoffenheim, Heidenheim, Augsburg, Wolfsburg, Bochum, Berlin und Darmstadt, wo das Fassungsvermögen der Stadien lediglich 30.000 und weniger betrug. Und nicht alle der genannten Adressen gelten als attraktiv. Einige der größten Klubs mit großen Stadien und großem Zuspruch bereichern die 2. Liga. Bei der EM stellten die Zweitligisten vier der acht Stadien – mit dem Absteiger Köln waren es sogar fünf. In der Zuschauerartabelle befinden sich unter den Top 20 neun Zweitligisten. Unter den Top 10 sind es immerhin noch drei.

Die Vermarkter dürfte es nicht freuen, dass statt Hamburg, Schalke, Hertha oder Köln und Kiel und Heidenheim im Oberhaus spielen. Aber das ist Sport. Genauer: Es ist das, was uns vom Sport noch geblieben ist.



Die Bayern wollen eine Titelverteidigung verhindern Foto: Jan Huebner/imagoo

press-schlag

Wer hat Angst vor Demokratie?



Im braven Hoffenheim will man Hopp loswerden. Und auch sonst schöpft der Protest neue Hoffnung

Die Verantwortlichen der im Chaos versinkenden TSG Hoffenheim sind vor dem ersten Spieltag der Männer-Bundesliga hoch nervös. Gar einen Spielabbruch aufgrund von Schmähschreien der eigenen Fans gegen Dietmar Hopp malte man an die Wand. Das Fanlager im Stadion hat der Klub räumen lassen, um kritische Plakate zu verhindern – eine Maßnahme, die man sonst aus dem Arsenal von Autokraten kennt und die an anderen Standorten schwerlich durchsetzbar wäre. Wer wegen 40 protestierender Ultras alle öffentlichen Register zieht, muss das Volk wirklich fürchten.

Protest von innen ist im Dorfklub ungewohnt und unerwünscht, schließlich hat Hoffenheim seit jeder Dankbarkeit gegenüber Mäzen Hopp zur Maxime erhoben. Doch es regt sich Demokratie im Hoppschen Fürstentum. Schon vergangene Saison protestierten Fans gegen den mutmaßlich unlauteren Einfluss von Hopp-Kumpan Roger Witt-

mann und seiner Beratungsagentur Rogon. Daraus ist Grundsätzlicheres erwachsen: Der greise Monarch soll stürzen. Die Young Boys etwa fordern einen „transparenten Verein“ statt „Marionettenspiel von alten weißen Männern“. Freilich war die Intransparenz den meisten Fans gut genug, solange die Ergebnisse und der Fußball stimmten.

Trotzdem ist das bemerkenswert. Das einst gefürchtete Hoffenheimer Modell, die lokale Feudalherrschaft, ist längst vom Aufstieg der Multi-Klub-Ownerships überrollt. Der zunehmend erratisch agierende Hopp, der trotz offizieller Rückkehr zu 50+1 die Fäden in der Hand hält, ist ein Fossil auf einem Markt, wo Klubs als Assets in anonyme Portfolios wandern. Und wie bei so vielen alten Männern mit zu viel Macht geht es nur noch um Machterhalt: Interimspräsidentin Simone Engelhardt stammt aus Hopps SAP-Kosmos, der neue Kandidat Jörg Albrecht, Sinsheims Ex-Oberbürgermeister, gilt als Hopp-Marionette. Der perso-

nelle Kahlschlag in der Sommerpause, darunter gegen den bei Fans populären Geschäftsführer Alexander Rosen, könnte eine Implosion zu viel gewesen sein. Denn zur Wahrheit solcher egozentrischer „Lebenswerke“ gehört auch: Widerstand geht hier leichter als bei gut organisierten Großkapitalisten wie der City Group oder der Red Bull Group.

Die Verwerfungen in Hoffenheim fallen in eine interessante Zeit. Selten ist eine Männersaison mit so viel Protest gestartet. In Dortmund gegen Sponsor Rheinmetall, in Stuttgart stürzten in der Sommerpause Fans und Porsche das Präsidium um Claus Vogt, in Mainz protestieren Ultras gegen die Gleichgültigkeit des Klubs um Neuverpflichtung Kaishu Sano, der der sexualisierten Gewalt verdächtigt war, und gar in Leipzig liegt Red Bull mit Teilen der Fanszene im Clinch. Die dortigen drakonischen Kollektivstrafen (vorläufig keine Auswärtschoreos wegen Pyrotechnik) zeigen übrigens auch, welchen Unterschied es macht, wer

einen Klub regiert. Lange sah es aus, als ob die Entwicklung im Fußball nur in eine Richtung gehe: mehr Macht des globalen Kapitals. Tatsächlich wächst dessen Macht systembedingt immer weiter, weil das Wirtschaftsmodell des Fußballs vielfach nicht mehr trägt. Die offene Verachtung für lokale Faninteressen droht das Spiel zu zerreißen. Doch in den vergangenen Jahren haben Fans mehrfach Erfolge errungen. Auch, weil Fußballunternehmen im Gegensatz zur freien Wirtschaft nicht einfach missliebige Stimmen loswerden und den Standort wechseln können. Auseinandersetzung muss ausgetragen werden. Tatsächlich ist Protest präsent wie lange nicht. Gestalterischen Einfluss hat er weiterhin wenig und über punktuelle Aufreger kommt er kaum hinaus. Aber der Fall Hoffenheim zeigt: Wo Menschen wöchentlich zusammenkommen, entsteht irgendwann der Wunsch nach Mitsprache. Ohne Volkes Wille kann im Fußball niemand durchregieren. *Alina Schwermer*

traueranzeigen

„Demokratie ist eine Lebensweise und nicht eine Formel, die man in Gelee konserviert.“
Saul Alinsky

Wir trauern um unseren engagierten Mitstreiter und lieben Kollegen

Prof. Dr. Lothar Stock

* 16.07.1955 † 27.07.2024

Power to the people!

Lothar, daran hast du mit Beständigkeit, großem Wissen, Humor und Kollegialität gearbeitet.

Als leidenschaftlicher Vertreter einer kritischen GWA hinterlässt dein Tod an vielen Stellen eine große Lücke!

Wir vermissen dich!

Die Sektion Gemeinwesenarbeit der DGSA
Forum Community Organizing e.V.
BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

„das Patriarchat re-organisiert sich schneller als wir mit der politikwissenschaftlichen Analyse hinterher kommen ...“

Prof. Dr. Eva Kreisky

1944 - 2024

Wir trauern um unsere Kollegin, akademische Lehrerin, Freundin und Pionierin feministischer Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum. Sie hat als Professorin am OSI der FU Berlin und der Universität Wien mit ihrem Konzept vom Staat als Männerbund den Mainstream des Faches herausgefordert und einen Meilenstein für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung gelegt.
Wir haben eine streitbare Kollegin und Förderin verloren.

Im Namen der „OSI-Dozentinnengruppe“

Sünne Andresen • Sabine Berghahn • Elke Biester • Angelika Ebrecht-Laermann
Christel Faber • Carol Hagemann-White • Barbara Holland-Cunz
Teresa Kulawik • Sabine Lang • Claudia Neusüß • Birgit Sauer • Regina Steinhauer
Jasmin Touati • Ulrike C. Nikutta-Wasmuht • Gabriele Wilde • Brigitte Young

Bernd Heiter

26.08.1963 – 18.04.2016

Wir vermissen Dich.

taz blogs

Wie tickt die taz? Das Blog aus und über die taz mit Innenansichten, Kontroversen und aktuellen Entwicklungen. Die taz ist kein abgeriegelter Komplex – die taz gehört ihren Leserinnen und Lesern, sie versteht sich als Zeitung, die Debatten führt und auch den eigenen Standpunkt reflektiert. taz.de/blogs/hausblog

finanzen

du gibst direktkredit. wir machen plenum.

Stärke jetzt bezahlbaren Wohnraum und Soziokultur in Köln mit deinem Direktkredit oder einer Spende.
www.lc36.org/direktkredite

bücher

LESEN SIE BLAU

BÜCHER aus Europa

edition.fotoTAPETA www.edition-fototapeta.eu

stellenmarkt

taz

Die EDV der taz sucht sobald wie möglich eine **Abteilungsleitung**

Deine Aufgaben

- Strategische Leitung des Bereichs EDV
- Personalverantwortung und Abteilungsorganisation
- Entscheidungsprozesse und Arbeit im Team strukturieren
- Präsentation der EDV gegenüber Gremien und Geschäftsführung
- Verbindliche Strukturen schaffen und einfordern

Dein Profil

- Informatiker:in mit einschlägiger Erfahrung in den Bereichen Service & Administration, Betriebssystem-Plattformen, Software-Entwicklung, Apps und Online
- Fähigkeit zu Organisieren und Moderieren
- Transparente Kommunikation fördern
- Hartnäckigkeit & Frustrationstoleranz, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität

Wir bieten

- Unbefristete Stelle in Vollzeit (36,5 Stunden)
- Homeoffice in begrenztem Umfang
- Bezahlung nach taz-Vergütungsvereinbarung mit Verantwortungszulage
- Arbeit in einem politisch motiviertem Umfeld mit vielfältig interessanten Menschen

Weitere Informationen zur Stelle und Bewerbung:
<https://taz.de/edvleitung>

sonstiges

„Stellen Sie sich vor, was es bedeutet ...“

... von einem Tag auf den anderen Handy, Internet und Laptop, abgeschnitten zu sein, dann ist eine Tageszeitung wie die Wasserquelle in der Wüste.“
Gefangener JVA Mannheim

Bitte spenden Sie die »taz« zum Preis von 41,80 € monatlich, 250,80 € halbjährlich, 501,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »taz«
www.freiabos.de

Photo © Lena Sophie Zeller

RETTET DIE WAHLEN

Wahlen im Osten: Wir schauen genau hin und berichten von vor Ort. Wie ist die Lage in Thüringen, Sachsen und Brandenburg? Was steht auf dem Spiel? Woher kommen die Stimmen? Wohin weisen die Ergebnisse? Lesen Sie es nach in der wochentaz.

taz zeitung für morgen

10 WOCHEN NUR 10 EURO
taz.de/entscheidung



Die „Schwäbische Zeitung“ sieht sich selbst als bürgerlich-liberal-christlich
Foto: Joachim E. Röttgers/
imagebroker/
picture alliance

Rechtsruck in Ravensburg

Populistische Texte, Interviews mit Extremisten und der Tod des Chefredakteurs – warum geht es bei dem Kurswechsel der „Schwäbischen Zeitung“? Ehemalige und derzeitige Mitarbeiter*innen berichten

Von Nicholas Potter

Christlich und konservativ: Das war die *Schwäbische Zeitung* schon immer. Doch in den vergangenen Monaten rückt die Regionalzeitung aus Ravensburg immer weiter nach rechts, berichten ehemalige und derzeitige Mitarbeiter*innen der taz.

Das zeigt sich etwa an einem Interview mit Hans-Georg Maaßen vom 21. Juli. Schon in der Überschrift darf der Ex-Verfassungsschutzchef, der sich seit dessen Rauswurf im November 2018 immer wieder rechtspopulistischer und verschwörungsideologischer Narrative bedient, behaupten, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sei „die größte Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie“.

Die Aussage bleibt im Gespräch unwidersprochen, Maaßen behauptet, Faeser würde „der linksextremen Antifa nahe stehen“. Im Rest des Interviews darf er die Kernfragen der Querdenken-Blase aufgreifen („Was wusste die Bundesregierung? Woher kamen die Coronaviren wirklich?“). Und die Falschbehauptung verbreiten, die ihn einst den Job gekostet hat: Es sei eine „Lüge“, dass es 2018 in Chemnitz rassistische Hetzjagden gegeben habe.

Und die *Schwäbische Zeitung*? Sie stilisiert Maaßen als Opfer der Affäre: „Sie sind damals hart angegangen worden [...]. Waren Sie im Nachhinein überrascht, wie sehr Sie von einem Großteil der Medien und dann auch von der Politik in die rechte Ecke abgestempelt worden waren?“

Eine Reihe weiterer fragwürdiger Texte, Interviews oder redaktioneller Entscheidungen sorgten auch intern für scharfe Kritik. Vor allem der überregionale Teil der Zeitung fällt zunehmend mit populistischen Positionen auf.

Die taz hat mit mehreren Mitarbeiter*innen gesprochen.

Manche haben inzwischen gekündigt, andere überlegen, die Zeitung zu verlassen. Sie alle wollen anonym bleiben – aus Angst vor beruflichen Konsequenzen. Ihr Urteil ist eindeutig: Das Blatt, für das sie gerne geschrieben haben, ist nicht mehr dasselbe.

„Über diesen Rechtsruck wird kaum geredet“, sagt eine. Eine andere: „Es gibt einen Ruck zu rechtspopulistischen Inhalten, die wir als Belegschaft mit großer Sorge sehen.“ Ein dritter spricht von einem „verschwörerischen und populistischen Unterton“, der eine bestimmte Zielgruppe triggern soll: „Flankiert wird das durch Interviews mit neurechter Prominenz, die Gefälligkeitsjournalismus darstellen.“

Im Jahr 1945 wurde die *Schwäbische Zeitung* gegründet, herausgegeben vom Schwäbischen Verlag. Die „Tageszeitung für christliche Kultur und Politik“ ist eines der größten Blätter Baden-Württembergs mit rund 130.000 Abonnent*innen – mehr als die taz hat. Sie wurde mehrfach ausgezeichnet, darunter renommierte Journalistenpreise. Doch sie ist von den Herausforderungen der Branche betroffen: Die Abozahlen sinken, die Kosten steigen.

Lutz Schumacher soll die Zeitung wieder auf Kurs bringen: Im Januar 2020 wechselte der Geschäftsführer vom mecklenburg-vorpommerischen *Nordkurier* zum Schwäbischen Verlag, ein Jahr später wurde der Verlag zum alleinigen Gesellschafter der Nordkurier Mediengruppe, nachdem er schon seit über 30 Jahren zu einem Drittel daran beteiligt gewesen war.

Schumacher spricht in Interviews von einer „digitalen Transformation“ – auch der Kauf des *Nordkuriers* gehört dazu. Statt digitale Abos will er auf Reichweite setzen, die Bezahlschranke der Onlineseite

wurde inzwischen abgeschafft. An einer „Klick-Schlacht“ wolle er sich aber nicht beteiligen.

Die Realität sieht bisher anders aus: Im Juni veröffentlichte die *Schwäbische Zeitung* das ungekürzte und unverpixelte Video des tödlichen islamistischen Messerangriffs in Mannheim, bei dem ein Polizist ermordet wurde. Bis heute ist die Aufnahme online. Vier Personen haben sich inzwischen über das Video beim Deutschen Presserat beschwert, der sich nun mit dem Fall beschäftigen wird, heißt es auf taz-Anfrage. Auch Mitarbeiter*innen üben Kritik. Und die Chefredaktion der *Schwäbischen Zeitung*? Sie will die redaktionelle Entscheidung nicht kommentieren.

Doch auffällig ist vor allem der politische Kurswechsel des Blatts, denn das Maaßen-Interview war kein Ausrutscher: Im Mai durfte der AfD-Politiker Maximilian Krah, Spitzenkandidat der rechtsradikalen Partei bei der Europawahl, auf einem prominenten Platz in der Zeitung ausführlich zu Wort kommen. Kurz zuvor wurde dessen Mitarbeiter wegen mutmaßlicher Spionage für China festgenommen, Krah soll zudem Geld aus Russland erhalten haben. Kritische Nachfragen? Nicht wirklich.

Ähnlich unkritisch verliefen Interviews mit den AfD-Chefs Alice Weidel und Tino Chrupalla. Grünen-Chef Omid Nouripour wiederum musste sich im Juni dafür rechtfertigen, dass seine Partei „besonders gegen „rechts“ kämpfe – mit „rechts“ in Anführungszeichen. Der Interviewer, Mitglied der Chefredaktion, wirft der grünen Partei vor: „Teile der Grünen haben Schwierigkeiten mit zu viel Nationalstolz.“

Es entsteht das Bild einer Zeitung, deren Kernthemen sich zunehmend wie bewusst gewählte Triggerthemen lesen, die Klicks generieren sollen, ob Gendern oder Corona-

politik. Und diese Wende führen manche Kritiker*innen auf einen Mann zurück: Jürgen Mladek, der im April 2022 vom *Nordkurier* zum Co-Chefredakteur der *Schwäbischen Zeitung* wechselte und dann zum Leiter des neuen „Editorial Boards“ ernannt wurde, der die Chefredaktionen beider Zeitungen ersetzte.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde der *Nordkurier* unter seiner Aufsicht zu einem Querdenken-nahen Blatt. Mit al-

„

Einige langjährige Journalist*innen haben die Zeitung inzwischen verlassen

len reden und dabei bloß nicht zu kritisch sein – so schien seine Devise zu sein. Auch mit Rechtsradikalen, Querdenkern oder Pseudowissenschaftler*innen.

Mit diesem Kurs soll er mit seiner neuen Redaktion in Ravensburg aneinandergeraten sein. Er habe die *Schwäbische Zeitung* zu einem „Abklatsch des *Nordkuriers*“ gemacht, berichtet eine Redakteurin der taz.

Ende Juni beschrieb ein Artikel des *Medieninsiders* die Zustände bei der *Schwäbischen Zeitung* unter Mladek: Die Stimmung sei

„massiv verschlechtert“, berichten Mitarbeiter*innen dem Portal, er falle auf mit „kruden Ansichten“. Auch ein SWR-Artikel von Anfang August zitiert Mitarbeiter*innen: Es gebe eine Offenheit für rechtspopulistische Themen. Einige langjährige Journalist*innen haben deshalb die Zeitung inzwischen verlassen, wie Katja Korf, Mitglied der Chefredaktion, oder Michael Wollny, Leiter der Onlineredaktion. Mit einer Austrittsprämie wollte Geschäftsführer Schumacher rund 40 Stellen abbauen. Am 13. August schrieb der Verlag in einer internen E-Mail, die der taz vorliegt, dass dieses Ziel schon frühzeitig erreicht worden sei.

Eine Wende in der Geschichte: Am 10. Juli starb Jürgen Mladek plötzlich im Alter von 56 Jahren. Der rechte Rand trauerte mit: „Deutschlands mutigster Chefredakteur während der Corona-Pandemie“, hieß es in der Überschrift eines Nachrufs beim rechtspopulistischen Portal *Nius*, verfasst von Mladeks früherer *Nordkurier*-Kollegin Simone Schamann. Auch die rechtsnationale *Junge Freiheit* fand für Mladek glühende Worte, nannte ihn einen „glorreichen Halunken“. Der rechte Desinformationsblogger Boris Reitschuster schrieb: „Ein Journalist, wie ich mir Journalisten seit meiner Kindheit immer vorstellte.“

Inhaltlich ändert sich nach Mladeks Tod wenig. Gabriel Kords, sein Nachfolger als *Nordkurier*-Chefredakteur, übernimmt die Leitung des Boards beider Zeitungen. Ex-*Nius*-Chef Jan David Sutthoff ist stellvertretender Chefredakteur. Hinzu kommt ab dem 1. September Philippe Debionne, ehemals *Berliner Zeitung*, der sich in einer Videoschleife für Redaktionsmitglieder am 12. August als „Sprössling der altherwürdigen Mladek-Journalisten-Schule“ bezeichnet haben soll.

„Das Editorial Board hat sofort nach Mladeks Tod klargestellt: Es ändert sich gar nichts“, sagt eine Redakteurin. Sie fragt sich, ob der publizistische Kurswechsel Teil einer Strategie sei, Reichweite zu generieren. Und sie ist nicht die Einzige. „Die Strukturen werden als mediales Vehikel genutzt werden, um über Clickbait und Skandalisierung digitale Reichweite – und Stimmung – zu machen“, sagt ein anderer Mitarbeiter. „Es steckt also auf unternehmerischer Seite eventuell auch reiner ökonomischer Opportunismus dahinter.“

Michael Seidel, Kommunikationsleiter des Schwäbischen Verlags, weist diese Sichtweise vehement zurück und wirft der taz eine „tiefgreifende Unkenntnis der Materie“ vor. Einen Kurswechsel gebe es nicht. Chefredakteur Gabriel Kords beschreibt die Zeitung als „seit jeher bürgerlich-liberal-christlich“, Populismus lehne sie ab. Beide bestreiten stark, dass die Zeitung sich in eine „rechte“ verwandelt habe. Und hinter dem Kauf des *Nordkuriers* stünde keine politische Entscheidung, sondern „schwäbisches Unternehmertum“.

Eine Erklärung für den Kurswechsel, den es offiziell nicht gibt, bietet Kords dennoch: „Die Chefredaktion hat zuletzt etwas stärker darauf geachtet, in der Berichterstattung tatsächlich alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen abzubilden und möglichst auch zu erreichen – darunter auch solche, die von den meisten großen Medien in den vergangenen Jahren nicht immer überzeugend erreicht worden sind.“ Zumindest manche Leser*innen der *Schwäbischen* sind von ihrer Zeitung nicht mehr überzeugt. Eine, die sie seit 20 Jahren abonniert hat, sagt: „Sie wird immer tendenziöser, immer populistischer.“ Meinungsvielfalt sieht anders aus.



Anne Haeming
Der Wochenendkrimi

Die Nordsee-Insel, mit guter Aussicht und ganz ohne Austern

Ganz ehrlich, wer will denn noch nach Sylt? Auch ohne die ekelhaft selbstverständliche Reiche-Nazis-Party unlängst. Aber selbst wenn es über 30 Jahre her ist, dass man zum ersten und letzten Mal dort war, und nichts, wirklich nichts auch nur annähernd verlockend wirkt an dieser zum Klischee geronnenen Insel: Als Szenerie für die ZDF-Krimi-Serie „Nord Nord Mord“ ist sie wirklich nicht übel. Vor allem, weil der ganze Blingbling-Klimbim hier immer nur am Rande auftaucht, wenn überhaupt.

Und das seit fast 15 Jahren. Das muss man auch erst mal schaffen. Die Ermittlungstruppe, bestehend aus Feldmann (Oliver Wnuk), Kollegin Ina Behrendsen (Julia Brendler) und Chef Sievers (Peter Heinrich Brix) ist derart unaufgeregt, geradezu hemdsärmelig lokalverbunden, dass es sehr leicht ist, das gängige Austern-Hummer-Schampus-Trara zu verdrängen.

Was für ein Glück, dass diese Serie (inklusive der ersten acht Folgen mit dem wirklich überflüssigen Robert Atzorn als Chef Clüver, sorry) in der Mediathek rumsteht. Und dass hier auf diesem Kolumnenplatz endlich mal Raum ist, jenseits von Programmaktualitäten mit zigtausend blinkenden Neonpfeilen darauf hinzuweisen.

Wir wissen's doch alle: Es lässt sich bei all den internationalen Streaming-Knallern so leicht vergessen, dass es sie im deutschen TV-Serienkosmos wirklich noch gibt: diese raren Perlen, die so reich erzählt sind, mit dreidimensionalen Figuren, fantastisch gespielt obendrein, dass es vollkommen wumpe ist, wie oft man welche Staffel schon angeschaut

Ehrlich, niemand muss selbst nach Sylt. Die Fernsehversion ist vermutlich an Charme eh nicht zu übertreffen

hat. Oder welche Folge man wahllos antippt, um so heiter wie möglich durch nervige Sommergrippetage zu kommen oder sich beim Steuererklärungsmachen bestens unterhalten zu fühlen.

Eine kleine Fernsehkrimiwelt also, an der wirklich nix nervt, in der das Stammensemble sein darf, wie es ist, in immer neuen Facetten.

Wer also schon 17-mal „Mord mit Aussicht“ angeschaut hat, jene andere Perle, mit der jahrelang unschlagbaren ersten Besetzung (Caroline Peters, Petra Kleinert, Bjarne Mädel, Meike Droste, logo; nicht der nigelnagelneue Neuaufguss): „Nord Nord Mord“ ist eine Alternative.

Und ja, das ist eine pauschale Empfehlung, wie gesagt, es geht nicht um einzelne Folgen, sondern ums große Ganze. Um die freundschaftliche Dynamik zwischen Feldmann und Behrendsen, die beste TV-Ermittlungsduo-WG neben Odenthal und Kopper, einst drüben beim Ludwigshafener „Tatort“. Um die grummelnd-wortarme Selbstreflexion von Chef Sievers.

Um die spürbare Priorität, selbst die Neben- und Episodenrollen wertschätzend zu besetzen, mit Victoria Trauttmansdorff, mit Heinz Erhardt's Enkel Marek Erhardt, Henning Baum, Juliane Köhler. Und um die Fälle, die gerne die Alltäglichkeit von Existenzziellem zeigen, zwischen Kitesurf-Truppen, Touris, Landwirtschaft und Hotelgewerbe. Zwischen windumtostem Strand, graugrünen Dünen und gischt-schäumendem Meer, zwischen Fähre und dem unvermeidlichen Autozug.

Ehrlich, niemand muss selbst nach Sylt. Die Fernsehversion ist vermutlich an Charme eh nicht zu übertreffen. Dass Chef Sievers mit dem Rad zwischen Tatorten und Dienststelle hin und her zuckelt, die anderen mit einem olivfarbenen Lada Niva, ist sicher der spannendste Gegenentwurf zum real gelebten Klischee. Und vielleicht gibt's demnächst ja auch eine Folge im Nazi-Setting.

„Nord Nord Mord“, in der ZDF-Mediathek

serie

Einsichtslose Romantikerin

Wenig Tiefgang, trotzdem sehenswert: Die vierte Staffel „Emily in Paris“

Natürlich ein Baguette in der Hand und eine Baskenmütze auf dem Kopf: Emily Cooper (Lily Collins), eine junge Amerikanerin, wird für ihre Arbeit in einer Marketingfirma in der ersten Staffel nach Paris versetzt, um frischen Wind aus den USA in die französische Niederlassung zu bringen.

Die Serie „Emily in Paris“ von der Regisseurin Darren Star begleitet Emily bei ih-

ren beruflichen Herausforderungen, ihren Versuchen, sich an das Leben in einer neuen Kultur anzupassen, und ihren persönlichen Abenteuern in der Stadt der Liebe.

Apropos Liebe: die kommt natürlich auch nicht zu kurz. Ihr Nachbar Gabriel (Lucas Bravo) hat es Emily seit Tag angetan. Doch er ist mit Camille liiert, die zudem Emily's Freundin ist. Im Französischkurs trifft sie dann auf Alfie, einen britischen Banker, der Paris nicht ausstehen kann – damit ist das

Liebesdreieck perfekt. Das Finale der dritten Staffel war ziemlich dramatisch: Camille und Gabriel wollten heiraten. Doch kurz vor dem Ja-Wort ließ sie ihn am Altar stehen. Er und Emily seien ja seit ihrer ersten Begegnung ineinander verliebt.

Doch das war nicht die einzige Überraschung: Camille ist schwanger. Dann ist Schluss. Zuschauer*innen mussten sich gedulden: Wie geht es weiter in diesem Ménage-à-trois-Drama?

Nun sind die ersten Folgen der vierten Staffel draußen und es stellt sich schnell heraus: Emily ist weiterhin ihre eigene Priorität und auch das klischeehafte Frankreichbild wird beibehalten. Zwar werden hier und da auch mal ernstere Themen angerissen, etwa #Me-Too und Machtmissbrauch. Die Vermarktung von Gleitgel, welches den „Glass Skin“-Trend aus Südkorea nach Paris bringen soll, erscheint dann aber irgendwie doch wichtiger.

Trotzdem, wer Emily bis hierhin treu geblieben ist, wird auch in dieser Staffel nicht enttäuscht. Die Serie hatte nie den Anspruch, wirklichkeitsnah zu sein, und genau darin liegt ihre Stärke: Sie bildet das Paris ab, das wir uns in unseren kitschigsten Träumen ausmalen. Daher ist es eine Empfehlung für alle, die genau das brauchen, um dem grauen Alltag für eine Zeit zu entkommen. Wer auf der Suche nach Tiefgang ist, sollte vielleicht besser weitersuchen.

Janice Lieb

„Emily in Paris“, 4. Staffel auf Netflix

Emily Cooper nimmt sich selbst am wichtigsten
Foto: Netflix



internetphänomen

Rebellischer Teenager

Ein neues Tool von ChatGPT bewertet Inhalte von Instagram-Profilen – auch das der taz

Ein nerviges Kind, das ungefragt auf Partys über Politik redet. So beschreibt Insta Guru den Instagram-Account der taz. Dabei wolle er eigentlich der „rebellische Teenager unter den deutschen Medien sein“. Das ist erstaunlich lustig für eine Künstliche Intelligenz und trifft auch noch zu.

Seit ein paar Wochen kann man das Social-Media-Profil von Insta Guru mit einem neuen KI-Werkzeug des beliebten Chatbots ChatGPT „roasten“ lassen. Dafür muss man Screenshots seines Profils zur Verfügung stellen und fragen: Kannst du meinen Account so richtig fertig machen? Dann bewertet die KI die Beiträge (bei der taz: „Quantität über Qualität“), die Profilbeschreibung

(„Du nennst dich selbst radikal? Mutig“) und Dinge wie die Themenmischung und das Farbschema. „Eine Pfote gehört auf eine Tierfuttermarke, nicht auf eine Zeitung.“

Tja, und warum das Ganze? Manche Leute stehen einfach drauf, mal so richtig fertiggemacht zu werden. Das scheinen nicht wenige zu sein. In den letzten Wochen haben auf Instagram viele die Ergebnisse der „Roasting-Challenge“ gepostet. Man kann die KI sogar fragen, ob sie „noch härter“ beim Fertigmachen sein kann. Künstliche Intelligenz als Werkzeug zum Heruntermachen hat aber nicht ChatGPT erfunden. So gibt es seit ein paar Jahren ein Tool der Datenjournalismus-Plattform „The Pudding“, das testet, „wie schlecht“ der Musik-

geschmack bei Spotify ist. Manche nutzen den neuen Insta Guru vielleicht auch, weil sie wirklich wissen wollen, wie ihr Profil von außen wirkt.

Gut, dass Insta Guru dann auch noch nützliche Tipps zur Verbesserung bereitstellt. Bei der taz empfiehlt die KI etwa, leichtere Inhalte mit den schweren Themen zu mischen. OpenAI dürfte sich auch die Hände reiben, denn während alle ihren Spaß haben, bekommt das Unternehmen ganz automatisch Instagram-Profile als Trainingsdaten für ihre Künstliche Intelligenz. Was mit den Daten passiert? Keine Ahnung.

Ann-Kathrin Leclère

Insta Guru, bei ChatGPT

doku

Trotziger Großkotz

Arte würdigt den verstorbenen Alain Delon mit Filmen und Dokumentationen

Allein an einer Straßenecke zu stehen und auf niemanden zu warten, das ist Power“, hat der Beat-Poet Gregory Corso einmal das cool-urbane Lebensgefühl der letzten Nachkriegszeit auf den Vers gebracht.

Corso, 1930 geboren, war fünf Jahre älter als der nun verstorbene französische Schauspieler Alain Delon. Zu dieser Generation gehören auch die globale Ikone James Dean (geboren 1931) und wenn wir einen Blick ins Deutschsprachige wagen wollen, Horst Buchholz (geboren 1933): Drei bei aller Relativität des Schönheitsbegriffs blendend aussehende und eher zarte, gendernmäßig schillernde Schauspieler, denen etwas Unkriegerisches anhaftete, eine Abneigung gegen Kollektive, eine kindliche Trotz- und Großkotzigkeit auch.

Anlässlich des Ablebens von Delon hat Arte ein paar dokumentarische Beiträge und zwei Spielfilme ins Programm genommen, leider nicht die besten („Rocco und seine Brüder“, „Nur die Sonne war Zeuge“, „Der Leopard“, die Filme von Regisseur Jean-Pierre Melville); aber auch in „Wie Raubkatzen“ und „Lautlos wie die Nacht“ zeigen sich Delons Qualitäten, seine natürliche Präsenz und Eleganz, die nie über das Aggressionspotenzial hinwegtäuschen sollte, das diesen Männern innewohnt und es dann doch im-



Alain Delon (r.) in „Lautlos wie die Nacht“ (1963) mit Jean Gabin Foto: imago

mer wieder tut. „Lautlos wie die Nacht“ ist dabei ein typischer 60er-Jahre-Film, alles ist modern, aber bevor es zum Sex kommt, geht das Licht aus. Die Gangsterstory ist spannungsmäßig okay, das eigentliche Ereignis ist sie aber nicht, ist auch nicht Delons durchaus gelungene Verkörperung des jugendlichen Taugenichts und Delinquenten. Es ist ein anderer Typ Mann, die franzö-

sische Ikone Jean Gabin, der alle Aufmerksamkeit auf sich zieht, der nicht nur hart wie ein Fels ist, sondern auch cool wie ein Eisberg. Das wird in der wunderbaren Schlusszene deutlich: Da ist dann ein Bubi zu sehen – und ein Mann.

Ambros Waibel

„Lautlos wie die Nacht“, in der Arte-Mediathek

Gaza und der doppelte Boden



Israelische Soldaten sichern einen Tunnel, den die Hamas für ihren Überfall auf Israel im Norden von Gaza genutzt hat
Foto: Noam Galai/getty images

Untergrund und Unbewusstes. Was das Tunnelsystem der Hamas über den Tunnelblick der Organisation aussagt

Von **Caroline Fetscher**

Die islamistische Terrororganisation Hamas kam im Gazastreifen 2007 an die Macht. Gaza erhielt Millionen an Hilfsgeldern. Wenig kam der Bevölkerung zugute. Vieles floss, buchstäblich, in den Untergrund, in eine Parallelstruktur unter der Erde.

Sie hätten in die Höhe bauen können, mit Licht und Luft. Stattdessen haben sie sich in den Erdboden eingegraben. Auch das ist Teil der Tragödie von Gaza.

Dem herrschenden Kopf der Hamas ist das durchaus bewusst. Jahia Sinwar sagte einmal einer italienischen Journalistin, „aus Gaza könnte Singapur werden oder Dubai“, es gebe in der jungen Generation der Palästinenser genug Brillanz und Esprit. Sogar Frieden mit Israel schien ihm damals, 2018, denkbar. Dazu wollte er es dann aber doch nicht kommen lassen.

Jahia Sinwar gilt als der Planer der „Operation Al-Aqsa-Flut“. So lautet der Codename für den Überfall der radikal-islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, als 1139 Männer, Frauen und Kinder maskiert und 240 Menschen nach Gaza verschleppt wurden.

Getrieben waren die Verbrechen von der größtenwahnsinnigen Fantasie, Israel auszulöschen, wie das die erste Charta der Hamas beschwor. Der Massenmord wollte eine eliminatorische Fantasie in Realität übersetzen.

Seit dem 7. Oktober wurde Sinwar öffentlich nicht mehr gesehen. Er soll abgetaucht sein in den Untergrund, was wörtlich zu verstehen ist. Offenbar hält er sich in dem weitverzweigten Tunnelsystem auf, das die Hamas unter der Erde des Gazastreifens angelegt hat. Auch „Gaza Metro“ genannt beherbergt es Führungsriege der Hamas, die selten auf der Erdoberfläche zu sehen sind, und es dient jetzt auch als Kerker für die Geiseln.

Sinwar, der mehr als 20 Jahre in israelischen Haftanstalten verbracht hatte, bis er 2011 durch Geiselnahme und Erpressung freikam, weiß, dass er nicht nochmal freikäme, würde Israels Ar-

mee ihn entdecken. Inhaftiert worden war er wegen der Ermordung von Palästinensern. Im Gefängnis hatte er Hebräisch gelernt, Bücher der Feinde studiert und einen palästinensischen Heldenroman verfasst. Daneben soll er weitere Morde an „Verrätern“ im Gazastreifen in Auftrag gegeben haben. Prägend dürfte damals die Erfahrung gewesen sein, dass und wie sich Macht auch aus der Distanz ausüben lässt.

Unter der Erde hat Sinwar seine Autorität auch den Entführten demonstriert. Eine freigekommene, 85 Jahre alte Friedensaktivistin schilderte einer israelischen Zeitung, wie Sinwar wenige Tage nach dem Massaker eine Gruppe der in den Tunnels festgehaltenen Israelis aufgesucht und sich bei den unter Schock stehenden nach ihrem Befinden erkundigt hatte.

Die unterirdische Regierung

Der Bau der Tunnels hatte als Geheimaktion begonnen. Jihad al-Saftawi, Autor eines Fotobands über Gaza, berichtete Anfang 2024 im *Time Magazin*, wie seine Familie 2013 die Bauphase mitbekam. Ein Tunneleingang lag direkt unter dem Neubau im Norden von Gaza,

Propagandavideos der Hamas verströmen Partisanenflair

für den seine Eltern lange gespart hatten. In den Nächten hörte die Nachbarschaft seltsame Geräusche und sah seltsame Dinge. Lastwagen rollten an, maskierte Männer verhängten Baustellen mit Planen, die Erde vibrierte, gedämpfter Baulärm drang aus Schachtöffnungen.

Jihad und sein Bruder Hamza entdeckten eine Stahltür und fragten einen der Maskierten nach dem Zweck der Arbeiten. Keine Sorge, habe der gesagt, es würden bloß Waffenarsenale

angelegt und Schutzräume geschaffen, für den Fall einer israelischen Invasion.

Tausende Bewohner des Gazastreifens werden Ähnliches erlebt haben, an Hunderten von Baustellen. Schmugglertunnel hatte es an den Grenzen des Gazastreifens schon lange gegeben. Aber das war neu: die Anlage einer unterirdischen Struktur solchen Ausmaßes, die als militärisches Hauptquartier und Interims-Regierungssitz dient.

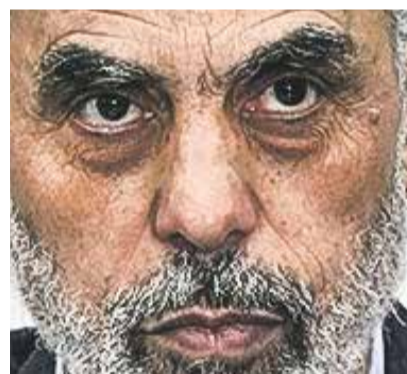
500 Kilometer Tunnelnetz

Die Hamas habe den Untergrundkrieg neu erfunden, urteilte die Völkerrechtlerin Daphné Richemond-Barak im Juni in der Zeitschrift *Foreign Affairs*. Vergleichbar sei das Tunnelsystem weder mit den Schützengräben des Ersten Weltkriegs noch mit den Tunnels, die al-Qaida in Mali oder der IS in Syrien und im Irak nutzten. Am ehesten seien die Gazatunnels vergleichbar mit unterirdischen Kommandozentralen von Staaten. Von nichtstaatlichen Akteuren wie einer Terrororganisation kannte man Ähnliches bisher nicht.

Auf eine Länge von 500 Kilometern wird das Tunnelnetz geschätzt. Allein für den Beton wurden zigtausend Säcke Zement und Sand verbraucht. Gewölbe und Räume sollen stabil und einsturzicher sein, manche Tunnel breit genug für Jeeps. Zur Infrastruktur gehören Strom und Wasser, Beleuchtung und Belüftung. Kabelstränge laufen die Wände entlang, Kabelbündel hängen von den Decken.

Israels Armee berichtet von mehreren Ebenen, teils bis zu zwanzig Meter tief und verbunden mit Fahrstühlen. Es gibt Internet, Waschräume und Duschen, Küchen, Vorratskammern, Schlafplätze, Konferenzräume, Waffenlager und Waffenfabriken. Einstiegsrampen dienen als Abschussrampen.

Der Gazastreifen hat eine physische Parallelstruktur. Auch darum ist es für Israels Armee eine extreme Herausforderung, die Hamas zu entmachten und zu entwaffnen. Das verhältnismäßig kleine Gelände des Gazastreifens ist doppelt vorhanden, oberirdisch und



Hamas-Führer Jahia Sinwar Foto: ap

unterirdisch, sichtbar und unsichtbar. Angriffe auf die Tunnelstruktur sind statisch riskant. Und sie könnten noch lebende Geiseln gefährden.

Propagandavideos der Hamas verströmen Partisanenflair. Sie präsentieren das unterirdische Innere als eine Art Bergwerk und Werkstatt des Terrors. Zu sehen sind vermummte Männer mit Munitionsgürteln und Handfeuerwaffen, wie sie Mörser oder Panzerfäuste schleppend durch gewölbte Gänge eilen, in denen Fahnen der Hamas hängen. Eingebildet ist das Logo des militärischen Arms der Hamas und dessen Netzadresse www.alqassam.net.

In einer Szene drängen sich Terrorkrieger um die Luftaufnahme einer Stadt. In einer anderen hocken Vermummte als Kriegsrat im Kreis, schwer bewaffnet, mit Headcams auf den schwarzen Mützen. Über ihren Köpfen ein Bild der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Israels Armee hat Ausschnitte der Videos auf YouTube eingestellt. [www.youtube.com/watch?v=LSkWt6Hwb_A]

Das Tunnelnetz hat viele Millionen gekostet, die nicht zuletzt aus Hilfsgeldern westlicher wie arabischer Staaten kamen. Bei Schmuggel und Schwarzhandel kassierte man im Untergrund hohe Mautgebühren für die Passage. Ein Direktor der Hilfsorganisation World Vision gestand vor Gericht, dass er an die Hamas rund 45 Millionen Spendendollars weitergeleitet hatte. Auch damit wurden Militärgerät und Baumaterial beschafft.

Unmengen an Ressourcen, die dem zivilen Aufbau über der Erde dienen sollten, wurden zweckentfremdet und versickerten buchstäblich im Boden.

Skulpturenpark einer Diktatur

Bauprojekte, die der Bevölkerung Ressourcen entziehen, sind typisch für Diktaturen. Selten allerdings so flächendeckend und dysfunktional. Albanien ist ein weiteres Beispiel. Das Land war übersät mit kleinen und großen Kuppeln aus grauem Beton, als hätte das Erdinnere Blasen geworfen, die sich verhärtet hatten.

Sie lagen in Hinterhöfen, auf Viehweiden, an Flussufern, in Städten, alle hatten Öffnungen wie Schießscharten. Jedem im Land hatte der kommunistische Diktator Enver Hoxha einen Platz im Bunker versprochen, 700.000 Bunker für die 3 Millionen Einwohner entstanden, teils durch Tunnels verbunden.

Albanien glich einem gigantischen Skulpturenpark der politischen Paranoia, denn Hoxha fürchtete die Invasion durch Feinde, die niemals kamen. Der wahre Feind war die eigene, bizarre Ideologie, die sich im Wortsinn eingebunkert hatte. Nach der Diktatur besprühten Leute die Bunker mit Graffiti, nutzten sie als Ziegenstall, Weinkeller und Discos, für Brennholz oder Abfall. Inzwischen sind die meisten abgerissen und in Tirana wirbt ein Bunkermuseum mit dem Wahn- und Gruselfaktor auch der Tunnelgänge.

Der Tunnelblick von Gaza

Gazas unterirdische Welt ist real. Zugleich ist sie sinnbildliche Manifestation einer unterirdischen Ideologie, die destruktiv ist und dystopisch, deren politischer Diskurs dominiert ist von Märtyrertum, Morden und Opfern.

Das *Wall Street Journal* berichtete über vertrauliche Nachrichten, in denen Sinwar zivile Opfer im Gazastreifen begrüßt, sie brächten „frisches Blut

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

in die Adern der Nation“. Als im April 2024 drei Söhne des Hamas-Führers Ismael Haniyeh im Gazakrieg starben, verkündete das Politbüro der Hamas, er „danke Allah für die Ehre, dass sie als Märtyrer sterben durften“.

Schon den Schulkindern in Gaza werden „Märtyrer“ als Helden und Vorbilder präsentiert und auch in den Medien ist die Propaganda der Vernichtung ubiquitär.

Wenn aber zum Selbstverständnis einer Gruppe die Auffassung gehört, der eigene Nachbar habe kein Existenzrecht und dürfe vernichtet werden – was die frühe Charta der Hamas über Israel besagt – dann entwickelt sich Paranoia. Die eigene Absicht wird auf die anderen, die zu Tötenden, projiziert. Permanent vibriert die Furcht, gestraft zu werden.

Dabei werden Wissen und Gewissen verdrängt, dass der Terror unethisch und illegitim ist, Gegner als „Kollaborateure“ denunziert. Gaza ist doppelt vorhanden, oberirdisch und unterirdisch, sichtbar und unsichtbar. Und auf konkretistische Weise bilden die beiden Ebenen ab, wie stark Bewusstsein und Unbewusstes voneinander abgespalten sein sollen.

So führt das Tunnelsystem den Tunnelblick derer vor, die sich freiwillig in die Lichtlosigkeit begeben haben, ins Jenseits der Aufklärung. Ohne es zu wollen zeigen die Tunnel, wie sehr ihre Erbauer in ihre Phantasmen abgetaucht sind, wie massiv sie sich abschotten von Ratio und den Räumen des Diskursiven.

Wie mit den albanischen Bunkern der Paranoia entstand auch mit den Tunneln in Gaza eine antisoziale Megaskulptur. Sie scheint einer Nekropole nachgeahmt, mit Katakomben für die Lebenden, die unter Tage den Tod beschwören.

Der Weg aus den Tunneln

Jahia Sinwar hat recht. Es gibt enorm viel Potenzial unter Palästinensern. Auch die eindrucksvolle Leistung, das Tunnelsystem zu konstruieren, zeugt davon. Doch das Potenzial wurde in die falsche Richtung gelenkt. Jetzt lebt ein Großteil der Bevölkerung auf Trümmern über Tunneln, die Zivilstruktur wird von der Hamas als Schutzschild verwendet, um Einstiegslocher zu verbergen.

Vermutlich wird die Bevölkerung nur mit internationaler Verwaltung, großen Geberkonferenzen und einer demokratischen Bildungsoffensive aus den Terrortunneln heraus gelangen. Gebraucht wird dafür die internationale Solidarität vieler pro-palästinensischer Demokraten.

Propalästinensisch zu sein ist einfach. Es bedeutet, dafür zu sein, dass Gaza von der unterirdischen Hamas befreit wird. Dafür, dass die Bevölkerung eine demokratische, rechtsstaatliche Regierung oben auf der Erde erhält, mit gleichberechtigten Männern und Frauen, mit Schulen ohne Mordpropaganda. All das ist ohne Zweifel möglich, ob in einem eigenen Staat oder in einer Föderation. Anstatt sich in die Erde zu graben, können auch Palästinenser nach oben bauen, mit Licht und Luft.



Von Hegemann entdeckt und ausgebaut: die heutigen Räume des Tresor im Kraftwerk Köpenickerstraße Berlin
Foto: Cecilia Zawadzki

Der Powerfinisher

Dimitri Hegemann ist eine Legende des Berliner Nachtlebens. Manches Projekt fuhr er gegen die Wand, stand aber auch immer wieder auf. Nun zieht er Bilanz und fordert: Gebt der Jugend ihren Raum

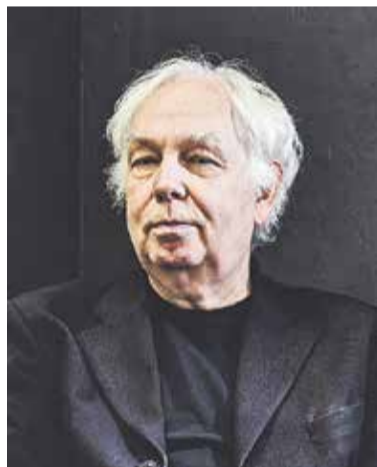
Von Julian Weber

Powerfinisher, so hieß eine wandgroße automatische Schuhputzmaschine, die Dimitri Hegemann in einem ehemaligen Schuhgeschäft vorfand, das er 1984 in der Wrangelstraße in Kreuzberg 36 bezog. Für 100 Mark Monatsmiete. Das Ungetüm blieb erst mal stehen, und drumherum entstand im Do-it-yourself-Geist jener Jahre das „Fischbüro“, eine Art öffentliches Wohnzimmer inklusive Debattierclub, das den Bedürfnissen einer Zeit entsprach, in der Redebedarf und Kuschelfaktor auf Sofas nach den manchmal sprachlos machenden Sturm- und Drang-Jahren von Punk und Genialen Dilletanten in der harschen Frontstadt Westberlin wieder höher wurden.

Dank Fischbüro gab es damals Standup-Comedy von Käthe B und Vorträge am Pult, wöchentliche „Krisensitzungen“ und „Fortbildungskurse“, zu denen alle beitragen konnten, die zufällig anwesend waren. Sogar Timothy Leary und Robert Anton Wilson schauten vorbei. Hegemann wohnte in jener Zeit für 90 D-Mark Monatsmiete mit Außenklo in der Gneisenaustraße. „Diese Zeiten sind lange vorbei, Berlin ist unbezahlbar geworden. Das Potenzial von Nachtleben ging meistbietend an irgendwelche Entwickler“, sagt Hegemann heute selbstkritisch. Aktuell werden um die Ecke vom ehemaligen Fischbüro im Wrangelkiez für möblierte Dreizimmerwohnungen 2.800 Euro Monatsmiete abgerufen. Armut gab es hier schon in den 1980ern, so krass wie gegenwärtig, wo neben den gutbetuchten Neuen viele Gestrandete aus aller Welt auf den Straßen sind, klappte die Schere aber noch nie auseinander.

Dimitri Hegemann hat viele Menschen in Berlin scheitern sehen. Er hat überlebt. Obwohl er selbst auch manches Mal auf die Schnauze gefallen ist, zieht er nun, wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag, positive Bilanz und nimmt dabei allmählich Abschied vom Nachtleben, dem er erst mit dem Fischbüro, dann mit dem Ufo und später mit dem Tresor legendäre Orte beschert hat. Ohne ihn wäre diese Stadt um vieles ärmer.

Hegemann gilt manchen Kolleginnen in der taz inzwischen als



Dimitri Hegemann Foto: M. Stagat

Kommerzschwein, mit dem man gar nicht mehr spricht. Es wird sogar behauptet, sein Laden, der Technoclub Tresor in der Köpenickerstraße, sei nur an Geld interessiert. 22 Euro Eintritt für eine Nacht, das klingt nur für jene happig, die die dreistelligen Eintrittspreise für zweistündige Mainstream-Popkonzerte ausblenden. Oder den Umstand, dass Hegemann 124 Angestellte im Tresor bezahlt. „Du brauchst die internationale Szene, die es nur in Ber-

lin gibt. Das macht den Unterschied und schafft einen anderen Geist, jeder bringt von außen eigene Ideen mit.“ Die Achse Berlin-Detroit, die Hegemann mit dem Club und dem Technolabel Tresor in den frühen 1990ern begründet hat, ist inzwischen ein Selbstläufer.

Schon als er 1978 aus Nordrhein-Westfalen nach Westberlin kam und in der New-Wave-Band Leningrad Sandwich spielte, mit britischen Musiker:innen, die er an einem Armeestützpunkt aufgegebelt hatte, war in ihm Selbstverwirklichungsdrang. In Berlin fand er „ein Sammelbecken aus verrutschter Intelligenz. Viele, die bereits im Westen Veränderungen anschieben wollten. Wir hörten nur: Nein, geht nicht!“ Anfang der

1980er assistierte er beim Punkmogul Karl Ulrich Walterbach und organisierte die ersten Tourneen von US-Hardcorebands wie Dead Kennedys. Seit damals hat er nie aufgehört, im Umfeld von Musik Ideen zu entwickeln.

Wobei nicht immer alles zu Ende gedacht ist. Im Tresor will er nun eine Ärztin in Bereitschaft engagieren. „Nachtarbeit ist Ausnahmezustand, der etwas mit den Leuten macht. Es geht um Mental Health.“ Eine Betriebsärztin? „Nein, der Job bei uns ist cooler, sie sammelt zwischendurch Leergut.“ Getreu seiner katholischen Herkunft wollte Hegemann auch schon Franziskanermönche als Security an die Tür postieren. „Die Inspiration kam durch den Film ‚Christmas in Black‘. Allianz ist ein Gedanke, der auch beim heiligen Franziskus vorkommt. Schon allein, weil Mönche imposant aussehen mit ihren Kutten und allen Menschen gleichermaßen zugewandt sind.“

Erfolgreich hat er inzwischen im Tresor eine „Academy for Subcultural Understanding“ ins Leben gerufen. Per Crashkurs wird jeweils sechs jungen Leuten das Einmal-

Tresor kannste nicht übertragen wie eine Pommesbude. Seine Seele liegt in Berlin. Seit dem Mauerfall bosseln wir an Techno rum und wissen inzwischen, wie elektronische Musik geht. Dieses Narrativ fehlt in Dortmund. Dort ist nur Tiktok erfolgreich. Die treffen sich und starren den ganzen Abend ins Handy. In Berlin werden Handys an der Clubkasse noch abgeklebt.“

Auch in Detroit ist Hegemann mit seiner Vision, aus einem Gebäude der Packard-Autofabrik eine Art zweiten Holzmarkt zu gestalten, an die Grenzen gelangt. Der spanische Investor verschwand irgendwann spurlos. „Bei mir zählt noch der Handschlag. Wie ich da abgezogen wurde, war eine neue Erfahrung für mich. Ich musste kapieren, Ami zu sein ist ein himmelweiter Unterschied zum behüteten Europa. Dennoch, die Detroiter haben Berlin viel gegeben. Ihre Musik hat uns 1989 gerettet und Berlin für immer verändert.“ Seit 2023 ist nun doch mit Hilfe von Hegemann eine „Underground Music Academy“ in Detroit tätig, in einem mit Eigeninitiative renovierten Haus werden unter Leitung von Houseproduzent Waajeed Fortbildungskurse für den Nachwuchs veranstaltet. Die Sache ist gut angefallen.

Unter dem Tresor in der Köpenickerstraße hat seit Kurzem auch die Plattenladen-Institution Hardwax Unterschlupf, die aus ihren alten Räumen am Landwehrkanal verdrängt wurde. Und dieses Wochenende läuft im Tresor das Festival „Berlin Atonal“, einst von Hegemann gegründet, um den Genialen Dilletanten eine gemeinsame Bühne zu bieten. Unter neuer Leitung ist es zum Fixpunkt im Veranstaltungskalender zwischen Techno, Performancekunst und Industrial Music geworden.

Mit dem Programm hat Dimitri Hegemann nichts mehr zu tun. Er wirkt müde, ärgert sich, dass ihn inzwischen auf dem Fahrrad viele überholen. Bei seiner Abschiedsbotschaft an die Jugend bleibt er ganz Powerfinisher: „Es gibt Leerstand, Leute, die Ideen haben, und die Entscheidungsträger in eurer Stadt. Denen geht es besser, wenn die Jugend zufriedener ist. Gebt der Jugend ihren Raum! Go for it. Ihr werdet auf die Nase fallen, egal. Ohne euch passiert gar nix.“

Anzeige



eins des Clubbetreibens vermittelt. „Die werden das, was sie hier lernen, zu Hause anwenden. In Erfurt oder Bremerhaven etwas auf die Beine zu stellen ist doch wichtig. Nachtleben stärkt die Demokratie.“ Hegemann ist Idealist, Dampfplauderer und Steher, ein wandelnder Widerspruch, der viele Sachen angestoßen hat, aber andere in den Sand setzte. Nahe seinem Geburtsort Werl hat er in Dortmund 2018 den Tresor West eröffnet, auf dem ehemaligen Fabrikgelände Phönixhallen. Zunächst verhinderte die Coronapandemie, dass sich der Club in der Stadt etablieren konnte, zudem kam Hegemann gegen die Sperrstundenregelung in Dortmund nicht an. „Da hatte ich einen Denkfehler gemacht. Den

lin gibt. Das macht den Unterschied und schafft einen anderen Geist, jeder bringt von außen eigene Ideen mit.“ Die Achse Berlin-Detroit, die Hegemann mit dem Club und dem Technolabel Tresor in den frühen 1990ern begründet hat, ist inzwischen ein Selbstläufer.

Schon als er 1978 aus Nordrhein-Westfalen nach Westberlin kam und in der New-Wave-Band Leningrad Sandwich spielte, mit britischen Musiker:innen, die er an einem Armeestützpunkt aufgegebelt hatte, war in ihm Selbstverwirklichungsdrang. In Berlin fand er „ein Sammelbecken aus verrutschter Intelligenz. Viele, die bereits im Westen Veränderungen anschieben wollten. Wir hörten nur: Nein, geht nicht!“ Anfang der

„Ohne das Theater gäbe es kein chilenisches Kino“

Carmen Romero – Preisträgerin der Goethe-Medaille 2024 und Gründerin des Theaterfestivals „Teatro a Mil“ – über die Rückeroberung der Demokratie und performative Straßenproteste in Chile

Interview **Eva-Christina Meier**

taz: Carmen Romero Quero, am 28. August wird Ihnen in Weimar die Goethe-Medaille verliehen. Der Kulturpreis ehrt Ihre Verdienste als Gründerin des internationalen Festivals „Teatro a Mil“, das seit 1994 Theater, Tanz, Musik, Zirkus oder Performance verbindet und einem breiten Publikum zugänglich macht. Was ist das Besondere dieses Theaterfestivals in Chile, das heute als das wichtigste in Lateinamerika gilt?

Carmen Romero Quero: Für mich hält das Festival den Geist jener Jahre lebendig, in denen wir die Demokratie zurückerobert haben. Es ist der Versuch, den öffentlichen Raum zu besetzen und den Zugang zu Kunst und Kultur zu öffnen. Auch deswegen findet sehr viel unserer Arbeit auf der Straße statt. Ich gehöre zu einer Generation, die die Diktatur in Chile von Jugend an miterlebt hat. Es gab für uns keinen öffentlichen Raum, um zusammenzukommen. Das hat uns geprägt. Als die Demokratie ab 1990 zurückkehrte, begannen wir mit der Kunst nach Orten der Begegnung zu suchen, was vier Jahre später zu einem Festival namens Teatro a Mil führte. Es war noch nicht das Festival von heute, aber es war ein Anfang. Es hat Jahre gedauert in Chile, einem Land, das eine demokratische Tradition hatte, die zwischen 1973 und 1990 brutal und vollständig zerstört wurde, wieder eine demokratischere Gesellschaft aufzubauen, in der der andere zählt.

taz: Wie kamen Sie zum Theater?

Romero: Ich stamme aus einem kleinen Ort namens La Calera, auf halbem Weg zwischen Santiago und Valparaíso. Als ich nach dem Studium nach Santiago kam, spielte sich das kulturelle Leben im Untergrund ab. Ich suchte nach diesen klandestinen Orten und stieß dort auf ein pulsierendes Leben mit Räumen, die sich künstlerische und kulturelle Szenen angeeignet hatten. Damals begann ich im Kulturjournalismus zu arbeiten und bewegte mich durch das subkulturelle Leben von Santiago. Noch während der Diktatur lernte ich so auch meinen Partner kennen, einen Schauspieler, der zu dieser Zeit mit dem Theatermacher Andrés Pérez arbeitete. Er stellte mich ihm vor. Diese Begegnung hat mein Leben komplett verändert. Ich wollte mehr tun, als einer politischen Partei oder Bewegung anzugehören.

taz: Andrés Pérez hatte in Frankreich als Schauspieler Erfahrungen am „Théâtre du Soleil“ von Ariane Mnouchkine gesammelt. Nach seiner Rückkehr 1988 gründete er in Chile das „Gran Circo Teatro“. Was war das Außergewöhnliche dieses Theaterkollektivs?

Romero: Die enge Verbindung mit den Menschen. Bei dem Stück „Todos estos años“ war ich erstmals für die Produktion und die Kommunikation verantwortlich. Es war eine Überraschung für das Publikum genauso wie für mich, dass alle glücklich schienen, niemand



Carmen Romero in Hamburg, August 2024 Foto: Eva-Christina Meier

Carmen Romero Quero

Geboren 1958 in Santiago de Chile. Direktorin der Stiftung „Teatro a Mil“. Leiterin des gleichnamigen Theaterfestivals. Seit 1994 entwickelte es sich zur Plattform für Theaterschaffende in ganz Lateinamerika. Als Produzentin realisierte sie mit Theatermacher Andrés Pérez und „Gran Circo Teatro“ u. a. „La Negra Ester“ (1988), „Popol Vuh“ (1992), „La Huida“ (2001).

Angst hatte und wir alle auf der Straße waren, als es noch verboten war. Die Inszenierung dauerte genau 20 Minuten.

taz: Zeichnete sich da das Ende der Diktatur bereits ab?

Romero: Ja, es war wie ein Licht am Horizont. Dann kam „La Negra Ester“, die erfolgreichste Inszenierung von Gran Circo Teatro. Das war sehr bewegend. Diese Liebesgeschichte von Roberto Parra spiegelt auch die Geschichte Chiles. Violeta Parra, Nicanor Parra, Roberto Parra. Die ganze Familie wurde in der Kultur der Diktatur ausgeradiert. Weil sie arm war, weil sie vom Land kam und weil sie Kommunisten waren. Diese ganze Welt war wie eingefroren gewesen und kehrte nun mit Andrés Pérez zurück, indem er beschloss, dieses Theatermusical zu inszenieren, das von dem Land erzählt, das wir vor der Zerstörung durch die Diktatur kannten.

taz: Die chilenische Schriftstellerin, Schauspielerin und Dramaturgin Nona Fernández beschreibt in der Zeitschrift *Theater der Zeit* die Theaterszene in Chile als lebendig, diskursiv und reflektiert. Und sie erkennt darin eine Berufung, aus Notwendigkeit die eigene Ge-

schichte aufzugreifen und zu verarbeiten. Welchen Themen widmet sich das chilenische Theater heute mit besonderer Dringlichkeit?

Romero: Der Erinnerung. Wahrscheinlich, weil wir es nicht geschafft haben, jene Gerechtigkeit herzustellen, die bei der Rückkehr der Demokratie gefordert wurde. Die Erinnerung ist ein wiederkehrendes Thema in allen Stücken. Die Erinnerung, das Nichterzählte, das Unvollendete, die persönliche Geschichte. Und es geht um die großen globalen Themen, um Diversität, Feminismus und Nachhaltigkeit.

taz: Inzwischen sind lateinamerikanische Produktionen regelmäßig auch an deutschen Schauspielhäusern zu sehen. So feiert „Vaca“ (dt.: Kuh) des chilenischen Dramatikers und Drehbuchautors Guillermo Calderón, auch eine Produktion von „Teatro a Mil“, seine Premiere am 25. August in Weimar. Internationale Kooperationen scheinen oftmals auch finanziell unerlässlich. Was ist die größte Herausforderung für das Theater in Chile?

Romero: Zu widerstehen. Der chilenische Film verdankt dem Theater alles – siehe Guillermo Calderón. Das aktuelle chilenische Kino wird international geteilt und hat bereits einen Platz in der Welt. Aber es verdankt alles den Autoren, den Regisseuren, den Schauspielern, den Ausstattungsteams des Theaters. Ohne das Theater gäbe es kein chilenisches Kino. So wichtig und so stark ist es. Ich glaube, dass das Festival wegen dieser Herausforderung, weiter Theater zu machen, existiert. Weil es keine öffentlichen Bühnen gibt. Weil es ein Wunder ist, dass es

noch unabhängige Ensembles gibt, die zehn Dinge auf einmal machen müssen, um im Theater arbeiten zu können. Aber das Theater ist ein historischer Raum, der mit der chilenischen Nation eng verbunden ist. Deshalb ist es schwer vorzustellen, dass diese eigene Sprache nicht mehr existieren könnte, genauso wenig wie die der Poesie. Chile ist Theater und Poesie.

taz: Wer erinnert sich nicht an die eindrücklichen Bilder aus Chile, die 2019 viral gingen? An die theatral anmutenden Massenproteste rund um die Plaza de la Dignidad in Santiago oder die öffentlichen Straßenperformances des feministischen Kollektivs Las Tesis? Doch in dem Moment, als es darum ging, diese Forderungen nach gesellschaftlichem Wandel 2022 an den Wahlurnen zu bestätigen, entschied sich die chilenische Bevölkerung gegen den Entwurf einer neuen Verfassung, die das Erbe der Diktatur beendet hätte.

Romero: Das ist ein tiefer Schmerz. Wir hatten die Hoffnung, dass wir diesen Moment endlich erleben würden. Nun, Hoffnung habe ich immer noch für die jüngere Generation. Und es stimmt, diese Straßenproteste waren sehr performativ. Und dabei sehr energisch, fröhlich und bunt. Das sind unauslöschliche Bilder von einem Chile, das es gibt. Vielleicht haben wir nicht verstanden, es in einer Verfassung festzuhalten. Wir konnten es tanzend zeigen, wir konnten es künstlerisch ausdrücken, politisch konnten wir es nicht. Was nicht heißt, dass es nicht existiert.

taz: Auch in Chile ist der Extremismus [Raubbau an der Natur; d. Red.] verantwort-

lich für massive Umweltverschmutzung und Wassermangel. „Teatro a mil“ ist auf private Förderung angewiesen. Einer der Hauptsponsoren des Festivals ist der australische Bergbaukonzern BHP. Wie gehen Sie als Stiftung mit solchen Widersprüchen um?

Romero: Anders als in Europa treffen in Chile private Unternehmen öffentliche Entscheidungen, die aber alle betreffen. Wir sind der Meinung, dass dies auch Verantwortung bedeutet, nicht nur von einem sozialen Standpunkt aus. Chile ist stark vom Bergbau abhängig. Ob staatlich oder privat, der Bergbau wird bestehen bleiben, weil er die Haupteinnahmequelle des Landes ist. Wie

Goethe-Medaille 2024

Der wichtigste Preis der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands wird traditionell am 28. August in Weimar in einem Festakt verliehen. Neben Carmen Romero Quero (Chile) werden dieses Jahr die literarische Übersetzerin und Dolmetscherin Claudia Cabrera (Mexiko) sowie die Kunstwissenschaftlerin und Kulturmanagerin Iskra Geshoska (Nordmazedonien) ausgezeichnet. www.goethe.de/goethe-medaille

berücksichtigt man dabei die Umwelt? Mein Eindruck ist, ansatzweise geschieht das bereits. Aber wir sind nicht deren Sprecher. Umgekehrt gibt es vonseiten der Sponsoren keine Einflussnahme auf die inhaltliche Gestaltung des Festivals. Doch diese Unternehmen können an den Orten, an denen sie sich befinden, in diesem Fall vor allem in Antofagasta, durch ihre Finanzierung zur Entwicklung gesellschaftlicher Sektoren beitragen, die nicht über Ressourcen des Staates verfügen. Denn in Chile hat man beschlossen, dass der Staat schmal sein sollte.

taz: 2025 wird das Festival „Teatro a Mil“ unter dem Titel „+Humanidad“ – mehr Menschlichkeit stehen. Was verbinden Sie mit diesem Leitspruch?

Romero: Es ist ein Appell. Wir können es als eine Aufforderung verstehen, einander zuzuhören, in die Zukunft zu schauen und nicht aufzuhören, über die großen Themen zu sprechen. Wir müssen weiterhin Gemeinschaft aufbauen. Wir sind umgeben von Konflikten, Kriegen, Massakern. Wir leben heute in einer Welt, die auf Technologie aufgebaut ist, von der niemand so recht weiß, wer sie lenkt, und wir erleben erneut die Bedrohung der Demokratie. Wenden wir uns einander zu, nehmen wir uns an die Hand, schauen wir uns an. Wir befinden uns in einer Welt, die wir teilen müssen.

Anzeige

Pop-Kultur
Kulturbrauerei Berlin
28.8. - 30.8.24
pop-kultur.berlin

Logo: Deutscher Literaturpreis Weimar
Logo: INITIATIVE MUSIK
Logo: BERLIN
Logo: Kulturstiftung der Europäischen Union
Logo: INP



Andreas Fanizadeh
Ost/West

Eine Narzisstin namens Sahra und der Antiimperialist Jürgen

Im Jahr 1993 nahm ich an einem Kongress teil. Die Zeitschrift *Konkret* hatte nach Hamburg gerufen. Angesichts der völkischen Offensive nach der Eingliederung der DDR in den westdeutschen Staatsverband sollten die Köpfe der radikaleren Linken über Gegenstrategien diskutieren. „Was tun?“, der Titel der Zusammenkunft, zitierte eine Schrift von Lenin. Ich fand mich als Vertreter des undogmatisch antifaschistischen Spektrums auf einem Podium mit Sahra Wagenknecht wieder.

Anfang der 1990er Jahre war ich von Frankfurt am Main nach Ostberlin gezogen. Die Lebenserfahrung von antiautoritären Ost- und Westlinken sollte in einem gemeinsamen Zentrum unterschiedlicher Initiativen gebündelt werden. Die Ostdissidenz hatte ihren Hauptsitz im Ostberliner LSD-Viertel in Prenzlauer Berg. Doch das komplizierte (Über)leben im autoritären SED-Staat hatte Spuren hinterlassen. Zudem waren die konformistischen Massen der DDR im Vereinigungsprozess von DDR und BRD über sie und die Ideen einer alternativen Staatsform hinweggewalzt. Die Massen wollten den Arbeiter-und-Bauern-Staat (DDR) schnellstmöglich gegen D-Mark und Westkonsum eintauschen. Gegenrede unerwünscht.

In Hamburg saß ich dann auf diesem Podium mit Sahra Wagenknecht. 1969 geboren, in der DDR aufgewachsen, war sie in der SED und ihrer Nachfolgepartei PDS, später Die Linke. Die Phase nach der Vereinigung war geprägt von einer aggressiv völkisch-nationalistischen Stimmung. Vor allem in Ostdeutschland schien es lebensgefährlich, optisch politisch, sexuell oder ethnisch erkennbar einer Minderheit zugerechnet zu werden. Doch der jungen Sahra ging es schon damals nicht um Antifaschismus. Vielmehr um die Verteidigung ihrer fixen Idee. „Opposition im Kapitalismus setzt sozialistische Strategie voraus und ist ohne sie nicht zu haben“, sprach sie in Hamburg. Aufzeichnungen finden sich im Netz.

Narzisstisch und polarisierend auftretend, setzte sie auch hier noch einen drauf: „Die wichtigste antikapitalistische Kraft, die es in diesem Deutschland je gegeben hat, war die DDR, war die SED ...“ Die Erinnerung an die DDR und deren Lebensalltag war allerdings noch viel zu präsent, als dass sie damit hätte politisch reüssieren können. Doch als unbeirrbar dunkelrot blinkende neostalinistische Ich-AG in PDS, Linker und im Free-TV sollte sie über die Jahrzehnte hinweg Querdenker links einsammeln. Wolf Biermann fasst den jetzigen Zuspruch ihres BSW (und der AfD) im Osten so zusammen: „Die, die zu feige waren in der Diktatur, rebellieren jetzt ohne Risiko gegen die Demokratie.“

Die Mehrheit in PDS und Linker stellte sich gegen Altstalinisten und DDR-Nostalgiker. Wagenknecht tat das nicht. Im Gegenteil. Sie bekämpfte das demokratische Reformlager. Und so, wie sie sich anschlussfähig für das antidemokratische Lager links zeigte, tut sie dies heute auch nach rechts. Die Landesverbände der AfD in Sachsen oder Thüringens gelten als gesichert rechtsextrem. Sie propagieren Umsturz und Zerstörung der liberalen Demokratie, durchsetzt von völkisch orientierten Faschisten. Was empfiehlt da Wagenknecht? „Die Hysterie aus dem Umgang mit der AfD rauszunehmen.“ Demokratiefeindlichkeit, Chauvinismus, Proletkult und Russlandnähe – da scheinen sich die Ränder zu schließen.

Auf dem *Konkret*-Kongress 1993 in Hamburg sprach auch ein gewisser Jürgen Elsässer und grenzte sich gegen Faschismus und Stalinismus deutlich ab. Elsässer, heute Herausgeber des rechtsextremen Magazins *Compact*, kritisierte damals noch völkischen Nationalismus, Wohlstandschauvinismus und die damit einhergehende rassistische Gewalt in den 1990er Jahren. Doch auch bei ihm stand da immer schon dieser rhetorische Dämon im Raum, „das kalte Gesicht des westlichen Kapitalismus“. Das verbindet, darunter taten es der antiimperialistische Jürgen und die neostalinistische Sahra nie. „Antikapitalismus“ als Chiffre für „Gegen-die-Demokratie“. Biermann dürfte richtigliegen, wenn er sagt: „Da wächst in der Ex-DDR zusammen, was zusammengehört: die Erben des Hitler'schen Nationalsozialismus und des Stalin'schen Nationalkommunismus.“

Treue Begleiter: Nilpferd-Springbrunnen in Berlin, Stadtteil Lichtenrade
Foto: Joko/imago



Trost der Dickhäuter

Was hat diese Stadt nur mit den Flusspferden? Toni stapft durchs Nilpferdgehege, und alle schauen hin. Ein Besuch im Berliner Zoo nebst Seitenblicken in die Kulturgeschichte

Von **Sophia Zessnik**

Menschen, die auf Flusspferde starren. So müsste man betiteln, was aktuell im Berliner Zoo vor sich geht: Dort sind nämlich die Hippos los. Genaue gesagt ein Hippo im Mini-format, denn der Zoo darf sich über Nachwuchs bei den Zwergflusspferden freuen. Toni heißt das am 3. Juni geborene Zwergflusspferd-Baby, benannt nach seinem Paten, Fußballnationalspieler Antonio Rüdiger. In den sozialen Medien längst ein Star, zieht Toni seit gut einer Woche auch die Besuchenden an, seitdem darf der kleine Dickhäuter mit Mutter Debby endlich ins Außengehege.

15. 8. 2024: Zwergflusspferd-Nachwuchs Toni wird im Berliner Zoo zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert
Foto: Paul Zinken/dpa



beim Schlafen zu. Beim Hinschauen berührte mich ihre gelassene Üppigkeit. Auch mochte ich ihren schlammig riechenden Atem.“ Dem immerzu grübelnden Protagonisten hilft die Nähe zum Flusspferd, wobei ihn ein „heftiges Gefühl des Unwirklichen“ überkommt, allmählich aus seiner Krise.

Gelassen und ruhig wie das Flusspferd bei Geiger wirkt auch Toni an diesem Sommertag. Unbeeindruckt von dem Trubel vor ihrem Gehege liegt sie unter Blättern im Schatten. Ihre Mutter schwimmt Runde um Runde im Wassergraben, schaut immer wieder nach, was der Nachwuchs macht.

Bedächtig wirkt die Szenerie, die sich auch auf die Besuchenden auszuwirken scheint. Aufgeregt rennen Kinder herbei, drängeln sich Erwachsene mit semiprofessionellem Kameraequipment an den Holzzaun. Dort angekommen, scheint sich eine andächtige Ruhe auf die Versammelten zu legen. „War es die Trägheit des Tieres [...], die anfang zu wirken?“, fragt Geigers Protagonist. Vielleicht.

Während ich dort am Zaun stehe, die Freude über das Zwergflusspferd mit lauter Fremden teilend, denke ich an meinen Großvater. Ob wir jemals gemeinsam im Zoo waren, erinnere ich nicht. Ich wäre si-

cher gern gegangen, wurde stattdessen aber in unzählige Museen mitgeschleppt. „Auf jedem Gemälde hast du nach Tieren gesucht“, höre ich ihn sagen. Hatte ich eines gefunden, war ich nicht mehr wegzubekommen, so seine Erzählung. Und ja, Tiere üben und üben immer noch eine Faszination auf mich aus. Sie spenden mir Trost und Ruhe, wenn mich menschliche Interaktion aufwühlt oder

Wenn die eigenen Krisen und die der Welt überfordernd wirken, beruhigt der animalische Gleichmut

schlicht ratlos zurücklässt. Wenn mich die Krisen, die eigenen und die der Welt, überfordern, beruhigt mich der animalische Gleichmut.

Dass ich damit nicht allein bin, zeigen die Abermillionen Tierbilder und -videos, die durchs Internet wabern. In einer Welt, die sich mehr und mehr im digitalen Raum abspielt, gewinnen auch die (Bewegt)bilder unserer tierischen Freunde an Bedeutung.

Das Starren auf Tiere ist dem Menschen aber keineswegs neu: Kunst aus unterschiedlichen Jahrhunderten verdeutlicht, wie sich der Blick aufs Tier gewandelt hat. Nimmt man die Katze etwa – immer noch das beliebteste Tier in sozialen Medien –, wandelte sich ihre Darstellung vom gottähnlichen Geschöpf bei den alten Ägyptern über ein Sinnbild für Faulheit und Gier in der Renaissance hin zum treuen Begleiter des Menschen im 19. und 20. Jahrhundert. Einen Menschen sinnbildlich vertretend, steht sie in Bronze gegossen in London, „schulterhoch für einen durchschnittlichen Erwachsenen, was gerade richtig ist, um den Arm darum zu legen“, wird ihr Bildhauer Jon Bickley im Essayband „Animal Lovers“ zitiert. Seine Katzenskulptur soll den Autor

des „English Dictionary“ und Katzenfreund Samuel Johnson ehren. Gleichzeitig soll sie Besuchende ins Stadtgeschehen ein-, ja idealerweise sogar miteinander verbinden.

Ob das auch die Intention hinter den Flusspferdbrunnen war, frage ich mich. Vier Stück habe ich bei meiner Recherche für diesen Text gefunden, alle in Berlin. Was hat diese Stadt nur mit den Dickhäutern?

Der Nilpferdbrunnen in der John-Locke-Siedlung in Berlin-Lichtenrade ist offizieller Treffpunkt im Nachbarschaftsport. Hier spielen Kinder zwischen den vier Dickhäutern, die sich zwischen Fontänen räkel. Ihre Rücken dienen als Rutsche und Kletterobjekt in einem. Ihre Oberfläche fühlt sich angenehm glatt und kühl an, so stelle ich mir auch Tonis Haut vor, wenn sie nach einem Bad aus dem Wasser kommt.

Am Wühlschplatz in Berlin-Friedrichshain flankiert ein bronzenes Exemplar die erhöhte Wasserschale, die sich als wunderbare Vogelplansche bei diesen Sommertemperaturen entpuppt. Sobald sich ein Piepmatz auf den Rücken des Flusspferds verirrt, bekommt die Szenerie etwas unfreiwillig Bizarres. Denn die in den siebziger Jahren von Nikolaus Bode erschaffene Skulptur trägt zwei Personen, eine mit einem Fernglas, die zweite mit einem Gewehr. Da ist sie, die Kehrseite der Faszination Tier, die der Kunsttheoretiker John Berger in „Why Look at Animals?“ mit „unterworfen und verehrt, gezüchtet und geopfert“ kommentiert.

Toni ist ein gutes Beispiel für den absurden Dualismus in unserem Verhältnis zu Tieren. Ihren Verwandten nehmen wir allmählich den Lebensraum, roden ihn, um in Westafrika Kakao anzupflanzen.

Nur mehr etwa 2.500 Exemplare des Zwergflusspferds leben dort. Hier dagegen, wo der Asphalt im sommerlichen Berlin immer heißer wird, vergessen wir kurz unsere Sorgen beim Anblick der süßen Toni – die zwar gefangen lebt, aber immerhin sicher.

Diese dubiose Freiheit

„Senza casa“, ein Band mit bisher unbekanntem tagebuchartigen Aufzeichnungen Ingeborg Bachmanns, bringt ihr Streben nach absoluter Unabhängigkeit auf den Punkt

Von Helmut Böttiger

Den vielen Gesichtern der Ingeborg Bachmann sind in den letzten Jahren etliche neue hinzugefügt worden, und mehr denn je wird ihre Biografie von Mystifizierungen und vermeintlichen Entmystifizierungen überwuchert. Auch in ihren literarischen Texten tarnte sie sich virtuos und legte widersprüchliche Fährten aus, die sich sofort ins Fiktive verlagerten. Konkrete, unverstellte autobiografische Zeugnisse gibt es von ihr kaum, ihre höchst unterschiedlich intonierten Briefwechsel gehören keineswegs dazu. Bachmanns jüngst veröffentlichte Korrespondenz mit Max Frisch war eher dazu geeignet, das Bild ihrer Person endgültig zu verwirren. Deshalb ist die Bedeutung der jetzt in der großen Salzburger Werkausgabe vorgelegten tagebuchartigen Notate nicht zu unterschätzen. In ihren wenigen privaten Aufzeichnungen zeigt sich vor allem eine existenzielle Unsicherheit. Es geht um die Überforderung, dem selbstgewählten Leben einer berufstätigen Frau, die sich nicht sofort in den sicheren Hafen einer Ehe begeben will, in den fünfziger und sechziger Jahren gerecht zu werden. Bachmanns Vorstellungen waren gesellschaftlich nicht vorgesehen.

Im Jahr 1951, im Alter von 25 Jahren schreibt sie, während sie in Wien als Radioredakteurin ein bohémehaftes Leben führt, als Model mit Lederjacken posiert, Begehren auslöst und entsprechende Affären hat: „Es wird immer unmöglicher, schlafen zu gehen. Bohrende Nervosität, und Müdigkeit von Jahren dahinter. Die Versuche, das ‚Richtige‘ zu tun, Kompromisse, Unbedingtheiten, Skrupel. Der Versuch, sich auszudrücken, zu spüren, die Schatten zu teilen. Ein sehr dunkles Dickicht, an dem jedes Messer zerbricht.“

Und auch als bald danach ihre große Berühmtheit einsetzt, ändert sich der Ton ihrer intimen Notate

nicht, im Gegenteil: Abgesehen von wenigen Ausnahmen wird er immer verzweifelter. Man hat beim Lesen dieser fragmentarischen, oft wie nebenbei hingekritzelt Blätter den Eindruck, dass Ingeborg Bachmann die verschiedenen Rollen, die sie in der Öffentlichkeit einnahm, selbst nicht mehr beherrschen konnte. Sie galt bereits früh als kapriziöse, lyrische Diva, und von Anfang an stritt man sich darüber, ob das eher Zuschreibungen von außen waren oder doch auch Selbstinszenierungen, in denen die Dichterin alle möglichen Masken zwischen süßem Mädels und Vamp aufsetzte. In einer charakteristischen Notiz schwankt sie zwischen den Sätzen „Ich bin es nicht“ und „Ich bin's“, und einmal erkennt sie beim Nachspüren ihrer Verhal-

„So vergeblich zu lieben ist wie zum Tod verurteilt sein, jeden Tag aufs Neue, und nicht zu sterben“

Ingeborg Bachmann

tensweisen im Umgang mit anderen: „Es handelt sich um Vorstellungen, die ich von mir habe oder haben möchte, die ins Spiel kommen.“

Es ist bezeichnend, dass sie derlei tagebuchähnliche Blätter nur äußerst sporadisch geschrieben hat, mitunter im Abstand von mehreren Jahren. Ihre Energie war in erster Linie darauf gerichtet, das Schreiben in eine andere Richtung zu lenken, in die Eigendynamik von Figuren, die sich von unmittelbaren Alltagserfahrungen entfernen. Die Nachlassverwalter fanden diese seltenen, erkennbar nicht als literarische Versuche intendierten Notizen verstreut in mehreren Ordnern und Kladden, oft in Form

einzelner Zettel, die zwischen Werk- und Briefentwürfen, Einkaufslisten oder Zahlenkolonnen lagen. „Verzettelung“: dieses Wort verwenden die Herausgeberinnen des Bandes deshalb auch symbolisch, die Art von Bachmanns persönlichen Aufzeichnungen entspricht genau der Art und Weise, wie sie ihre Lebensführung insgesamt empfand.

Eine große Ausnahme, die Entdeckung dieser Edition, ist das von den Herausgeberinnen so benannte „Neapolitanische Tagebuch“, ein Notizheft aus der Zeit zwischen Februar und September 1956, als Bachmann zusammen mit Hans Werner Henze in dessen Wohnung in Neapel lebte. Der Komponist hatte sie bereits 1953 nach Italien gelockt, es war ihr Sprungbrett in ein Leben als freie Schriftstellerin. Die ersten, künstlerisch rauschhaften gemeinsamen Wochen mit dem homosexuellen Henze damals auf Ischia schufen eine komplexe Bindung, die auch sinnliche Implikationen hatte. Bachmann führte fortan eine radikal ästhetische Existenz, zog oft um, lebte meistens in Rom, aber sie hatte permanent finanzielle Nöte. Die Notwendigkeit, sich durch aufwändige Aufträge beim Rundfunk durchschlagen zu müssen, führte wiederholt zu persönlichen Krisen. Das halbe Jahr mit Henze im Jahr 1956 bildete dann eine schwierige Zuflucht, sie fühlte sich auf eine fundamentale Einsamkeit zurückgeworfen: „So vergeblich zu lieben ist wie zum Tod verurteilt sein, jeden Tag aufs Neue, und nicht zu sterben.“

Einmal, als sie von dem Gefühl der Aussichtslosigkeit durchdrungen ist, zitiert sie für sich aus Musils „Schwärmern“: „Alle letzten Dinge sind nicht in Einklang zu bringen.“ Leben und Literatur gehen bei Bachmann untrennbar ineinander über, und das geht über eine

bloße Floskel weit hinaus. Auf der einen Seite ist da ein unbedingtes Streben nach Unabhängigkeit, auf der anderen Seite stehen nicht einlösliche Sehnsüchte. Angesichts der vorherrschenden Geschlechterrollen hat die Absolutheit, mit der sie ihr Ideal zu leben versucht, etwas äußerst Prekäres: „Meine dubiose Freiheit: ich bin unbeeindruckbar.“

Die existenzielle Dimension, die das Schreiben für Bachmann hat, ist für die Verhältnisse der aktuellen Gegenwart, mit ihrer intensiv ausgebauten Infrastruktur des Literaturbetriebs, kaum noch nachvollziehbar. Aber gerade hier liegt der Kern der Rätselhaftigkeit, die Bachmann umgibt, ihrer Fremdheit, ihres geradezu exemplarischen Lebens. Ihre Texte und ihre Verhaltensweisen nach heutigen Prämissen beurteilen zu wollen, wäre verfehlt. Bachmanns Gedichte ragen in ihrer Zeit heraus. Dabei fällt auf, dass ihr Fluchtpunkt nicht die Gegenwart ist: „Wir nehmen in unsre Erfahrungen die Erfahrungen der Vorangegangenen auf, und obgleich es keinen nützlichen Einfluss gibt, sollen wir uns offenhalten für das Einfließen von ‚Ausströmungen heiliger Mäuler‘, wie es in einem alten griechischen Text heißt. Die ‚Zeitnähe‘ soll uns nicht kümmern; die Zeit prägt uns ohne Zutun.“

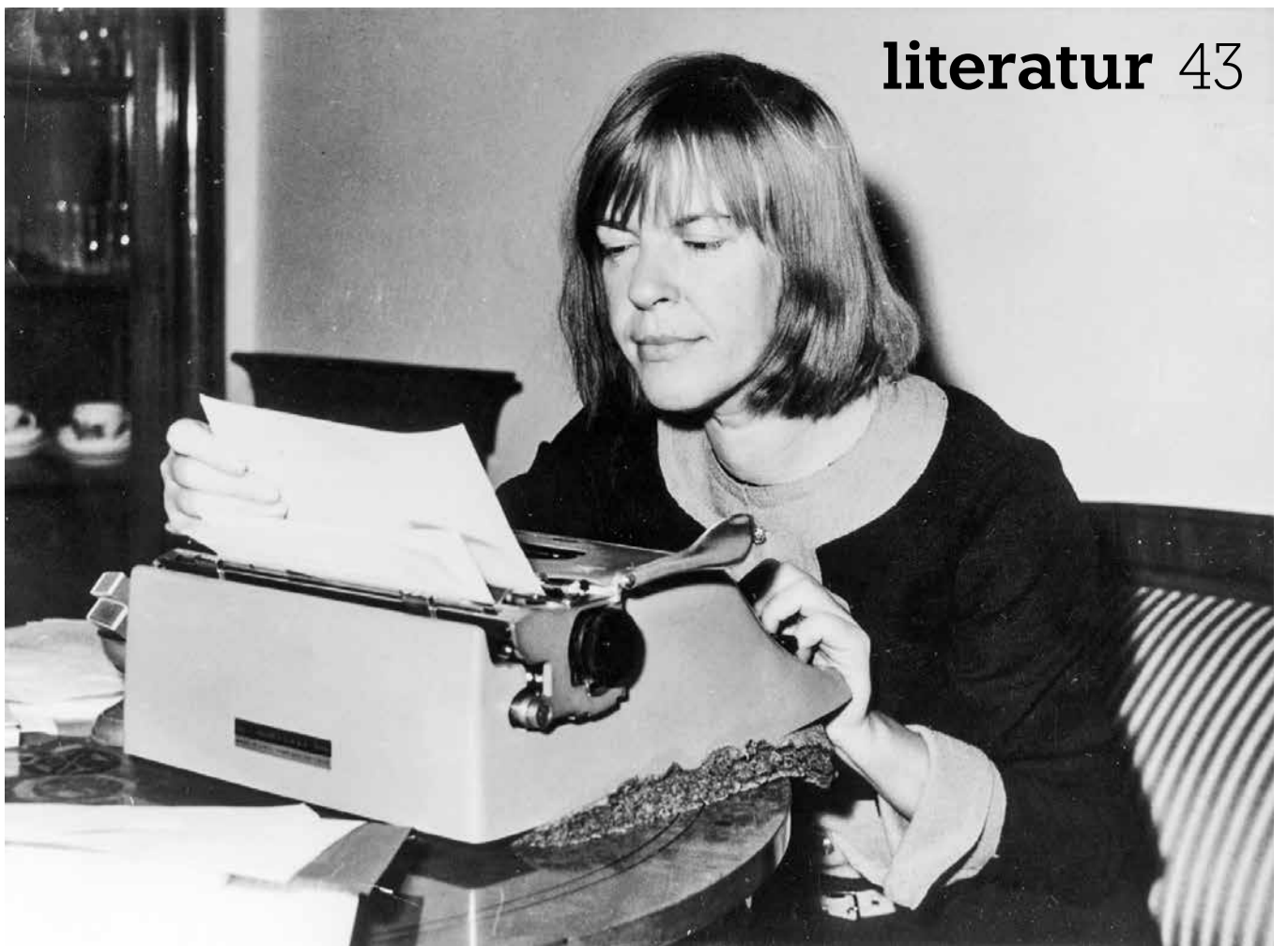
Es tauchen in diesem Buch einige bisher neue Aspekte aus Bachmanns Biografie auf. So bekommt die nur in Andeutungen bekannte, von 1955 bis zu ihrem Tod 1973 während lose, aber im Gegensatz zu allen anderen Affären nie endende Beziehung zu dem französischen Journalisten Pierre Évrard erste Konturen. Zwar wünscht sie sich Ende der sechziger Jahre eine gemeinsame Wohnung mit ihm in Paris, aber es bleibt auch da bei sei-

nen Bedingungen: „gemeinsame Ferien, keine Fragen, Forderungen, Pläne“. Und es ist frappierend, wie sehr Paul Celan Bachmanns Utopie einer Gemeinsamkeit zwischen Literatur und Leben zu verkörpern schien, wie zäh sie an dieser Fantasie festhielt und doch die Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung konstatieren musste – „die unendlichen Schmerzen, die zwei Menschen einander zufügen, die Liebe, in der es keine Vergebung gibt, sondern Opfer über das Ende hinaus.“

Sehr aufschlussreich sind einige zugespitzte Notate über die körperlich extrem erschöpfende Anstrengung philosophisch-begrifflichen Denkens, über Sexualität und Todesnähe, über Narzissmus, über psychische Verwerfungen in ihren letzten zehn Lebensjahren – und leitmotivisch über die Unmöglichkeit, mit einem Mann wirklich zusammenleben zu können: „Ich habe nur mehr einen ekelhaften Geschmack im Mund und manchmal ein Gefühl der Erniedrigung, weil ich gezwungen bin, mich mit den Gefühlen anderer auseinanderzusetzen, als gingen sie mich etwas an. Und ich frage mich, wie weit man schuld ist an Gefühlen und Leidenschaften, die man erweckt, und wie erbärmlich diese Welt eingerichtet ist, dass einer den andern nie erreicht.“

Der schmale Band mit dem Titel „Senza casa“, der Ingeborg Bachmanns nervöse Suche und Ortlosigkeit mit einer mehrfach von ihr selbst gebrauchten Formulierung auf einen Nenner bringt, zeigt auf eindringliche Weise: Dem Lebenswerk dieser Schriftstellerin ist nicht mit boulevardesker Sensationsgier oder mit moralischen Verdikten beizukommen. Diese radikale Konfrontation von Künstlertum und Gesellschaft schärft das nötige Geschichtsbewusstsein.

Ingeborg Bachmann an der Schreibmaschine – undatiert (vermutl. 1960er Jahre) Foto: Keystone/ullstein bild



Ingeborg Bachmann: „Senza Casa. Autobiographische Skizzen, Notate und Tagebucheinträge“. Herausgegeben von Isolde Schiffermüller, Gabriella Pelloni und Silvia Bengesser. Suhrkamp Verlag, Berlin, Piper Verlag, München 2024, 336 Seiten, 42 Euro.

KANN DER WESTEN WEG?

Europa und Nordamerika haben viel vorgebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?

Mit: Joschka Fischer; Dana Giesecke; Maja Göpel; Jürgen Habermas; Wolf Lotter; Jörg Metelmann; Marcus Mittermeier; Ella Müller; Luisa Neubauer; Harald Welzer

taz FUTURZWEI

Magazin für Zukunft und Politik
taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



» taz FUTURZWEI-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop



Sprossen vom Genossen

Glück in der Politik, Pech in der Liebe: Das Traumpaar Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine geht künftig getrennte Wege

Von Tanja Kokoska

Sie sind das Traumpaar der deutschen Politik. Seit 2011 liiert, seit 2014 verheiratet, scheinen diese beiden linken Herzen unablässig füreinander zu schlagen, allen Hindernissen zum Trotz. Doch jetzt gehen Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine offenbar getrennte Wege. Wie konnte das geschehen?

Beide sitzen am Frühstückstisch in ihrem Haus in Merzig, einem beschaulichen Städtchen im Saarland. Hier haben sie die Tage gemeinsam begonnen, hier gab er, der 26 Jahre ältere „Napoleon von der Saar“, seiner Frau, der „Wiedergängerin von Rosa Luxemburg“, stets gute Ratschläge mit, wenn sie aufbrach, um die Welt ein Stück besser zu machen. Und jetzt soll alles nur noch schlecht zwischen ihnen sein?

„Über zehn Jahre lang war unser Bündnis geprägt von Vernunft und Gerechtigkeit“, sagt Wagenknecht, spielt mit den Fransen der Tischdecke und schaut ihren Mann noch einmal verschmitzt nostalgisch an. Er habe sie „auf Händen getragen“. Doch dann verdüstert sich ihr Blick, das Croissant liegt unberührt vor ihr. Jetzt, im Alter von 80 Jahren, schaffe er es kaum noch, sie Huckepack zu nehmen, seufzt sie, und er habe ja ohnehin „die Neigung hinzuschmeißen, wenn es schwierig wird“. So kurz vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland könne sie nicht riskieren, sich den Hals zu brechen.

Ein kleiner Knacks habe noch niemandem geschadet, widerspricht Lafontaine, und seine Stimme klingt wie zu besten Wahlkampfzeiten: Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, habe 1990 nach dem Messerattentat zu ihm gesagt, der Stich in Oskars Hals habe der SPD zwei

Prozentpunkte gebracht. Die Partei seiner Frau stehe in den Umfragen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zwischen 11 und 18 Prozent, da gebe es noch viel Luft nach oben, „quasi Halskrause aufwärts“. „Und Sahra hat immer gewusst, bei mir kann sie sich fallen lassen. Von Auffangen war nie die Rede.“ Er beißt beherzt in eine Brötchenhälfte.

Apropos Essen: Ein großes Problem sei auch das Kochen. „Ich bin ja Ruhigeldempfänger, ich habe ja Zeit. Wenn Sahra abends nach Hause kommt, steht schon alles auf dem Tisch. Früher fand sie das toll. Aber diese Rollenverteilung ist ihr plötzlich ...“, Lafontaine verzieht das Gesicht, „... zu großstädtisch.“ Sie verliere gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern an Glaubwürdigkeit, ar-

gumentiert Wagenknecht. „An den Herd gehört nun mal kein Mann.“

Die Leute in Merzig tuschelten schon, wenn sie ihn mit Schürze im Küchenfenster stehen sähen. Viel schlimmer sei allerdings, klagt sie, dass er „nur noch veganes Zeug kocht, wegen der Enkel.“ Sie verdreht die schönen braunen Augen. „Er holzt den Regenwald ab, weil seine Brut bloß Soja frisst. Sprossen vom Genossen, da lobe ich mir eine Currywurst! Dieser Haushalt ist ein Scheidungsgrund. Wer das Gastgeberrecht missbraucht, der hat das Gastgeberrecht dann eben auch verwirkt.“ Sie blickt angewidert auf das Brötchen in seiner Hand. „Schon wieder bittere Orangenmarmelade.“

Die Ehekrise hatte sich wohl schon im Januar angedeutet, als seine Frau die Gründung ihres Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) bekanntgegeben hatte. Lafontaine hatte damals gesagt: „Politisch unterstütze ich die Entscheidung meiner Frau natürlich. Als Ehemann bin ich aber nicht begeistert davon.“ Er habe nach ihrem Austritt aus der Linkspartei darauf gehofft, endlich mehr Zeit mit ihr zu verbringen, „auch mal Minigolf zu spielen oder Monopoly“. Er lächelt verbittert: „Sie wollte immer auf der Schlossallee bauen, damit sie gewinnt.“ Aber als er ihr jetzt das Spiel zu ihrem 55. Geburtstag schenkte, habe sie sich überhaupt nicht gefreut.

„In der neuen Edition gibt es keine Goethe-, Schiller- und Lessingstraße, wie es sich gehört, sondern die Dietrich-, Knef- und Schygulla-Straße“, erregt sich Wagenknecht heftig. „Und auf den Ereigniskarten steht: Sie haben Geburtstag, jeder Mitspieler schenkt Ihnen 100 Euro.“ Ist das zu fassen? – „Stimmt eigentlich“, gibt ihr Mann zu,

Die Ehekrise hatte sich schon im Januar angedeutet, als sie die Gründung ihres Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) bekanntgegeben hatte. Lafontaine hatte damals gesagt: „Politisch unterstütze ich die Entscheidung meiner Frau natürlich. Als Ehemann bin ich aber nicht begeistert davon“



Zeichnung: Kittihawk

„100 Euro, das sind ja in D-Mark keine 200 Mark.“

Also haben sie die Fähigkeit, aufeinander zuzugehen, vielleicht doch noch nicht ganz verloren. Gibt es für ihre Liebe eine zweite Chance? Wagenknecht zuckt mit den Schultern. „Er weiß, was er dafür tun müsste.“ Ihr Mann wendet den Blick von ihr ab. „Sehen Sie! Da wird er bogig!“ Sie lacht hämisch auf. „Ich habe ihm schon hundertmal gesagt: entweder seine Natalia aus Kiew oder ich.“ Lafontaine stöhnt. „Meine Güte, sie putzt bei uns. Du bist ja nie da. Und wenn doch, dann wische ich dir bestimmt nicht hinterher.“

Wagenknecht ignoriert die Bemerkung. „Kein Wort Deutsch konnte sie, außer irgendwie halbwegs das Wort Asyl aussprechen. Ist dir schon mal aufgefallen, dass an ihrem angeblichen Wohnsitz meist gar niemand ist? Ich will ja nicht pauschalisieren, aber bei uns in Merzig wurden ganze Häuser angemietet für ukrainische Flüchtlinge, die alle in ihre Heimat zurückfahren, dort faktisch leben und nur

herkommen, um ihr Bürgergeld zu kassieren.“

Lafontaine verschränkt die Arme. „Du bist doch nur eifersüchtig.“ Seine Frau seufzt. „Früher hättest du jetzt von Fremdarbeitern gesprochen, die unseren Familienvätern die Arbeitsplätze wegnehmen. Das waren noch Zeiten. Tja, aber die sind wohl auch vorbei.“

Die Fronten zwischen den beiden scheinen tatsächlich tief verhärtet zu sein. Wagenknecht deutet sogar eine neue Beziehung an. Schon bei der Linkspartei sei sie nach dem Prinzip vorgegangen: „Macht man etwas kaputt, dann sollte man das nur machen, wenn man weiß, dass man etwas Neues aufbauen kann.“ Konkreter wird sie allerdings nicht. „Auf Landesebene kann ich mir viel vorstellen.“ Ihr Mann, der einst ihre „große Liebe“ war, grinst: „Der Kretschmer ist zu jung für dich, du stehst doch auf Ältere.“ Wagenknecht wirft die Serviette auf den Tisch, steht auf. Sie strebe eine gütliche Trennung an, sagt sie, aber nicht um jeden Preis. „Krieg oder Frieden. Du hast die Wahl.“

gurke der woche

Das würden wir gern mal gemalt sehen: „80 Nonnen sind Stachel im Fleisch großer US-Unternehmen“, meldete jüngst die Spitzenagentur AP. Einst diskutierten Jesuiten die stichhaltige Frage, wie viele Engel auf eine Nadelspitze passen. Heutzutage werden 80 Nonnen zum Stachel. Der auch zur christlichen Dornenkrone gehört. Sind dann US-Unternehmen Christus? Die Stachel-Nonnen aber sind in Wirklichkeit „kritische Aktionäre“. Und AP ist der Stachel im Fleisch der Schiefe-Bilder-Maler.

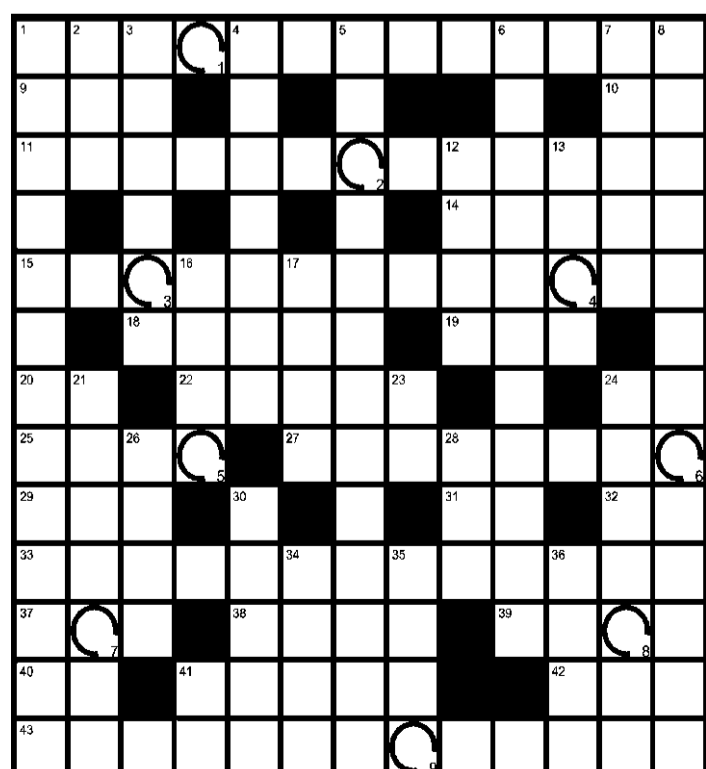


das wetter

Mord an Bord

Kojak, Columbo und Rockford waren auf einer Kreuzfahrt in der Karibik. Beim Kapitänsdinner fehlte plötzlich der wichtigste Mann an Bord. Die Leiche des Captains lag in seiner Kajüte. Mord. Mit einer Heckenschere. Kojak verdächtigte den Schiffsarzt, der die Tat aus Eifersucht begangen haben sollte; Columbo seine Frau, die aber niemand an Bord gesehen hatte; und Rockford den Anrufbeantworter, der vom Kapitän nie benutzt

wurde. Doch nur einer kannte das dunkle Geheimnis des alten Seebären. Der Gärtner. Er hieß Magnum. Im Unterdeck hatte er für den Kapitän eine riesige Hanfplantage angelegt. Bis der Captain umstieg. Auf eine härtere Droge. Lotsenkümmel. Der Gärtner sollte entlassen werden. Kojak, Columbo und Rockford hätten es wissen müssen. Eigentlich ein leichter Fall. Gelöst von der Chefstewardess. Denn Cagney Lacey wusste, was sie tat.



Wahres Rätsel 624 von RU

Die Ziffern hinter den Fragen zeigen die Buchstabenanzahl.

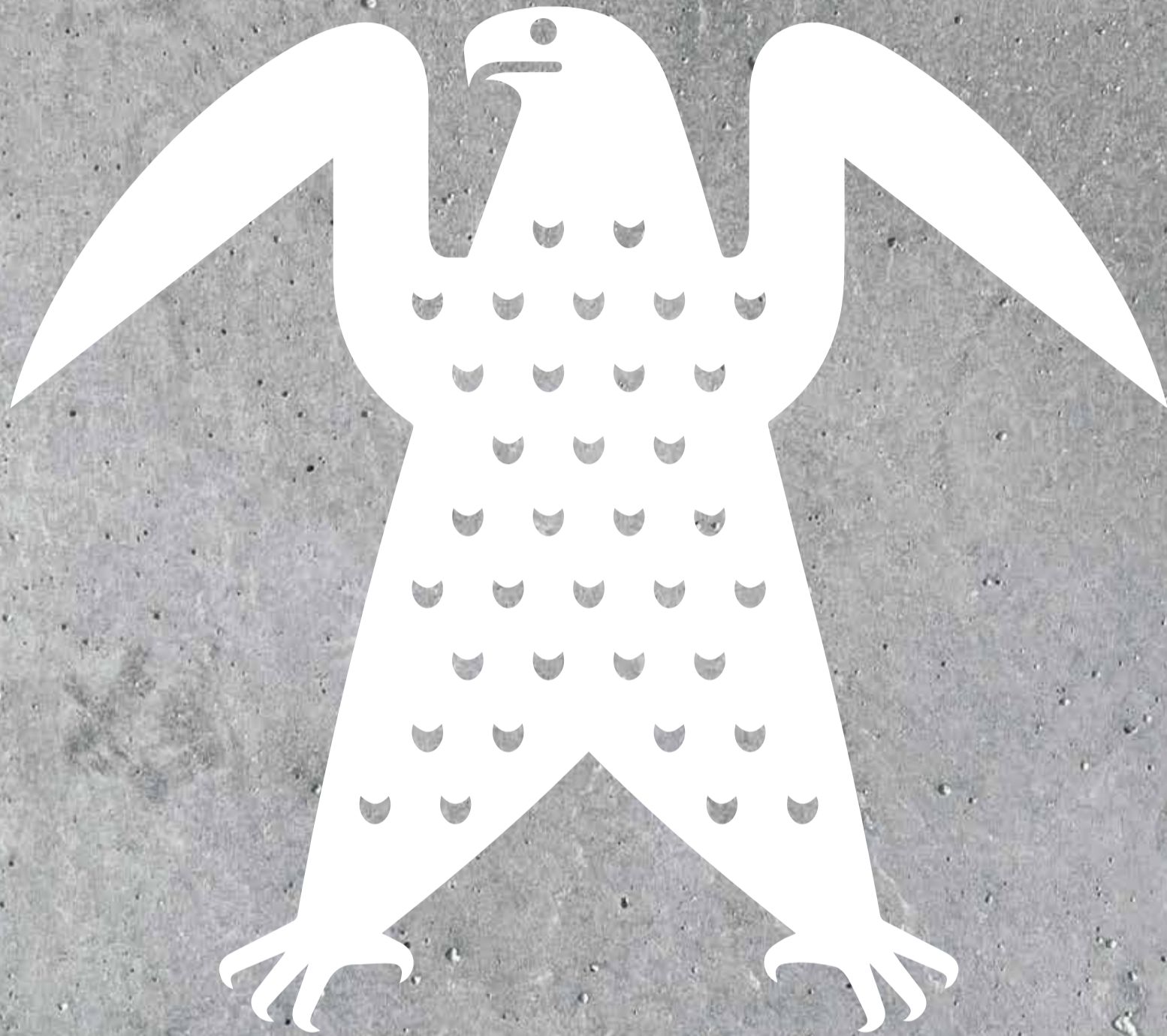
- Der gefiederte Neubürger steht auf Stachelinsekten (13); Angerichteter Strauß (13)
- Unvollständiges Teilchen (3)
- Ihrer Rettungstat am persischen Hofe gedenkt man an Purim (6)
- Pronomen plus Komponist gleich Schädling (7)
- Da werden Muckis gemacht ... (13)
- ... während bei denen nur scheinbar des Ringplaneten gedacht wird (11)
- Auch ohne das einleitende H kann diese Frau sehr schön sein (5)
- Die Rückverwandlung von ausgebeuteter Landschaft (13)
- An der Stelle konnte man früher 4.000 Mark einziehen (3)
- Verkleinerungsanhang (2)
- Etwas längeres Helfen (13)
- Elektrofreak mit X-Faktor (Vorn.) (4)
- Schreckenszahl für ESC-Beiträge (4)
- Stadt in Angola, Fluss in Sambia (5)

- Die Sonne hat davon reichlich ... (13)
- ... während hierzulande dafür die gelb blühende Frucht fürs 38 herhalten muss (4)
- Ägyptische Todesüberwinderin (4)
- So schmeckt's Schweizer(inne)n scharf (5)
- Himmelsrichtung nach oben mit Abweichung nach rechts (Abk.) (3)
- Diese Zweiheit verdoppelt steht vorm Blocksberg (2)
- Anregungen – nicht nur nervlich (7)
- Salzdosierungsempfehlung, für Karl Lauterbach noch zu üppig (5)
- Sowieso (2)
- Senderkürzel bajuwarisch (2); Empfehlung Urmgang mit Fehlern (7)
- Sie sind tapfer gegen rechts (4)
- Malende und bildhauende Barockbrüder (4)
- Kaum kommt der Frühling wieder, spielet der Hirte auf seiner (8)
- Wüsste er von dem Nike-Deal des DFB, würde er sich im Grabe umdrehen (Vorn.) (3)

- Pannenshoweinleitung (3)
- Humpen alemannisch-herrisch (5)
- Quasi-heilige Briten-Lady (2)
- 32.23 retour (2)
- Vier Tage erhöhte Temperatur (13)
- Das von 12 fährt elektrisch ... (4)
- ... und hat hinten meistens den (4)
- Hauptstadt im Ölautokratenreich (4)
- Hat noch die höchste Kirche der EU (3)
- Siehe 34, der Trend zum Zweitwagen hält an (4)
- Dieser Bund ist oft bei einer 8 dabei (Abk.) (4)
- Was soll hier hin? Ach das! (2)
- In Bremen schaut man das zusammen mit binnen (5); Auch die Erste spielt seit gestern wieder (Abk.) (2)
- Ihn spielte Ryan Gosling in der Beach-Ausgabe (3)
- Sie wird erhoben, wenn man nicht alles zurückhaben will (13)

Auflösung vom 17. 8. 2024: **GRAUZONE**
 1 VETERINÄRAMT, VORABENDSERIE;
 2 EBENE; 3 TAXIS; 4 EM; 5 RAUCH; 6 NEU-JAHRSGRUSS; 7 EL; 8 REKTA; 9 ADE;
 10 MENEM; 11 TROPENMEDIZIN; 12 OBAMA;
 13 LEDER; 14 REK; 15 USUS; 16 SOG; 17 KENO; 18 ANI; 19 JO; 20 EP; 21 BESCHLAGNAHME; 22 COHEN; 23 NGG; 24 HAAREN;
 25 NACHTPROGRAMM; 26 REL; 27 MII;
 28 ERIE; 29 SONNTAGSKLEID; 30 TEGEL;
 31 AL; 32 SOL; 33 KYLIE; 34 ELROY; 35 REG; RAF; 36 ALD; 37 ULLI; 38 INN; 39 UZ; URE; 40 IMAGE; 41 MR; 42 INARI; 43 AK; 44 ERFOLGSDENKEN
 Gewinner: Marion Buchholz-Fuchs, Dieter Fuchs, Beringstedt; Irene Petri, Regensburg; Andrea Kaup, Köln
 Zu gewinnen gibt es je ein Buch eines taz-Autors oder einer taz-Autorin. Schicken Sie das Lösungswort bitte bis zum Einsendeschluss am 28. 8. 2024 (Datum des Poststempels) per Postkarte an: taz, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, oder per E-Mail an: raetsel@taz.de. Der Rechtsweg ist wie immer und für alle Ewigkeit ausgeschlossen.

bundes **talk** 



bundestalk

Die „Übergangsregierung“

Wieder ein Ampelstreit. Diesmal ausgelöst von Grünen-Chef Omid Nouripour, der sich beim Ampel-Bashing sonst zurückhält. Ist die Koalition endgültig am Ende? Darüber diskutiert **Sabine am Orde** mit **Cem-Odos Güler**, **Tobias Schulze** und **Stefan Reinecke**.

Jetzt hören!



Foto: Nikolai Wolff/Fotoetage

Drogenpolitik: Das Bedürfnis nach Rausch ist so alt wie die Menschheit, der Missbrauch entsprechender Substanzen nicht viel jünger. Und trotzdem sehen sich hiesige Großstädte in letzter Zeit mit bislang ungeahnten Härten konfrontiert. Fentanyl und Crack mischen die Szene auf und bringen etablierte Hilfssysteme an ihre Grenzen. Auch unter den Konsumierenden fehlen Erfahrungswerte, während die neuen Stoffe zu Kampfpreisen auf den Markt

kommen und aggressiv beworben werden. Der Staat fährt sicherheitspolitische Mittel auf, die das Problem und die Menschen lediglich an weniger sichtbare Orte verdrängen. Wir besuchen den Bremer Hillmannplatz, an dem sich neben besorgten Anwohnenden auch Kultur-Akteur*innen wie im Bild oben Susanne von Essen aus der Initiative „StadtNeudenken“ oder Holger Tepe vom nahen Kommunalkino City 46 um den öffentliche Raum bemühen. **48**

momentaufnahmen

Alle Karten: OSM contributors

Wenn dem Frischen auch nicht immer zu trauen ist

Die Orange ist in diesem Sommer in Brandenburg allgegenwärtig. Mancherorts ist sie an wirklich jedem Laternenpfahl zu sehen, gern in der Hand eines mittelalten Mannes, der die Frucht präsentiert. Auf anderen Plakaten eilt eine Orange als Polizist herbei, der alte Frauen vor grauvollen Verbrechen beschützt. Oder die Orange steht an einer Wahlurne und wählt natürlich orange. In Brandenburg ist demnächst Landtagswahl, die Orange ist das Symbol der BVB/Freien Wähler im Land. Sie zeigt sich auch umgeben von anderen Früchten im Fruchtlandtag Brandenburg. Die sind im Gegensatz zur Orange verfault und haben die Farben rot, gelb, grün, schwarz und blau.

Vor dem Ofenhaus in Bernau konnte man diese Woche eine übergroße, aufblasbare Nachbildung der Zitrusfrucht bewundern. Siegesicher wiegte sie sich im Wind. Ein Wahlkampftermin bei der Vitamin-C-Kampagne.

Frische soll die Orange doch anzeigen. Und dann holten sie sich so einen altbackenen und etwas muffelnden Hubsi als Wahlkampfhelder nach Brandenburg. Der Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger aus Bayern hat sich auf den Weg nach Bernau gemacht. *Martha Blumenthaler*



Bernau
44.200 Einwohner*innen. Die BVB/Freien Wähler sind in der brandenburgischen Stadt nahe Berlin mit 8 Sitzen am besten vertreten in der Stadtverordnetenversammlung. Die AfD und die CDU/FDP-Fraktion kommen auf je 7 Sitze.

Wenn man beim Sport plötzlich wieder jung ist

Am Friedhof Leipzig-Connewitz vorbei, auf einer kleinen Brücke, die zur Gartenkolonie führt und auf meiner Laufstrecke liegt, mache ich Kraftübungen (Liegestütze, Bauchmuskeln, Kniebeugen) und dann auch Schattenboxen. In meinen Ohren klingt ein alter Hit von Donna Summer, und ich atme laut aus, wenn ich in die Luft schlage.

Ich werde beobachtet, merke ich. Eine ältere Frau steht auf dem Weg mit ihren Nordic-Walking-Stöcken und starrt mich an. Sie spricht mit mir, aber ich kann sie wegen der Musik nicht hören. Ich nehme die Kopfhörer ab und gehe zu ihr. Sie möchte wissen, welche Sportart ich gerade ausübe. „Thaiboxen“, antworte ich. „Ohhh ...“, sagt die Frau und fragt als Nächstes, wie alt ich bin. „Nein, Sie sind nicht 46“, sagt sie und macht eine Handbewegung, als würde sie eine Fliege vertreiben. „Oh doch“, erwidere ich. „Und wie ist es bei Ihnen?“

Sie sagt mir ihr Alter, und ihre blauen Augen strahlen. „... und laufe jeden Tag vier bis fünf Kilometer hier herum.“ Ich wünsche mir, dass es mir auch mal so gehen wird, und das sage ich ihr auch. „Das wünsche ich Ihnen auch“, sagt sie und läuft weiter – ganz schön zügig für ihre 93 Jahre. *Luciana Ferrando*



Leipzig-Connewitz
19.800 Einwohner*innen. „Wer wünscht sich nicht, alt zu werden wie ein Baum?“, steht auf der Website der Stadt Leipzig. Im Folgenden heißt es, hier seien etwa 20 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre.

Wenn das Waschen für Irritation sorgt

Auf der Damentoilette des BER am Gate Co4 steht eine Frau am Waschbecken. Sie wäscht sich ihr Gesicht, dann fängt sie an, die Hände und Unterarme zu waschen. Eine Frau neben ihr beobachtet sie dabei. Die Frau am Waschbecken zieht nun eine Socke aus und wäscht ihren linken Fuß.

Verwirrt schaut die Beobachterin sie an: „Sagen Sie mal, Sie können doch nicht hier Ihre Füße waschen.“ Die Frau reagiert gar nicht, zieht die Socke vom anderen Fuß und wäscht auch den. „Haaallll-oooo, hören Sie mich? Sie können sich hier nicht die Füße waschen.“ Die Frau schaut auf: „Ich habe Sie verstanden. Und Ihnen ist nicht bewusst, dass Sie Menschen bei ihrer Waschung nicht stören sollten, oder? Ich gehe jetzt nämlich Beten im Raum der Stille. Gäbe es einen extra Waschraum, müsste ich meine Füße nicht hier waschen.“

Die Frauen drehen sich zu mir um. Beide erwarten eine Antwort. Ich zucke nur mit den Schultern und sage: „Naja, das Waschbecken ist öffentlich, und nirgends steht, dass Waschungen verboten sind. Aber was weiß ich denn schon.“

Eine befriedigende Antwort scheint das für beide nicht zu sein. Ich drängle mich an den beiden vorbei zum Waschbecken, ich wollte einfach nur meine Hände waschen. *Derya Türkmen*



Schönefeld
19.500 Einwohner*innen. Die brandenburgische Gemeinde grenzt direkt an den Südosten Berlins, das bedeutendste Gebäude ist der Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“, BER.



Friederike Gräff
Ethikrat

Genug oder mehr? Über die Neigung zu Gier und klaren Verhältnissen

Kürzlich ging ich nach einem Seminar über die polarisierende Wirkung der Medien nach Hause, als ich neben der Kirche zwei Gartenlauben sah. Neben der linken stand ein Schild „Mehr davon“ und neben der rechten „Das ist genug“. Durch die geöffneten Türen sah ich die Mitglieder des Ethikrats, die an einem kleinen Tisch saßen und wie Karussellbetreiber aussahen, die auf Kundschaft warten. Der Ethikrat, das sind drei Herren von geringer Größe, die mir gelegentlich Hinweise in Fragen praktischer Ethik geben. Ich suchte nach dem Ratsvorsitzenden und fand ihn hinter den Lauben, wo er versuchte einen klapprigen Leierkasten in Gang zu bringen. „Hallo, Frau Gräff“, sagte er desinteressiert. „Guten Tag“, sagte ich, „was bedeuten die Schilder dort drüben, und wozu brauchen Sie den Leierkasten?“

„Der Leierkasten“, sagte der Ratsvorsitzende, „soll die Leute anlocken, und die Schilder sind selbstverständlich Teil einer Feldforschung

„Wer sagt, dass man Seneca folgen sollte?“

zum Thema Gier.“ „Selbstverständlich“, sagte ich, während der Vorsitzende ärgerlich an der Kurbel des Leierkastens zog. „Und was bedeuten sie?“ „Sie repräsentieren zwei Grundhaltungen zum Thema Besitz“, sagte der Vorsitzende, „und die Leute sind eingeladen, sich durch das Betreten der Häuser einer zuzuordnen.“ „Gier ist für eine wissenschaftliche Arbeit ja ein eher wertender Begriff“, sagte ich, während der Vorsitzende so heftig an der Kurbel riss, dass sie abfiel. „Wir könnten es auch bedürfnisentkoppelten Konsum nennen“, sagte der Vorsitzende zornig. „Aber meine Kollegen und ich sind zu dem Schluss gekommen, dass die heutigen Zeiten eine engagiertere Form der Forschung verlangen.“ „Hm“, sagte ich, es schien ein weites Feld. „Ich habe einmal ein Buch gelesen, in dem die Sesshaftwerdung sozusagen der Sündenfall war, ab dem die Menschen Besitz wichtig fanden. Es wurde aber nicht wirklich klar, ob es unvermeidlich war oder nicht. Und heute schreiben Essayisten Texte darüber, dass die Leute mit Konsum innere Leere füllen wollen, und recherchieren dann nach einem neuen Design-Rad für sich. Was sagt denn die Philosophie?“

„Laut Epiktet liegt der Weg zum glücklichen Menschen darin, sich unabhängig von Besitz zu machen“, sagte der Ratsvorsitzende. „Hat Seneca das nicht auch gesagt und dann, weil er selbst so viel besaß, argumentiert, dass man viel haben könne, solange man auch ohne froh sein könne?“ „Das stimmt“, sagte der Vorsitzende unfroh, „aber wer sagt, dass man Seneca folgen sollte?“

Es machte keine Freude, der engagierten Forschung zu widersprechen, deshalb bot ich stattdessen an, den Leierkasten zu reparieren. Die Kurbel hielt nur mäßig gut, aber der Vorsitzende konnte damit zwei Strophen „Oh, du lieber Augustin“ am Stück spielen. Wir näherten uns damit den beiden Holzhäusern, vor dem „Mehr davon“ stand eine sehr kurze und vor dem „Es ist genug“ eine sehr lange Schlange. „Oha“, sagte der Ratsvorsitzende erfreut, „das hätte ich in dieser Klarheit nicht erwartet.“ Aber als wir dichter an die Schlange kamen, drehte sich ein sehr kurz geschorener Mann zu uns um. „Es ist wichtig, zu sehen, dass wir viele sind“, sagte er und nickte dem Vorsitzenden zu. Der Vorsitzende wich zurück. „Sie haben die Versuchsanordnung missverstanden“, sagte er. „Und worauf gründen Sie Ihre Annahme, dass Sie viele sind?“, aber er wartete die Antwort nicht ab, sondern ging hinüber zur anderen Schlange. Dort stand ein Hippie mit einem rüdigem Hund. „Und Sie?“, sagte der Vorsitzende, „was führt Sie hierher?“ „Ich stehe hier aus einer grundsätzlichen Position der Bejahung“, sagte der Hippie. Der Ratsvorsitzende tätschelte seinen Arm, und ich, die ich nicht zur Rührseligkeit neige, glaubte, ihn weinen zu sehen.

die ortsbegehung

Kulturhauptstadt auf dem Abstellgleis

Das sächsische Chemnitz ist vom Fernverkehr abgehängt. Wer in die Europäische Kulturhauptstadt 2025 will, besteigt mitunter noch einen Zug aus DDR-Zeiten

Aus dem Zug nach Chemnitz Yannic Walther

M an muss nicht mal die Augen öffnen, um mitzubekommen, dass man sich hier mit dem Zug einer kleinen Zeitreise ausgesetzt hat. Schon das laute Quietschen der Bremsen gibt einen Hinweis darauf, warum nicht erst das Ziel, sondern allein schon die Bahnstrecke eine Reise wert ist.

Die Drehfalttüren beim Einstieg lassen sich nur mit etwas Muskelkraft öffnen, zwei steile Stufen geht es hinauf, dann den schmalen Gang entlang, Tür aufschieben und sich ins Polster des Abteils fallen lassen. Seit 2015 fahren auf der Strecke zwischen Leipzig und Chemnitz wieder Dieselloks mit Abteilwagen der DDR-Reichsbahn, die ihren ersten Frühling bereits in den 80ern erlebt hatten. Statt Klimaanlage gibt es in den Abteilen der „langen Halberstädter“ also weit offenbare Fenster, aus denen sich ganz lässig rauchen oder der Kopf in den Wind hängen lässt, wie es zuletzt die Chemnitz-Botschafter von der Musikgruppe Kraftklub in einem Musikvideo getan haben. Der Regionalexpress taugt für die Schwarz-Weiß-Ästhetik.

Der schnellste Weg mit dem DDR-Zug

Als die Tochter des Bahnunternehmens Transdev 2015 die Ausschreibung für die Strecke gegen die Deutsche Bahn gewann, versprach sie den Fahrgästen für die rund einstündige Fahrt zwischen den beiden sächsischen Städten „Fernverkehrsqualität“. Vielleicht war das Versprechen damals auch als Trostpflaster

gemeint. Denn das eine Viertelmillion Einwohner zählende Chemnitz ist vom Fernverkehr abgehängt. Um einen ICE zu erwischen, führt der schnellste Weg erst einmal mit dem DDR-Zug nach Leipzig.

Schnell aber ist dabei so eine Sache. Zugausfälle, Verspätungen und Schienenersatzverkehr plagen die Fahrgäste. Wegen auszutauschender Betonschwellen braucht es aktuell statt der einen fast zwei Stunden, um von Chemnitz nach Leipzig zu kommen. Ein Chemnitzer Satireblog entwarf vor Jahren bereits ein Brettspiel, bei dem als Spielfiguren ein Bahnreisender und ein Radfahrer gegeneinander antreten, um Feld für Feld Hindernisse zu überwinden im Wettstreit, als Erstes das 90 Kilometer entfernte Leipzig zu erreichen. Bei allem Humor: In der ehemaligen Karl-Marx-Stadt nährt das Abgehängtsein den kollektiven Minderwertigkeitskomplex. „In Chemnitz wird das Geld erarbeitet, in Leipzig vermehrt und in Dresden ausgegeben“: Mit diesem Sprichwort denkt der Chemnitzer noch gern an die inzwischen verblasste Bedeutung der früheren Industriestadt im sächsischen Städtedreieck zurück.

Mit der Realität hat das spätestens seit 1990 nichts mehr zu tun. Erst schlossen die Betriebe, dann verließen die Jungen die Stadt – damals gen Westen, heute mit dem DDR-Zug und den Umzugskisten unter dem Arm nach Leipzig. Wenn mit der Industrie auch der Produzentenstolz verloren geht, braucht es eine neue Identität, hat sich die Stadt gedacht. 2025 wird Chemnitz nun den Titel europäische Kulturhauptstadt tragen.

Der fehlende ICE-Anschluss der Stadt war lange Grund für eine Art Massenpsychose der Chemnitzer: Alle hielten ihn für nötig, auch wenn sie selbst seit Jahrzehnten nicht mehr Zug gefahren sind. Zur Besänftigung wird seit 2022 zumindest die Direktverbindung Berlin–Chemnitz mit einem IC wieder bedient. Zweimal täglich fährt einer über Berlin bis an die Ostsee, zweimal täglich ein Zug in die Gegenrichtung. Dass der IC eher ein als Fernverkehrszug angestrichener Regionalexpress ist, sieht man auch daran, dass sich die Strecke von Berlin bis Elsterwerda sowie von Dresden nach Chemnitz mit dem Deutschlandticket befahren lässt. Lediglich für den 25-minütigen Teil der Strecke dazwischen braucht es ein Zusatzticket.

Samstags, wenn der Zug für eine Fahrt nicht über Dresden fährt, dauert es von Berlin nach Chemnitz sogar nur rekordverdächtige zweieinhalb Stunden. Während der Sommermonate des Kulturhauptstadtjahres soll dann am Wochenende ein Zug je Richtung mehr zwischen Berlin und Chemnitz verkehren.

Der Titel sorgt für Eifer

Auch auf der Strecke Chemnitz–Leipzig sorgt der Kulturhauptstadtstitel für Handlungseifer. Denn den DDR-Zug kann man zwar den Chemnitzern zumuten, aber nicht den erhofften Chemnitz-Touristen. Man denke nur an den Spott über Deutschlands marode Infrastruktur zur Europameisterschaft 2024. Der könnte sich ansonsten wiederholen, wenn Deutschland nach 15 Jahren mal wieder eine Euro-

päische Kulturhauptstadt präsentieren darf. Zwar wird die Strecke nach Leipzig ohnehin elektrifiziert und ausgebaut. Weil das aber noch dauert, sollen zum Fahrplanwechsel im Dezember Doppelstockwagons statt der alten Abteilwagen her. Wer also noch einmal den Kopf in den Fahrtwind der Reichsbahn hängen will, sollte mit dem Chemnitz-Besuch nicht bis zum nächsten Jahr warten.

Nix wie hin

Die Besonderheit

Bei der Reise nach Chemnitz ist der Weg schon das Ziel. Ansonsten schlummert hier eine graue ehemalige Industriestadt mit einer vierzig Tonnen schweren Karl-Marx-Büste abseits der Trampelpfade des Städte-tourismus. Wem das Angst macht: Gelegentlich fährt auch ein Zug von Chemnitz nach Leipzig.

Die Zielgruppe

Reichsbahn fahren, DDR-Schnellzug im Sächsischen Eisenbahnmuseum besichtigen, austrangierte Tatra-Bahnen vor einem Jugendclub fotografieren und dann das Chemnitzer Modell (S-Bahn und Straßenbahn in einem) austesten: Chemnitz ist eine Stadt perfekt für Pufferküsser.

Hindernisse auf dem Weg

Ob Ersatzverkehr ab Leipzig oder Ticketdschungel bei der Anfahrt ab Berlin: die Hindernisse liegen auf den Schienen.

Den Zug so wie früher genießen
Illustration:
Jeong Hwa Min





Gekommen, um zu bleiben

Irgendwo zwischen Demo und Urlaub: Punks denken über dauerhafte Sylt-Camps in der Zukunft nach Foto: Steve Braun

Zum dritten Mal campieren Punks aus ganz Deutschland auf Sylt. Für die einen sind sie ein Ärgernis, für die anderen gehören sie längst zu den Sehenswürdigkeiten der Insel

Von Sylt **Esther Geißlinger**

Die sechsköpfige Gruppe fällt auf in der Fußgängerzone von Westerland: schwarze Kleidung, zerrissene Hosen, Shirts mit Aufdrucken. Die Sechs schlendern vorbei an Lokalen, in denen Urlauber:innen vor Eisbechern oder Biergläsern sitzen, an Läden mit bunter Kleidung und lassen sich schließlich vor der Auslage eines Juweliers nieder. „Guck, Punks“, sagt ein Vater zu seinem Sohn. Es klingt wie „guck, Möwen“. Als sei der Vater froh, einen Tagesordnungspunkt des Reise-Erwartungs-Katalogs abgearbeitet zu haben.

Im dritten Jahr in Folge campieren Punks aus ganz Deutschlands auf Sylt. 2022, im Sommer des Neun-Euro-Tickets, kamen sie spontan als Reaktion auf die Befürchtungen, unerwünschte Gäste könnten die Insel überschwemmen. Damals entstanden wilde Camps mitten in der Stadt. Die rund 100 Angereisten errichteten Zelte vor dem Rathaus. Eine Telefonzelle wurde zum Klo umfunktioniert, ein Brunnen zur Badeanstalt. Im zweiten Jahr standen die Zelte außerhalb des Ortskerns auf einer Wiese voller Maulwurfslöcher. Im dritten Jahr hat das Organisationsteam frühzeitig die Festwiese im Ortsteil Tinnum beantragt, einen guten Spaziergang vom Westerland Bahnhof entfernt.

Die Punks vor dem Juweliergeschäft in der Fußgängerzone halten Stöcke hoch, an denen Konservendosen baumeln. Ein paar Münzen liegen schon drin. Aktiv um Geld bitten dürften sie nicht, sagt einer von ihnen. Die Spendenbereitschaft sei „mal so, mal so“. Einige Leute würden sie bepöbeln, „verpissst euch“, habe einer mal gesagt. Andere fänden die Aktion aber gut.

„Mal so, mal so“ – das sagt auch eine Kassiererin im Supermarkt, der der Festwiese am nächsten liegt, über die Camp-Bewohner:innen. Die kommen täglich in den Laden, oft mit Einkaufswagen voller Leergut, dessen Erlös gleich wieder in Essen und Getränke umgesetzt wird.

Auf der mit Gras bewachsenen Festwiese selbst stehen Dutzende Zelte, dazwischen einige Konstruktionen aus Plan-

die Gemeinschaftsbereiche, die Küche, das Vorratslager, die Bühne. Jenseits eines asphaltierten Wegs reihen sich mehrere Dixi-Klos auf.

Marvin Bederke, einer der Sprecher des Camps, sitzt auf einer Decke im Gras, zu-

„Wir werden beschimpft, weil wir angeblich auf anderer Leute Kosten Urlaub machen. Aber wir bezahlen natürlich“

Marvin Bederke, Sprecher des Camps

sammen mit einigen Mitgliedern des Organisationsteams. Im Vorjahr nahmen fast alle Camp-Bewohner:innen an diesen Plenums-Runden teil. Aber das habe viele genervt und sei auch nicht sehr effektiv gewesen, berichtet Bederke, daher tagen nun kleinere Gruppen. Der 24-Jährige war mit dem gleichaltrigen Jonas Hötger bereits im Vorjahr als Hauptorganisator dabei, hat also bereits Routine.



Mobile Subkultur: Aus ganz Deutschland reisen Punks nach Sylt Foto: Steve Braun

Dinge, die damals zu Problemen führten, vermeiden sie: So wird es zum Beispiel keine spontane Verlängerung des Camps über den August hinaus geben, weil im Vorjahr viele Bewohner:innen kurz vor dem Ende abfuhren und eine kleine Gruppe allein mit dem Rückbau dastand.

Insgesamt ist Bederke mit dem Verlauf der Aktion zufrieden: Die Zahl der Teilnehmenden sei mit rund 180 Personen in der Spitze höher als im Vorjahr, und der neue Platz mit Wasser- und Stromanschluss erlaube, größere Aktionen wie Konzerte zu machen. „Wir werden professioneller“, sagt der angehende Jura-Student aus Frankfurt. Das liege auch daran, dass das Organisationsteam ganzjährig weiter getagt und das nächste Camp geplant hat, teils online, teils bei Treffen, „mit Tagesordnung und Kleingruppenarbeit, sehr produktiv“.

Ihn ärgert die Haltung einiger Sylter:innen dem Camp gegenüber: „Auf Social Media werden wir beschimpft, weil wir keine Kurtaxe bezahlen und angeblich auf anderer Leute Kosten Urlaub machen. Aber wir bezahlen natürlich.“ Nur eben keine Kurtaxe: Die Stadtwerke rechnen Wasser und Stromverbrauch ab, die Müllabfuhr stellt einen Container – „richtig teuer“, sagt Bederke.

Mehrere Tausend Euro kostet das Camp, das Geld bringen die

Beteiligten durch eigene Mittel oder Spenden per Crowdfunding auf, Motto: „Lieber reiche Punks als reiche Nazis auf Sylt.“ Es gebe durchaus Unterstützung, auch von Insulaner:innen, die die politischen Ziele der Aktion gut fänden, sagt der Organisator. Die Punks protestieren gegen die hohen Immobilienpreise auf der Insel und gegen den Versuch, die Insel gegen unerwünschte Gruppen abzuschirmen.

Und die Kurtaxe? „Wie kann man Eintritt für eine Insel nehmen?“, fragt Bederke, der sich vorstellen kann, eines Tages juristisch dagegen vorzugehen. Im Vorjahr erhielten die Organisatoren die Auflage, Meldebögen an die Camper:innen zu verteilen, um dann Kurtaxe einzuziehen zu können. Die Punks weigerten sich, schließlich hat der Kreis Nordfriesland die Aktion als Dauer-Demonstration anerkannt. „Die Teilnehmenden einer Demo zu erfassen, geht gar nicht“, sagt Bederke. „In diesem Jahr hat die Gemeinde es gar nicht versucht.“ Generell sei der Kontakt zu den Behörden gut. Wie aufs Stichwort rollt ein Polizeiwagen langsam vorbei. Marvin Bederke schaut nicht einmal auf – solche Fahrten finden mehrmals täglich statt.

Aus Sicht der Polizei ist die Lage „überwiegend friedlich“, sagte der Sprecher der Polizeidirektion in Flensburg den lokalen *Sylter Nachrichten*. Einsätze „im mittleren zweistelligen Bereich“ habe es wegen „Ruhestörungen und aggressivem Betteln“ gegeben. Florian Korte, Sprecher der Gemeinde Sylt, sprach gegenüber der Lokalzeitung von „einem gewissen Unmut in Teilen der Bevölkerung“ über die dritte Auflage des Punkertreffens. Das bestätigt eine Sylterin, die auf dem Platz vor dem Rathaus Unicef-Postkarten verkauft. Bisher seien die Punks zwar „recht friedlich“, aber die Schnorrer-Grüppchen in der Fußgängerzone fände sie dennoch nicht gut.

Am Rathaus hatte die Gemeinde im Vorjahr beleuchtete Figuren aus Draht aufstellen lassen, damit dort keine Zelte gebaut werden konnten – eine Aktion, über die die ganze Insel lachte. Die Figuren sind verschwunden, aber die Probleme der Insel sind dieselben geblieben: Immer noch fehlt ein Radwegekonzept. Der Kreis will

gegen illegale Ferienwohnungen vorgehen, das macht vielen Insulaner:innen Sorgen. Und dann ist da noch der Streit um den Bürgermeister der Gemeinde Sylt, diesem Kunstgebilde aus sieben Dörfern, darunter Westerland, Tinnum und Keitum. Gegen den parteilosen Nikolas Häckel läuft ein Abwahlverfahren, im September soll es eine Neuwahl geben.

Häckel ist seit Monaten krankgeschrieben. Er habe sich „bei meinem Einsatz für die Gemeinde zu sehr vernachlässigt“, nun arbeite er sich aus einem Burn-out heraus, schreibt er auf seiner Homepage. Sein Anwalt hält es für einen Skandal, einen Kranken aus dem Amt zu drängen. Doch eine Reihe von Inselgemeinden verweist darauf, dass Häckel seine Aufgaben nicht erledigt habe. „Wir und unsere Bürger bezahlen für Leistungen, die wir nicht oder nur unzureichend erhalten“, heißt es in einer Mitteilung der kleineren Sylter Orte, die vom Westerland Rathaus mitverwaltet

werden. Weil dort die Arbeit stocke, „kommt der Wohnungsbau für Insulaner nur schleppend voran, unsere Straßen können nicht erneuert werden, der Ausbau der Radwege stagniert, und in Hörnum verfällt der Hafen zunehmend. Eine Wohnanlage für Senioren konnte nicht umgesetzt werden“.

Zudem, so berichtet der NDR, werde Häckel unter der Hand das schlechte Krisenmanagement im Umgang mit dem ersten Punker-Camp vor drei Jahren angelastet.

Egal, wer künftig die Verwaltung der Inselhauptstadt leitet, er oder sie wird sich weiterhin mit den Punks auseinandersetzen müssen. Denn sie sind gekommen, um zu bleiben. Camp-Sprecher Marvin Bederke und die anderen des Kern-Teams wollen einen Verein gründen, der die „Aktion Sylt“ dauerhaft trägt. Geplant sind weitere Sommer-Camps und vielleicht eines Tages ein ganzjähriger Treffpunkt – Punks forever auf der Insel der Schönen und Reichen.

genossenschaft



Anastasia Zejneli & Adefunmi Olanigan
Volontärinnen der taz

HUNNIES FOR
FUTURE

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

Platzangst

Auf dem Hillmannplatz gleich beim Hauptbahnhof in Bremen kreuzen sich die Interessen: Reisende wollen mal durchatmen, Anwohnende schätzen die Ruhe inmitten des Zentrums – und die Drogenszene die vor der Polizei

Aus Bremen **Mika Backhaus** und **Jan-Paul Koopmann**



Miteinander reden: Anwohnende treffen auf Vertreter*innen aus Kultur und Politik Foto: Nikolai Wolff/Fotoetage

Bremen. Wer hier morgens mit dem Zug ankommt, stößt gleich vor dem Hauptbahnhof auf Menschen in dreckigen Schlafsäcken – und auf erstaunlich viel Polizei. Zu Stoßzeiten patrouillieren hier seit einer Weile sogenannte Quattro-Streifen: gemischte Teams aus Polizei, Ordnungsdienst, Bahn-Sicherheit und Bundespolizei. Eben haben sie mit blauen Gummihandschuhen einen Schlafsack auf der nahen Grünfläche gelupft – wie um zu sehen, ob die Gestalt darunter noch lebt –, gerade überprüfen sie die Getränkedosen einiger junger Männer auf Alkohol. Während hier heute allerdings nur Energydrinks zu finden sind, hockt sich gerade mal hundert Meter entfernt eine Frau schwer bestimmbarer Alters in einen Hauseingang, um „Stein“ zu rauchen: Crack, für das sie nicht mal zehn Minuten vorher an der Kaffeeschlange des Bahnhofsbäckers mit brüchiger Stimme geschnorrt hat.

Hier, in Sichtweite des Hauptbahnhofs, liegt der Hillmannplatz, der in letzter Zeit zum Gegenstand öffentlicher Debatten über offenen Drogenkonsum wurde – der sich auch wegen der Kontrollen am Bahnhof hierhin verlagert hat.

Der Platz ist eine ruhige Ecke im doppelten Sinn: Kommt man ums Eck, fallen direkt die zahlreichen Bäume und Sitzgelegenheiten auf. Für Autos gibt es an einem Ende des Platzes eine Wendeschleife, ansonsten ist es ein verkehrsberuhigter Ort, der zum Verweilen einladen könnte. An warmen Tagen versprüht er – für Bremer Verhältnisse – fast mediterrane Stimmung, zahlreiche Gastronomiebetriebe und zwei Hotels befinden sich in direkter Nachbarschaft. Auch das beliebte Kommunalkino City46 liegt am Rande des Platzes. Und während sich hier tatsächlich gerade eine Frau mit Rollkoffer zum Durchschnaufen auf eine Bank setzt, gibt es eben auch die andere Form von „Ruhe“: Die vor der Polizei nämlich.

Drogenkonsumierende und Dealer sind fast immer vor Ort, „die jungen Männer lungern herum“, wie manche Anwohner*innen es ausdrücken. Müll und rumliegende Spritzen sind auch

ein Thema, es gab teils heftige Schlägereien. Im Polizeijargon ist der Hillmannplatz ein Ort „mit erhöhter Kriminalitätsbelastung“. Vor allem nachts fühlten sich Menschen nicht mehr sicher.

Die negativen Nachrichten prägten die Debatten der letzten Monate um den „Angstort“ Hillmannplatz, dessen neues Image ihm inzwischen offenbar bis in die Pfalz vorausseilt. Das sonst jährlich auf dem Platz stattfindende Weinfest im Rahmen der Wein-Sommer-Tour wurde abgesagt. Ein Teil der Winzer wollte nicht mehr, weil die Kundschaft zurückgegangen sei. Das liege vor allem daran, dass die Kundschaft sich unsicher fühlen, berichtet Michael Berger, der Veranstalter des aus der Pfalz kommenden Wein-Sommers. Auch mit Personalmangel hätten sie zu kämpfen. Eigentlich wollen sie ohnehin gern einen zentraleren Ort für ihr Weinfest haben. Man kann den Eindruck gewinnen, die gegenwärtige Debatte um den Platz eröffnet da auch eine neue Verhandlungsbasis gegenüber der Politik.

So oder so: Das Ringen um den öffentlichen Raum kennt jedenfalls mehr Parteien als nur Drogenszene und Anwohnende und Geschäftsinhaber. Die organisierten im vergangenen Jahr privat einen Sicherheitsdienst. Der alteingesessene Wurstbudenbetrieb Kiefert schloss dieses Jahr seinen letzten Verkaufsstand zwischen Hauptbahnhof und Hillmannplatz. Gegenüber dem *Weser Kurier* berichteten die Inhaber, dass das an den Zuständen in der Bahnhofsgegend gelegen habe. Die offene Drogenszene sowie Schmutz und Kriminalität seien zunehmend auch für die Mitarbeitenden zur Belastung geworden.

Vergangene Woche debattierte auch die Bremer Bürgerschaft, das Landesparlament, über den Platz. Und während seitens der CDU die rot-grüne Landesregierung beschuldigt wurde, sich das Problem über die im Bundesvergleich hohe Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer „selbst eingebrockt“ zu haben, hält die Linke das für „gefährlichen Populismus“. Und die Grünen ergänzen, man schaffe eben „keine No-go-Areas“ – und müsse

Leute wieder auf den Platz holen, statt die anderen zu vertreiben.

Tatsächlich gibt es das auch schon: den sogenannten gewaltfreien Kampf um den öffentlichen Raum. „Tatkraft Hillmannplatz“ ist ein Projekt, in dem verschiedene Akteur*innen aus Kultur und Politik in den kommenden Monaten ein vielfältiges Programm auf dem Platz präsentieren.

Was das heißen soll, wurde den Anrainer*innen vergangene Woche bei einem Kennenlernetreffen erklärt. Und hier und da vielleicht auch übersteigerte Erwartungen entschärft: Dass Kulturschaffende nicht im Alleingang Sicherheits- und Drogenprobleme lösen könnten, erklärte „StadtNeudenken“-Organisatorin Susanne von Essen gleich zu Beginn, es gehe vor allem da-

rum, den Platz in ein anderes Licht zu rücken. Das meint sie nicht nur metaphorisch, sondern auch wortwörtlich: Lichtinstallationen spielen eine zentrale Rolle bei der Bespielung. Ansonsten soll es zum Beispiel eine Tanzperformance zum Mitmachen geben. Und jenseits von Kunst und Kultur auch einen neuen Polizeistützpunkt im Container, den einige in der Runde zustimmend nickend begrüßten.

Ebenfalls vor Ort ist Holger Tepe vom angrenzenden Kino City46: „Wir möchten den Platz beleben“, sagt er, und zeigen, dass es möglich ist, „tatkraftig zu sein“. Und Carl Zillich vom Projektbüro Innenstadt möchte „durch gute Erfahrungen Bilder schaffen, die das Image verändern“. Kulturveranstaltungen seien sehr wichtig, damit das im Sinne



Jenseits der verstärkten Polizeistreifen hat auch der sozusagen gewaltfreie Kampf um den öffentlichen Raum längst begonnen

Nicht die schönste Ecke Bremens, aber eine der umkämpftesten: der Hillmannplatz am Hauptbahnhof Foto: Nikolai Wolff/Fotoetage



Auch eine Konfliktpartei: Geschäfte am Hillmannplatz Foto: Nikolai Wolff/Fotoetage

einer Schwarmstrategie „von unten“ aus der Bevölkerung heraus geschehe. Und vielleicht komme dann ja auch das Weinfest wieder.

Und die Drogenszene? Es lässt sich wohl kaum bestreiten, dass manche den „Verdrängen“ nicht unbedingt nachtrauern würde – so hässlich das Wort auch klingen mag.

Renate Heitmann von der Shakespeare Company, die den Platz ebenfalls kulturell bespielt, hat hingegen eher integrative Vorstellungen: Sie fände es gut, wenn sich ein Nebeneinander von Kultur und Szene ergebe. Und damit ist sie nicht allein. Houman Hadavi ist Gastronom am Platz und hat kein Problem mit Konsumierenden, die hier in der Ecke säßen und ihr Ding machen – sehr wohl aber mit den Dealern, die, wie er sagt, aggressiv seien und Druck auf Passant*innen und Konsument*innen ausüben. Früher habe Hadavi die Drogenkonsumenten mit Resten aus dem Restaurant versorgt, aber inzwischen scheint er mit seiner Geduld am Ende. Was in den Unterhaltungen mit ver-





Zwischen Akzeptanz und Repression

Mit dem Görlitzer Park und dem Leopoldplatz gibt es in Berlin gleich zwei Drogenhotspots. Die Strategien im Umgang damit sind von Zaun bis Hilfe sehr unterschiedlich

Aus Berlin **Marie Frank**

Wie unterschiedlich der Umgang mit Drogenhotspots sein kann, lässt sich derzeit in Berlin beobachten. Der Görlitzer Park in Kreuzberg gerät wegen des dort stattfindenden Drogenhandels immer wieder in die Schlagzeilen. Viele Anwohner*innen fühlen sich nicht sicher, Schwarze Menschen erleben wegen der willkürlichen Polizeikontrollen, die an „kriminalitätsbelasteten Orten“ wie dem Görlitzer Park möglich sind, immer wieder Racial Profiling und Diskriminierung. Doch weder die verstärkte Polizeipräsenz noch die eingesetzten Parkläufer*innen, die die innerstädtische Grünfläche befrieden sollen, haben bislang zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation beigetragen.

Nachdem im Juni vergangenen Jahres eine angebliche Gruppenvergewaltigung einer Frau durch abgelehnte Asylsuchende aus afrikanischen Ländern im Görlitzer Park für einen Aufschrei sorgte, schaltete sich Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) ein. Trotz wackeliger Anklage, die am Ende fallengelassen werden musste, berief er im September öffentliche Sicherheitsgipfel ein. An dessen Ende standen vor allem mehr Polizeistreifen, ein Zaun um den Park sowie nächtliche Schließzeiten.

Dass die Anwohner*innen gegen die Pläne mobil machen, weil sie eine Verdrängung der Drogenkriminalität in die umliegenden Straßen fürchten, kümmert Wegner dabei wenig. Auch dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gegen den geplanten Zaun klagt, hindert ihn nicht, das 2 Millionen Euro teure Projekt mit laufenden Kosten von jährlich noch einmal 800.000 Euro durchboxen zu wollen. Von den versprochenen sozialen Lösungen wie mehr Druckräumen ist hingegen nichts mehr zu hören.

Ganz anders am Leopoldplatz in Wedding in Berlin-Mitte, der ebenfalls Thema des Sicherheitsgipfels war. Während im Görlitzer Park vor allem der Handel ein Problem ist, ist es hier der Konsum durch suchtkranke Menschen: Die Drogenszene trifft sich direkt neben dem Kinderspielplatz, am helllichten Tag konsumieren Menschen Heroin oder

Crack, überall liegen Spritzen. Anwohner*innen berichten von Konsum in Hausfluren und Kindern, die auf Drogenbesteck treten. In zwei Containern bietet der Verein Fixpunkt auf dem Leopoldplatz Suchtberatung und einen Konsumraum an. Insbesondere durch die massive Zunahme des Crackkonsums in den vergangenen Monaten verschärfen sich die Probleme zusehends.

Statt mit Repression versucht man es am Leopoldplatz jedoch vor allem mit mehr Sozialarbeit. Zu den Maßnahmen zur „Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum“, für die der schwarz-rote Senat im Juli die Gelder freigegeben hat, zählen neben erhöhter Polizeipräsenz: aufsuchende Sozialarbeit, personalbesetzte Toiletten, Bauwagen als Informationspunkte, reparierende Kiezhausmeister*innen und für Ordnung sorgende Parkläufer*innen. Maßnahmen, von denen die Anwohner*innen des Görlitzer Park nur träumen können.

Laut der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Mitte, Stefanie Remlinger (Grüne), stehen für die Bekämpfung der Drogenkriminalität für dieses Jahr insgesamt 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Wann das Geld für nächstes Jahr kommt, sei unklar. Da die Probleme nicht von alleine verschwinden werden, fordert sie eine Verstärkung der Mittel. Die ist angesichts der strengen Sparvorgaben des Berliner Senats allerdings fraglich.

Schon vor der Freigabe der Gelder hat der Bezirk Mitte ein Kulturangebot auf und um den Leopoldplatz entwickelt. „Damit soll der Angstrom wieder zu einem Ort der Begegnung, des kulturellen Austauschs und des gemeinsamen Miteinanders werden“, so das Bezirksamt. Das Besondere: An dem Programm waren und sind die Anwohnenden beteiligt.

Die haben sich 2023 in der Initiative „Wir am Leo“ zusammengeschlossen und berichten, dass es durch die verstärkte Polizeipräsenz zwar ruhiger geworden sei, Dealer und Suchtkranke jedoch in die umliegenden Straßen verdrängt würden.

Um dem starken Anstieg von Crack zu begegnen und sich einen Überblick über das Problem zu verschaffen, plant das Land Berlin nun eine Crack-Studie. Die soll neben einer Bestandsaufnahme auch Handlungsoptionen aufzeigen.

schiedenen Gesprächspartnern deutlich wird: Ja, der Platz ist zurzeit kein angenehmer Ort, vor allem nachts. Über das Kulturprogramm freuen sich die meisten deshalb. Aber dass das die Probleme des Drogenkonsums und Kriminalität über den Hillmannplatz hinaus löst, daran gibt es große Zweifel.

Und was die Probleme nicht des Platzes, sondern der Menschen angeht: Die werden durch Verdrängung in vielen Fällen verschärft. Beatrix Meier von der ambulanten Suchthilfe Bremen etwa empfindet die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen bei der Drogenthematik zwar größtenteils als konstruktiv, aber man müsse anpassen, nicht alles über „Ordnung regeln zu wollen“. Die mit den Kontrollen einhergehende Verdrängung in andere Gebiete mache ihre Arbeit schwieriger, weil sich die Orte des Konsums ständig verlagern. Auch könnte nicht überall ein weitreichendes Angebot vorgehalten werden. Es brauche aber niedrigschwellige Angebote in den Stadtteilen,

wie es sie früher mal gegeben habe.

Die Pläne für ein schon lange gefordertes zentrales Koordinierungszentrum begrüßt sie hingegen. Das soll nicht weit vom Hauptbahnhof entstehen, wo sich schon jetzt eine sogenannte Toleranzfläche zum Drogenkonsum befindet. Hier kommen immer wieder auch Streetworker*innen vorbei, die viel lieber aber eine feste, betreute 24-Stunden-Anlaufstelle hätten. Wolfgang Adlhoch arbeitet bei der ambulanten Drogenhilfe „Comeback“ und beschreibt die Dramatik der Situation: „Viele der Konsumenten sind die ganze Nacht unterwegs, weil sie Angst haben, im Schlaf ausgeraubt zu werden“, sagt er, „und wenn sie dann morgens wieder zu uns kommen, schlafen sie erst mal – die sind völlig fertig.“

In das Kontakt- und Beratungszentrum kommen mehr als 100 Leute täglich. Allgemein sei Bremen im Bereich der Sucht und Drogenhilfe theoretisch ganz gut aufgestellt, findet Adlhoch. Die Angebote seien sehr niedrigschwellig,

man könne praktisch alles ohne Papiere machen. Wenn es allerdings um Wartezeiten und verfügbare Plätze gehe, sehe das schon anders aus. Auch ein Problem des Stadtstaats: „Viele Menschen kommen aus Niedersachsen, wollen dann hier in eine Notunterkunft. Aber die sind voll, und Bremen will nicht dafür bezahlen, wenn sie herausfinden, dass sie aus Niedersachsen kommen.“ Auch auf einen Entgiftungstermin könne man schon mal zweieinhalb Monate warten.

Und neue Drogen auf dem Markt verschlimmern die Situation. Crack und Fentanyl sind ein anderes Kaliber als selbst schwerer Alkoholmissbrauch oder Heroinkonsum. In Bremen sind die Substanzen noch verhältnismäßig neu. Es gibt viel Wettbewerb, günstige Preise und viel Druck unter den Dealern. Das Angebot ist groß.

Und es fehlen die Erfahrungswerte in der Szene: Eine kleine Dosis Fentanyl ist um ein Vielfaches stärker als eine viel größere Menge Heroin. Diese Entwick-

lung macht auch alteingesessenen Profis in den Beratungsstrukturen Angst. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Toten in Deutschland im Zusammenhang mit dem Konsum illegaler Drogen mehr als verdoppelt, auf fast 2.227. In Bremen waren es im vergangenen Jahr 27.

Wolfgang Adlhoch sagt, die Szene der Konsument*innen und Dealer ist anders und viel größer als noch vor einigen Jahren. Die Toleranz nehme auch in einer Stadt wie Bremen ab, deren liberales Bürgertum die Nöte der Konsumenten oft wahrgenommen und auch verstanden habe. Die Vertreibung am Hauptbahnhof sei kaum auf gesellschaftlichen Widerstand getroffen.

Die eine Lösung für ein so umfassendes gesellschaftliches Problem kann kein Akteur liefern, schon gar nicht allein. Das gilt auch für den Hillmannplatz. Die Kulturveranstaltung und mehr Polizeipräsenz werden vielleicht zu einer Aufwertung des Platzes führen. Aber die Folgen sind schon jetzt am

anderen Ende der Stadt zu sehen. Ein neuer dezentraler Container für Menschen in prekären Lebenslagen auf der anderen Weserseite war von dem örtlichen Beirat sogar unterstützt worden: In der Neustadt mit größtenteils linksgrünen Wähler*innen gehört es für viele Menschen zum Selbstverständnis, Notleidenden zu helfen. SPD, Grüne und Linke kamen hier bei der letzten Wahl auf zwei Drittel aller Stimmen.

Aber auch dort werden inzwischen die Beschwerden lauter über Müll auf Spielplätzen, Crackpfeifen auf Parkbänken und herumliegende Spritzen.

Über Drogenpolitik im Allgemeinen und die Bremer Situation im Speziellen diskutiert die taz in Bremen mit Betroffenen, Vertreter*innen aus Betreuungsinstitutionen und Politik. **Der taz.salon Drogenpolitik** unter der Moderation von Franziska Betz findet statt am Dienstag, 28. 8., ab 19 Uhr im Kulturzentrum Lagerhaus. Anmeldung über www.taz.de/lvn6027806/

Zwischen Tradition, Klimawandel und der Krise des Ehrenamts: Oberdeichgraf und Landwirt Jan Rabeler spricht über nasse Äcker, Dürresommer und die Angst vor dem „Blanken Hans“

Interview **Esther Geißlinger** Foto **Barbara Dombrowski**

taz: Wie wird man eigentlich Oberdeichgraf, Herr Rabeler?

Jan Rabeler: Man wird von der Versammlung der Vorsteher der Verbände gewählt, die dem Deich- und Hauptsielverband der Halbinsel Eiderstedt angeschlossen sind. Früher nannten die sich alle Deichgrafen, jetzt heißt es meist Verbandsvorsteher. Aber der Hauptverband kennt noch den Oberdeichgrafen. Gewählt wird alle sechs Jahre.

taz: Der wohl bekannteste Deichgraf ist Hauke Haien, der „Schimmelreiter“ aus Theodor Storms Novelle. Wie ähnlich ist Ihr Amt dem, was Storm beschreibt, und haben Sie einen Schimmel?

Rabeler: Nee, leider nicht mehr. Früher haben meine Eltern Pferde gezüchtet, aber den Betriebszweig haben wir aufgegeben, also bin ich bloß per Fahrrad, Auto oder Trecker unterwegs. Als Oberdeichgraf bin ich ehrenamtlicher Vorsitzender des Deich- und Hauptsielverbandes, zusammen mit meinem vierköpfigen Vorstand. Ein Siel ist übrigens ein Durchlass, der in ein Tiedegewässer mündet. Bei Ebbe fließt das Wasser in die Nordsee. Die Aufgabe des Deichgrafen ist genau wie damals: Wir müssen das Land vor der stürmischen Nordsee, dem „Blanken Hans“, schützen. Heute haben wir allerdings keine Aufsicht mehr über die Außendeiche, da unterstützen wir nur im Katastrophenfall mit Deichgängern.

taz: Deichgänger sollen bei Sturmflut vor möglichen Deichbrüchen warnen. Vor einigen Jahren gab es einen kleinen Skandal, als sich herausstellte, dass einige Menschen auf der Meldeleiste in Pflegeheimen lebten oder bereits verstorben waren.

Rabeler: Ja, das war ein bisschen peinlich. Heute sind wir gut davor, alle Leute auf der Liste sind einsatzbereit. Aber kaum einer weiß mehr, wie so eine große Sturmflut aussieht. Einen Deichbruch gab es hier zuletzt 1962. Ich selbst habe als Sechsjähriger bei der Sturmflut 1976 mit meinen Eltern auf dem Deich gestanden. Sie mussten mich festhalten, sonst wäre ich buchstäblich weggeflogen. Ich erinnere mich deutlich, wie die riesigen Wellen heranliefen. Wenn sie sich zurückzogen, konnte ich unten das Watt sehen, so gewaltig war der Sog.

taz: War das der Grund, warum Sie dieses Ehrenamt angenommen haben? Denn vermutlich bringt der Posten Stress, Zeitaufwand und Ärger ...

Rabeler: Das ist schon so, aber wenn man hier geboren ist, kennt man das Meer, die Gräben und die Deiche und weiß, darum musst du dich kümmern. De nich will dieken, mutt wieken, heißt es an der Küste: Wer nicht will diechen, muss weichen. In meiner Familie galt auch schon immer: Nicht quaken, anpacken! Viele meiner Vorfahren waren Bürgermeister, meine Mutter hat im Ort die Lebenshilfe für Kinder mit Behinderungen gegründet. Wir wollen Sachen nach vorn bringen.

taz: Wie lange haben Sie das Amt schon?

Rabeler: Seit 2007. Damals hat sich keiner darum geprügel, ich bin gefragt worden, ob ich es machen will. Es gab große Debatten um Vogelschutz und ständig Ärger um die Wasserstände.

taz: Große Teile Eiderstedts wurden 2004 unter Naturschutz gestellt mit der Auflage, dass der Zustand von Wiesen und Gräben genauso erhalten blieb wie zum Stichtag festgestellt. Das heißt, Landwirte durften zwar nichts ändern, aber weitermachen wie bisher. Warum gab es dennoch so einen Aufstand?

Rabeler: Bauern sind gern ihr eigener Chef, sie möchten sich nichts vorschreiben lassen. Auch wenn sich faktisch nichts geändert hat, hatten viele – typisch menschlich – Befürchtungen und Ängste. Die Debatten damals entsprachen ein wenig denen, die es im vergangenen Jahr um das Heizungsgesetz gab: Viele Menschen fürchteten einen Schaden, auch wenn das gar nicht stimmte. Damals haben einige Landwirte noch schnell Grünland umgebrochen, obwohl das wirtschaftlich nicht sinnvoll war. Aber die Fronten waren verhärtet, auch weil der Naturschutz so arrogant aufgetreten ist. Der damalige Landes-Umweltminister Klaus Müller kam mit einer Polizeieskorte, das hat auch nicht grade ausgleichend gewirkt. Da war sein Nachfolger Robert Habeck besser, der besuchte mich einfach auf meinem Hof und hat mit mir geschnackt.

taz: Ist ein Deichgraf auch so eine Art Politiker, der mit allen Seiten Kompromisse finden muss?

Rabeler: Genau, mit allen schnacken, und zwar respektvoll. Dann wird schnell klar, dass Naturschutz und Landwirtschaft gut zusammenpassen, wenn man ein bisschen aufeinander zugeht. Wir haben hier kleine Höfe, kleine Felder und nicht genug Milchvieh. Landwirte brauchen den Vertragsnaturschutz, also Erlöse aus brachliegenden Flächen. Wobei ich sagen muss, dass die bisherigen Versuche, die Vögel zu unterstützen, nicht geklappt haben, die Bestände sinken. Aber gerade beim Streit um die Wasserstände gibt es vernünftige Kompromisse, schließlich braucht der Bauer auch Wasser für seine Pflanzen und Tiere.

taz: Trotzdem nennt der Deich- und Hauptsielverband als seine wichtigste Aufgabe, Wasser aus der Fläche rauszuhalten. Ist das angesichts von Dürresommern noch zeitgemäß?

Rabeler: Ja, denn es geht vor allem um die Wintermonate. Dann sind Hauptniederschlagszeiten, und es verdunstet nicht viel. Im Frühjahr müssen die Wasserstände wieder steigen.

taz: Wie kriegt man Wasser rein oder raus aus einem flachen Land?

Rabeler: Durch kleinere und größere Gräben. Man kann sich das wie einen Blutkreislauf vorstellen, mit Arterien, Adern, Hauptschlagadern. Auf 37.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche auf Eiderstedt fließen 900 Kilometer Verbandsgewässer, um die wir uns kümmern. Unter anderem, indem wir sie alle zehn Jahre reinigen, damit sie weiter gut abfließen. Das Problem ist, dass es kein natürliches Gefälle gibt. Die Unterschiede betragen 20 bis 30 Zentimeter vom Anfang bis zum Ende eines Grabens. Das ist sehr wenig, wenn man bedenkt, dass die Grabensysteme bis zu 18 Kilometer lang sind. Die Gräben werden, je näher sie zum Abflusspunkt kommen, immer größer. Sie enden dann am Deich zur Nordsee oder Eider, an einem Siel oder Schöpfwerk, durch die das Wasser in die Nordsee fließt. Wenn das nicht klappt, wenn die Arterien verstopfen, droht der Herzinfarkt – sprich, wir saufen ab.

taz: Ändert der Klimawandel dieses Verfahren?

Rabeler: Wir spüren den Klimawandel an solchen Ausnahmejahren, wie wir es jetzt gerade erleben. Auf meinem Hof gab es über das Jahr doppelt so viel Niederschlag wie üblich, weder ich noch mein Vater, der über 90 ist, haben das je erlebt. Wir spüren den Wandel, daher findet ein Umdenken statt, wir suchen nach Lösungen. Zum Beispiel, indem weniger Fläche versiegelt oder Raum geschaffen wird, damit Gräben

über die Ufer treten können, also das, was in den Städten als Schwammstadtprinzip bekannt ist. Als Verband setzen wir uns dafür ein, die Gräben breiter zu machen, die Landwirte sollen dafür Flächen hergeben. Dennoch brauchen wir auch technische Lösungen. Weil der Meeresspiegel steigt, läuft das Wasser nicht mehr einfach so ins Meer ab, wir müssen daher pumpen. Die Siele müssen auch intelligenter werden, also von der Zentrale aus steuerbar sein, damit wir schneller reagieren können. Außerdem investieren wir, was mich sehr freut, in Biodiversität: Im Ort Koldenbüttel wird die erste Fischpassage an einem Schöpfwerk gebaut, sie soll im September fertig sein.

taz: Wie schwer ist es, Ihre Verbandskollegen von solchen Maßnahmen zu überzeugen?

Rabeler: Es ist auf jeden Fall ein kompliziertes System. Zum Dachverband gehören 17 Unterorganisationen mit jeweils eigenen Wassersystemen. Wir setzen auf Beispiele: Einzelne Verbände haben schon breite Gräben, an denen sich zeigen lässt, dass es so besser geht. Und wir starten ein Pilotprojekt mit dem Kreis Nordfriesland, der Ausgleichsgeld für größere Wasserflächen zahlt, weil das mehr Lebensraum für Insekten und Vögel bedeutet. Man muss viel reden, wir stehen da noch am Anfang, aber wenn alles geht wie geplant, fangen wir im kommenden Jahr an zu baggern.

”

„Wenn nur noch gebrüllt wird, kannst du dich genauso gut mit der Wand unterhalten. Ich bin bereit, mit allen respektvoll zu reden, und das verlange ich auch vom Gegenüber“

taz: Sie sagten anfangs, der Verband kümmere sich nicht mehr um den Außendeich. Warum eigentlich?

Rabeler: Nach der Sturmflut 1962 mussten die Deiche verstärkt werden, und es war klar, dass die Leute hier das nicht allein zahlen konnten. Daher übernahm das Land die Verantwortung, wobei der Bund die Küstenländer mit vielen Millionen Euro jedes Jahr unterstützt. Aber es gibt auf Eiderstedt 110 Kilometer der zweiten Deichlinie. Das waren früher Außendeiche, bis das neu gewonnene Land davor eingekoozt wurde. Wenn der Außendeich bricht, muss die zweite Linie in wehrhaftem Zustand sein.

taz: Davon überzeugen sich die Zuständigen bei Deichschau. Früher floss dabei jede Menge Schnaps. Ist das immer noch so?

Rabeler: Stimmt, früher ging's mit einem Teepunsch im Gasthof Andresen los. Der hat leider dichtgemacht, wir merken auch auf Eiderstedt das Gasthofsterben. Aber diese Schauen sind eine ernsthafte Sache. Alle Bürgermeister sind dabei, Polizei und Katastrophenschutz. Man guckt, was gemacht worden ist, was nötig ist und ob man vor dem Winter noch schnell was regeln muss.

taz: Woher kommt das Geld für diese Sanierungen?

Rabeler: Etwa ein Drittel gibt das Land als Zuschuss. Das meiste aber, etwa 70 Prozent, stammt aus dem Hochwasserschutzbeitrag. Den zahlt jeder, dessen Land rechnerisch unter dem Meeresspiegel liegt.

taz: Dazu gehört auch Ihr Hof, der am Rand der Stadt Tönning liegt, der

Nordseedeich ist nicht weit weg. Wie lange ist dieser Grund schon im Besitz Ihrer Familie?

Rabeler: Der Hof stammt aus der Familie meiner Mutter, Familie Nissen. Wir können die Linie bis zum Jahr 1700 zurückverfolgen. Vor zwei Generationen ging der Besitz an eine Tochter, die einen Landwirt namens Petersen heiratete. Deren Tochter ist meine Mutter. Mein Vater, der den Namen Rabeler trägt, stammt aus Niedersachsen.

taz: Sie betreiben Ackerbau – was genau bauen Sie an, und wie geht es Ihnen in diesem sehr nassen Sommer?

Rabeler: Ich habe 150 Hektar Ackerland, auf denen ich Weizen, Roggen und Triticale, eine Kreuzung aus beiden, anbaue. Aber die diesjährige Ernte ist richtig schlecht. Vom Wintergetreide habe ich nur ein Drittel geerntet, nicht etwa zum Verkauf, sondern nur für meine Biogasanlage, den Rest habe ich unterpflügen müssen. Die Biogasanlage habe ich seit 2007, als die Weizenpreise so schlecht waren.

taz: Das heißt, Sie haben in diesem Jahr Getreide nur zur Energiegewinnung geerntet?

Rabeler: Leider ging es nicht anders: Durch das ständige Wasser sind die Wurzeln eingegangen. Im vergangenen September kamen an einem Tag 70 Millimeter in drei Stunden runter, seither hat es gefühlt nicht mehr aufgehört zu regnen. Ich bin eigentlich gern Bauer,

Das ist der Strukturwandel – früher gab es hier auf jeder Warft einen Vollerwerbshof, heute Ferienvermietung und Nebenerwerb. Meine Kinder finden Landwirtschaft super, aber nicht als Hauptberuf. Meine Tochter studiert auf Lehramt, mein Sohn fängt als Off-Shore-Techniker für Windkraftanlagen an. Aber die Technik schreitet in der Landwirtschaft voran, im Nebenerwerb können sie den Hof sicher weiterbetreiben. Vor allem, wenn ich als hoffentlich fitter Altenteiler mit Hilfe. Landwirtschaft ist ein toller Beruf, wenn man mit Freude und Herzblut dabei ist, aber die Arbeit ist hart, man ist abhängig vom Wetter und steht unter Preisdruck. Man muss schon leiden können.

taz: Landwirte leiden oft sehr lautstark, etwa bei den Protesten im Frühjahr. Der Anlass war, nicht zu vergessen, der Plan, Dieselsubventionen etwas zu reduzieren.

Rabeler: Wenn ich meine Gewinne sehe und den Arbeitseinsatz, komme ich auf bitterliche Zahlen, die deutlich unter dem Mindestlohn liegen. Und ich leite einen Betrieb, der eigentlich gut aufgestellt ist und genug abwerfen sollte, um mich und meine Familie zu ernähren. Aber ja, die Art der Proteste im Frühjahr habe ich nicht verstanden. Wenn etwas nicht klappt, muss ich es ändern. Miteinander reden und machen, das ist das einzige Mittel, nicht nur schimpfen. Wenn Politiker Gespräche anbieten und sie ausgebuht werden und nicht zu Wort kommen, bringt das gar nichts. Vor allem stört mich, dass meine Berufskollegen nicht genug darauf geachtet haben, sich von der rechten Szene scharf abzugrenzen. Die meisten gehören nicht in diese Ecke, aber das nicht deutlich zu machen finde ich bescheuert. Zum Beispiel, wenn auf einer Demo dieses Symbol aus den 1920er Jahren auftaucht ...

taz: ... die Fahne mit Pflug und Schwert, das Zeichen der Landvolkbewegung, die als bäuerliche Solidarität für verschuldete Höfe begann, aber bald antisemitische und deutschnationale Züge trug und sich von der NSDAP vereinnahmen ließ.

Rabeler: Die Fahne ist nicht verboten, aber sie sorgt für den Eindruck in der Bevölkerung, dass Bauernproteste sich nicht gut gegen rechts abgrenzen. Die Fahne soll zeigen, dass die Lage der Bauern heute so schlecht sei wie damals, aber ich kenne die Bücher meines Urgroßvaters: Der lieferte zwei Waggon Ochsen nach Berlin, der Kunde konnte nicht zahlen, und mein Urgroßvater verlor nicht nur das Geld, sondern musste obendrein den Rücktransport bezahlen. Und wenn jemand 25 Mark Steuerschulden hatte, kam der Gerichtsvollzieher. So sind die Zustände heute keineswegs, aber die Rechten bedienen sich der Wut der Leute, damals wie heute. Aber wenn nur noch gebrüllt wird, kannst du dich genauso gut mit der Wand unterhalten. Ich bin bereit, mit allen respektvoll zu reden, und das verlange ich auch vom Gegenüber.

taz: Kommendes Jahr endet Ihre jetzige Amtszeit als Oberdeichgraf. Wollen Sie wieder antreten?

Rabeler: Ich bin dann seit 18 Jahren dabei, aber wenn sie mich noch einmal wollen, mache ich weiter. Ich möchte Eiderstedt so aufstellen, dass es für Klimawandel gewappnet ist. Natürlich ist diese Aufgabe nie zu Ende, aber ich will meinen Teil dazu beitragen. Kann sein, dass Leute meinen, ich übertreibe – viele fliegen in den Urlaub und kaufen immer größere Autos – aber ich sage, dass Klimawandel uns alle angeht und wir etwas tun müssen.

ich mag verschiedene Wetter und finde es geil, wenn etwas wächst. Dieses Jahr geht's mir aber ziemlich auf den Sack.

taz: Aber eine gewisse Grundversorgung haben Sie durch die Agrarsubventionen?

Rabeler: Ja, das ist ein Teil des Einkommens. Auch wenn ich kein Freund von Subventionen bin, nehme ich das Geld mit. Schließlich haben wir hier in der Region – zum Glück – kleine Strukturen, können und wollen nicht mit den Weltmarktpreisen konkurrieren, und diesen Unterschied gleichen die Subventionen aus.

taz: Ihre Eltern haben noch Vieh gehalten. Warum haben Sie damit aufgehört?

Rabeler: Sie hatten einen Gemischtbetrieb mit Bullen, Milchvieh, Lämmern und Ackerbau. Ich habe den Hof 1991 übernommen, 1997 sogar noch einen neuen Stall gebaut. Eines Weihnachtsmorgens stand ich mit meinem Nachbarn, mit dem ich in einer GbR zusammengearbeitet habe, im Stall, und wir guckten auf unsere Kontoauszüge. Der Milchpreis war so gering, dass wir mit zwei Betriebsleitern plus den Eltern unterm Strich gerade mal eine Null erwirtschaftet hatten. Und dafür steht man 365 Tage im Jahr früh auf, kümmert sich nachts um kranke Tiere und so weiter. 2004 haben wir mit dem Melken aufgehört. Mein Nachbar hat die Schafe übernommen, ich habe auf Acker und Biogas umgestellt.

taz: Sie haben eine Tochter und einen Sohn. Beide wollen den Betrieb nicht übernehmen. Verstehen Sie das?

„Ich
finde
es
geil,
wenn
etwas
wächst“

.....
Jan Rabeler

Der Mensch

Jan Rabeler, Jahrgang 1970, stammt aus Tönning, hat die Landbauschule besucht und 1991 den elterlichen Betrieb übernommen, der der Familie seit mindestens 1700 gehört. Ehrenamtlich ist er seit 2007 Oberdeichgraf der Halbinsel Eiderstedt.

Das Amt

Deichgrafen gibt es seit fast 400 Jahren, der erste wurde von dem dänischen König eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Deiche zu stärken und gegen die Flut zu sichern. Moderne Deichgrafen machen den Job im Ehrenamt, im Sinne einer Aufsicht über die hauptamtlich Beschäftigten der Deich- und Sielverbände.

.....



sehnsucht nach zukunft (4)Von **Iona Dutz**

„Wenn man hier nicht zu links aussieht, ist es okay, hier zu leben. Sobald man selbstbewusst alternativ ausschaut, wird es schon gefährlicher. Inzwischen bekomme ich fast jeden Tag so einen Kommentar wie ‚scheiß Zecke‘ hinterhergerufen. Vor zwei Jahren war das noch nicht so häufig und vor allem nicht von so Jungen, 10- bis 12-Jährigen. Ich versuch das mit einem Grinsen zu kontern. Viele meiner Freunde wollen wegziehen, einige aber auch hier bleiben. Der Eastclub ist hier vor Ort eine gute Basis. Veranstaltungen wie das ‚Toen Festival‘ bieten ein echtes kulturelles Gegenangebot zum erstarkenden Rechtsextremismus in der Gegend. Wenn alles klappt, ziehe ich zum Wintersemester nach Dresden und beginne dort ein Geografie-Studium. Wie bisher auch, werde ich dann viel zwischen Bautzen, Bischofswerda und Dresden pendeln, um meine Freunde zu sehen.“

Mo, 19, aus Bischofswerda

Die Fotografin Iona Dutz (Jahrgang 1986) stammt aus Rostock und lebt in Leipzig. In ihrem Langzeit-Fotoprojekt gibt sie Einblicke in die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen, die in sächsischen Kleinstädten und Dörfern leben und sich dort in kulturellen und politischen Projekten engagieren.

**großbraumdisco**

Vom selbstvergessenen Glück des gemeinschaftlichen Singens

Singen wirft immer auch Fragen auf: Ob man als Kölnerin etwa bei Shantys mittun darf? Ein Chorsingenbesuch im Hamburger Museum am Rothenbaum

Ist das jetzt peinlich, wenn man Shantys mag? Womöglich sogar singt, wenn auch nicht im Fischerhemd? Hm! In meiner Kölner Heimat ist es jedenfalls nicht ehrenrührig, ganzjährig Mundartlieder der Bläck Fööss zu singen. Dabei tun die ja nur tündelnd, sind gar keine echten Volkslieder, sondern wurden seit Bandgründung 1970 erfunden. Haben sich aber inzwischen als Volksgut breitgemacht.

Das norddeutsche Shanty dagegen ist ja wohl handfestes Seebärkulturgut, tief in Nord- und Ostsee, in den großen weiten Weltmeeren verankert, man denke an den guten alten Hans Albers. Schön rhythmisch, eviziert es nicht nur flotte Fahrt bei gutem Wind, sondern gab einst auf Großseglern den Arbeitsrhythmus vor beim Takeln, Fieren und sonsterlei Betätigung an Bord. Wohingegen das kölsche Lied immer Feierlied war und ist – ob an Karneval oder beim Sommerfest. By the way: Darf ich als Kölnerin überhaupt Shantys singen, oder ist das eine kulturelle Aneignung? Soll ich gefälligst nicht so tun, als gehörte ich dazu, nur weil ich „When the Wellerman comes“ mitgrölen kann?

Egal, beim offenen Chorsingen im Innenhof des ethnologischen Hamburger Museums, 2018 griffig umbenannt in „Museum am Rotherbaum. Kunst und Kulturen der Welt“ (kurz MARKK), werde ich das nicht gefragt. Da spielt Herkunft keine Rolle, alle sind willkommen. Als MitarbeiterInnenchor ist das zweiwöchentliche Treffen 2018 entstanden, anstreckungsarm

draußen im Hof unter einem Zelt, damit sich der Klang nicht in alle Winde zerstreut.

Hier im Hof des 1879 gegründeten, seine koloniale Vergangenheit peu à peu aufarbeitenden Museums wurden schon viele Feste gefeiert. Hier hat der kanadisch-indigene Künstler David Seven Deers 1997 den meterhohen „Totempfahl“ geschnitzt, der jetzt am Museum steht. Hier gab und gibt es rauschende Feste verschiedenster Hamburger Communitys. Hinten rechts sitzt ein steinerner Wasserbüffel, der sehnsüchtig nach dem Vogeltrinkschälchen schaut, das er zeitlebens verfeh-

Kein Gedanke an die schwer erträglichen, andererseits so beliebten Fischer-Chöre der 1970er

len wird. Gleich daneben der gemauerte Ofen, den der frühere Museumsdirektor bauen ließ, damit bei portugiesischen Festen Brot gebacken werden konnte.

Drinnen im Museum geht gerade das Junge-Leute-„Get Together“ zu Ende, da müssen wir Chorleute noch leise sein. Empfangen wurden wir übrigens mit dem freundlichen Hinweis, man solle nicht zu viel erwarten, „denn wir sind keine Profis“. Habe ich sowieso nicht erwartet, stelle mich jetzt aber auf schlimmes Gequietsche ein – und werde angenehm überrascht: Als bald betreten zwei Gitarristen den Hof, ein Xylophon

wird geholt und eine Cachon. Jeder bekommt einen Stapel Liedtexte in die Hand, und es fängt an: „I like the flowers“ – wie schön, das hatte ich schon vergessen. „Copacabana“ – das wusste ich noch. Wunderbar grölend: „Sloop John B.“, das man von den Beach Boys kennt, hier mit hochkarätiger Xylophonbegleitung. Beim „Wellerman“ triumphiert die Cachon.

Wir singen uns durch die Jahrzehnte; auch ein, zwei deutsche Lieder sind dabei, „Heute hier, morgen dort“ von Hanne Wader zum Beispiel. Alle sind glücklich, die Stimmung ist groß. Kein Gedanke an die Vorbehalte der 1960er Jahre gegen das im NS-Staat so misshandelte Volkslied, kein Gedanke an die schwer erträglichen, andererseits so beliebten Fischer-Chöre der 1970er – sondern einfach nur harmloses Glück.

Und wie ich da so selbstvergessen singe, fällt mir ein, dass etliche aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis irgendwie, irgendwo singen – die einen experimentell, die anderen 1960er-Jahre-Songs, wieder andere im Projektchor. Auch das sommerliche Dünensingen auf Spiekeroog ist Kult, und in Köln gibt es samstags das Straßeneckensingen, zweckfrei und gut besucht.

Weil es ein Bedürfnis ist – und weil es Gemeinschaft stiftet, sogar revolutionäre Kräfte freisetzen kann. Man denke an die „Singende Revolution“ von 1989 – jene 620 Kilometer lange Menschenkette durch Estland, Lettland und Litauen, mit der sich diese Völker von der Sowjetunion befreiten. *Petra Schellen*



Im MARKK – Museum am Rotherbaum. Kunst und Kulturen der Welt sind derzeit unter anderem in Ausstellungen die Hamburger Faszination für Tirol und die Jurte als Wohnraum zu sehen. Zum Singen treffen kann man sich dort alle zwei bis drei Wochen donnerstags um 18 Uhr.

ortsgespräch

Propalästinensischer Protest: In Berlin wird wenig auf Polizeigewalt geschaut

Fast niemand schaut noch hin, wenn in Berlin gegen den Krieg in Gaza protestiert wird. Umso überraschender ist, dass es nach der jüngsten propalästinensischen Demonstration vergangene Woche nicht nur Empörung über Ausschreitungen und „Hamas“-Rufe gibt, sondern auch über heftige Polizeigewalt.

Der Auslöser sind Videos, die während und nach der vorzeitig beendeten Demo aufgenommen wurden. Sie zeigen etwa, wie ein Polizist eine Frau unvermittelt von hinten zu Boden stößt, wie ein anderer Beamter einem am Boden fixierten Jugendlichen mehrere Faustschläge in die Seite verpasst oder wie ein weiterer Polizist eine kniende Person würgt und anherrscht, sie solle „aufhören zu schauspielern“.

Dass linke und nicht staatstragende Demos von Polizeigewalt betroffen sind – das ist nichts Neues. Neu ist aber die Gleichgültigkeit, mit der das Woche für Woche in Berlin aufgenommen wird. Beinahe jeden Samstag zieht ein propalästinensischer Protestmarsch durch einen anderen Bezirk Berlins. Und fast jedes Mal geht die Polizei rein und nimmt gewaltsam Leute fest. Videos von den Zugriffen kursieren im Netz, die Betroffenen werden in Rugby-Manier umgetackelt, kassieren Kopfnüsse mit Polizeihelmen, Tritte, Schläge.

Doch die Öffentlichkeit, und da ist das linke Spektrum mitgemeint, quittiert diese Dokumente von staatlicher Gewalt – die sich oft auch noch gegen eine von Rassismus betroffene Minderheit richtet – mit einem teilnahmslosen Schulterzucken. Es folgt der reflexhafte Fingerzeig auf fragwürdige bis strafbare Zwischenfälle bei diesen Demos nach dem Motto: Selbst schuld, die haben es provoziert und deshalb nicht anders verdient. Statt den Opfern von Polizeigewalt Solidarität und Empathie entgegenzubringen, werden sie unter Generalverdacht gestellt, pauschal diffamiert und kriminalisiert.

Oft heißt es dann noch, die Clips seien „aus dem Kontext gerissen“. Aber die abgebildeten Szenen haben mit legitimer Strafverfolgung nichts zu tun. Es sind spontane und brutale Attacken. Auch ohne zu wissen, was davor passiert ist, ist es ein Skandal, wenn arglose oder bereits fixierte Personen zusammengeschlagen werden.

Polizeigewalt gedeiht dort am besten, wo Medien, Politiker*innen und der Rest der Gesellschaft wegschauen. Und genau das passiert seit Monaten. Fast nie begleiten Abgeordnete als parlamentarische Beobachter*innen die Demos. Lokale und überregionale Medien schicken nur noch selten Reporter*innen. Wenige bis keine professionelle Pressefotograf*innen dokumentieren die Demos. Und so sind es am Ende oft tendenziöse Videos eines Bild-Reporters, die die öffentliche Wahrnehmung prägen, gemeinsam mit Nachrichtenagenturen, die Polizeimeldungen abschreiben.

Diese Ignoranz führt zur Normalisierung und Verharmlosung staatlicher Gewalt – und in der Folge zu erneuten und womöglich noch hemmungslosen Exzessen. Es sind die Aktivist*innen selbst, die inzwischen mit eigenen Doku-Teams die Übergriffe der Polizei auf den Demos festhalten. Ohne diese Arbeit wären auch die gewalttätigen Festnahmen vergangene Woche wohl unbeachtet geblieben. Auf deren Basis läuft nun auch ein Ermittlungsverfahren gegen einen Polizisten – mit mäßigen Aussichten auf Erfolg, wie die Erfahrung lehrt.

Trotzdem ist es ein beachtliches Ergebnis. Es zeigt: Wenn hingeschaut, berichtet und kritisiert wird, kann die Polizei nicht einfach machen, was sie will. Dass diese Aufgabe momentan den Betroffenen selbst überlassen wird, ist ein Armutszeugnis. Umso mehr muss ihren Erfahrungsberichten Gehör und Glauben geschenkt werden.

Hanno Fleckenstein

Dein Zukunfts- briefing, jeden Donnerstag

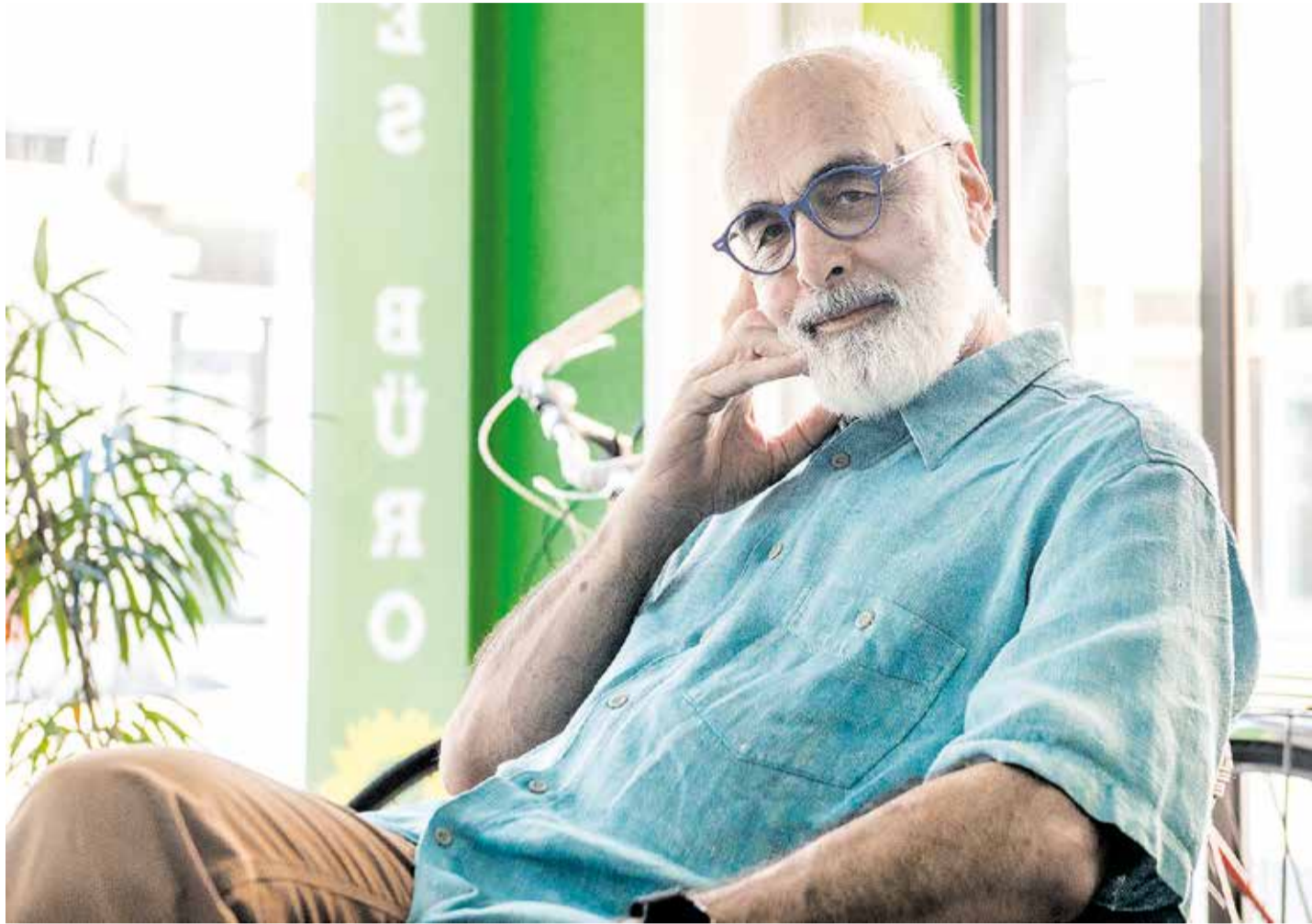
taz 

TEAM ZUKUNFT

Der kostenlose Newsletter
zu Klima, Wissen, Utopien

Jetzt abonnieren





Zurück in Deutschland setzt sich Jama Maqsudi weiter für Frauenrechte und nun auch für seine Zellengenossen in Afghanistan ein. Foto: Jens Volte

Das Gras unter zwei streitenden Elefanten

Gesellschaft

Von Franziska Mayr

Weil er sich für die Rechte afghanischer Frauen starkmacht, landet der Stuttgarter Aktivist Jama Maqsudi im Gefängnis der Taliban. Mit Zellengenossen diskutiert er über den Koran und erlebt überraschende Eingeständnisse.

Ein harter Boden, drei Wolldecken als Matratze, Überzieher und Kopfkissen. An den Wänden nichts als Schmutz, sichtbar im scharfen Neonlicht. Und ein kleiner Lichtschacht ganz oben. „Durch den konnte man den Himmel sehen“, erzählt Jama Maqsudi. „Der war entweder blau oder es waren ein paar Wolken dabei.“ Die Lüftung dröhnt. 24 Stunden, sieben Tage in der Woche. „Ich hatte das Gefühl, ständig im Flugzeug zu sitzen.“ Vor etwa zwei Monaten saß der 72-Jährige noch in Afghanistan bei den Taliban im Gefängnis, in einer Zelle, zwei mal vier Meter groß. An diesem heißen Mittwochnachmittag sitzt er im Cannstatter Büro der Grünen, wo Maqsudis Erzählungen fast unwirklich wirken.

1952 in Afghanistan geboren und seit 51 Jahren in Deutschland, fliegt Jama Maqsudi Anfang Mai dieses Jahres gemeinsam mit seinen zwei Brüdern nach Kabul. Sie wollen dort ihr Elternhaus verkaufen. Die ersten Tage verlaufen ruhig, doch am elften Tag nach der Ankunft stehen plötzlich zwei Polizisten in Zivil vor ihm und fordern ihn auf mitzukommen. Zwei Monate und zwei Tage wird er im Gefängnis verbringen. In Obhut der Taliban. „Ich war sehr nervös, sehr aufgebracht.“ Die erste Nacht ist er alleine in seiner Zelle. Er bekommt keinen Bissen runter, kein Auge zu.

Die Vorwürfe: Er habe sich für die Frauen in Afghanistan eingesetzt, für die Schulbildung von Mädchen, für die Ausbildung an Universitäten. Verrat gegen die afghanische Regierung, nennen die Taliban das, Einmischung in innere Angelegenheiten. Durch den Staatsanwalt, nach eigenen Angaben seit 35 Jahren im Amt, erfährt Maqsudi, wer ihn verraten hat: Eine Familie aus der Nachbarschaft verpetzte ihn bei befreundeten Taliban. Maqsudi sei Aktivist, er sei gegen die Taliban und organisiere in Deutschland Demos. „Was ja auch alles stimmt“, wirft Maqsudi schulterzuckend ein. Seit der Machtübernahme der Taliban vor drei Jahren organisiert er jährlich ein bis zwei Demos in Stuttgart. 2019 erhielt er als Mitgründer des Deutsch-Afghanischen Flüchtlingshilfevereins für sein Engagement die Bundesverdienstmedaille. In gewisser Weise könne er die Familie sogar verstehen, sagt

Maqsudi. „In einem Land wie Afghanistan, in dem es seit über 45 Jahren immer einen Krieg gibt, gehe es nur ums Überleben.“

Zwei Wochen lang wird Maqsudi jeden Tag um neun Uhr morgens mit verbundenen Augen vom Gefängnis zum Verhör ins „Präsidium 08“ gefahren. Eines Tages legt ihm der Staatsanwalt eine Karikatur vor, die der Aktivist vor vier Jahren auf Facebook gepostet hat. Darauf zu sehen: Taliban in amerikanischer Uniform und mit amerikanischer Flagge. „Das war für sie natürlich eine Ehrverletzung. Sie sehen sich als Sieger und nicht als diejenigen, die mit den Amerikanern verhandelt haben.“ Als der stellvertretende Geheimdienstleiter die Karikatur sieht, holt er weit aus und schlägt mit seiner Faust ein, zwei, drei Mal auf Maqsudis rechtes Auge ein.

Mit einem blauen Auge davongekommen

Mit Gartenschläuchen, durch die sich ein elektrisches Kabel zieht, sieht Maqsudi Taliban auf die Rücken anderer Gefangener einprägen – „das führt zu inneren Schmerzen, aber keinen äußeren Verletzungen“, sagt er. Und er sieht einen aus dem Verhör kommen, sich flach auf den Boden legen und einen anderen Gefangenen bitten, ihn am Rücken „ein bisschen zu drücken, ein bisschen zu massieren, weil er unerträgliche Schmerzen hat“. Dann gebe es noch die „furchtbare Kammer“: Jeweils zwei Gefangene stecken dabei in einer 1,80 mal ein Meter großen fensterlosen Holzzelle. Über ihnen brennt ein helles schrilles Licht, 24 Stunden lang. „Damit die Leute irgendwann aufgeben, nachgeben, gestehen.“ Auch wenn sie unschuldig sind. „Ich bin im wahrsten Sinne mit einem blauen Auge davongekommen.“

Immer um 16 Uhr wird Maqsudi vom Verhör zurückgefahren ins Untersuchungsgefängnis „Präsidium 40“ – ein Überbleibsel aus der kommunistischen Ära, damals für politische Gefangene gedacht. In den vergangenen 25 Jahren wurde es restauriert, erzählt Maqsudi. „Auf den Toiletten sah ich, dass auch die Deut-

schen beteiligt waren, dort stand der Name einer deutschen Firma drauf.“

In seinem Trakt sind ausschließlich Männer eingesperrt, in einem anderen Familien mit Kindern „vom Säugling bis zum 15-Jährigen“. Die sogenannten IS-Familien, erzählt Maqsudi – der Islamische Staat ist eine unliebsame Konkurrenz für die Taliban. Viele von ihnen kommen aus Indien, Pakistan oder Usbekistan. Für die insgesamt 800 Gefangenen beginnt der Tag um 2:30 Uhr mit der Waschung, um 3:30 Uhr folgt das Gebet. „Viele sahen ihre Rettung nur im Beten.“ Maqsudi findet Kraft in den Gesprächen mit seinen Mitgefangenen. Bald wird er in eine Gemeinschaftszelle verlegt. Dort diskutiert er mit seinen Zellengenossen, zeigt kritisch Grauzonen im Koran auf wie das Alkoholverbot. Und sein Lieblingsthema: Frauenrecht. „Ich bin erschrocken, wie enorm in den letzten 40 Jahren die Anti-Frauen-Haltung unter den Männern gewachsen ist.“ Männer nennen nicht den Namen ihrer Frau, erzählt er, sondern sprechen von „meinem Schwarzkopf“. Stirbt eine Frau, steht auf dem Grabstein nicht der Name der Verstorbenen, sondern „die Mutter von“ samt Namen des Sohnes.

Er argumentiert mit dem Koran: Als Mohammed zum Prophet berufen wurde, war seine Frau Chadidscha der erste Mensch, der zum Islam übertrat. Und jeder kenne den Namen von Chadidscha. Genauso wisse jeder, dass Mohammeds jüngste Frau Aischa hieß. Oder seine Tochter Fatima. „Wenn der Prophet die Namen seiner Frauen und Töchter erwähnt, warum können wir dann nicht die Namen unserer Frauen sagen?“ Mit was für einem Recht darf ein Mann drei oder vier Frauen heiraten, habe er sie gefragt. Oder ein 50-Jähriger, ein 60-Jähriger ein zwölfjähriges Mädchen? „Das ist Vergewaltigung.“

Der Prophet nannte die Namen seiner Frauen

1919 erhielten afghanische Frauen das Wahlrecht, früher als in den meisten europäischen Ländern. Maqsudis Mutter war Zahnärztin, seine Schwester die Leiterin eines Gymnasiums. Heute undenkbar. Seit die Taliban an der Macht sind, hat sich die Lage der Frauen zunehmend verschlechtert. Laut Unicef war Afghanistan am 15. August 2024, dem dritten Jahrestag der Machtübernahme, das einzige Land, das Mädchen und Frauen den Besuch weiterführender Schulen verwehrt. Mindestens 1,4 Millionen afghanische Mädchen sind davon betroffen.

Viele seiner Mitgefangenen, unter ihnen Schmuggler, Diebe, Dokumentenfälscher sowie zwei weitere Taliban-kritische Aktivisten, reden mit Angst, doch Maqsudi nimmt kein Blatt vor dem Mund: „Wir Männer sind feige. Ich bewundere die Frauen, die trotz allem mutig ihre Stimme erheben, wenn auch nur von einem Zimmer aus, weil sie nicht auf die Straße dürfen.“ Zudem wollte er den anderen Gefangenen Mut machen, „weil die teilweise gebrochen waren, geheult haben“, erzählt Maqsudi. „Genau das wollen die Taliban: dass die Menschen psychisch brechen und Bittsteller werden.“ Eines Abends kommt ein 22-jähriger Metzger in Maq-

sudis Zelle. Er weint fürchterlich. Der 72-Jährige nimmt ihn in den Arm, tröstet ihn. „Der hat sich gefreut wie ein Kind“, sagt Maqsudi und lächelt. „Er hat mich Onkel genannt.“

Wer ist überhaupt für die Taliban?

Das Frühstück im Gefängnis besteht aus grünem Tee mit weißem Fladenbrot und Frischkäse, mittags gibt es Reis mit Kartoffeln in Tomatensauce und abends Fladenbrot mit Suppe. „Tödlich für Diabetiker“, scherzt Maqsudi und meint damit sich selbst. Erst nach zwei Wochen bekommt er blutzuckersenkende Medikamente. Zu diesem Zeitpunkt befindet er sich noch im Verhör mit dem Staatsanwalt. Sind Taliban im Verhörzimmer, wirft der Jurist Maqsudi harsch vor: „Der Wirtschaft hier geht es gut, den Menschen geht es gut, das Land floriert. Sie machen uns schlecht und es ist Ihre Schuld, dass die Welt uns nicht anerkennt.“ Sind die beiden alleine, wird er ehrlicher: „Wissen Sie, mein Herr, ich kann mit ihnen eine akademische Diskussion führen, aber die Leute hier verstehen das nicht. Ich habe Familie und Kinder und ich muss auch irgendwie arbeiten.“ In einem ruhigen Moment fragt Maqsudi den Mann, was er über ihn denke. „Ich verstehe, was Sie meinen“, erwidert dieser. „Aber ich darf das nicht so denken.“

„Man darf nicht alle Menschen über einen Kamm scheren“, sagt Maqsudi und erzählt ein Beispiel. Eine halbe Stunde nachdem ihm der stellvertretende Geheimdienstleiter die Schläge verpasst hat, kommt ein Talib, Direktor der Abteilung, in den Verhörraum, fragt nach Maqsudis schwarz unterlaufenem Auge und wendet sich vorwurfsvoll an den Staatsanwalt: „Warum überlässt du diesen Mann einem solch Wilden?“ Er fordert, Maqsudi freizulassen. Der Staatsanwalt verweist auf Maqsudis Taliban-kritisches Verhalten. „Wer kann uns mögen?“, erwidert der Talib. „In Afghanistan mag uns niemand, das Ausland erkennt uns nicht an. Wer ist überhaupt für uns?“ „Dann hat er sich bei mir entschuldigt“, erzählt Maqsudi. „Das war ein richtiger Talib, mit Turban und allem.“

„Mitleid brauchen Afghanen nicht“

Nach zwei Wochen wird Maqsudis Akte weitergereicht an das Gericht und somit an drei unausgebildete Taliban-Staatsanwälte, wie Maqsudi vermutet. Sie konfrontieren ihn nur ab und zu mit den eigentlichen Vorwürfen. Vielmehr wollen sie wissen, warum er in einem Land lebt, „wo die Menschen ungläubig sind, die Frauen nackt herumlaufen und es keinen Hidschab gibt“. Oder ob er vom Mossad geschickt wurde. Und wie der deutsche Geheimdienst heiße. „Bundesnachrichtendienst“, antwortet der Gefangene. „Ach so, jetzt hab ich selber was gelernt“, erwidert ein Talib. Maqsudi stellt Rückfragen, stiftet Verwirrung mit seinen Antworten. „Ich habe mit der Sprache gespielt“, sagt er. „Warum sind Sie gegen unseren Staat?“, fragt einer. „Wenn Sie von heute auf morgen 60.000 Friseurinnen nach Hause schicken und alle von denen haben vielleicht vier Familienangehörige, dann sind wir bei fast 250.000 Menschen, die von heute auf morgen brotlos geworden sind“, rechnet der studierte Sozialökonom vor. „Da bin ich dann dagegen. Das ist ökonomisch eine Katastrophe.“

Schier endlose Wochen vergehen, bis Maqsudi schließlich vor dem Richter steht. Der verhält sich zwar feindselig, sagt am Ende aber doch: „Deine Kritik ist in Ordnung, aber deine Sprache ist zu scharf.“ Am 18. Juli wird er deshalb zu zwei Monaten und drei Tagen Gefängnis verurteilt, die er rückwirkend bereits abgesessen hat. Zwei Tage später ist Maqsudi frei. Seine Mitgefangenen weinen vor Freude für ihn, erzählt er. Fast ein Monat vergeht, dann bekommt Maqsudi einen Anruf „von einem Knastkollegen“, der mittlerweile auch frei ist. „Bitte vergiss nicht, was du uns versprochen hast“, sagt dieser am Telefon. „Dass du unsere Stimme in die Welt trägst und sagst, wie schlimm und unmenschlich die Situation hier ist, wie die Menschen behandelt werden.“

Das hat sich Maqsudi auf die Fahne geschrieben. „Mitleid brauchen Afghanen nicht, sie brauchen Beistand und Solidarität“, sagt der 72-Jährige, der nun seit einem Monat wieder in Deutschland ist, wo er für die Grüne Landeswissenschaftsministerin Petra Olschowski arbeitet. „Afghanistan wird alle zehn bis 20 Jahre geköpft, so dass die Intelligenz das Land verlässt und Menschen, die fern von Bildung sind, in Machtpositionen kommen.“ Er wünscht sich eine demokratische Führung, doch die Hoffnung darauf sinke. Und dann verweist er auf ein afrikanisches Sprichwort: „Wenn sich zwei Elefanten streiten, leidet das Gras am meisten darunter.“



Die FDP liebäugelt mit einer Kürzung des Bürgergelds um 20 Euro im Monat, die CDU mit dessen Abschaffung. Fotos: Joachim E. Röttgers

Abrissbirne

Politik

Von Johanna Henkel-Waidhofer

Die traditionell barmherzigen Christ:innen der Union wollen das Bürgergeld ganz abschaffen. Die Liberalen liefern beinahe täglich neue Kürzungsideen. Der Bundestagswahlkampf 2025 wirft Schatten voraus, auch in Baden-Württemberg.

Die Kampagne verfährt. Das Umfrageinstitut Berliner Civey rühmt sich als „Vorreiter für digitale Markt- und Meinungsforschung in Echtzeit“ und ruft zu Abstimmungen auf über relevante Fragen unserer Zeit. Ende vergangener Woche ging's ums Bürgergeld. Unter 5.000 Teilnehmenden – und bei einer im Kleingedruckten ausgewiesenen Fehlerquote von gut neun Prozent – finden je 82 Prozent der Wähler:innen von CDU/CSU und FDP den Vorschlag der Letzteren gut, den Auszahlungsbetrag um 20 Euro im Monat zu kürzen. Mit achtzig Prozent sind die Anhänger:innen der AfD dabei, während der Anhang von SPD (21 Prozent), Grünen (12) und Linken (vier) in dieser Sparmaßnahme keinen sinnvollen Beitrag zu erkennen vermag.

Den Umgang von Union, FDP und AfD mit den heiklen Fragen von Gerechtigkeit und Teilhabe rückt die Umfrage in ein trübes Licht. Zugleich empfiehlt sich aber, nicht immer nur auf die Politik zu zeigen, sondern auch darauf, wie problematisch für die Demokratie die Bereitschaft zu vieler Leute ist, Vorurteilen und Falschdarstellungen zu folgen und fundierte Informationen gar nicht mehr gefragt sind. Die Kürzung von 20 Euro im Monat entspricht jedenfalls 60 Cent pro Tag. Gegenwärtig haben erwachsene Empfänger:innen 19 Euro am Tag für ihren Lebensunterhalt. Alleinerziehende Mütter sind besonders gefordert. Denn für Kinder gibt es derzeit je nach Alter pro Tag zwischen 12 und 16 Euro. Weil die Zahlungen seit Januar 2024 zwischen einem und zwei Euro gestiegen sind, randalieren jetzt Union und FDP. Offenbar ohne jede Vorstellung oder ohne Interesse daran, wie ein Familienalltag mit solchen Summen aussehen mag.

Im Gegenzug wären, selbst nach Rechnung von FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr, dem Erfinder der Idee, für den Haushalt 2025 mit einer aktuellen Deckungslücke von zwölf Milliarden Euro gerade mal 900 Millionen eingespart. Kein Wunder, dass die Liberalen unter einschlägigen Hashtags im Netz überschüttet werden mit Gegenrechnungen wie etwa über Einnahmen, die durch höhere Steuern oder eine Autobahnmaut in die Kassen gespült würden.

Vor Kurzem war die CDU noch stolz darauf

Die CDU des Friedrich Merz geht noch einen großen Schritt weiter und will das Bürgergeld in seiner jetzigen Form komplett abschaffen. Carsten Linnemann, der juvenile Generalsekretär, unterstellt den Empfänger:innen sogar, morgens im Bett zu bleiben und preist die strengen Regeln, die eine an die Macht gekom-

mene Union sogleich umsetzen will, als „Grund zum Aufstehen“ an. Was schäbig ist, denn im November 2022, als der schwierige Kompromiss der Bürgergeldeinführung den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat passierte, lobten sich schwarze Politiker:innen noch wortreich für die Veränderungen und ihren eigenen Anteil daran.

Baden-Württembergs Landes- und Fraktionschef Manuel Hagel sah seine Partei sogar als Gewinnerin, die sich in entscheidenden Punkten habe durchsetzen können. So bleibe „das Leistungsprinzip in unserer Gesellschaft erhalten“. Gemeinsam sei es geschafft worden, das Prinzip von Fordern und Fördern zu bewahren, stellte Stuttgarts Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) bei der Verabschiedung in der Länderkammer befriedigt fest. Alle Beteiligten hätten gezeigt, dass sie über ihren Schatten springen könnten, dass sachorientierte Politik eine Chance habe und dass „gehandelt wird aus Verantwortung und nicht aus politischem Kalkül“.

Faktenfreie Stimmungsmache

Schön wär's. Wesentliche Teile der Unionsspitze sowie die Liberalen Dürr oder sein Parteifreund Justizminister Marco Buschmann setzen gegenwärtig zuvörderst auf parteipolitisches Kalkül, nicht zuletzt mit Blick auf die Landtagswahlen im Osten. „Bürgergeld-Bezieher 2024: ca. 5,5 Millionen, Deutsche Staatsbürger: 52,7 Prozent, nicht deutsche Staatsbürger: 47,3 Prozent“ tischt aber auch die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Julia Klöckner am Wochenende ein durchsichtiges Zahlenwerk auf und erntet damit heftigen Applaus. Ihre Parteifreunde Linnemann wiederum und der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn stürzen sich auf die sogenannten Totalverweigerer, setzen ihre Zahl auf rund hunderttausend an und wollen ihnen jede Unterstützung streichen.

Solche Statistiken sind pure Stimmungsmache. Denn die Bundesagentur für Arbeit (BfA) führte 2025 in knapp 16.000 Fällen den Minderungsgrund „Weigerung Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses“ an und kürzte Unterstützungen. 2,6 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten seien mit mindestens einer Minderung belegt worden, weit überwiegend wegen Meldeversäumnissen. „Damit kommen 97 von 100 Menschen mit Leistungsminderungen nicht in Berührung“, schreibt die BfA.

Das Desinteresse von Union und FDP an Fakten erklärt sich der baden-württembergische DGB-Vorsitzende Kai Burmeister damit,

dass es in Wirklichkeit gar nicht um Einsparungen in Euro oder Cent gehe. Ohnehin halte sich die FDP ja für gewöhnlich mit solchen Kleinbeträgen gar nicht erst auf. Sondern es gehe um „etwas ganz anderes: den Sozialstaat als solchen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Deutschland müsse sich auf einen Bundestagswahlkampf einstellen, in dem „sehr gefährliches Gift versprüht werden wird“. Schon jetzt „ist die Faktenverweigerung nicht akzeptabel“, so der Gewerkschafter. In Baden-Württemberg seien eine halbe Million Menschen arm, obwohl sie arbeiten.

Gerade alleinerziehende Mütter seien auf Bürgergeld nur deshalb angewiesen, weil sie keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen. Nicht nur im Ausbau von Kitas oder Ganztagschulen steckt aber viel zu wenig Geld, sondern sogar in der Weiterbildung, weshalb Jobcenter ausreichend Qualifizierungsmaßnahmen nicht anbieten könnten. Die Konsequenz: „Ein würdloser Drehtür-Effekt, rein in die prekäre Beschäftigung, wieder raus und wieder rein, statt fachlich qualifiziert in den ersten Arbeitsmarkt wechseln zu können.“

Besonders hartnäckig verweigern sich der Realität jene, die die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Schwung bringen, ausgerechnet beim Thema Bundesverfassungsgericht und dessen Urteilen zum Existenzminimum. Es verheißt wenig Gutes, wenn ein Bundesjustizminister öffentlich über rechtliche Spielräume zur Absenkung der 565 Euro sinniert dank neuer Berechnungsmethoden, ohne konkrete Details nennen zu können oder zu wollen. Buschmann redet also über nichts anderes als Kürzungen durch Rechentricks.

Dabei weiß der Experte für Wirtschafts- und Verfassungsrecht genau um die Komplexität, denn die Höhe der Beträge ist abgeleitet von Artikel 1 Grundgesetz, aus dem sich ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ergibt. Die Berechnungsmethode ist zwar kompliziert, aber höchst transparent. So unterliegt jede Erhöhung von Bürgergeld einem gesetzlichen Mechanismus, der unter anderem gestiegene Verbraucherpreise berücksichtigt. Zum 1. Januar 2024 ist das Bürgergeld um zwölf Prozent gestiegen. Das entspricht der Inflation zwar nicht, aber der Kaufkraftverlust früherer Jahre wird durch das Plus der Jahre 2023 und 2024 in keiner Weise ausgeglichen. Erhebliche Teile der Medienlandschaft lassen derartige Zusammenhänge kalt, Klicks und Quote, die



Kai Burmeister, Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg.

immer neuen Einzelfälle und geradezu lustvoll dargestellten Bürgergeld-Betrüger:innen haben nichts zu tun mit der tatsächlichen sozialen Wirklichkeit der allermeisten Betroffenen. Oft genug verharmlost sogar die Wortwahl die dramatische Lage, in der sich viele in ihrem Alltag befinden. So teilte der Berliner „Tagespiegel“ kürzlich mit, wie viel „Singles on top“ bekommen oder die „Wirtschaftswoche“ wirft die reißerische Frage auf, ob diese Unterstützung wertvoller ist „als unsere Verfassung“. Die Speerspitze bildet wie gewohnt Springers „Bild“, etwa mit der Mär von den mehr als vier Millionen Bezieher:innen, die zwar arbeiten „KÖNNEN“, es aber nicht tun“.

Bei Welt-TV schlingerten zwei meinungsstarke Moderator:innen mit Viertelwissen durchs Thema. Zum Glück haben die sich allerdings einen – aus ihrer Sicht – ganz falschen Gesprächspartner eingeladen: Ulrich Schneider, der seit wenigen Tagen pensionierte langjährige Geschäftsführer des paritätischen Gesamtverbands. Der ausgewiesene Experte rüffelt die Dauerkampagne, zerpflückt falsche Zahlen, und er verweist auf einen Umstand, der notorisch untergeht: dass nämlich längst Sanktionen im Gesetz stehen, die angewandt werden und werden müssen. Allerdings sind die Fallzahlen so überschaubar, dass sie nicht taugen für die Großbuchstaben eines oft ziemlich reaktionären Boulevards und die Ressentiments neoliberaler Leitartikler:innen.

Fehlende menschliche Reife

Schneider: „Jeder Politiker, der das Bürgergeld noch weiter unter Existenzminimum kürzen will, hat wegen fehlender menschlicher Reife und mangelnden Respekts vor der Menschenwürde im Deutschen Bundestag absolut nichts zu suchen.“ Dasselbe könnte respektive sollte für Baden-Württembergs Landtag gelten. Alfred Bamberger (AfD) will die Hilfen ganz beseitigen, weil sie seiner Meinung nach als „Pull-Faktor“ Migranten ins Land locken, Hans-Ulrich Rülke (FDP) verlangt eine Reform, weil es so, „wie es in Berlin aufgesetzt wurde, falsche Anreize setzt“. Als Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) im Landtag es als „großen Erfolg“ bezeichnete, dass im Bundesrat mit Stimmen der CDU der Bürgergeld-Kompromiss vereinbart worden war, rührte sich in den Reihen des schwarzen Koalitionspartners nahezu keine Hand.

Sehr wohl Applaus bei der CDU-Fraktion verzeichnet das Protokoll, als Peter Hauk, ihr früherer Fraktionschef und heutige Agrarminister, zu wissen meint, dass das größte Problem beim Arbeitskräftemangel das Bürgergeld ist, weil die Leute lieber die Unterstützung bezögen, als einem Minijob nachzugehen. „Das ist die Tatsache“, schiebt er hinterher und beweist, wie wenig er von der Materie versteht. Denn allzu häufig führt gerade der Minijob in ein Leben, das nicht mehr aus eigener Kraft zu finanzieren ist. Aber in der Civey-Umfrage hätte Hauk mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu jenen 82 Prozent CDU-Wähler:innen gehört, die für eine Kürzung um 20 Euro pro Monat sind.

Armut im reichen Südwesten

In ihrem Koalitionsvertrag 2021 haben Grüne und CDU versprochen, durch ein sogenanntes Gesellschaftsmonitoring die Armutsberichterstattung im Baden-Württemberg „zu vertiefen“. Die hat keine lange Geschichte im vergleichsweise reichen Südwesten, erst die SPD-Sozialministerin Katrin Altpeter setzt 2015 durch, die gesellschaftlichen Verhältnisse schwarz auf weiß zu dokumentieren. Zwei der neuen Kurzanalysen sind vorgelegt. Beide passen nahtlos zum Thema Bürgergeld, denn die erste befasst sich mit „der anhaltenden Teuerung“ und die zweite mit der Armutsgefährdung trotz Job. Im Land sind 25,5 Prozent aller Erwerbstätigen atypisch beschäftigt: etwa befristet oder geringfügig. Und die wiederum sind zu 16 Prozent und doppelt so hoch armutsgefährdet wie regulär Beschäftigte. Unter Alleinerziehenden sind es erschreckende 30 Prozent. (jhw)



Im Glashaus an der Ravensburger Karlstraße sitzen die Führungskräfte, wenn sie nicht gerade in Berlin oder Schwerin sind. Foto: Joachim E. Röttgers

Oberschwaben ist nicht Meck-Pomm

Politik

Von Josef-Otto Freudenreich

Eine eingeflogene Wessi-Truppe aus dem Osten krepelt die „Schwäbische Zeitung“ um. Das Traditionsblatt rutscht nach rechts, wer kann, der geht, und das Publikum fragt sich, was das soll. Ein Hinweis findet sich auf dem Flugplatz von Mengen.

Er sei ein ganz besonderer Mensch gewesen, schreibt die „Schwäbische Zeitung“ über Jürgen Mladek, ihren verstorbenen Chefredakteur. Ein „Querdenker und Anarchist“, ein Unikat, der Mutigsten einer, der dem Mainstream-Journalismus die Stirn geboten habe. Das klingt so gar nicht nach SchwäZ, der Zeitung für „Christliche Kultur und Politik“.

Mladek selbst, gebürtiger Franke, sagte einmal, er fühle sich wie auf einer „rebellischen Insel im Meer der Einförmigkeit“. Danach haben die Interviews mit AfD-Spitzenkräften, die ein ähnliches Eiland bewohnten, zugenommen. Die Intensität der Nachrufe im rechten Milieu ebenso. Die „Junge Freiheit“ verneigte sich vor dem „glorreichen Halunken“, dem „einsamen Cowboy“, der, unverstanden von der eigenen Zunft, in den Sonnenuntergang reitet. 56-jährig starb er am 10. Juli 2024 auf dem Weg zu einer Autowerkstatt in Ravensburg, Herzversagen.

Der Rückgriff auf den Verstorbenen ist notwendig, weil ohne ihn nicht zu verstehen ist, warum innerhalb und außerhalb des traditionsreichen Monopollblatts von einem Rechtsruck die Rede ist. Mladek ist 2022 vom „Nordkurier“ in Neubrandenburg gekommen, den sich die „Schwäbische Zeitung“ ein Jahr zuvor einverleibt hatte. Dort war er Chefredakteur und hatte sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt gesehen, rassistische und menschenverachtende Leserbriefe zu veröffentlichen, sprich eine „ungefilterte AfD-Plattform“ zu bieten, so das alternative Magazin „Katapult“. Gekontert hat er das meistens mit dem Hinweis, Journalismus nicht mit einem „Haltungs-Disclaimer“ zu betreiben, sondern der Meinungsvielfalt zuzuneigen. Fortan lautete das Mantra, das er mit in den Süden nahm: Öffnung des Meinungskorridors. Wohin genau sagte er nicht.

Geholt hat ihn Lutz Schumacher, 56, sein Vorgänger beim „Nordkurier“. Der diplomierte Betriebswirt, bekannt geworden durch lustige Bücher über die Bahn („senk ju vor trävelling“), war inzwischen zum Big Boss im Schwäbischen Verlag aufgestiegen, der für sich in Anspruch nimmt zu wissen, wie man in der notleidenden Branche wieder Geld verdient. Als Geschäfts-

führer mit weitgehend uneingeschränkter Machtbefugnis wacht der Niedersachse seit 2020 über die SchwäZ und den „Nordkurier“ sowie über 150 weitere Firmen, die Radio, Fernsehen, Filmrechte, Post, Reisen und Sonstiges im Regal haben. Einen Tag nach dem Ableben seines Chefredakteurs verkündete er: Die „Mission Mladek“ geht weiter.

Putzige Dialoge mit AfD-Spitzenkräften

Nun ist darunter kein Ausflug nach Lourdes zu verstehen, eher ein Kreuzzug gegen alle, die in einem vermeintlichen Gesinnungskartell ihre Wokeness zur Wahrheit erheben. In den Augen der in Oberschwaben gelandeten Nordlichter sind das mit großem Vorsprung die Grünen und ihre publizistischen Heerscharen in den Pressehäusern und öffentlich-rechtlichen Anstalten. Gendern etwa kann Schumacher gar nicht leiden und will es auch in seinem Blatt nicht sehen. Besser passen die prominent platzierten Interviews mit Hans-Georg Maaßen, dem Vorsitzenden der rechtskonservativen Wertunion, sowie den AfD-Spitzenfiguren Maximilian Krahn und Tino Chrupalla, mit denen putzige Dialoge geführt werden. SchwäZ: „Was würde passieren, wenn die AfD regiert?“ Antwort Krahn: „Die Leute würden aufatmen. Wir machen, was ihnen gefällt.“ Außerdem erfährt man noch von ihm, dass Björn Höcke ein „sehr angenehmer Gesprächspartner“ sei.

Das Krahn-Interview hat Jan David Suthoff gemacht, Experte für Klickzahlen. Der 37-jährige Niedersachse ist seit diesem Jahr für die digitalen Plattformen in der SV Gruppe („Schwäbische Zeitung“, „Nordkurier“, „Schweriner Volkszeitung“, „Zollern-Alb-Kurier“) verantwortlich. Er war zuletzt Chefredakteur bei der rechtskonservativen Plattform „Nius“ von Julian Reichelt (früher „Bild“), davor hat er bei der Werbeagentur Scholz & Friends das Bundesverkehrsministerium betreut. In einem Interview mit CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann fragt er allen ernstes, ob „es ohne eine Zusammenarbeit mit der AfD jemals wieder eine

bürgerlich geprägte Regierung geben“ würde. Linnemann antwortet: „Vorsicht. Die AfD ist in Teilen rechtsextremistisch.“

Mit Chrupalla gesprochen hat Philippe Debionne, Jahrgang 1977. Der in Berlin lebende Journalist wird zum 1. September Chefredakteur beim „Nordkurier“. Er sei ein „Vollblutjournalist“, sagt Geschäftsführer Schumacher, der „auch vor unbequemen Fragen nicht zurückschreckt“. Debionne ist häufiger Gast im Internetradio „Kontrafunk“, das sich als Gegenprogramm zum „linksgrünen Medienkartell“ versteht. Gerne mit Alice Weidel, Beatrix von Storch oder Peter Hahne.

Der neue Chefredakteur will Brandmauern einreißen

Chefredakteur bei der „Schwäbischen Zeitung“ wird Gabriel Kords. Mit seinen 35 Jahren ist er der Wichtigste auf Schumachers Schachbrett. Derzeit amtiert er als Frontmann beim „Nordkurier“, in Ravensburg soll er am „Editorial Board“ die journalistische Gesamtverantwortung für sämtliche Titel der SV Gruppe übernehmen. In seinem Kommentar zur Kommunalwahl in Neubrandenburg schreibt Kords: „Das Konzept der Brandmauer ist bereits gescheitert, es erhöht den Schaden – wenn hohe AfD-Wahlergebnisse denn wirklich einer sind – bloß noch“. Seine Forderung: Die Brandmauern müssen fallen, die AfD-Vertreter einbezogen werden. In Neubrandenburg ist die AfD die stärkste Kraft. Mit 21,5 Prozent.

Ebenfalls 35, aber noch ein gutes Stück forscher, ist Armin Petschner-Multari, der neue Kolumnist. Er hat vor drei Jahren in Berlin das rechte Internetportal „The Republic“ gegründet, das den Kampf für ein „bürgerliches Deutschland“ und gegen den „Linksdrift“ zu seiner Mission erklärt. Im Auftritt, urteilte der Deutschlandfunk, erinnere es an Webseiten aus dem „Trump-Umfeld“, im liberalen CDU-Lager sprach man von „AfD-affinem Ramsch“. Die Vita von Petschner-Multari verschweigt die SchwäZ.

Bleibt noch Robin Halle im „Editorial Board“, dessen Name dem Publikum vielleicht vertraut ist. Viele Jahre hat der 54-Jährige die Anzeigenblätter des Verlags geleitet, Freikarten und Gewinnspiele ausgelobt, die örtliche Prominenz betreut, für Miss-Wahlen im Bikini plädiert und darüber sein sonniges Gemüt nie verloren. Jetzt als Mitglied der Chefredaktion, zuständig für zentrales Themenmanagement, fordert er, das Cannabis-Gesetz zu canceln und die Rundfunkgebühren zu kürzen. Der gelernte Sportjournalist sei der Einzige in der eingeflogenen Führungsriege, der noch empathische Züge erkennen lasse, heißt es in der Redaktion. Für ihren Seelenfrieden dürfte das zu wenig sein.

Redaktion verliert die Identität, dafür gibt es einen Jet

Neben dem Rutsch nach rechts hat sie jetzt auch noch ein Sparprogramm zu verkraften. Es gebe einen „Personalüberhang“, somit einen „Bedarf an Reduktion“, teilt Geschäftsführer Schumacher der Belegschaft mit und ermuntert sie, bis

zum Jahresende über eine Kündigung nachzudenken. Dafür soll es eine Austrittsprämie geben, konkret: 0,3 Gehälter pro Dienstjahr. Viele nehmen das Angebot an, bestätigt das Unternehmen und begrenzt das Angebot schon auf Ende September. Weg sind bereits die Stuttgarter Korrespondentinnen, die Lokalchefin in Lindau (wo sich gerade eine ganze Redaktion auflöst) und der Chef vom Dienst Digitales.

Der Grund zu gehen ist nicht schwer zu finden. Es ist der drohende Verlust von Heimat und Identität, das Verschwinden einer Zeitungskultur, die konservativ, aber nicht reaktionär war, die einen Chefredakteur Hendrik Groth ermöglichte, der den liberalen Grandseigneur gab, und wo Redakteurinnen sich nicht einer Macho-Truppe – alles Männer – gegenüber sahen, der die dicke Hose wichtiger erscheint als journalistische Standards.

Ganz nebenbei: Einen Business-Jet gab es damals auch noch nicht. Der steht, wahlweise eine Cessna XLS + (7 Passagiere, Geschwindigkeit 815 km) oder eine Embraer Phenom 300 (8/963) auf dem Flugplatz von Mengen, 50 Kilometer von Ravensburg entfernt, zur Verfügung. Dort hat die Firma DAS Private Jets GmbH ihren Sitz, gleich neben dem Hangar des Fürstenhauses Hohenzollern, das ebenfalls eine Embraer bewegt. Hier chartert die Schwäbische ihre Düsenmaschinen, um insbesondere Führungskräften eine zügige Reise nach Berlin und zurück zu ermöglichen. Mit Einverständnis des Betriebsrats im Übrigen, der, wie man hört, Bedenken nur wegen der CO₂-Emissionen hatte. Zur Kundschaft der DAS gehören auch George Clooney und Rammstein.

Und plötzlich ist Frommlet kein Kolumnist mehr

Doch zurück zum Fußvolk. „Oberschwaben ist nicht Meck-Pomm!“ Mladek und Kameraden hätten einfach nicht kapiert, dass die Menschen hier nicht auf Krawall gebürstet seien.

Die AfD stellt nicht einen Stadtrat, die grüne Partei ist die stärkste Fraktion, die Industrie (ZF, Ravensburger Spiele, Vetter Pharma) ist weltweit unterwegs, und Buchhändler Michael Riethmüller („Ravensbuch“) aus der Sippe Osiander ist entsetzt. Das Anschmiegen an die Rechtsradikalen nennt der 70-Jährige einen „Schwenk zum Sagbaren“, die geschürte „Angst vor dem Fremden“ lehnt er ab, in der importierten Führungscrew sieht er – obwohl kein einziger Ostdeutscher dabei ist – eine „Machtübernahme aus dem Osten“ und Anlass genug, seiner Lust, das Abo nach 30 Jahren zu kündigen, freien Lauf zu lassen. Am 1. Oktober hat er einen Autor zu Gast, der dazu viel zu sagen hat: Wolfram Frommlet kommt mit seinem neuen Buch „Johann Sebastian Bach geht über den Sambesi“.

Der 79-Jährige ist eine Institution in Ravensburg. Linker Journalist seit jeher, Dramaturg, Regisseur, Friedensfreund, Kämpfer für Zivilcourage, Kontext-Autor – und Kolumnist bei der „Schwäbischen Zeitung“. Letzterer war er bis vor Kurzem, bis man ihm bedeutete, man brauche seine Texte nicht mehr. Nach 15 Jahren und 366 Kolumnen. Eine Begründung gab es keine. Und jetzt fragt sich Frommlet, ob die Öffnung des Meinungskorridors mit einer Schließung nach links einhergeht, ob das der Anfang vom „Wechsel“ ist, ob er aus politischer Überzeugung geschasst wird oder ökonomisches Kalkül dahinter steckt?

Klicken soll es auch bei den Nationalkonservativen

Womöglich ist es von allem etwas. Tatsächlich ist die neue Führung der Ansicht, dass ein „erleckliches Milieu bis zum Nationalkonservativen“ noch nicht bedient wird. So sagt es Unternehmenssprecher Michael Seidel, 58, der vorher Chefredakteur der „Schweriner Volkszeitung“ war und heute „Head of Communication“ ist, gegenüber Kontext und schließt dabei ein, dass auch die Verleger, unter ihnen Erich Fürst von Waldburg-Zeil, nach anfänglichem Fremdeln, jetzt „voll überzeugt“ seien. Man könnte also von einer Erweiterung des Korridors sprechen, wenn man ihm das Versprechen des Ersten Journalisten im Haus, Gabriel Kords, abnimmt. Es gebe „keinen insinuierten Kurswechsel“, er wolle die „gesamte Breite“ der Gesellschaft abdecken, beiläufig die künftige Ober-Chefredakteur zu sagen.

Das vorläufige Schlusswort soll freilich Ober-Zampano Schumacher gehören. Auf Anfrage von Kontext versichert er, dass niemand bei ihnen „Sympathie für die AfD“ empfinde. Allerdings gebe es eine größere Fraktion, die für einen „anderen Umgang“ plädiere. Die bisherige Methodik von Politik und Medien, der Umstand, dass „überall dasselbe steht“, habe zumindest zu keinem Rückgang der Rechtspopulisten geführt – ganz im Gegenteil. Das könne man unterschiedlich bewerten, räumt Schumacher ein. „Wir sehen's halt so“, schreibt er, „andere anders“. Wir sehen's anders.

Transparenz-Hinweis: Der Autor hat Anfang der 1970er bei der SchwäZ volontiert, später mit ihr prozessiert und bei Riethmüller/Osiander gelesen.



In der städtischen Stuttgarter Liederhalle kommt das rechtslibertäre Who-is-who zusammen. Foto: Gunnar Klack, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=69012809>

Offen für alles

Gesellschaft

Von Minh Schredde

Zusammen mit „produktiven Bürgern“ will Unternehmer Oliver Gorus Aufbruchstimmung erzeugen und Deutschland retten. Zu seinem „Bürger-gipfel“ in der Stuttgarter Liederhalle kommen nicht nur Rechtspopulist:innen. Es gibt auch Querfronttendenzen.

Letzten Winter hat Oliver Gorus eine Beobachtung gemacht: „Eigentlich vernünftige Leute sahen nur noch schwarz“, schreibt er, und fasst das, was er so gehört hat, wie folgt zusammen: „Das Land sei nicht mehr zu retten. Die Politiker seien ja doch nur Marionetten (...). In Wahrheit würden finstere Finanzoligarchen regieren, die den Untergang der Nationalstaaten in Mitteleuropa beschlossen hätten. Die Linken würden sowieso keine freien und ungefälschten Wahlen mehr stattfinden lassen (...). Und in ein paar Jahrzehnten würden hier ohnehin nur noch Immigranten leben, die europäischen Völker seien dem Untergang geweiht. Unausweichlich.“

Was Gorus an diesen Analysen stört, ist der Fatalismus. Er stimmt zu, dass „unsere Länder“ sich auf einem „schlüpfrigen Pfad abwärts“ befänden, „wir sind infiziert von neomarxistischen Gedankenvirus“. Karrierepolitiker hätten „eine neue arrogante Fürstenklasse gebildet“, die Parteien seien „das Problem, nicht die Lösung“ und die „Staatsfinanzen entwickeln sich wie ein Tumor“. Aber die Hoffnung aufgeben, will er deshalb noch nicht. Und weil er „MACHEN“ schon als Kind krasser fand als „wollen“, hat Gorus den „Bürgergipfel 2024“ initiiert. So will er am 7. September mit dem verbliebenen „Rest der produktiven Bürger“ in der Stuttgarter Liederhalle Aufbruchstimmung und Zuversicht erzeugen.

„Wir sind in Sachen Seilschaften und Machtspielen ungeschickt und schlicht zu ehrlich“, schreibt Gorus in seiner Einladung. Das ist vielleicht etwas zu bescheiden: Denn das Netzwerk zählt offensichtlich zu den Stärken seiner Peergroup: Gorus selbst ist auf mehreren Feldern aktiv, unter anderem als Herausgeber des libertären Magazins „Der Sandwirt“, das sich selbst im „konstruktiven Widerstand“ verortet: „Seine Autoren verweigern jedem die Gefolgschaft, der sich über sie erheben und sie beherrschen will.“

Daneben ist er Mastermind der Gorus-Gruppe, zu der die Unternehmen Gorus Publicity, Gorus Media, Gorus Consulting und der Gorus Campus gehören. „Der Sandwirt“ und Gorus Media firmieren nun als Gastgeber des Bürgergipfels, gemeinsam mit der libertären Atlas-Initiative (nicht zu verwechseln mit dem ebenfalls libertären, aber viel größeren Atlas Network) und dem nationalkonservativen Onlinemagazin „Tichys Einblick“. Namensgeber Roland Tichy ist ebenfalls begnadet darin, Kontakte zu pflegen: So war er viele Jahre Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung (nicht zu verwechseln mit der Hayek-Gesellschaft) und Mitglied der Mont Pelerin Gesellschaft, die sich alle für einen schlanken Staat und eine starke Wirtschaft aussprechen. Heute sitzt Tichy im Vorstand der Stiftung Meinung & Freiheit, zusammen mit Hans-Georg Maaßen, dem ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten und Parteivorsitzenden der Wertunion, die zwischen

CDU und AfD oszilliert, und deren Förderverein den Bürgergipfel in Stuttgart sponsert.

Das zweitberühmteste Gesicht, das mit der Wertunion in Verbindung gebracht wird, ist vermutlich Markus Krall – der allerdings wenige Tage, nachdem aus dem Verein im Februar 2024 eine Partei wurde, schon wieder austrat. Er sei mit der programmatischen Ausrichtung unzufrieden gewesen, erklärte er den Schritt. Krall ist Gründer der mitveranstaltenden Atlas-Initiative und tritt bei dem Bürgergipfel als Redner auf. Als Autor schreibt er öfter mal für „Der Sandwirt“, aber auch für „Tichys Einblick“, wo seine Expertise geschätzt wird: So wollte der Verein Pro Mittelstand Hamminkeln, Regierungsbezirk Düsseldorf, eigentlich Roland Tichy als Redner für den Neujahrsempfang 2020 gewinnen. Als dieser aber krankheitsbedingt absagen musste, vermittelte sein Büro kurzerhand Krall als Ersatz. Er warb dann in Hamminkeln für eine „bürgerliche Revolution“ und stellte seine Idee vor, Sozialhilfempfängern das Wahlrecht zu entziehen.

Ein Gedicht für den „Reichsbürger“-Prinzen

Wie genau Krall beim Bürgergipfel zu Aufbruchstimmung und Zuversicht beitragen wird, bleibt spannend, denn in den Medien ist er vor allem als „Crash-Prophet“ bekannt. Seit Jahren warnt er eindringlich vor einem Kollaps des Finanzsystems – und hat in seiner Eigenschaft als Goldverkäufer zugleich ein passendes Produkt im Angebot, als wertbeständigen Stabilitätsanker. Nach Recherchen von WDR, NDR und „Süddeutscher Zeitung“ pflegte Krall jahrelang Kontakte in die „Reichsbürger“-Szene, unter anderem zu Rädelsführer Heinrich XIII. Prinz Reuß, der sich aktuell als mutmaßlicher Rechtsterrorist vor dem Oberlandesgericht Frankfurt verantworten muss. Im Herbst 2022, wenige Wochen vor Reuß' Festnahme, hat Krall dem Reichsbürger laut der „Tagesschau“ ein „eigens für Reuß verfasstes Gedicht“ geschickt. Es trägt den Titel „Ragnarök“, benannt nach dem Untergang der (nordischen) Götter und der Entstehung einer neuen Welt aus den Trümmern der alten. Damit wollte Krall laut Chat-Verläufen das „aufrechte Kämpferherz“ des Prinzen stärken.

Krall steht zudem an der Schnittstelle zwischen dystopischem Rechtspopulismus und christlichem Fundamentalismus. Er ist ein scharfer Kritiker der „zentralen Narrative“, die er für eine „satanische Umkehr“ des Richtigen hält. Zur Unterdrückung des Menschen beitragen würden dabei insbesondere „das Geld, die Planwirtschaft, die Migration, die angebliche Seuche, das Klima, das Gendergaga und der Krieg“. Seine Thesen verbreitet Krall auch in den Publikationen „Smart Investor“ und „eigentlich frei“, die als Partner des Bürgergipfels auftreten. Ersterer will sein Publikum über die aussichtsreichsten Investmentmöglichkeiten

auf dem Laufenden halten. „Eigentümlich frei“ kommt hingegen eine Scharnierfunktion zu, um Berührungspunkte zwischen weit rechts und extrem rechts abzubauen: Auch die Faschisten Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsextremen „Compact“-Magazins, durften hier schon Beiträge beisteuern.

Libertäre Indoktrination im Kinderzimmer

Die Bürgergipfel-Eintrittskarten für 150 Euro werden Interessierten schmackhaft gemacht mit dem Hinweis, dass es ein „Hinterzimmer“ gibt, in dem „Komplizen unter sich“ sein können. Was auf den Bühnen erzählt wird, ist hingegen schwer abzuschätzen: Das Programm wirbt eher mit Namen als mit Inhalten. Man erfährt zwar, wer referiert – unter anderem Ex-AfDlerin Frauke Petry, Höcke-Anwalt Ulrich Vosgerau, Whisky-Taster Horst Lünig – aber noch nicht, worüber. Neben wirtschaftsliberalen Positionen und Rechtsoffenheit ist für das Feld der Referenten kennzeichnend, dass ein hoher Anteil den Klimawandel nicht als Problem ansieht. Zu den Partnern des Gipfels zählt folgerichtig auch das „Europäische Institut für Klima und Energie“ (EIKE), das mit seinem Namen wissenschaftliche Kompetenz vorgaukelt, aber keine Publikationen von Klimaforscher:innen vorweisen kann.

Generell fällt auf, dass zu den Unterstützern des Gipfels zahlreiche Alternativmedien aus dem rechten Spektrum zählen. Mit dabei sind neben den benannten auch die „Achse des Guten“, „Publico“ sowie der Schweizer „Kontrafunk“, der sich selbst als „Die Stimme der Vernunft“ bezeichnet und ebenfalls als Sponsor des Kongresses gelistet ist.

Andere Geldgeber sind darauf fokussiert, die Einflussphäre libertärer Ideen auszuweiten. Die „Tuttle Zwillinge“ etwa möchten Kinderzimmer erschließen: Es handelt sich um eine Buchreihe aus den USA, die auf frühkindliche Indoktrination abzielt. „Empfohlen ab 6 Jahren“ soll „Wirtschaft kinderleicht erklärt“ werden, und das sieht dann zum Beispiel so aus: „Alle wollen viel lieber etwas vom Staat bekommen, als etwas an ihn abzugeben. Es gibt sogar Menschen, die sich lieber komplett vom Staat versorgen lassen, als selbst zu arbeiten. Und so fangen die bösen Menschen in der Regierung an, alles zu kontrollieren.“

In eine ähnliche Kerbe stößt auch der Sponsor „How to Hochkultur“, ein Thinktank, dem ein Zitat des US-amerikanischen Ökonomen Murray Rothbard richtig gut gefällt: „Das Bild des freien Marktes ist notwendigerweise ein Bild der Harmonie und des gegenseitigen Nutzens; das Bild der staatlichen Intervention ist ein Bild von Kastenkonflikten, Zwang und Ausbeutung.“ Deswegen hat sich How to Hochkultur dem Anarcho-Kapitalismus verschrieben, einer marktradikalen Ideologie, nach der „herrschaftsfreie Gemeinschaften nur mit freier Marktwirtschaft funktionieren können“. Aber eben ohne Staat, den die Mitglieder des Thinktanks ablehnen, weil er sie beklaut („Steuern“).

Gemeinsame Klammer: „Keine Brandmauer im Kopf“

Eher untypisch für das libertäre Spektrum wirkt der Sponsor „Krasser Guru“, eine noch junge Agentur, die Tickets verkauft und eigene Veranstaltungen organisiert. Zum Beispiel einen Vortrag mit Robert Fleischer, der den Titel trägt: „UFOs: Sie sind hier! Was jetzt?“ Oder den Kongress „Wege aus der Matrix“, wo zum Beispiel Martin Hipp einen Vortrag hält, der sich laut „Krasser Guru“ mittlerweile als „Experte für die verborgene Geschichte einen Namen gemacht“ habe.

„Krasser Guru“-CEO und Gründer Hardy Groeneveld saß zwischen 2014 und 2015 kurzzeitig für die AfD im Kreistag von Soest, er ist ein Fan des Schweizer Historikers und Verschwörungsideologen Daniele Ganser, mit dem er schon 2019 einen Vortrag organisiert hat. Dann, als letzten Sommer ein Vortrag mit dem Antisemiten Ken Jebsen gecancelt wurde, habe das Groeneveld motiviert, selbst Tickets zu verkaufen und dem Verfemten ein Podium zu bieten.

Schon 2020 hat Groeneveld den Verein „Mutigmacher“ gegründet, der Whistleblower animieren wollte, Corona-Geheimnisse ausplaudern. Und hier schließt sich das Hufeisen: Die Postanschrift der Mutigmacher e.V. war identisch mit der des Verlags Sodenkamp & Lenz, der die „Querdenken“-nahe Zeitung „Demokratischer Widerstand“ heraus gibt. Die treibende Kraft dahinter, Anselm Lenz, kommt eigentlich aus einer linken Ecke, hat mal für die taz geschrieben – aber er sprang neulich ein, damit das zwischenzeitlich verbotene „Compact“-Magazin einfach bei ihnen unter anderem Namen erscheinen konnte.

Auf Anfrage von Kontext lässt auch Bürgergipfel-Initiator Oliver Gorus eine gewisse Flexibilität erkennen. „Wir beim Bürgergipfel, also die Organisatoren, die Redner, die Partner und die Gäste, stammen aus allen möglichen gesellschaftlichen und politischen Ecken, von links bis rechts. Was uns eint, ist unter anderem, dass wir keine Brandmauern in den Köpfen haben.“

Mehr Kontext online auf kontextwochenzeitung.de:

„Wartet nicht auf ein Wunder“

Die Landtagswahlen im Osten rücken näher. Die Angst vor dem erwarteten Ergebnis wächst, und es bleibt die Frage, warum so viele ihr Heil im blauen Protest sehen. Bei der Suche nach Antworten in Thüringen soll Theaterintendant Hasko Weber helfen.
Von Susanne Stiefel

Einfallstore minimieren

Was passiert, wenn eine autoritär-populistische Partei wie die AfD staatliche Machtmittel in die Hand bekommt – etwa in Thüringen nach der Landtagswahl am 1. September? Das Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs hat mehrere Szenarien entwickelt, um die Demokratie besser auf Angriffe von rechts vorzubereiten.
Von Friedrich Zillessen

„Großes moralisches Vermächtnis“

Der 80. Jahrestag des SS-Massakers im toskanischen Sant'Anna di Stazzema war von einer breiten Palette an Gedenkveranstaltungen gesäumt, Vertreter:innen der aktuellen rechten italienischen Regierung glänzten aber durch Abwesenheit. Unser Autor war vor Ort und hat Stimmen gesammelt.
Von Eberhard Frasch

Falken retten im Ehrenamt

Es gibt Hilfe, wenn Greifvögel gegen Scheiben oder Lastwagen fliegen, sich in Stacheldraht verfangen und verletzt sind. Vogelfreund:innen versorgen und pflegen diese ungewöhnlichen Patienten. Zum Beispiel in der Nabu-Greifvogelstation Bad Friedrichshall.
Von Miriam Schwienbacher

Kontext fördern

Unterstützen Sie Kontext dauerhaft mit einer Spende von 10,00 € | Monat – gerne auch mehr. Sie finden das Soli-Formular unter www.kontextwochenzeitung.de/soli. Gerne schicken wir Ihnen auch per Post oder E-Mail ein Formular zu.

Unser Spendenkonto bei der GLS Bank:

IBAN: DE80 4306 0967 7011 8506 00

BIC: GENODEM33GLS

KONTEXT e. V. ist gemeinnützig. Sie erhalten automatisch zum Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Adresse mit. Wenn Sie Fragen haben, senden Sie uns eine E-Mail an verwaltung@kontextwochenzeitung.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 0711 66 48 65 48.

Impressum

KONTEXT:Wochenzeitung ist unabhängig. Sie wird von keinem Wirtschaftsunternehmen oder anderen Lobbyisten finanziert. Getragen wird sie von Menschen, die wissen, dass eine freie Presse das Brot der Demokratie ist.

KONTEXT:Wochenzeitung erscheint mittwochs online auf www.kontextwochenzeitung.de und samstags als Beilage der wochentaz.

Herausgeber: KONTEXT Verein für ganzheitlichen Journalismus e. V., Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, verein@kontextwochenzeitung.de

Der Verein wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder Anni Endress (Vors.), Jürgen Klose, Michael Schulze und Johannes Rauschenberger.

Redaktion: KONTEXT:Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, redaktion@kontextwochenzeitung.de

Redaktionsleitung: Anna Hunger (verantwortl. gem. § 8 PresseG BW | § 55 RStV)

Produktion: büro uebele visuelle kommunikation

Michael Krefß, Lukas Osele, Andreas Uebele

Druck: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg; MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen.

Die KONTEXT:Wochenzeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Redaktion strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in der KONTEXT:Wochenzeitung-Printausgabe, im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.